



*Die Kommunistische
Internationale*

1925 / HEFT 2

1,50 MARK

AUS DEM INHALT

Manuilsky: Zur Frage der Bolschewisierung / Kuusinen:
Lenins organisatorisches Vermächtnis / Radek: Ergeb-
nisse der pazifistischen Aera / Sten: Marxismus und
Leninismus / Bibliographie

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von G. SINOWJEW
Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche
Ausgabe verantwortlich PETER GOTTLIEB, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu
richten an die Adresse des Verlages.

VI. Jahrgang 1925
Heft 2 Februar

I N H A L T

	Seite
Manuilsky: Ueber die Bolschewisierung der Parteien	138
Kuusinen: Lenins organisatorisches Vermächtnis	157
Martynow: Die Perspektiven der Bauernbewegung in Westeuropa	169
* Die Ereignisse auf dem Balkan	180
Karl Radek: Das Ergebnis der demokratisch-pazifistischen Aera	195
Sten: Marxismus und Leninismus	212
Strasser: Die Musterpartei der II. Internationale	227
Hertha Sturm: Gedanken zur Organisation der Arbeit unter den Frauen- massen. (Ein Beitrag zur Sitzung der Erweiterten Exekutive)	231
Maletzky: 145 Jahre	235
Peter Gerber: Fritz Ebert und sein Prozeß	241
Jakobson: Lenin als Denker von Deborin	246
Leder: Neue Bücher über die deutsche Revolution	250

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark	1,50
Quartal	"	4,50
Halbjahr und Register	"	9,—

Bei Bestellungen auf mindestens ein Vierteljahr trägt der Verlag die Porto- und Versandkosten
Postscheckkonto: Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Berlin NW 6 No. 55 547

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

●

D. MANUILSKY:
ZUR FRAGE DER BOLSCHEWISIERUNG
DER PARTEIEN

Der Fünfte Weltkongreß hat die Frage der Bolschewisierung der europäischen kommunistischen Parteien auf die Tagesordnung gestellt. In dieser Hinsicht erwies die russische und deutsche Diskussion unserer kommunistischen Bewegung einen großen Dienst. Zum erstenmal sahen sich unsere europäischen Genossen vor Fragen von größter taktischer Bedeutung gestellt, die mit den Grundlagen des Leninismus, mit den Lehren der großen Oktoberrevolution und mit der 25 jährigen Geschichte der russischen bolschewistischen Partei verknüpft sind. Der Bolschewismus als geschlossenes System politischer Anschauungen wurde von den besten Elementen der europäischen Arbeiterbewegung zum Gegenstand des Studiums gemacht. Zweifellos wird jetzt im internationalen Maßstab die theoretische Frage erörtert werden, wie man die Grundprinzipien des Leninismus auf die komplizierten und verwickelten Situationen in Europa anwendet. Und nicht nur in Europa allein. Jener Prozeß der Verarmung des theoretischen marxistischen Denkens, dessen Zeugen wir seit Kriegsbeginn gewesen sind und für die die deutsche Sozialdemokratie das krassste Beispiel geliefert hat (sie hat vor einigen Jahren sogar das Erscheinen der „Neuen Zeit“ eingestellt), scheint jetzt sein Ende erreicht zu haben. Unsere kommunistischen Sektionen, die im Begriff sind, bolschewistische Parteien zu werden, machen jetzt diesem Zustande ein Ende. So schüchtern und nicht immer glücklich ihre ersten Schritte auf diesem Wege waren — der Umschwung läßt sich nicht leugnen. Es hieße das Neue nicht sehen, das sich jetzt Bahn bricht, und das, wenn es äußerlich auch noch nicht klar in Erscheinung getreten ist, so doch schon vieles verspricht. Die Parole der Bolschewisierung der Parteien bringt einen neuen frischen Zug in die europäische Arbeiterbewegung. Das ist eine grundlegende Tatsache, die sich nicht leugnen läßt. Der Leninismus und die im Zusammenhang mit dem Problem der Rolle der Bauernschaft in der proletarischen Revolution entbrannte Diskussion, die Stellungnahme zu der sogenannten Idee der permanenten Revolution, ebenso wie eine ganze Reihe von Fragen und Problemen, die bei der letzten russischen Diskussion aufgeworfen wurden — all das hat das Interesse für die in den letzten Jahren vernachlässigte Theorie wieder erhöht.

Gleichzeitig wird eine intensive praktische Arbeit zur Bolschewisierung der Parteien geleistet. Eine neue revolutionäre Generation wächst heran, die aufrechtig bestrebt ist, jede der Arbeiterbewegung gestellte konkrete Aufgabe so zu lösen, wie sie unter mehr oder minder ähnlichen Umständen von den russischen Bolschewisten gelöst worden ist. Es vollzieht sich ein langsamer und schwerer Prozeß des taktischen Ausgleichs der europäischen kommunistischen Parteien nach der Linie der russischen bolschewistischen Partei. Diese Erscheinung hat nichts Zufälliges und nichts Ungewöhnliches an

sich, da die Erfahrung der russischen bolschewistischen Partei sich historisch bewährt hat. Nur die Schurken der II. Internationale können in dieser Tatsache eine Entnationalisierung der verschiedenen Sektionen der Komintern und einen Verlust ihres „individuellen Gesichtes“ erblicken.

Das seit dem Fünften Kongreß verflossene Halbjahr verlief im Zeichen der Bolschewisierung der europäischen Parteien. Es hat keinen Parteitag oder größere Parteikonferenz in Europa gegeben, die sich mit dieser Frage nicht auseinandergesetzt hätten. Es genügt, als anschauliches Beispiel, auf die Tagung der tschechoslowakischen Kom. Partei im November des vorigen Jahres und den letzten Parteitag der französischen Kom. Partei hinzuweisen. Besonders dieser letzte Parteitag der französischen Genossen zeigt sehr anschaulich, daß in der französischen Partei die elementare Tendenz zur Bolschewisierung vorhanden ist, eine Tendenz, die durch die Ereignisse und die Revolutionierung der Arbeiterklasse in Frankreich unterstützt wird. Aber es muß offen gesagt werden, daß die europäischen Parteien auf dem Wege zur Bolschewisierung erst die ersten Schritte gemacht haben. Jede Übertreibung auf diesem Gebiete wäre schädlich und könnte dazu führen, daß man auf den Lorbeeren der errungenen Siege ausruht. Wir haben in Europa noch eine ungeheuer große Arbeit vor uns. Die wirkliche Bolschewisierung der europäischen Kom. Parteien und der Arbeitermassen liegt noch in der Zukunft. Sie wird uns Probleme stellen und Antworten auf Fragen verlangen, die die Entwicklung unserer russischen Arbeiterbewegung nicht gekannt hat. Sie wird weit über die Grenzen unserer russischen Erfahrung hinausgehen und nicht nur die Praxis der russischen Bolschewisten einfach nachahmen. In „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ warnt Lenin die europäischen Genossen vor diesem Fehler. Er spricht von der internationalen Bedeutung der russischen Revolution, die Tatsache hervorhebend, daß ihre Grundzüge „nicht nur eine lokale, nicht nur eine engnationale, nicht nur eine russische, sondern auch eine internationale Bedeutung haben“; hier erteilt uns Lenin einen weisen Rat:

„Natürlich,“ schreibt er im ersten Kapitel seines Buches, „wäre es der größte Fehler, wollte man diese Tatsache übertreiben, sie für alle grundlegenden Züge unserer Revolution gelten lassen. Ebenso irrig wäre es, wollte man den Umstand außer acht lassen, daß nach dem Siege der proletarischen Revolution wenigstens in einem der fortgeschrittenen Länder wahrscheinlich eine einschneidende Wendung eintreten wird, und zwar wird Rußland gleich danach nicht mehr das mustergültige, sondern wieder ein (in sowjetischem und sozialistischem Sinn) rückständiges Land sein.“

Viele der europäischen Genossen stellen sich indes die Sache so vor, als müßten sie die ganze Geschichte des Bolschewismus von Anfang an wiederholen, als müsse die internationale Arbeiterbewegung, die auf einen historischen Entwicklungszyklus zurückblickt, wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurückkehren, wieder von dort ausgehen, wo wir russische Bolschewisten im Jahre 1903 unsern Kampf gegen den Menschewismus begonnen haben. Manche Genossen sind geneigt — dem Beispiele der Bolschewisten zu Beginn der russischen Arbeiterbewegung folgend —, die ganze Frage der Bolschewisierung als eine Frage der „ideologischen Kristallisation“ zu behandeln; sie sehen dabei jenen wichtigen Unterschied in der Sachlage nicht, daß die Geschichte unseren europäischen Genossen die zwanzigjährige

Atempause versagt, während der die russischen Bolschewisten sich ideologisch zu einer leninistischen Partei herauskristallisieren konnten. Ferner übersehen sie den Umstand, daß sie im Gegensatz zu den russischen Bolschewisten bereits Massenparteien sind, die in der gegenwärtigen Periode schon vor der Aufgabe stehen, große Massenbewegungen zu leiten. Das, was wir in Rußland als illegale Partei in zwanzigjähriger hartnäckiger Arbeit anstrebten — in die Massen einzudringen, uns mit ihnen organisatorisch zu verbinden, Wurzel zu schlagen, die keine noch so wütende Reaktion wieder ausreißen konnte —, das, behaupten wir, ist in größerem oder geringerem Maße von unseren Sektionen in den größten Ländern schon erreicht worden. Wenn unsere KPD — trotz schwerster Verfolgungen, trotz Massenentlassungen der kommunistischen Arbeiter aus den Betrieben, trotz der im Zusammenhang mit der Stabilisierung der Mark und der Hoffnung auf Räumung des Ruhrgebiets wiedererwachten „demokratischen Illusionen“ — bei den letzten Wahlen gegen 3 Millionen Stimmen sammeln konnte, so beweist das, daß der deutsche Kommunismus innerhalb der Arbeiterklasse festen Boden gewonnen hat, daß keine Kraft imstande ist, ihn zu vernichten, daß unseren deutschen Freunden jener schwere Weg erspart bleibt, den der russische Bolschewismus in seiner zwanzigjährigen Geschichte zurücklegen mußte. Aber diese Tatsache bedeutet einerseits, daß, wenn in einer solchen Partei Tendenzen aufkommen sollten, die das Problem der Bolschewisierung der Partei als Problem der „ideologischen Kristallisation“ behandeln, das beweisen würde, daß die KPD in die Kindheitsperiode der Arbeiterbewegung zurückgeworfen wird, daß Elemente der ideologischen Kritik in ihr überhandnehmen, daß die Partei in der gegenwärtigen Periode vor der Gefahr steht, in eine Sekte verwandelt zu werden.

Ein ebenso großer Fehler wäre es, wollten wir auch auf anderen Gebieten die russische Erfahrung blind nachahmen. Nehmen wir z. B. die Frage der Aufgaben der Parteiorganisation im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung. Lenin hat vor zwanzig Jahren in seiner Broschüre „Was tun?“ die sozialdemokratischen Organisationen jener Zeit vor die Aufgabe gestellt, Stammtruppen von „Berufsrevolutionären“ zu schaffen. Der Augenblick, in dem Lenin sein Buch schrieb, fiel zusammen mit jener Periode, in der die russischen Marxisten den ersten ideologischen Kristallisierungsprozeß gerade hinter sich hatten; denn die Ökonomen, die den bürgerlichen Einfluß auf die Arbeiterklasse zum Ausdruck brachten, waren abgeschüttelt worden, und man konnte unmittelbar an die Frage der Schaffung einer geschlossenen, zentralisierten revolutionären Organisation herantreten, die fähig wäre, im zaristischen Rußland die Führung großer Massenbewegungen zu übernehmen. Man stelle sich nun für einen Augenblick vor, daß wir jetzt, wo es eine moderne Arbeiterbewegung in Europa gibt, nach einer Reihe von imperialistischen Kriegen und Bürgerkriegen, nach fast 50jährigem Bestehen von Arbeiterparteien — das ganze Problem der Bolschewisierung zurückführen wollten auf die Ausbildung von Stammtruppen von „Berufsrevolutionären“, d. h. auf ein Problem aus der Keimperiode des russischen Bolschewismus. Anstatt der Bolschewisierung der europäischen Arbeiterbewegung würden wir eine Karikatur des Bolschewismus erhalten. Wir denken, daß unter den obwaltenden Verhältnissen diese Aufgabe von vielen aufgefaßt werden könnte nicht als eine

Verwandlung der kommunistischen Parteien in eine breite Massenorganisation, die mit dem werktätigen Proletariat aufs engste verknüpft ist, sondern in eine in sich geschlossene Gruppe von Parteifunktionären. Eben nach dieser Richtung werden jetzt unsere kommunistischen Parteien in Europa durch die Reaktion der Unternehmer getrieben, die die kommunistischen Arbeiter aus der Produktion zu verdrängen suchen. Die grundlegende Aufgabe aller unserer Bruderparteien, das Hauptziel ihrer Anstrengungen muß jetzt darin bestehen, breite Stammtruppen von Revolutionären zu schaffen, die in den Fabriken und Betrieben arbeiten und die der Sache der Revolution restlos ergeben sind. Dieses Ziel verfolgt jetzt die Reorganisation der europäischen Parteien auf der Grundlage der Betriebszellen. Das schließt natürlich nicht die Notwendigkeit aus, in allen Parteien einen Stab von Revolutionären zu schaffen, die den revolutionären Kampf zu ihrem Beruf gemacht haben, denen jedoch der alte korporative Geist der Funktionäre fremd sein muß.

Aber die Gefahr einer solchen bedingungslosen Übertragung des russischen Beispiels auf europäischen Boden besteht auch noch in anderem. Eine Bolschewisierung solcher Art würde den Bolschewismus in ein Dogma verwandeln, ihm die lebendige Seele nehmen, ihn für eine Reihe von Jahren lebensunfähig machen, ihn in einen Zustand versetzen, bei dem keinerlei Weiterentwicklung möglich wäre. Die revolutionären Parteien aber, die sich das Ziel setzen, die internationalen sozialen Verhältnisse zu ändern, dürfen am allerwenigsten zu Dogmatikern werden. Der internationale Bolschewismus ist das noch nicht niedergeschriebene, gewaltige Kapitel der internationalen Arbeiterbewegung — er ist noch ganz in der Potenz vorhanden. Der Leninismus in seiner Anwendung auf die europäischen Verhältnisse und Ereignisse wird dem Proletariat aller Länder eine reiche Erfahrungsquelle sein und solche Seiten der sozialen und politischen Phänomene aufdecken, die wir in diesem Augenblick noch nicht voraussehen können. Er wird am allerwenigsten eine schematische Wiederholung der Ereignisse in der chronologischen Reihenfolge der russischen bolschewistischen Erfahrung sein. Im revolutionären Kampf des Proletariats — der begleitet ist von den Todeszuckungen der sich zersetzenden kapitalistischen Welt, von Kriegen, Interventionen, revolutionären und gegenrevolutionären Bündnissen aller Art — wird es Aufstiege und Niedergänge, Atempausen und neue Schlachten geben, in deren Prozeß jene Strategie notwendig sein wird, die Lenin in kritischen Augenblicken der russischen Revolution so gut anzuwenden wußte. Der russische Bolschewismus kannte weder eine pazifistisch-demokratische Ära, noch einen Dawesplan, der Europa zu erdrosseln droht, oder eine Perspektive der Herrschaft Amerikas über den alten Kontinent. Nur nach entfernten Analogien lassen sich Beispiele finden, die an die Tatsachen und Ereignisse der gegenwärtigen europäischen Situation mehr oder weniger erinnern. Daher stellen die gegenwärtigen Verhältnisse an unsere im Prozeß der Bolschewisierung befindlichen europäischen Parteien die Forderung, die Entwicklung des Leninismus durch vertiefte theoretische Arbeit zu fördern und die Menge seiner Erfahrungen durch neue aus der Praxis der proletarischen Klassenkämpfe gewonnene Lehren zu bereichern. Weniger denn je ist unter den jetzigen schweren Verhältnissen eine Sorglosigkeit gegenüber der Theorie und eine

Lösung der taktischen Fragen von Fall zu Fall nur durch die Eingebung des proletarischen Instinktes zulässig. Und wenn wir von der Notwendigkeit dieser vertieften theoretischen Arbeit sprechen, so tun wir es, weil es Genossen gibt, die die Neigung haben, die Theorie zu vernachlässigen. Der Bolschewismus erscheint ihnen lediglich als ein großes Laboratorium des Massenkampfes, in dessen Verlauf die in Bewegung gesetzten Massen die revolutionäre Strategie aus der Erfahrung, aus den Ereignissen selber lernen. Wozu Leninsche Schulen in Paris, wazu das intensive Studium der Grundlagen des Marxismus und Leninismus, wenn die Klassen diese Erkenntnis im Feuer der Kämpfe und Niederlagen erwerben? Daß die Massen aus der Erfahrung lernen, steht fest. — Daß es unsinnig wäre, die Bolschewisierung auf das Wirken ideologischer Gruppen zu beschränken, die Arbeiterbewegung in die Periode der reinen Propaganda zurückzuwerfen, das unterliegt ebenfalls keinem Zweifel; aber es wäre ein böser Fehler, wollte man das allgemeine Entwicklungsgesetz der revolutionären Partei auf dieser Grundlage aufbauen. Außer den Massen gibt es die Avantgarde — die Partei, die die Massen in den Kampf führt. Wer aber den Anspruch erhebt, die Bewegung zu führen, muß sich vor allem klar darüber Rechenschaft geben, wohin er die Masse führt; er darf nicht nur mit persönlicher, im Prozeß der Führung der Arbeiterbewegung gewonnener Erfahrung ausgerüstet sein, sondern muß auch jene kollektive Erfahrung besitzen, die sich in der marxistisch-leninistischen Theorie kristallisiert hat. Wenn die Tendenz, die Bolschewisierung der Partei auf eine ideologische Kristallisation zu beschränken, für die rein propagandistische Gruppen genügen, ein Fehler ist, so ist es ein ebenso schwerer politischer Fehler, wenn man die Bedeutung der theoretischen Schule leugnet und eine empirisch-monistische Mach-Philosophie der Politik zugrunde legt und so die Partei in einen Apparat verwandelt, der die in den Tiefen des Massenkampfes sich vollziehenden Prozesse registriert. Die wahre Bolschewisierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist weder das eine noch das andere. Die Bestätigung der Richtigkeit dieser Auffassung kann man bei Lenin finden, der die Bedeutung der revolutionären Theorie sehr hoch einschätzte. Er war es, der sie vom akademischen Schematismus befreite und sie aus den Höhen der intellektuellen Abstraktion auf die Erde herabzog. Schon im Jahre 1897, als er von den „Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“ sprach, schrieb Lenin, daß es „ohne revolutionäre Theorie auch keine revolutionäre Bewegung geben könne“. Als er später in der „Iskra“ (1902) gegen die Sozialrevolutionäre polemisierte und sie als revolutionäre Abenteurer schonungslos aufdeckte, schrieb er:

„Das Fehlen einer Theorie nimmt der revolutionären Bewegung das Existenzrecht und verurteilt sie früher oder später zum politischen Bankrott.“

Unsere europäischen Genossen dürfen diese Worte nicht vergessen. Im Bürgerkrieg, der an den verschiedensten Stellen der fünf Erdteile begonnen hat, brauchen wir nicht nur Hunderttausende von Praktikern, die mit den täglichen Kämpfen der Arbeiterklasse aufs engste verknüpft sind und ihre reiche persönliche Erfahrung auf dem Gebiete des Klassenkampfes der Bewegung zur Verfügung stellen können, sondern auch Führer, die die revolutionäre Theorie beherrschen und die Wege, die die Arbeiterklasse zu gehen hat, voraussehen und so fähig sind, das Proletariat vor der Wieder-

holung der alten Fehler zu bewahren und es über alle Fährnisse hinweg zum schweren, aber sicheren Siege zu führen.

Was ist die Bolschewisierung der Parteien? Jeder Versuch, eine abgeschlossene Definition der Bolschewisierung zu geben, die alle Aufgaben umfaßt, vor die unsere Bruderparteien im Westen gestellt sind, würde einen schematischen Charakter tragen. Die internationale kommunistische Bewegung steht in den verschiedenen Ländern auf verschiedenen Entwicklungsstufen. Außer den allgemeinen, allen Parteien gestellten Aufgaben hat jede nationale Sektion noch ihre speziellen. Es wäre ein nutzloses Bemühen, wollte man die Frage der Bolschewisierung in Regeln hineinpressen, die für alle Zeiten und Völker gelten sollen. Die Bolschewisierung ist eine Aufgabe, oder besser gesagt, eine Summe von Aufgaben konkreten Charakters, die wir auf dem fünften Kongreß nur stärker unterstrichen und mehr in den Vordergrund geschoben haben, als es bisher geschehen war. Schon lange vor dem fünften Kongreß haben wir mit der Bolschewisierung unserer europäischen Parteien begonnen. Wir bolschewisierten sie, als wir in der Periode der sozialpatriotischen Kriegsbegeisterung in der alten Sozialdemokratie revolutionäre Fraktionen schufen, als wir später diese Fraktionen aufforderten, sich von den Verrätern der Interessen der Arbeiterklasse, von den Ebert, Scheidemann, Renaudel usw. zu trennen. Wir verfolgten dieses Ziel der Bolschewisierung, als wir drei Jahre nach Kriegsschluß auf dem dritten Kongreß, nach der Organisation von unabhängigen kommunistischen Parteien in den wichtigsten europäischen Ländern, nach dem Übergang der russischen Revolution in den Zustand der Defensive die Parole der Taktik der Einheitsfront aufstellten, als wir die Renegaten Paul Levi in Deutschland und Frossard in Frankreich entlarvten, als wir gegen die Fehler der italienischen Maximalisten, die radikalen Kinderkrankheiten des Genossen Bordiga oder der englischen Genossen, die opportunistischen Abirrungen Höglunds oder der norwegischen Tranmaeliten ankämpften. Alle diese Schlachten haben wir noch frisch im Gedächtnis — im Prozeß der Bolschewisierung unserer Parteien und der ganzen Komintern haben sie eine ebenso große Rolle gespielt wie die vorrevolutionären Kämpfe der KPR gegen die Menschewisten. Darum wäre es unrichtig, zu glauben, daß wir die Bolschewisierung der Parteien erst nach dem fünften Kongreß begonnen hätten. Die Erfahrung des fünfjährigen Kampfes der Komintern ist reich an Episoden der Bolschewisierung unser Parteien. Es genügt, daran zu erinnern, welche wichtigen Probleme der revolutionären Organisation und Taktik die durchgemachten „Krisen“ uns gestellt haben, um zu erkennen, daß wir die Erfahrung für die Bolschewisierung nicht nur aus der Geschichte der KPR, sondern auch aus der fünfjährigen Praxis der Komintern schöpfen können. Wir finden diese Lehren nicht nur in der siegreichen Oktoberrevolution, sondern auch in den revolutionären Kämpfen des europäischen Proletariats. Als Beispiele zitieren wir die Spartakuskämpfe (Januar—März 1919), die Niederlage der deutschen Revolution (Oktober—November 1923), die ungarische Revolution, die österreichische, die Besetzung der Fabriken durch die italienischen Arbeiter im September 1920 usw. Diese Krisen, Kämpfe und Niederlagen stellen uns vor die wichtigsten Probleme der Revolution: die ungeheure Wichtigkeit und Notwendigkeit einer revolutionären, zentralisierten Partei, die die Massen in den Kampf führt; ihre Fähigkeit, zu manövrieren, die es ihr

erlaubt, dem Gegner in den Rücken zu fallen und ihn an seinen schwachen Stellen zu schlagen; die unbedingte Notwendigkeit für die Partei, in engen Kontakt mit den Massen zu treten, sich von ihnen nicht zu isolieren und ihnen nicht vorauszuweichen, ohne die Reserven der unterdrückten Klasse und der diese unterstützenden anderen Schichten der Bevölkerung nachzuziehen, einen Aufstand nicht in einen Putsch ausarten zu lassen, sondern auch den Augenblick für das Losschlagen richtig zu wählen, um weder zu zögern wie Brandler, noch den Ereignissen nachzuhinken wie die Menschewisten. Wir haben schon viele Diskussionen hinter uns: über Zentralismus und Föderalismus in organisatorischen Fragen (die skandinavische Polemik, die Diskussion mit der französischen Partei zur Zeit des Pariser Kongresses 1920, mit den italienischen Maximalisten, mit Lazzari usw.), über den Unterschied zwischen Aufstand und Putsch, über die sozialdemokratischen Überbleibsel in der Massenpolitik des Proletariats, über Opportunismus (die sächsische Erfahrung), über Parlamentarismus und Parlamentsboykott usw. usw. Alle diese theoretischen und taktischen Diskussionen sind in das Inventar der Bolschewisierung der Komintern aufgenommen worden, die keineswegs ein „unbeschriebenes Blatt“ ist. Gewiß, es läßt sich nicht bestreiten, daß wir Rückfälle haben werden, daß wir noch mehr als einmal auf scheinbar schon erledigte Diskussionen zurückkommen werden. Leider rollt die Geschichte der Arbeiterbewegung überhaupt und der kommunistischen im besonderen nicht so leicht wie eine Billardkugel — sie macht oft Sprünge, rollt zurück, um dann wieder einen großen Sprung nach vorwärts zu machen. Die Verlangsamung im Tempo der europäischen Revolution wird vermutlich opportunistische Rückfälle nach sich ziehen und mehr als einen „Führer“ wegfegen. Andererseits kann das Hineinziehen von neuen Arbeiterschichten und der neuen heranwachsenden Generation, die die Geschichte der Bekämpfung der linken Abirrungen noch nicht durchgemacht haben, in die Bewegung die Komintern vor Probleme stellen, die, wie man glaubt, längst erledigt sind. Wenn wir nach dem fünften Kongreß der Komintern die Frage der Bolschewisierung in den Mittelpunkt der ganzen Arbeit unserer Sektionen gestellt haben, wenn wir jetzt auf diesem Wege einen wirklich großen Sprung vorwärts machen, wofür z. B. der letzte Parteitag der französischen Kom. Partei den Beweis liefert —, so erklärt es sich daraus, daß wir erstens den Versuchen, die russische Partei zu entbolschewisieren und die ganze Arbeit der Komintern in den fünf Jahren ihres Bestehens zu annullieren, einen energischen Widerstand entgegensetzen mußten; zweitens sind unsere Sektionen politisch so gewachsen und gereift, daß sie sich den Luxus dieses Sprunges erlauben konnten. Wir führen jetzt die Arbeit dieser fünf Jahre zu Ende, unter der straffen bolschewistischen Führung der Komintern, mit den Händen der heranwachsenden Generation der europäischen Bolschewisten, Und diese gewaltige Arbeit kann schematisch in drei Teile gegliedert werden.

a) Auf politischem Gebiete: Wir müssen, auf der Grundlage des revolutionären Marxismus und Leninismus, unter Berücksichtigung der Verhältnisse unserer imperialistischen Epoche, proletarische Kampfparteien schaffen, die fähig sind — mit Hilfe von Marx' und Lenins Methoden der Analyse der Kräfteverhältnisse der Klassen — die Werktätigen auf dem Wege ihrer Emanzipation unfehlbar zum Ziele zu führen. Nur qualifizierte und in

ideologischer Beziehung geschulte revolutionäre Parteiorgane werden fähig sein, diese Aufgabe zu erfüllen. Führer, die sich von der elementaren Bewegung mitreißen lassen, ohne sich des Kompasses der Leninschen Strategie zu bedienen, werden unbedingt hin- und herschwanken, je nach Aufstieg oder Niedergang der Arbeiterbewegung, werden sich von politischem Impressionismus leiten lassen, der den Interessen dieser Bewegung schadet.

b) Auf taktischem Gebiet: Unsere Parteien müssen sich daran gewöhnen, in den verwickelten Verhältnissen des Klassenkampfes, der sich an der ganzen internationalen Front abspielt, geschickt zu manövrieren, damit sie nie das Endziel, sei es auch nur für einen Augenblick, aus den Augen verlieren. Gleichzeitig aber müssen sie echte Massenparteien werden, die Millionen in Bewegung setzen, die fähig sind, die Staatsgewalt zu erobern, und vor allem, diese Gewalt — trotz verwickelter internationaler Lage, trotz unausgesetzten Kriegs zwischen Arbeit und Kapital — in ihren Händen festzuhalten. Das aber verpflichtet die Kommunisten — nicht nur in den Tagen der Siege der Arbeiterklasse, sondern auch in den schweren Zeiten ihrer Niederlagen — Bolschewisten zu bleiben, sich nicht nur auf das „letzte Gefecht“ vorzubereiten und bessere Zeiten abzuwarten, in denen die für die Revolution und den Sieg der Werktätigen erforderliche günstige objektive Situation vorhanden sein wird — sondern aus jedem noch so kleinen Streik, aus jeder auf den ersten Blick noch so unscheinbaren Bewegung, aus dem bescheidensten Ereignis einen Ausgangspunkt für den entscheidenden Kampf zu machen, der zu einem der „letzten Gefechte“ werden kann. Unsere Taktik ist nicht nur eine Vorbereitung auf den morgigen Tag, nicht nur eine revolutionäre Gymnastik, die ausschließlich den Zweck hat, die für die künftigen revolutionären Schlachten erforderlichen Truppen auszubilden. Unsere Taktik ist der revolutionäre Kampf in jedem gegebenen Augenblick, die Fähigkeit der Partei, aus jeder Anforderung der Arbeiter einen Gährstoff der Revolution zu machen, ohne in Opportunismus zu verfallen und ohne irgendetwelche Kompromisse mit der Sozialdemokratie einzugehen. Diese Merkmale waren es, die dem revolutionären Bolschewismus seine Kraft verliehen und ihn einerseits von der revolutionären Phraseologie, andererseits vom menschwelistischen Opportunismus unterschieden. Eben darum war der Bolschewismus organisch unvereinbar mit dem Trotzismus, der all diese Mängel in sich vereinigt, der in den Jahren der Reaktion die Parole des „Liquidatorentums“ und der „Koalitionsfreiheit“ aufstellte und zur Zeit des Aufschwungs die Theorie der „permanenten Revolution“ predigt.

c) Auf organisatorischem Gebiet. Wir haben uns das Ziel gesetzt, eine internationale Kommunistische Partei zu schaffen, die auf den Grundlagen des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist, und der föderalistische und autonomistische Tendenzen jeglicher Art fernstehen. Eine solche Partei darf nicht durch mechanische Disziplin zusammengehalten werden, sie muß zusammengehalten werden durch die Einheit des Parteiwillens und durch die Einheit der Parteiaktion. Um eine solche Partei aufzubauen, ist es notwendig, jene Stimmungen der Eigenbrödelei und des Sektierertums, jene Zirkelpsychologie auszurotten, die immer vorhanden sind, wenn sich eine Partei bildet, oder wenn neue Richtungen sich einer Partei anschließen. (Beispiele: Der Spartakusbund und die Unabhängigen in

Deutschland, das „Komitee zur Wiederherstellung der internationalen Beziehungen“ und die Mehrheit des Kongresses in Tours in Frankreich, die Kommunisten und die Terzinternationalisten in Italien usw.) Andererseits kann eine solche Partei nicht nur die Bedürfnisse der elementaren Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringen, der sie lediglich das Bewußtsein gibt, wie Rosa Luxemburg im Jahre 1906 in ihrer Broschüre „Was weiter?“ behauptet. Die Partei muß die Revolution organisieren und die Vorbedingungen für ihren siegreichen Erfolg schaffen. Gleichzeitig muß eine solche Partei in der gegenwärtigen Entwicklungsperiode der internationalen Arbeiterbewegung eine Massenpartei sein, die Hunderttausende und Millionen ihr und den Interessen der Arbeiterklasse restlos ergebener Proletarier umschließt. Hier liegt der grundlegende Unterschied zwischen der Entstehung des internationalen Bolschewismus und der des russischen Bolschewismus. Lenin hat vor etwa zehn bis fünfzehn Jahren zur Zeit der unerhörtesten Reaktion in Rußland, als Antwort auf eine Verhöhnung von seiten der russischen Liquidatoren, die behaupteten, daß die russische illegale Partei nur 2—300 illegale Leute zähle, mit vollem Recht erklärt:

„Die 2—300 illegalen Leute bringen die Interessen und die Bedürfnisse vieler Millionen zum Ausdruck, sie sagen ihnen die Wahrheit über die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage, sie öffnen ihnen die Augen über die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes, sie geben ihnen den Glauben an diesen Kampf, stellen die richtigen Parolen auf, befreien die Massen vom Einfluß der zwar vielversprechenden, aber durch und durch verlogenen reformistischen Parolen der Bourgeoisie („Der revolutionäre Mai des Proletariats“).

Bei uns in der Kommunistischen Internationale gibt es bei aller Verschiedenartigkeit der Lage in den einzelnen nationalen Sektionen noch eine Reihe von Parteien (Polen, Balkan), die sich ungefähr in derselben Situation befinden wie die russische bolschewistische Partei vor zehn oder fünfzehn Jahren. Wir wären Doktrinäre der Massenidee, wenn wir die Notwendigkeit einer solchen heroischen Periode im Leben der einzelnen Sektionen in der Epoche des Wachstums der Komintern als internationale bolschewistische Partei leugnen würden. Aber es wäre gleichzeitig eine unrichtige Organisationspolitik, wenn wir auf Grund dieser Einzelfälle allgemeine, für alle Parteien der Komintern geltende organisatorische Prinzipien aufstellen wollten, besonders für die Parteien der Länder mit hochentwickeltem Kapitalismus und starkem Proletariat.

Gehen wir jetzt zu den konkreten Aufgaben der Bolschewisierung über, vor die unsere wichtigsten europäischen Parteien gestellt sind. Wenn wir z. B. die romanischen oder angelsächsischen Länder betrachten, und die Entstehung des modernen Kommunismus in ihnen verfolgen, so werden wir einsehen müssen, daß der Kommunismus in diesen Ländern in bedeutendem Maße gefördert wurde durch den Einfluß der russischen Revolution, während der Leninismus ihm seine ideologischen Voraussetzungen gab. Diese Parteien besaßen vor dem Kriege und vor der Krise des Sozialismus keine so großen Theoretiker und Revolutionäre, wie sie z. B. das deutsche und polnische Proletariat in Rosa Luxemburg hatten. Der romanische und angelsächsische Sozialismus trug vorwiegend eklektische Züge; insbesondere in Frankreich machte sich der Einfluß der Ideen des kleinbürgerlichen Proudhonismus

geltend, des Anarchismus von Bakunin, der reformistischen Ideen von Jaurès, der Ansichten des revolutionären Syndikalismus mit seiner Theorie der „Initiativ-Minderheit“, der die soziale Revolution durch die Ausschaltung des elektrischen Stroms in Paris verwirklichen will. Diese Verschiedenartigkeit der sozialen Schulen und Lehren verhinderte nicht, daß in ein und derselben Partei der Blanquist Vaillant und die Anhänger der Antimilitaristen — der holländische Pastor Nieuwenhuis und der Bretone Hervé — unterkommen konnten. Der bunten sozialen Zusammensetzung der Partei entsprach der Eklektizismus ihrer Ideologie. Im angelsächsischen Sozialismus überwogen die ethischen Elemente des Puritanertums und der religiösen Mystik Keir Hardies. Schon in früherer Zeit war der Marxismus in diesen Ländern wenig verbreitet. Die Grundlagen des Leninismus fielen hier daher auf einen in ideologischer Hinsicht unvorbereiteten Boden. Der romanische und angelsächsische Bolschewismus hat sich daher nicht organisch entwickelt wie der russische, aber es wäre doch falsch, wollte man behaupten, daß er auf gar keine Vergangenheit zurückblicken könne und nur künstlich gezüchtet sei. Es wird niemandem einfallen, die ganze schwere und qualvolle Geschichte der Arbeiterbewegung in diesen Ländern auszustreichen und alles das in ihrer Vergangenheit zu mißachten, womit die besten Elemente der Arbeiterklasse so viele Hoffnungen verknüpften; es wäre falsch, wollte man in dieser Vergangenheit nichts als ihre Fehler sehen.

Wenn man in der Geschichte der westeuropäischen Arbeiterbewegung nachforscht, so wird man finden, daß fast jede Sektion der Komintern Elemente des modernen internationalen Bolschewismus in der Keimform enthält, denn der Bolschewismus ist nicht eine aus den spezifisch russischen Verhältnissen hervorgegangene Erscheinung, sondern ein Phänomen, das mit dem imperialistischen Stadium der weltwirtschaftlichen Entwicklung untrennbar verknüpft ist. Er kann der konkreten Situation eines jeden Landes entsprechend im einzelnen verschiedene Formen annehmen, aber die der ganzen Arbeiterbewegung der Welt eigenen Grundzüge kann er nicht verlieren. Wenn man z. B. nach den Wurzeln des modernen französischen Kommunismus sucht, so wird man sich an den revolutionären Marxismus wenden müssen, dessen Pioniere in Frankreich Paul Lafargue und Jules Guesde in seinen besten Jugendjahren waren. Wir meinen damit die marxistischen Traditionen von Lafargue und die Guesde aus der ersten Periode seiner revolutionären Tätigkeit, nicht des Guesdismus überhaupt, denn der alte Guesdismus entartete zu Anfang des Krieges und auch früher schon zu einem dogmatischen, vollkommen unfruchtbaren Sektierertum, das sich in seiner praktischen Auswirkung sehr wenig von den Anschauungen der opportunistischen Mehrheit der französischen Sozialistischen Partei unterschied. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der französischen Kommunistischen Partei, die marxistische Tradition des französischen Kommunismus festzustellen und ihn aus der ideologischen Schale herauszuschälen, die ihm der französische Sozialismus als Erbe hinterlassen hat. Aber wenn man diese Aufgabe der Aufgabe der Bolschewisierung der Partei — den Marxismus dem Leninismus — entgegengesetzt — wie das Genosse Rappoport auf dem Parteitag der französischen Kom. Partei versucht hat, so bedeutet das, daß man weder den Marxismus noch den Leninismus verstanden hat. Beide sind organisch mit-

einander verknüpft, und die Versuche, sie zu trennen oder einander entgegenzusetzen, beweisen nur, daß Genosse Rappoport und der seinen Standpunkt teilende Dunois die Kommunistische Partei wieder zurückführen wollen zu dem zweifelhaften „Marxismus“ der alten Sozialdemokratie, die die große Lehre vulgarisiert und ihr jeden revolutionären Inhalt genommen hat.

Es scheint uns, daß die französischen Genossen in ihrer Einschätzung und Analyse der rechten Strömungen der Komintern die Wurzeln dieser Abirrungen in der Vergangenheit der französischen Arbeiterbewegung auf französischem Boden suchen müßten; sie müssen zeigen, welchen Einfluß jeder dieser internationalen Fehler auf die Verhältnisse in Frankreich ausübt. Wir sind z. B. der Ansicht, daß der sogenannte Trotzismus sehr viel mit dem individualistischen Proudhonismus gemein hat, daß er der Geistesverfassung jener Gefühlsrevolutionäre in Frankreich entspricht, an denen die syndikalistische Bewegung so reich ist, und deren Stimmung mit dem Aufstieg und dem Niedergang der Arbeiterbewegung schwankt. Die Trotzische Auffassung von den „Führern“, die nur in den Augenblicken eines Umsturzes und der Straßenkämpfe in Erscheinung treten, paßt sehr gut zum französischen Individualismus, dem der Rahmen einer Organisation zu eng ist, und dem die mühsame Organisationsarbeit des Alltags zuwider ist. Diese Auffassung ist eine ideologische Hülle für die Passivität, an der die französische Arbeiterbewegung in den Perioden des Niederganges der revolutionären Welle ideologisch leidet. Es ist kein Zufall, daß Rosmer und Monatte in ihrem neuem, gegen die Kom. Partei gerichteten Organ die Ideen des alten, revolutionären Syndikalismus, zugleich mit der Verteidigung des russischen Trotzismus, zu neuem Leben zu erwecken suchen.

Zur deutschen Kom. Partei übergehend, müssen wir vor allem feststellen, daß die deutsche kommunistische Bewegung weit tiefer in der Vergangenheit wurzelt als der französische Kommunismus. Die deutsche Kom. Partei ist marxistisch gut geschult. Der Marxismus war stets die offizielle Theorie der alten Sozialdemokratie. Bernstein und die revisionistische Schule, die den Marxismus nach allen Richtungen hin auszulegen versuchten, haben, lange bevor die Praxis der Sozialdemokratie opportunistisch entstellt wurde, eine Revision des Marxismus vorgenommen. Aber es bestand damals schon innerhalb der alten Sozialdemokratie eine linksradikale Richtung, die den Opportunismus theoretisch bekämpfte. Allerdings hat dieser linke Flügel die Frage der Machteroberung nie konkret aufgeworfen, er begnügte sich in dieser Hinsicht mit der Kautskyschen Formulierung des Problems in der Broschüre „Der Weg zur Macht“. Die beste Vertreterin dieser Gruppe, Rosa Luxemburg, hat in der deutschen und polnischen kommunistischen Bewegung tiefe Spuren hinterlassen. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß beide Parteien während einer Reihe von Jahren unter ihrem ideellen Einfluß und ihrer Führung gestanden haben. Vieles von dem, was Rosa Luxemburg in ihrem Kampf gegen den deutschen Opportunismus und den polnischen Nationalismus geschrieben hat, gehört auch jetzt noch zu den besten Arbeiten der internationalen marxistischen revolutionären Literatur. Aber gerade die Achtung, die die Komintern für diese große Revolutionärin und Führerin hegt, legt uns die Pflicht auf, ihre Lehre von jenen partiellen

Fehlern zu befreien, die sich aus der historischen Beschränktheit der Bewegung jener Epoche, in der Rosa Luxemburg lebte, erklären. Die deutschen und polnischen Kom. Parteien haben die Aufgabe, die Ansichten der verstorbenen Rosa Luxemburg einer gründlichen theoretischen Revision zu unterziehen. Wenn man von ihrer Theorie der Akkumulation des Kapitals und von der vorübergehenden Meinungsverschiedenheit in der Gewerkschaftsfrage absieht, so kann man diese Fehler auf drei zurückführen: In der nationalen Frage verneinte Rosa Luxemburg den revolutionären Wert der nationalen Bewegungen in einer imperialistischen Epoche, da diese Bewegungen einerseits zum Ausbeutungsobjekt für die großen imperialistischen Mächte würden, und da sie andererseits potenziell imperialistische Bestrebungen den schwächeren Nationen gegenüber in sich trügen. Weiter unterschätzte Rosa Luxemburg in der Agrarfrage die Bedeutung der Bauernbewegungen (Verbindung des Bauernkrieges mit der proletarischen Revolution — nach der Terminologie von Marx). Bereits im Jahre 1918, als sie im Breslauer Gefängnis saß, sprach sie in einer Broschüre, die sie später nicht veröffentlichen wollte, die Befürchtung aus, daß die bolschewistische Partei durch ihre Parole der Bodenaufteilung eine Gegenrevolution der Bauern vorbereite, die weit gefährlicher sei als die menschewistische, weil sie sozial tiefer wurzelt. Andererseits neigte Rosa Luxemburg dazu, die Perspektive unserer Oktoberrevolution auf „europäische“ Art einzuschätzen, da sie letzten Endes den Sieg der Bauernelemente befürchtete. Drittens schließlich in der Frage der Rolle der Partei und ihres Verhältnisses zur elementaren Arbeiterbewegung unterschätzt Rosa Luxemburg die Rolle der revolutionären Partei und überschätzt sie die Bedeutung des Elementaren. In ihren beiden 1904 in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Artikeln „Die Organisationsfragen in der russischen Sozialdemokratie“ neigte sie dazu, gleich den Leuten aus der „Nowaja Iskra“, Lenin des Ultrazentralismus und blanquistischer Tendenzen anzuklagen. Auf den berühmten, elementar ausgebrochenen Streik in Rostow am Don hinweisend, schrieb sie: „Am Anfang war die Tat. — Die Initiative und die zielbewußte Führung der sozialdemokratischen Organisation haben eine sehr geringe Rolle gespielt.“ Darum war Rosa Luxemburg der Ansicht, daß Lenins Versuche, eine illegale Organisation zu schaffen, die fähig wäre, die Bewegung zu leiten, eine wirklich hoffnungslose Sache sei. Die Schwäche der russischen Partei kurz vor der Revolution von 1905 hielt sie in gewissem Sinne für ein soziologisches Gesetz, das für alle Stadien der Arbeiterbewegung Geltung habe. Denselben Standpunkt entwickelte sie später in ihrer Broschüre „Was weiter?“, die der Bewegung vom 9. Januar gewidmet ist, ferner in einem Referat in Frankfurt am Main im Jahre 1910, wo sie in einer Arbeiterversammlung die Frage des Generalstreiks als Kampfmittel für die proletarische Diktatur erörterte. Als wahre Revolutionärin gegen die Gewerkschaftsführer auftretend, die den Generalstreik als Kampfmethodem ablehnten unter dem Vorwand, daß in den Gewerkschaften noch nicht die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse organisiert sei, wies Rosa Luxemburg mit Recht darauf hin, daß eine solche Fragestellung Opportunismus sei, daß sie an den alten Streit vom Huhn und dem Ei erinnere. Die Dialektik der revolutionären Bewegung lautet: Nur der Massenkampf kann der Organisation neue frische Schichten der Arbeiterklasse zuführen. Aber hier verfällt Rosa Luxemburg in das andere Extrem,

wenn sie schlußfolgert, daß das elementare Moment beim Generalstreik in Rußland nicht darum eine so große Rolle gespielt habe, weil das russische Proletariat in organisatorischer Beziehung nicht geschult gewesen sei, sondern weil die Revolution nicht auf Bestellung gemacht werden könne.

Wir wissen, daß diese Theorie, die die Rolle des Elementaren überschätzt, und die die Bedeutung der zentralisierten revolutionären Organisation des Proletariats unterschätzt, bei den Spartakuskämpfen eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Und mit ihrem edlen Blut hat Rosa Luxemburg diesen Irrtum bezahlen müssen. Wir wissen auch, daß es noch kürzlich in der deutschen kommunistischen Bewegung vereinzelte Stimmen gab, die die Bedeutung der Massenpartei für das Proletariat entweder unterschätzten oder die Rolle der Partei auf die einer Sekte beschränken wollten, und darum wird die Überwindung der Fehler Rosa Luxemburgs der beste Weg zur Bolschewisierung der Partei sein, die beste Art, der Sache zu dienen, für die Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ihr Leben geopfert haben. Und das muß um so mehr geschehen, da viele Irrtümer Rosa Luxemburgs an die Fehler erinnern, die Genosse Trotzki seinerzeit gemacht hat.

Die grundlegende Frage auf taktischem Gebiet, die als die Seele der Bolschewisierung der europäischen Parteien betrachtet werden kann, ist die Frage der Eroberung der Massen. Wir müssen auf die Tatsache hinweisen, daß viele europäische Genossen die Beschlüsse des 5. Weltkongresses so aufgefaßt haben, als wäre das Problem der Eroberung der Massen von der Tagesordnung gestrichen worden. Einige sehr wertvolle Genossen waren der Ansicht, daß nach den bösen Erfahrungen, die man in Sachsen mit der „Arbeiterregierung“ und mit der Anwendung der Taktik der „Einheitsfront“ gemacht hat, diese Taktik und diese Parole als erledigt zu betrachten seien. Es entstanden sogar besondere Theorien, denen zufolge unsere Parteien in der gegenwärtigen Periode — ebenso wie einstmals die Bolschewisten in den Jahren der Reaktion — „gegen den Strom schwimmen.“ Es ist zweifellos richtig, daß unsere Sektionen im Westen jetzt die größten Schwierigkeiten zu überwinden haben, aber es wäre doch ein Fehler, wenn man diese Zeit mit jener vergleichen wollte, in der Lenin und Sinowjew zu Beginn des Krieges das bolschewistische Kampforgan „Der Sozialdemokrat“ im Auslande herausgaben. Diese Theorie aber kann, absolut genommen und ohne historisch festgelegt zu sein, zu einer Theorie werden, die unsere Niederlagen und die Trennung von den Massen deckt. Und das ist gegenwärtig die größte Gefahr für unsere Bewegung. Das Festhalten an den Massen, die Aufrechterhaltung eines engen Kontaktes mit ihnen, das Bestreben, die einzige Massenpartei der Arbeiterklasse in Europa zu werden und den Einfluß der Sozialdemokratie in ihr zu vernichten, — das ist jetzt der Inhalt der Bolschewisierung. Der Bolschewismus bedeutet nicht nur die Fähigkeit, in kritischen Augenblicken der Arbeiterbewegung gegen den Strom zu schwimmen, — sondern er stellt auch eine gewaltige revolutionäre Wissenschaft dar, die lehrt, wie die vorhandenen „Strömungen“ einzuschätzen und mit den Interessen der proletarischen Revolution und der Arbeiterklasse in Einklang zu bringen sind. Bolschewismus ist — geniale Strategie und die Lehre, wie die Massen revolutioniert und in Bewegung gesetzt werden können. Bereits 1902 schrieb Lenin in seiner Broschüre „Was tun?“:

„Wir sind die Partei der Klasse, und daher muß fast die ganze Klasse (in Kriegszeiten, in der Epoche der Bürgerkriege sogar — die ganze Klasse) unter der Führung unserer Partei stehen, sich unserer Partei so eng wie möglich anschließen.“

Viel später, in seinem Buche „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, bei der Erörterung der Frage, worauf sich die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats stütze, schrieb Lenin:

„Erstens auf das Klassenbewußtsein der proletarischen Avantgarde und ihre Hingabe an die Sache der Revolution, auf ihre Ausdauer, ihren Opfermut und Heroismus. — Zweitens auf ihre Fähigkeit, zu der breitesten Masse der Werktätigen in Beziehung zu treten, sich ihr zu nähern, sich mit ihr gewissermaßen zu verschmelzen, und zwar in erster Linie mit der proletarischen, aber auch mit der nichtproletarischen werktätigen Masse überhaupt. — Drittens auf die zweckmäßige politische Führung, die durch diese Avantgarde ausgeübt wird, auf die Zweckmäßigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Bedingung, daß die breitesten Massen sich durch die eigene Erfahrung von dieser Zweckmäßigkeit überzeugen.“

Auf welche Weise läßt sich dieser enge Kontakt mit den Massen in der gegenwärtigen Periode herstellen? Nur dadurch, daß unsere kommunistische Partei es versteht, Tagesforderungen aufzustellen und zu verteidigen, die den wichtigsten Bedürfnissen der breitesten Masse der Werktätigen entsprechen. Eben diesen Weg schlug eine der stärksten Sektionen der Komintern — die KPD — in ihrer letzten Parteikonferenz ein. Ein Revolutionär sein, — das bedeutet nicht nur, in den Tagen des Aufstandes Barrikaden bauen und Maschinengewehre und Geschütze auffahren, das heißt auch, in den schwarzen Tagen der Reaktion zusammen mit den Massen kämpfen um ihr tägliches Brot, um die den Kapitalisten entrissenen Positionen, um die Erhaltung des erreichten materiellen Niveaus, um die Kampfbereitschaft der proletarischen Avantgarde, die gegen Demoralisation und Panikstimmungen geschützt werden muß. Nur eine Partei, die bei veränderter objektiver Lage fähig ist, ihre Reihen neu zu ordnen, aus ihrem taktischen Arsenal die für den Augenblick geeignetsten Kampfmittel auszuwählen, ohne das Endziel auch nur eine Sekunde lang außer acht zu lassen, kann die Führung der Massenbewegung in ihren Händen behalten. Dieser Politik der Unterstützung der konkreten Forderungen der Arbeiterklasse folgend, werden unsere Kom. Parteien nur dann dem Opportunismus nicht verfallen, wenn sie die Sozialdemokratie unerbittlich als eine Partei der Bourgeoisie entlarven und die opportunistischen Abirrungen in ihrer eigenen Mitte bekämpfen. Daß es bei uns in der gegenwärtigen Periode an Menschen nicht fehlen wird, die den Kampf um die konkreten Forderungen der Arbeiterklasse in Opportunismus verwandeln wollen, davon zeugt z. B. das vom deutschen rechten Flügel aufgestellte „Steuerprogramm“. Warum hatten die deutschen Genossen recht, als sie diesen Vorschlag einer harten Kritik unterzogen? Natürlich nicht, weil das deutsche ZK die Notwendigkeit eines Steuerprogramms für die Partei überhaupt leugnet, sondern nur, weil das Stellen dieser Frage in den Mittelpunkt aller Parteibestrebungen Opportunismus ist, die Wiederholung des Fehlers, den seinerzeit

die russischen Menschewisten begangen haben, als sie, im Gegensatz zur bolschewistischen Parole des Kampfes gegen die Selbstherrschaft, die Losung der „Koalitionsfreiheit“ aufstellten. Die russischen Bolschewisten waren natürlich nicht gegen die Koalitionsfreiheit, aber sie verbanden diese Forderung mit der grundlegenden Aufgabe der Arbeiterklasse in Rußland, mit der Bekämpfung des Zarismus. Und wenn der rechte Flügel der deutschen Partei den Versuch macht, das „Steuerprogramm“ dem Kampf um die Diktatur des Proletariats entgegenzustellen, so verfällt er derselben opportunistischen Sünde.

Im Zusammenhang mit der Frage der Eroberung der Massen steht auch unser Verhältnis zu der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung. Wir wissen, wie sehr diese Parole im Bewußtsein der deutschen Arbeiterklasse durch das sächsische Experiment kompromittiert worden ist, aber wir sind trotzdem der Ansicht, daß in einer ganzen Reihe von Ländern, und insbesondere in Deutschland, eine Situation entstehen kann oder vielleicht bereits besteht, in der die Kom. Partei gezwungen ist, diese Parole in ihrem Kampfprogramm aufrechtzuerhalten. In der Sitzung der Erweiterten Exekutive werden wir diese konkrete praktische Frage mit der deutschen Delegation ernstlich diskutieren müssen. In unserer Propaganda für diese Parole müssen wir zeigen, daß sie keineswegs die „Vorstufe“ zu der proletarischen Diktatur (Stadientheorie) darstellt, sondern — im Gegenteil — mit dieser Diktatur identisch ist. Wir müssen ferner zeigen, daß wir die Verwirklichung dieser Parole mit der revolutionären Bewegung der Massen und ihrem erfolgreichen Aufstand verknüpfen. Nur dann wird diese Parole keine Verwirrung in die Köpfe bringen. Uns scheint, daß unsere letzten Verluste in den deutschen Gewerkschaften bis zu einem gewissen Grade mit der Tatsache verknüpft sind, daß die Partei es bei den letzten politischen Krisen nicht verstanden hat, die Arbeitermassen von ihrer Fähigkeit, konkrete Losungen aufzustellen, zu überzeugen.

Hierher gehört auch die Frage der organisatorischen Erfassung der breiten Arbeitermassen durch unsere Kommunistischen Parteien. Wenn wir in einzelnen Ländern Parteien haben, deren ideologischer Einfluß den Grad ihrer organisatorischen Geschlossenheit übersteigt (Deutschland und Frankreich), so beobachten wir in andern Ländern einen andern Mangel. In Italien z. B. haben wir eine gefestigte, gut zusammengefügte illegale Partei von 30 000 Mitgliedern, aber der ideelle Einfluß dieser Partei außerhalb der Grenzen der Organisation ist vorläufig noch sehr unbedeutend. Darum stehen wir in Deutschland und in Frankreich vor der Aufgabe, außerhalb der Partei stehende Arbeitermassen organisatorisch zu erfassen, in Italien dagegen vor der Aufgabe, die agitatorischen Möglichkeiten der Partei zu erweitern. Um auf der Arena des politischen und wirtschaftlichen Kampfes offen auftreten zu können, muß sich die italienische Kommunistische Partei von dem ihr noch anhaftenden Karbonarismus freimachen und es lernen, jede sich bietende Gelegenheit für ihren Kampf auszunutzen.

Es wäre nützlich, die italienischen Genossen an die Methoden der russischen bolschewistischen Partei zu erinnern, die am Vorabend des 17. Oktober 1905 die sie beengenden polizeilichen Schranken über den Haufen rannte. Wir wissen, welche Elastizität diese Taktik voraussetzt und welchen

Schwierigkeiten sie in Italien begegnen kann. Aber wir sind trotzdem der Ansicht, daß die karbonaristische Trägheit der Parteiorganisation die Bolschewisierung der Partei in Italien im gegebenen Augenblick hemmen und passiven Stimmungen Platz machen würde.

Trotz der Unterschiede in der Lage der einzelnen Länder dürfen unsere Sektionen ihre wichtigste Aufgabe nicht außer acht lassen, die darin besteht, daß unsere sämtlichen Parteien möglichst dicht an die in der Produktion stehenden Arbeiter herangehen. Die Reorganisation der Parteien auf der Grundlage der Betriebszellen ist keine mechanische Umbildung, die nur die äußere Gestalt verändert. Es handelt sich vielmehr darum, der proletarischen Organisation im proletarischen Klassenbewußtsein ein Fundament zu geben. Nur die Partei kann wirklich mit Recht von sich sagen, daß sie bolschewisiert sei, die ihre kommunistischen Betriebszellen zu Kampforganen gemacht hat, die den revolutionären Kampf der proletarischen Massen leiten. Die Bolschewisierung setzt gleichzeitig die Verstärkung unseres Einflusses in den Gewerkschaften und die Zurückeroberung der in ihnen verlorenen und Eroberung neuer Positionen voraus. In verschiedenen Ländern bedeutet diese Aufgabe vor allem die Beseitigung der separatistischen Tendenzen in der Gewerkschaftsbewegung. Besonders in Frankreich und zum Teil in der Tschechoslowakei müssen alle Überreste des ehemaligen Mißtrauens beseitigt und ein enger Kontakt zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Organen hergestellt werden. Diese „Bolschewisierung“ der Gewerkschaftsbewegung ist nicht als ein einzelner Akt zu betrachten, sie ist nicht eine Frage der Annahme dieser oder jener guten Resolution oder der Durchführung dieser oder jener guten partiellen Maßnahme. Es ist eine langwierige pädagogische Aufgabe, bei der unsere Parteien nicht nur die größte Ausdauer und Geduld, sondern auch eine eiserne Energie und Hartnäckigkeit beweisen müssen.

Hinein in die Gewerkschaften, gründet lebensfähige Gewerkschaftsfraktionen, — das ist die nächste Losung der Bolschewisierung. Ohne organisatorische Stützpunkte für den Bolschewismus in der Gewerkschaftsbewegung geschaffen zu haben, kann man nicht von Bolschewisierung reden. Eine solche Bolschewisierung wäre nur eine intellektuelle Strömung, die keine Stützpunkte in den Massen hat. Eine nicht minder wichtige Rolle spielt die Eroberung der Betriebsräte und ihre Einführung in den Ländern, in denen sie noch fehlen. Die Betriebsräte müssen in der gegenwärtigen Situation neben den Gewerkschaften zu Hebeln unseres Einflusses im Kampfe um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung werden. In Italien z. B. kann der Kampf für die Betriebsräte zum Ausgangspunkt der aktiven Einmischung der Arbeiterklasse in den Kampf um die Macht gegen Mussolini werden.

In agrarischen Ländern gewinnt das Problem der Machteroberung einen etwas abweichenden Charakter. Neben dem Kampf um den Einfluß in den Gewerkschaften und Betriebsräten müssen wir in diesen Ländern revolutionäre Bauernorganisationen ins Leben rufen, die unter der ideellen Führung der kommunistischen Parteien kämpfen. Ob wir diese revolutionären Bauernorganisationen auf dem Wege der Spaltung der schon bestehenden Bauernparteien schaffen, die von inneren Klassengegensätzen zer-

rissen werden, oder auf dem Wege der Organisierung der noch nicht organisierten Elemente der armen Bauern, das hängt von der konkreten Situation ab. Besonders scharf steht diese Frage für unsere Bruderparteien in Polen, auf dem Balkan (Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland), in der Tschechoslowakei, in Frankreich, Italien usw.

In andern Ländern, in denen die Rolle der Bauern verhältnismäßig gering ist, verpflichtet uns das Problem der konkreten Fragestellung der proletarischen Diktatur, die Methoden unserer Einwirkung auf die sogenannten Mittelschichten und auf die städtische Kleinbourgeoisie, die unter der Last des gegenwärtigen kapitalistischen Chaos schwer zu leiden hat, eingehend zu studieren. Die Tatsache, daß dieses Problem in der Periode der Ruhr-Okkupation von der deutschen Rechten falsch gelöst worden war, ist kein Grund, es jetzt unberücksichtigt zu lassen. In Frankreich, Italien, Deutschland, der Tschechoslowakei ist diese Frage von besonders großer Bedeutung. Das ist einer der Bestandteile des ganzen Problems der proletarischen Revolution und der Arbeiterdiktatur. In seinem 1916 gegen die polnischen Genossen, die den irländischen Aufstand einen Putsch nannten, gerichteten Aufsatz „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“ schrieb Lenin: „Die sozialistische Revolution in Europa kann nichts anderes sein als ein Ausbruch des Massenkampfes aller Unterdrückten und Unzufriedenen. Teile des Kleinbürgertums und auch rückständige Arbeiter werden an ihm teilnehmen — ohne sie ist kein Massenkampf, keine Revolution möglich; aber ebenso unvermeidlich werden diese Elemente ihre Vorurteile, ihre reaktionären Phantasien, ihre Schwächen und Fehler in die Bewegung hineinbringen.“

Weiter ist es notwendig, die Frage der zahlenmäßigen Stärkung unserer Kom. Parteien, der Heranziehung von neuen Arbeiterschichten in ihre Reihen auf die Tagesordnung zu setzen. Die periodischen „Krisen“ haben den zahlenmäßigen Bestand unserer Organisationen stark geschwächt. Wir müssen die uns von der Geschichte gewährte Atempause dazu verwenden, unsere organisatorische Schwäche zu überwinden, die die Quelle unserer Niederlagen in Deutschland, Österreich, Bulgarien und Ungarn war. Das Problem der Werbung neuer Parteimitglieder, ihre Erziehung im kommunistischen Geiste, ist ebenfalls eines der brennendsten Probleme der Bolschewisierung. Besonders aktuell ist diese Frage in Ländern wie Frankreich, wo es keine starken Traditionen der organisierten Disziplin gibt, wo die individualistischen Stimmungen noch nicht überlebt sind. Es wäre der beste Beweis für die bolschewistische Reife der französischen Kom. Partei, wenn es ihr gelänge, die Zahl der Parteimitglieder in Paris, in dieser heroischen Stadt der Pariser Kommune, auf 50 000 und in ganz Frankreich — auf 200 000 zu bringen. Wir wissen, daß unsere Kom. Partei in Frankreich bei den letzten Wahlen etwa 900 000 Stimmen aufgebracht hat, während sie in ihren Reihen nur 50 000 organisierte Kommunisten (gegenwärtig 75 000) zählte; aus diesem Verhältnis geht hervor, daß auf einen organisierten Kommunisten etwa zwanzig sympathisierende Arbeiter kommen. Dasselbe Mißverhältnis, obwohl in geringerem Grade, finden wir in Deutschland, wo die Partei etwa 200 000 Mitglieder zählt, während die Menge der für sie abgegebenen Stimmen bei den letzten Wahlen die Summe von fast 3 Millionen erreicht hat. In Italien erhielt die Partei mit ihren 30 000 Mit-

gliedern trotz schlimmsten Terrors etwa 300 000 Stimmen. Was besagen diese Zahlen? Sie sagen uns, daß unsere Bruderparteien im Westen die ihnen gegebenen organisatorischen Möglichkeiten noch nicht erschöpft haben, daß sie es noch nicht verstanden haben, alle Elemente in die Partei hineinzuziehen, die bereit sind, unter ihrem Banner zu kämpfen. In der Tschechoslowakei allerdings verhält sich die Sache anders. Hier haben wir eine große Massenpartei mit 150 000 Mitgliedern. Dies ist relativ die stärkste Sektion der Komintern, aber hier stehen wir vor der entscheidenden Frage der Kampffähigkeit dieser Parteimassen. In Prag z. B. zählt die Parteiorganisation 28 000 Mitglieder, aber an den von der Partei organisierten Kundgebungen nahmen nur etwa 10 000 bis 15 000 Menschen teil. Dieser Umstand beweist, daß es in der tschechoslowakischen Partei eine große Schicht von Parteimitgliedern gibt, die in den Organisationen der andern Länder die Schicht der Sympathisierenden bilden. Wir wollen damit nicht sagen, daß die tschechoslowakische Partei einer Massensäuberung unterworfen werden muß, wie dies einige warme Anhänger des russischen Säuberungsprinzips empfohlen hatten. Wir zitieren dieses Beispiel der tschechoslowakischen Partei nur, um die Notwendigkeit der erzieherischen Bolschewisierungsarbeit und der Hebung der Kampffähigkeit unserer Kerntruppen zu betonen.

Es gibt ferner noch das Problem der kommunistischen Presse. In den Jahren der russischen Reaktion war unsere „Prawda“ jener Mittelpunkt, um den sich Hunderttausende von russischen Proletariern scharten. Es gab keinen noch so entlegenen Winkel, wo ein Artikel der „Prawda“ von den Arbeitern nicht lebhaft erörtert worden wäre, wo es keine opfermütigen Freunde der „Prawda“ gegeben hätte. Die Rolle, die unsere „Prawda“ in der Ausgestaltung unserer bolschewistischen Partei am Vorabend der Revolution gespielt hat, war ungeheuer. Sie war die Quelle der revolutionären Energie, der alle aus den Tiefen der Arbeiterklasse kommenden Ströme zufflossen, und die ihrerseits die Funken des künftigen revolutionären Brandes nach allen Richtungen hin aussprühte. Anders verhält es sich mit unserer Presse im Westen. Nur in Frankreich haben wir eine Zeitung, „Humanité“ (Zentralorgan der französischen Kom. Partei), deren Auflage die Zahl 200 000 erreicht. Leider läßt sich das von den andern Parteizeitungen nicht sagen. Die Auflage des Zentralorgans der deutschen Kom. Partei, „Die Rote Fahne“, beträgt nur 30 000 Exemplare. Man könnte zwar zugunsten der deutschen Genossen den mildernden Umstand geltend machen, daß sie ein ganzes Netz von Zeitungen besitzen, die die einzelnen Bezirke und Provinzen versorgen. Aber dennoch ist die Auflage von 30 000 Exemplaren beim Zentralorgan einer Partei, das in einer Stadt erscheint, in der bei den letzten Wahlen etwa 300 000 Stimmen für die Kommunisten abgegeben wurden, eine wirklich verschwindend geringe Zahl. Das Zentralorgan der italienischen Kom. Partei, „Unita“, hat eine Auflage von 40 000 Exemplaren. Alle diese Tatsachen besagen das eine: Wir müssen unsere Presse zu dem machen, was die russische „Prawda“ in den vorrevolutionären Tagen war. Wir müssen unsere Presse den Arbeitermassen näherbringen, aus ihr eine wirkliche Arbeiterpresse machen. Es handelt sich nicht darum, daß diese Zeitungen „große Politik“ machen, Sensationen nachjagen und auf diesem Gebiet mit der bürgerlichen Presse konkurrieren sollen — es sollen Organe sein, mit

deren Hilfe wir die Arbeiterklasse beeinflussen, in sie eindringen. Ein Netz von Arbeiterkorrespondenten, von Freunden der Zeitung in Fabriken, Betrieben und Dörfern schaffen — das ist die grundlegende Aufgabe einer bolschewistischen Partei. Auf organisatorischem Gebiet stehen wir vor der Frage der Schaffung von kommunistischen Parteikertruppen. Die Führer der Ortsgruppen sind meist junge Leute, die organisatorisch nicht so geschult sind wie die sozialdemokratischen Funktionäre. Andererseits werden unsere Parteileitungen auch in ideeller Beziehung den gesteigerten Forderungen nicht gerecht, die ihnen die Arbeitermassen stellen. Es ist eine Aufgabe von größter Bedeutung, daß wir in den nächsten Monaten und Jahren Kerntruppen von Parteiführern heranziehen, von echten Revolutionären im besten Leninschen Sinne des Wortes, von Führern, die eng mit der Masse verknüpft sind, daß wir den Geist der Passivität, der Funktionärbureaukratie, des Bonzentums aus ihnen ausmerzen. Für einige junge Parteien, wie z. B. die belgische, ist das eine Lebensfrage.

Auch die Frage der Proletarisierung unserer Parteien kann nicht umgangen werden. Zweifellos setzen sich unsere Parteiorganisationen in den größten Ländern Westeuropas in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Arbeitern zusammen. Der Prozentsatz der andern Schichten und der Intellektuellen ist außerordentlich gering. Aber trotzdem ist die Frage der Proletarisierung für einige Parteien, wie z. B. für die französische (aus mancherlei historischen Gründen) von entscheidender Bedeutung. Die alte Sozialistische Partei Frankreichs war nur ein kleinbürgerliches Anhängsel der syndikalistischen Bewegung. Hier war eine besondere Theorie geschaffen worden, die zwei Arten von Organisationen vorsah: die auf dem Klassenprinzip aufgebaute (die Gewerkschaften) und die politische Organisation (die Partei). Die Ausrottung dieser schädlichen Tradition, die Verwandlung unserer Kom. Partei in eine ihrer sozialen Zusammensetzung nach reine Arbeiterpartei — das ist die nächste Aufgabe der französischen Genossen. Und auf diesem Wege haben sie schon Ungeheures geleistet. So setzte sich z. B. der letzte französische Parteitag mit seinen 239 Delegierten aus 224 Arbeitern und nur 15 Intellektuellen mit akademischer oder Mittelschulbildung zusammen. Unter den 224 Arbeiterdelegierten waren 55 Metallarbeiter, 28 Bauarbeiter, 11 Bergarbeiter, 7 Textilarbeiter, 8 nichtqualifizierte Arbeiter usw.

Als auf eine besondere bolschewistische Aufgabe muß auch auf die Notwendigkeit einer geschlossenen starken zentralisierten Organisation in den Ländern hingewiesen werden, in welchen die Parteien unter verschiedenen Nationalitäten wirken müssen (Polen, Tschechoslowakei, Balkan). Liquidierung aller föderalistischen Abirrungen, enger brüderlicher Zusammenschluß auf dem Boden des proletarischen Internationalismus und zweckmäßige nationale Politik — das sind die Grundlagen der Bolschewisierung solcher Parteien. Bei dieser Gelegenheit muß auch auf die Notwendigkeit der Ausrottung sozialdemokratischer Gewohnheiten auf parlamentarischem Gebiet und in der Kommunalarbeit aufmerksam gemacht werden, die sich in letzter Zeit im Leben einzelner Parteien, insbesondere in der Tschechoslowakei, bemerkbar machten.

Das sind unserer Auffassung nach die konkreten praktischen Aufgaben, die unsern Sektionen in Europa auf dem Wege zur Bolschewisierung gestellt

sind. Man könnte einwenden, daß diese Aufgaben alltägliche seien, daß sie schon ohnehin in den Wirkungskreis der Kom. Parteien aufgenommen sind. Es mag richtig sein. Aber wir haben nicht die Absicht, kosmische Aufgaben zu erfinden. Weite Perspektiven zu eröffnen, um „Epochen“ zu operieren, zu phantasieren, „neue Worte“ zu erfinden — überlassen wir denen, die daran Geschmack finden. Geduldig Stein auf Stein fügend, errichten wir den Bau unserer Organisation. Und mit der Zahl dieser Steine wächst und festigt sich die einheitliche internationale Kommunistische Partei, für die die besten Söhne der Arbeiterklasse die Kraft ihres edlen Geistes und das Blut ihres heißen Herzens hergeben werden.

O. W. KUUSINEN:
LENINS VERMÄCHTNIS
FÜR DIE ORGANISATORISCHE ARBEIT
IN DEN KAPITALISTISCHEN LÄNDERN

Ist die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien nur eine organisatorische Aufgabe? Zweifellos nicht. Ist die Bolschewisierung aber auch eine organisatorische Aufgabe? Bedarf es der Bolschewisierung in der organisatorischen Arbeit? Jawohl, zweifellos.

Wie die kommunistische Bewegung in den kapitalistischen Ländern die traditionelle kleinbürgerliche Einstellung zur bolschewistischen Auffassung über die Rolle und den Charakter der Partei erst überwinden mußte und zum Teil jetzt noch zu überwinden hat, so kann auch die Leninsche Methode des Aufbaues der Parteiorganisation und der Organisierung der Arbeit unter den Massen nur nach und nach und unter Schwierigkeiten die Verständnislosigkeit überwinden, die aus der alten kleinbürgerlichen (sozialdemokratischen, zunftartigen, syndikalistischen oder anarchistischen) Arbeiterbewegung ererbt worden ist.

Noch vor 1½ Jahren wurde in den Reihen der norwegischen Sektion der Komintern um die so elementare Frage gekämpft, ob die Partei eine vollkommen selbständige Organisation (mit individuell beigetretenen Mitgliedern) oder eine politische Abteilung der Gewerkschaftsorganisation sein soll.

Die bolschewistische Stellungnahme zur Zentralisation der Parteileitung und -organisation, zur Parteidisziplin und einheitlichen Aktion aller Parteimitglieder war überall Gegenstand des Kampfes. Diese Fragen wurden in fast allen kommunistischen Parteien erörtert, selbst nachdem bereits auf dem 2. Weltkongreß ein Beschluß gefaßt worden war, der diese bolschewistische Auffassung zur obligatorischen Bedingung für den Anschluß an die Komintern machte. Aber die inneren Kämpfe sind nicht umsonst gewesen. Durch diese Kämpfe ist die Parteidisziplin, die innere Geschlossenheit und Zentralisation in vielen Ländern stark gefestigt worden; in dieser Beziehung stellen unsere Parteien gegenwärtig allgemein ein bedeutend höheres Niveau der

Entwicklung im bolschewistischen Sinne dar als während des 2. oder 3. Kongresses der Komintern. Am deutlichsten ist dies ersichtlich am Beispiel der deutschen und der französischen Partei. Jedoch bestehen in der Entwicklung unserer Parteien in allen kapitalistischen Ländern in dieser Beziehung Mängel, die nur nach und nach, durch hartnäckige Arbeit und im Prozeß der Sammlung revolutionärer Erfahrungen zu beseitigen sind.

Auf dem 3. Weltkongreß wurde, auf Initiative des Genossen Lenin hin, die Organisationsfrage als besonderer Punkt der Tagesordnung aufgestellt. Er hielt es für wichtig, daß auf die Bedeutung der ständigen organisatorischen „Kleinarbeit“ auf den einzelnen Gebieten der revolutionären Parteitätigkeit ernste Aufmerksamkeit gerichtet wurde. Der Schreiber dieser Zeilen erhielt den Auftrag, den ersten Entwurf der Leitsätze auszuarbeiten. Dieser Auftrag wurde ausgeführt, teils auf Grund persönlicher Ratschläge Lenins, teils auf Grund von vielen Anregungen, die in früher von ihm geschriebenen Artikeln im Überfluß vorhanden waren. Genosse Lenin schlug vor, den Entwurf an vielen Stellen zu ergänzen, was wir dann zusammen mit dem deutschen Genossen Koenen getan haben, worauf diese Leitsätze vom Kongreß mit geringen, von der Organisationskommission beantragten Änderungen angenommen wurden. Die in dieser Resolution gegebenen Leitsätze blieben jedoch zunächst ein toter Buchstabe, woran die Resolution selbst Schuld trug.

Es war besonders lehrreich, Genosse Lenin in seiner letzten Rede auf dem 4. Kongreß der Komintern die erwähnte Resolution kritisierte. Er sagte u. a.: „Mein Eindruck ist, daß wir mit dieser Resolution einen großen Fehler gemacht haben, und zwar, daß wir uns selbst den Weg zu einem weiteren Fortschritt versperrt haben.“ Gleichzeitig aber hat Genosse Lenin besonders betont, daß sich die ausländischen Genossen unbedingt nach den in dieser Resolution vorhandenen Weisungen zu richten haben.

„Für die Ausländer ist es notwendig,“ führte er aus, „daß das, was wir über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien geschrieben und was die Ausländer unterzeichnet haben, ohne es zu lesen und zu verstehen, von ihnen verstanden wird. Das müssen sie zu einer ihrer wichtigsten Aufgaben machen. . . . Diese Resolution muß durchgeführt werden . . . Das Wichtigste für die jetzt beginnende Periode ist das Lernen. Wir (Russen) lernen im allgemeinen Sinne, sie (die ausländischen Genossen) müssen im speziellen Sinne lernen, um die Organisation, den Bau,

die Methode, den Inhalt der revolutionären Arbeit, wirklich zu verstehen.“

Worin bestand aber nun der Fehler in obengenannter Resolution?

Genosse Lenin sagte, daß sie „zu russisch“, „durch und durch von russischem Geiste durchdrungen“ sei. Damit wollte er nun keinesfalls sagen, daß die Schwäche der Resolution darin bestand, daß sie die russische Erfahrung enthielt. Nein, umgekehrt, er empfahl den ausländischen Genossen, an Hand der revolutionären Erfahrungen der russischen Genossen wirklich zu lernen: „Sie müssen ein Stück der russischen Erfahrung in sich aufnehmen.“

„Wie gesagt,“ so führte er aus, „die Resolution ist ausgezeichnet, ich unterschreibe alle 50 und mehr Paragraphen. Aber wir haben nicht verstanden, wie wir mit unserer russischen Erfahrung an die Ausländer heranzutreten haben; alles in der Resolution ist toter Buchstabe geblieben, und wenn wir dies nicht verstehen, werden wir nicht vorwärtskommen.“

Eine der Grundregeln der Leninschen Methode ist: Direktiven müssen stets konkret sein. Mit anderen Worten: Jede Aufgabe muß festgelegt werden unter dem Gesichtspunkte eines bestimmten Momentes und der konkreten Umstände.

Eine zweite Regel der Leninschen Methode besteht darin, daß die Arbeit nach Möglichkeit stets auf die Ausführung irgendeiner unmittelbaren Hauptaufgabe zu konzentrieren ist (zunächst die vorliegende allgemeine Hauptaufgabe, und nach ihr sind die Hauptaufgaben der einzelnen Arbeitsgebiete zu bestimmen).

Die Resolution des 3. Kongresses zur Organisationsfrage befolgte keine dieser beiden Hauptregeln der Leninschen Methode. Die in ihr erwähnten Aufgaben waren an sich richtig und notwendig, waren aber so dargelegt, daß sie mit gleichem Maße — also gleich und genau — an die verschiedenen Verhältnisse jedes einzelnen kapitalistischen Landes herantraten, was zur Folge hatte, daß die Unterschiede in den aktuellen Aufgaben jeder einzelnen Partei nicht berücksichtigt wurden. In der Resolution wurde nicht konkret bestimmt, welche Aufgabe die dringlichste ist und in erster Linie zur Ausführung gelangen muß, und welche erst in zweiter Linie oder noch später in Betracht kommt. In der Resolution wurde lediglich theoretisch auseinandergesetzt, welche Aufgaben auf dem Gebiete der Organisationsarbeit, im Lichte der

Erfahrungen der russischen bolschewistischen Partei, die Parteien in den kapitalistischen Ländern vor der Machteroberung zu erfüllen haben.

Die Resolution stellte also im Grunde genommen ein theoretisches Programm der organisatorischen Bolschewisierung dar, sie erhob aber Anspruch darauf, praktische Direktiven zu erteilen. Und darin lag ihr Fehler.

Wie konnte man aus dieser Sackgasse herauskommen? Wie war es möglich, die ausländischen Genossen zu veranlassen, „ein Stück der russischen Erfahrungen in sich aufzunehmen?“ Genosse Lenin befaßte sich nicht mehr mit dieser Frage; er führte nur noch aus:

„Wie das geschehen wird, das weiß ich nicht. Vielleicht werden z. B. die Faschisten in Italien uns gute Dienste leisten, indem sie den Italienern zeigen, daß sie noch nicht genügend aufgeklärt sind, daß schwarze Banden in ihrem Lande noch nicht zur Unmöglichkeit geworden sind. Vielleicht wird das sehr nützlich sein. Wir Russen müssen auch nach Mitteln suchen, den Ausländern die Anfänge dieser Resolution zu erklären. Sonst sind sie absolut nicht imstande, diese Resolution zu befolgen.“

Nach Meinung des Genossen Lenin mußte man also von den „Anfängen“ dieses organisatorischen Programms ausgehen, wobei es sogar zur Erläuterung dieser Anfänge notwendig war, besondere „Mittel zu suchen“ — offensichtlich in den konkreten Verhältnissen jedes einzelnen Landes und jeder einzelnen Partei.

In der Praxis der Komintern wurde daraufhin als erste grundlegende organisatorische Aufgabe gestellt: die Umstellung der Parteien auf die Grundlage der Betriebszellen.

Dabei wurde zum Ausgangspunkt jener Mangel genommen, der sich bei den Versuchen der kommunistischen Parteien in allen kapitalistischen Ländern, die breiten Arbeitermasse zur revolutionären Tätigkeit heranzuziehen, als das größte Hindernis herausstellte. Es fehlte der Partei eine feste organisatorische Basis in den Betrieben. Genosse Lenin hat stets gelehrt, daß die revolutionäre Arbeit unbedingt dort geführt werden muß, „wo die Masse steht“.* Agitation, Propaganda und organisatorische Arbeit muß

* In der Resolution des 3. Kongresses hat Genosse Lenin gleichfalls empfohlen: sich ausführlicher zu äußern über die Pflicht zur Arbeit unter den Massen des unorganisierten und gelborganisierten (darunter 2 und 2½ Internationale) Proletariats und der nicht-proletarischen Schichten des arbeitenden Volkes.

vor allem ständig in den Fabriken und Betrieben geleistet werden. Jeder Betrieb muß zu unserer Festung werden. Dies war nicht wichtig für die Sozialdemokratische Partei, die ihre Hauptaufgabe vorwiegend in der Wahlkampagne sah. Die Erfahrung hatte gezeigt, daß sie mit der Organisation in Wohnbezirken ausgezeichnet imstande war, bei den Wahlen Stimmen zu sammeln. Mit solchen Organisationen ließ sich aber unter den breiten Massen nicht jene intensive Agitation, Propaganda und organisatorische Arbeit leisten, die notwendig war, um die Massen zu so gewaltigen Kraftanstrengungen, zu revolutionären Kämpfen mitzureißen. Diese Schwäche trat überaus deutlich und als Warnung in der deutschen revolutionären Bewegung im Herbst 1923 hervor.

Zu jener Zeit war die grundlegende Organisation der Kommunistischen Partei Deutschlands, wie auch die der kommunistischen Parteien in allen anderen kapitalistischen Ländern, noch die territoriale Wohnbezirksorganisation. Es wurde zwar den Parteien bereits in den Resolutionen des 2. und dann des 3. Kongresses der Komintern vorgeschlagen, an die Organisierung von Betriebszellen heranzutreten. Aber damals wurde die Frage noch nicht in der Form gestellt, daß die Betriebszellen (anstatt der Territorialorganisationen) die Grundlage der Parteiorganisation bilden sollten. In dieser sozusagen statutarischen Form wurde die Aufgabe erst Anfang 1924 gestellt: Die Zelle hat die Beiträge zu erheben, neue Mitglieder aufzunehmen, die Zellendelegierten sollen (auf entsprechenden Konferenzen) die Distrikts-, Bezirks- und Stadtkomitees wählen usw., so wie dies allgemein in Rußland üblich ist.

War diese Form die richtige? Meiner Meinung nach war dies die einzig mögliche Art, an die Arbeit heranzugehen.

Lenin hat selbst, soweit mir bekannt ist, niemals Betriebszellen in diesem direkt statutarischen Sinne vorgeschlagen. Als er vor dem 3. Kongreß über die Zellen sprach, empfahl er direkt, die Frage vom Gesichtspunkte der Organisierung der revolutionären Arbeit aus zu behandeln und nicht vom statutarischen. Und doch ist es möglich, daß trotzdem gerade diese statutarische Form, in welcher die Reorganisationsaufgabe im letzten Jahre gestellt wurde, auf Grund ihrer formalen Bestimmtheit und Klarheit für die Mitglieder unserer Parteien die verständlichste gewesen ist. Die Erfahrung zeigt, daß jetzt tatsächlich in vielen Ländern wenigstens das Fundament der Betriebszellenorganisation gelegt ist. In

einzelnen, wie z. B. in Deutschland, Frankreich, Italien und Polen, besteht sogar ein ziemlich ernsthaftes Fundament. Mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit, innerhalb der diese Umstellung erfolgt ist, ist es natürlich, daß noch keine unserer Parteien in den kapitalistischen Ländern ihre gesamte Organisation auf Grundlage der Betriebszellen umbauen konnte. Es war natürlich und wurde auch so erwartet, daß eine solche Umstellung am Anfang auf Widerstand stoßen würde (da mit einem gewissen organisatorischen Konservatismus in der Arbeiterbewegung als mit einer Tatsache, die sogar nicht in allen Beziehungen schlecht ist, gerechnet werden mußte). Gegenwärtig ist zu bemerken, daß die Zellenbildung allgemein erfolgreicher vor sich geht als früher.

Aber die Zellenbildung und eine lebendige Arbeit der Zellen sind zwei ganz verschiedene Dinge. Können wir sagen, daß die Arbeit der gegründeten Zellen bereits glatt vor sich geht? Nein. Im Gegenteil, es hat sich herausgestellt, daß alle gegebenen Erläuterungen und Instruktionen zur Organisierung der Zellenarbeit durchwegs schlecht verarbeitet und angeeignet wurden.

Infolgedessen besteht gegenwärtig die Gefahr, daß es nicht gelingen wird, die bereits gebildeten Zellen zu zwingen, so zu arbeiten, wie es sein soll, daß sie leblose Gebilde bleiben, und daß infolgedessen die ganze geplante Erneuerung der grundlegenden Organisation einen ernsten Rückschlag erleiden wird. So ist es klar, daß jetzt mit besonderer Kraft, viel stärker als bisher, die Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren ist, wie die ständige Tagesarbeit der Zellen (ebenso wie die der Fraktionen) anzufassen und wie sie richtig zu organisieren ist.

Es geht hier nicht nur um das Leben der Zellen. Die Lebensfähigkeit der Zelle besteht darin, daß sie gesunde, tiefe Wurzeln in der sie umgebenden Arbeitermasse besitzt. Mindestens neun Zehntel ihrer Arbeit muß Arbeit unter den Massen sein. Wenn die Zelle nicht imstande ist, diese Arbeit zu leisten, besitzt sie keine Existenzberechtigung. Andererseits entwickelt sie sich selbst und ihre sämtlichen Mitglieder bei der Ausführung dieser Arbeit und stellt fortwährend neue, in revolutionärer Arbeit erzogene Kräfte für die aktiven führenden Kaders der Partei.

Genosse Lenin schrieb mir in bezug auf die Stelle in dem von mir ausgearbeiteten Entwurf der Organisationsresolution für den 3. Kongreß, wo von der Heranziehung der Parteimitglieder zur ständigen Anteilnahme an der Parteiarbeit die Rede war, folgende Notiz:

„Es muß ausführlicher dargestellt werden, daß den meisten legalen Parteien Westeuropas gerade das fehlt. Es fehlt die *t ä g l i c h e* (revolutionäre) Arbeit eines *j e d e n* Mitglieds der Partei.“

„Dies das Grundübel.“

„Das zu ändern — darin besteht die größte Schwierigkeit.“

„U n d d a s i s t d a s W i c h t i g s t e.“

(Unterstrichen von Lenin.)

Meiner Ansicht nach ist es jetzt die unaufschiebbare Aufgabe aller Parteien in den kapitalistischen Ländern, das zu beachten, was, nach Meinung des Genossen Lenin, das *W i c h t i g s t e* in der organisatorischen Arbeit ist. Das gilt auch für die illegalen Parteien. Deren gibt es gegenwärtig in der Komintern weit mehr als zur Zeit des 3. Kongresses. Auch sie sind noch nicht soweit, daß in ihnen jedes Mitglied alltägliche revolutionäre Arbeit leistet, gar nicht zu sprechen von den Mitgliedern unserer legalen und halblegalen Parteien.

Die ständigen aktiven Kaders unserer Parteien sind noch sehr schwach, und teilweise bedarf auch ihre Arbeit noch der Bolschewisierung. Außerdem gibt es noch immer kommunistische Parteien, in denen lediglich die gegen Gehalt angestellten Funktionäre tägliche Parteiarbeit leisten (wie das seit altersher in den sozialdemokratischen Parteien Brauch ist). Neben diesen Funktionären gibt es in jenen Parteien noch eine kleine Zahl von Mitgliedern, die für gewisse Vertrauensposten (gewöhnlich in die Parteikomitees, in verschiedene Kommissionen und Ausschüsse) gewählt worden sind und vielleicht im Durchschnitt einen Abend wöchentlich für die Parteiarbeit (Versammlungen usw.) hergeben. Der größte Teil der Parteiarbeit wird aber von den festangestellten Funktionären ausgeführt (sowie von den ihnen gleichstehenden Abgeordneten, wo solche vorhanden sind), während die Masse der Mitglieder in solchen Parteien fast völlig passiv ist. In anderen legalen Parteien ist es allerdings nicht mehr ganz so schlimm bestellt. In den meisten Fällen ist die Bolschewisierung der führenden Kaders bereits eingeleitet oder im Gang, aber selbst in den besten unserer Parteien (darunter auch in den illegalen) ist sie noch lange nicht weit genug gediehen.

Eine solche Lage gibt um so mehr Grund zur Besorgnis, als in der Mehrheit der kapitalistischen Länder die herrschende Bourgeoisie gegenwärtig einen systematischen Krieg zur Vernichtung

des Funktionärstabs unserer Parteien führt. Dies zeigt sich besonders in Deutschland, in Italien, auf dem Balkan, in Polen, in den baltischen Randstaaten und in Finnland. Unsere Parteien haben unbedingt und rasch eine genügende Anzahl von Kräften für ihre führenden Kaders heranzubilden und sie besser als bisher vor der Vernichtung zu schützen. Überall wird ständig über einen Mangel an Arbeitskräften geklagt. Meistens ist dies lediglich ein Beweis dafür, daß man es nicht versteht, die Ausnützung der vorhandenen Kräfte und die Ausbildung neuer zu organisieren. Wo nach allerschwersten Massenverlusten wirklich eine große Not an Funktionären eintritt, sehen wir jedesmal, mit welcher überraschender Geschwindigkeit aus den unteren Schichten eine fast vollkommen neue Generation führender Kräfte aufsteigt, die unter den früheren Funktionären keine Möglichkeit hatte, ihre Fähigkeiten in der revolutionären Arbeit wirksam auszunützen.

Soweit in der Tagesarbeit unserer Parteien noch der Funktionärstypus vorhanden ist, der der alten, nichtrevolutionären Arbeiterbewegung entsprach — und dieser Typus ist, wie gesagt, in vielen Parteien noch stark vertreten —, muß an seine Stelle ein neuer Typ, der Typ des revolutionären Parteiarbeiters treten. Jener alte Typ war der Beamte der „Wahlpartei“, der Verwalter des Bureaus oder Kassierer, der Journalist oder Verlagsverwalter usw., stets der Inhaber eines gewissen Postens, der sich an einem bestimmten Ort, in einem bestimmten „Unternehmen“ und gegen festes Gehalt eine bestimmte Stundenzahl mit seiner speziellen Beschäftigung befaßte, ohne sich um irgend etwas anderes zu kümmern. Er läßt sich nicht an eine andere Stelle versetzen, viel weniger an einen anderen Ort, soweit er das nicht selber wünscht; und da die kleinbürgerlichen Verhältnisse des persönlichen Lebens ihn gewöhnlich an den Ort fesseln, wo er einmal eingebürgert ist, so bleibt er in der Regel an ein und derselben Stelle bis zu seinem Tode kleben.

Der russischen Arbeiterbewegung war dieser Funktionärstyp fast vollkommen unbekannt. Vor allem die Bolschewiki waren von Anfang an von ganz anderem Schlage, in der Mehrzahl wirkliche „Berufsrevolutionäre“, die ständig von Betrieb zu Betrieb, von einem Gefängnis zum anderen, vom Verbannungsort wieder zum Betrieb (oder in die Emigration) wanderten, dabei aber überall und täglich für die Partei arbeiteten. Den Parteiarbeitern, die eine solche Schule durchgemacht haben, fällt es wahrscheinlich schwer, sich vorzustellen, welche Schwierigkeiten

die kommunistische Bewegung der westlichen Länder bei der Erneuerung ihrer führenden Kaders und bei der Herausbildung aktiver revolutionärer Parteiarbeiter aus ihren Funktionären und anderen Mitgliedern zu überwinden hat.

Wie wir oben gesehen haben, hat Genosse Lenin darauf hingewiesen, daß die Verfolgung durch die Faschisten uns manchmal in dieser Beziehung helfen kann, indem sie uns lehrt, die Schwierigkeiten zu überwinden. In der Tat hat der Faschismus unseren Parteien bereits vieles beigebracht. Möglicherweise bereits so viel, daß es uns im laufenden Jahre in den meisten Ländern tatsächlich gelingen wird, die Arbeit unserer Zellen und Fraktionen in Schuß zu bringen. Denn hauptsächlich durch deren Arbeit soll die nötige Erweiterung unserer Parteikaders erreicht werden.

Wie die Tagesarbeit der Zellenmitglieder unter den Massen zu organisieren ist, muß unter Berücksichtigung der Verhältnisse jedes einzelnen Landes erwogen werden. Sogar für verschiedene Orte ein und desselben Landes kann sich jeweils eine besondere Arbeitsmethode als erforderlich erweisen. Ohne Zweifel werden sich aber für diese Aufgabe auch allgemeingültige Methoden ergeben.

So ist z. B. überall besondere Aufmerksamkeit auf den **Z e l l e n - k o p f** zu richten: auf die Zusammensetzung der Zellenleitung, auf die Wahl des verantwortlichen Organisators (Sekretärs) der Zelle, auf die Instruierung dieses Organisators und der Zellenleitung und auf die reguläre Beaufsichtigung ihrer Arbeit durch die Bezirksleitung (oder den Bezirksorganisator). Man kann sich nicht vorstellen, daß sich die Arbeit der Zelle gut entwickeln wird, wenn die Leitung bzw. der Organisator der Zelle den Aufgaben nicht gewachsen ist. Gerade von dem **O r g a n i s a t o r d e r Z e l l e** (Sekretär) muß vor allem erwartet werden, daß er es versteht, entsprechende Genossen zu verantwortlicher Arbeit für die **e i n z e l n e n A r b e i t s z w e i g e** — den einen für die Gewerkschaftsarbeit, den anderen für die Agitation und die Propaganda (insbesondere für die Zeitungsarbeit), den dritten für die Arbeit unter der Jugend, den vierten vielleicht für die Leitung der Arbeit unter den Frauen usw. heranzuziehen. Es ist notwendig, daß der Organisator der Zelle es versteht, jeden zu instruieren, daß er ihre Arbeit regelmäßig verfolgt und kontrolliert, ihre Berichte entgegennimmt und neue Weisungen erteilt, ohne natürlich dadurch ihre eigene Initiative abzuwürgen. Im Gegenteil muß er stets bemüht sein, diese Initiative zu wecken und zu leiten.

Jeder dieser „Leiter“ ist seinerseits wiederum der verantwortliche Organisator in seinem Arbeitsgebiet: Je nach den Möglichkeiten hat er sorgfältig eine kleine Arbeitsgruppe (ungefähr 2—5 Mann), für diese Arbeit passende Genossen, um sich zu sammeln. Wenn keine passenden Parteimitglieder vorhanden sind, kann er die besten unter den Parteilosen auswählen. In der Gruppe, in der er der Obmann ist, soll gemeinsam besprochen und beraten werden, wie jeweilig am besten auf die Masse und auf die einzelnen Genossen an der Werkbank eingewirkt, und wie die Arbeit unter allen Mitgliedern der Gruppe verteilt werden kann. Weiterhin bespricht man die Resultate der Arbeit und ihre Weiterentwicklung.

Dies alles soll nun nicht als festes Schema aufgefaßt werden, das in der Praxis überall durchgeführt werden müßte, sondern lediglich als Anregung, wie man, meiner Meinung nach, an die Sache herantreten soll, wobei aber die Bedingungen jedes einzelnen Landes berücksichtigt werden müssen.

Selbstverständlich umfassen die oben angeführten Gebiete der ständigen Zellenarbeit noch nicht die gesamte Zellenarbeit unter den Massen. Die Zelle muß vor allem fähig sein, die Massen für Demonstrationen, Wahlen und Kämpfe zu mobilisieren. Sie muß diese Kämpfe politisch und organisatorisch vorbereiten; sie muß verstehen, während der Kämpfe die Arbeiter so zu führen, daß sie sich immer enger an unsere Partei anschließen. Damit dies aber möglich wird, bedarf es eben einer alltäglichen, zähen „Kleinarbeit“ auf den verschiedensten wichtigsten Gebieten der Parteitätigkeit, häufig durch eine länger dauernde persönliche Einwirkung, um die Zellen unlösbar in der Arbeitermasse der Betriebe zu verwurzeln.

Außerdem gibt es auch viele Arbeiten unter den Massen, die die Betriebszellen nicht leisten können, so ein bedeutender Teil der Arbeit der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften, den Arbeiter-Konsumgenossenschaften, in den Sport- und Bildungsorganisationen und dergl. mehr, und zwar derjenige Teil, dessen Führung naturgemäß den höheren Parteiorganen zufällt (dem Stadtbezirks- oder Stadtkomitee, in bestimmten Fällen sogar dem Bezirks- oder Zentralkomitee). Aber in allen Fraktionen, gleich wie in den Zellen, ist die tägliche Arbeit unter den Massen meines Erachtens am zweckmäßigsten zu organisieren als Arbeit kleiner Gruppen, mit leitenden Genossen an der Spitze. Überall soll an der Spitze der Gruppe ein

verantwortlicher Leiter stehen, der seine Gruppe selbst zusammensetzt (wenn auch selbstverständlich unter Zustimmung der Zelle, der Fraktion oder der nächsten höheren Parteiorgane). Überall haben gemeinsame Beratungen in der Gruppe über die Arbeit jedes einzelnen Mitgliedes und Besprechungen der Resultate der Arbeit stattzufinden. Über die Arbeitsleistungen ist an das nächsthöhere leitende Organ regelmäßig Bericht zu erstatten. Nach den Weisungen dieses Parteiorgans kann die Gruppe dann entsprechend der Ausdehnung ihrer Tätigkeit auch neue Gruppen in ihrem Bereich bilden.

Die kleinen Arbeitsgruppen als Organe der täglichen Parteiarbeit unter den breiten Massen entsprechen meiner Meinung nach durchaus dem Gedanken des Genossen Lenin. Wie bekannt, hat er ihre Zweckmäßigkeit und Wichtigkeit wiederholt betont, und zwar durchaus nicht nur beim Aufbau der russischen Partei, sondern auch für die der Komintern angeschlossenen westlichen Parteien. Ich beziehe mich hier lediglich auf seine Thesen zum 2. Kongreß über die Grundaufgaben der Komintern (Punkt 9), auf die Thesen des Genossen Sinowjew zum 2. Kongreß über die Rolle der kommunistischen Partei, die der Auffassung Lenins vollkommen entsprachen und gleichfalls wichtige Anregungen für diese Aufgaben enthalten, ferner auf die Resolution des 3. Kongresses zur Organisationsfrage.

Genosse Lenin maß der regelmäßigen B e r i c h t e r s t a t t u n g der Gruppen innerhalb der Zellen und Fraktionen an die Organisationen und nächsthöheren Parteiorgane eine besondere Bedeutung bei, ebenso der B e s p r e c h u n g dieser Berichte in den Zellen und Gruppen. Daran hat er uns gleichfalls auf dem 3. Kongreß erinnert. Überhaupt diente ihm zur Hauptregel die Methode: unbedingt stets und überall eine genaue K o n t r o l l e organisieren. Ohne reguläre Kontrolle der Ausführung, meinte er, kann die revolutionäre Arbeit nicht so vor sich gehen, wie sie soll, kann die kommunistische Führung keinen Erfolg haben. Deshalb wollte er auch die Gruppenarbeit so organisiert wissen, daß sie stets unter doppelter Kontrolle verläuft: der kollektiven Kontrolle einerseits durch die Mitglieder jeder Gruppe und Zelle bei der Besprechung der Berichte, anderseits — durch das nächsthöhere leitende Parteiorgan, dem die Berichte erstattet werden.

Wir besitzen noch zu wenig Parteiarbeiter in der revolutionären Tagesarbeit. Jede unserer Parteien muß deren noch weit mehr ausbilden. In unseren illegalen Parteien ist die Anzahl der Mitglieder

überhaupt gering, wobei noch nicht einmal alle an der täglichen Parteiarbeit teilnehmen. In den legalen und halblegalen Massenparteien ist nicht damit zu rechnen, daß alle Mitglieder über Nacht aktiv werden. In jeder dieser Parteien läßt sich aber, wenn die Arbeit unter den Massen mit voller Energie betrieben wird, in nicht ferner Zukunft die Zahl der aktiven Träger der täglichen Parteiarbeit wenigstens um das Zwei- bis Dreifache erhöhen. Und das ist für sie die unerläßliche Voraussetzung eines siegreichen Kampfes.

Es bestehen somit keinerlei Zweifel über die Aufgabe: Es gilt, die tägliche revolutionäre Arbeit der Parteimitglieder unter den Massen zu organisieren. Das ist eine schwierige Aufgabe, aber wir haben bereits gelernt, Schwierigkeiten zu überwinden. Wie man sie in jedem einzelnen Falle und in jedem einzelnen Lande überwinden kann, das wollen wir gründlich in der nächsten Orgkonferenz mit den Genossen aus den verschiedenen Ländern besprechen. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, die erwähnte Aufgabe zweckmäßig zu konkretisieren.

Gleichgültiges Verhalten zur notwendigen organisatorischen Kleinarbeit entspricht nicht dem Geiste des Leninismus. Eine solche Gleichgültigkeit ist in den letzten zwei Jahren in den Reihen einiger westlicher kommunistischer Parteien zutage getreten; sie bildet fast stets ein Anzeichen verborgener kleinbürgerlicher Abweichungen (bald rechter, bald pseudolinker Art).

Selbstverständlich müssen sämtliche organisatorischen Aufgaben stets der allgemeinen politischen Hauptaufgabe untergeordnet und mit ihr koordiniert werden. Sie müssen ihr dienen. Aber sie dürfen nicht vernachlässigt werden. Eine ideenlose Organisation — ist blind, die Idee ohne Organisation — machtlos.

A. MARTYNOW :
DIE PERSPEKTIVEN DER
BAUERNBEWEGUNG IN WESTEUROPA

Die westeuropäischen kommunistischen Parteien pflegen der Bauernbewegung — wenn nicht in der Theorie, so doch in der Praxis — noch zu wenig Aufmerksamkeit zu widmen. Die Ursachen hierfür sind nicht nur in den Überresten der Ideologie der II. Internationale und im ungenügenden Verständnis für die Ideen des Leninismus zu suchen, sondern vor allem in der Tatsache, daß die westeuropäische Bauernschaft sich viel langsamer und schwieriger in die Revolution hineinziehen läßt als die russische Bauernschaft in den Jahren 1905 und 1917.

In der Epoche der ersten bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland behauptete Lenin, daß die Agrarfrage ihre Grundlage bilde, und daß diese Frage in Rußland auf zwei Wegen gelöst werden könne: „Die Reste der Leibeigenschaft können liquidiert werden entweder durch Umgestaltung der Gutswirtschaften oder durch Vernichtung der Latifundien, d. h. auf dem Wege von Reformen oder auf dem Wege der Revolution. Die bürgerliche Entwicklung kann sich weiter vollziehen, und zwar mit großen Gutswirtschaften an der Spitze, die immer mehr bürgerlich werden, wobei die Ausbeutungsmethoden der Leibeigenschaft nach und nach bürgerlichen Methoden Platz machen; die Entwicklung kann aber auch einen andern Verlauf nehmen, und zwar mit kleinen Bauernwirtschaften an der Spitze, die auf revolutionärem Wege aus dem sozialen Organismus das ‚Geschwür‘ der Leibeigenschaftslatifundien beseitigen und sich dann ohne sie auf dem Wege des kapitalistischen Farmertums frei entwickeln.“ Der erste Weg ist ein langer und für die Bauernschaft sehr qualvoller; es ist der „preußische“ Weg; der zweite, schnelle und entschlossene Weg ist, seinen Ergebnissen nach, der „amerikanische“.

Wovon hing in Rußland die Wahl zwischen diesen beiden Wegen ab? Vom Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie in der Revolution. In Rußland gestaltete sich dieses Kräfteverhältnis günstig für das Proletariat, das in der Revolution zweifellos die Führerschaft hatte. Daher schlug die russische Bauernschaft schon im Jahre 1905 den zweiten Weg ein, und im Jahre 1917 wurde die Agrarfrage in Rußland „auf amerikanische Art“ gelöst.

Auch in Westeuropa war die Agrarfrage im Jahre 1848 sehr akut. Aber in den westeuropäischen bürgerlichen Revolutionen, die im vorigen Jahrhundert auf dem Wege von nationalen Kriegen zur Einigung der deutschen Staaten und Italiens führten (auf dem Balkan — durch den Krieg von 1912), war das Kräfteverhältnis für die Bourgeoisie günstig. Daher wurde die Agrarfrage dort nur halb, nur „preußisch“, gelöst, und zwar als Resultat von Abkommen zwischen Bourgeoisie und Gutsbesitzern, und das hinterließ

eine tiefe Spur in der westeuropäischen Bauernschaft, deren Wirtschaft langsam und qualvoll in den durch die Reste der Leibeigenschaft komplizierten Kapitalismus hineinwuchs. Das band die westeuropäische Bauernschaft mit tausend Fäden an die Gutsbesitzer und Kapitalisten und unterwarf sie fast überall dem Einfluß und der Führung der bürgerlich-feudalen Parteien, unabhängig von der Buntheit und Mannigfaltigkeit der Agrarverhältnisse in den verschiedenen europäischen Ländern.

Bedeutet das nun, daß die westeuropäische Bauernschaft hoffnungslos konservativ geworden sei? Absolut nicht. Für den „preußischen“ Weg war es ja gerade charakteristisch, daß er nur unvollständige Lösungen der Agrarfrage zu geben vermochte und diese Lösungen für Jahrzehnte hinausschob. Unter diesen Umständen konnte der durch das langsame Hineinwachsen der Bauernwirtschaft in das kapitalistische System bedingte Konservatismus der westeuropäischen Bauernschaft nur solange unerschüttert bleiben, als das kapitalistische System selbst fest und unerschüttert dastand. Es ist daher kein Wunder, daß, als der Weltkrieg ausbrach und der europäische Kapitalismus bis in seine Wurzeln erschüttert wurde — die Bauernfrage — die Frage der Expropriation der Gutsbesitzer und Großgrundbesitzer — im Westen wieder in schärfster Form akut wurde und dort nicht mehr begraben werden kann, solange das Schicksal des europäischen Kapitalismus nicht in irgendeiner Weise gelöst wird.

Aber es gibt ein französisches Sprichwort, das etwa lautet: „Das Tote greift nach dem Lebendigen.“ Zum Unterschiede von der politisch unerfahrenen und primitiven russischen Bauernschaft des Jahres 1905 trägt die wiedererwachende westeuropäische Bauernschaft Ketten an den Füßen: in ihr leben starke konservative Traditionen, sie verfügt in vielen Ländern über alte wirtschaftliche und politische Organisationen, in denen die Dorfbourgeoisie, die Gutsbesitzer, die Pfaffen und die bürgerlichen Intellektuellen tonangebend sind. Darum revolutioniert sich die westeuropäische Bauernschaft unter dem Einfluß der revolutionären Bewegung des Proletariats nur sehr langsam, darum sind es im Westen nur die am meisten unterdrückten Schichten der Bauernschaft, die, und zwar erst in letzter Zeit, den richtigen Weg einzuschlagen beginnen. Wichtig aber ist, daß das Eis gebrochen ist und daß nichts mehr imstande sein wird, es aufhalten zu können, wenn unsere westeuropäischen Genossen es verstehen werden, die Prinzipien der Leninschen Taktik auf die westeuropäischen Verhältnisse anzuwenden, die übrigens in der Agrarfrage nicht nur in jedem Lande, sondern auch in den einzelnen Gebieten eines Landes sehr verschieden ist.

*

Um in Westeuropa die Lage auf dem Lande richtig einzuschätzen, muß man nicht nur die Entwicklungsrichtung der westeuropäischen Bauernbewegung in letzter Zeit verfolgen, sondern auch einen Blick auf jenen langen Weg werfen, den die Bauernschaft bereits in Etappen zurückgelegt hat. Das wollen wir in diesem Aufsätze versuchen. Wir geben uns vollkommen Rechenschaft über die außerordentliche Mannigfaltigkeit der Agrarverhältnisse in Europa und über die dementsprechende Verschiedenartigkeit der

westeuropäischen Bauernbewegungen. Aber wir haben schon gesagt, daß die westeuropäische Bauernbewegung auch gemeinsame Merkmale aufzuweisen hat, die sie von der russischen Bauernbewegung wesentlich unterscheiden. Und in diesem Sinne läßt sich auch von allgemeinen Etappen sprechen, die die westeuropäische Bauernbewegung in ihrer Gesamtheit zurückgelegt hat.

Den ersten Impuls zur Organisation gab der westeuropäischen Bauernschaft, die auf dem Boden der Verhältnisse stand, welche die bürgerlichen Revolutionen und nationalen Kriege in der Mitte des vorigen Jahrhunderts geschaffen hatten — die Agrarkrise der 80er und 90er Jahre.

Diese Krise brach in einer Epoche der stürmischen Entwicklung des Kapitalismus aus. Sie war durch den Sturz der Getreidepreise infolge der Verbilligung des Transportes und der verstärkten transsozeanischen Konkurrenz hervorgerufen worden. Diese Agrarkrise zog vor allem die Großgrundbesitzer in Mitleidenschaft, denn der Umfang ihrer Rente war durch die ihre Güter belastenden Hypotheken festgelegt, so daß sie sich den neuen Marktverhältnissen nicht ohne weiteres anpassen konnte. Die Krise der landwirtschaftlichen Großwirtschaft wurde aber schließlich doch überwunden, und zwar zum Teil durch ihre technische Anpassung an die neuen Verhältnisse — durch die Entwicklung der Viehzucht und der Weidewirtschaft auf Kosten des Ackerbaues, durch die Verbilligung der Getreideproduktion und die Entwicklung der Nebenzweige der Landwirtschaft, hauptsächlich aber durch die Einführung des landwirtschaftlichen Protektionismus: die „sozialistische Gefahr“ und die „patriotische Notwendigkeit“ des Schutzes des „vaterländischen Ackerbaues“, als Garantie für die Unabhängigkeit bei künftigen imperialistischen Kriegen — all das erleichterte die Bildung eines reaktionären protektionistischen Blocks zwischen den Großagrariern und den Vertretern der Schwerindustrie.

Die Bauernwirtschaft wurde im allgemeinen von der Agrarkrise weniger berührt als die Gutswirtschaft, denn bei ihren Einnahmen spielte die Rente keine Rolle. Aber soweit die Groß- und Mittelbauern für den Markt produzierten, hatten auch sie unter dem Sturz des Getreidepreises zu leiden, und das gab ihrer Bewegung, infolge der wirtschaftlichen und ideologischen Abhängigkeit von den Gutsbesitzern oder der Bourgeoisie, einen Anstoß nach drei Richtungen hin. Die Mehrzahl der Groß- und Mittelbauern, die sich zu Verbänden vereinigten oder den Verbänden der Agrarier (z. B. dem Bund der Landwirte in Ostpreußen) beitraten, unterstützten aktiv die protektionistische Politik der Gutsbesitzer und stellten sich damit in einen entscheidenden Gegensatz zum Proletariat, dem Käufer ihres Getreides. Ein Teil der Groß- und Mittelbauern, der seine Wirtschaft dem Getreidepreissturz durch intensivere Vieh- und Geflügelzucht und Milchwirtschaft auf Kosten des Ackerbaues anzupassen suchte, geriet in die Einflußsphäre der liberalen Bourgeoisie. Beide Bauernkategorien reagierten auf die Agrarkrise mit einer starken Entwicklung der Genossenschaften, in denen die reichen Großbauern überall die führende Rolle spielten. Im Jahre 1890 gab es in Deutschland 300 000 Bauern, die in den Genossenschaften organisiert waren, 1915 aber 2,8 Millionen, in Frankreich im Jahre 1890 234 000 Bauern, 1914 1 029 720 Bauern, d. h. also ein Drittel der gesamten Bauernschaft.

Die kleine Parzellen-Bauernschaft, die Kleinpächter und die landlosen

Bauern waren am agrarischen Protektionismus absolut nicht interessiert; die Verbilligung des Getreides war für sie kein Nachteil, sondern, im Gegenteil, ein Vorteil. Die Agrarkrise brachte sie daher in keine gegensätzliche Stellung zum Proletariat und, soweit sie nicht hier und dort in organisatorische und ideologische Abhängigkeit von den klerikalen und bürgerlich-feudalen Parteien geraten waren, begannen sie in der 90er Jahren stellenweise dem Einfluß der Sozialdemokratie nachzugeben. Da aber zu der Zeit der europäische Kapitalismus sehr stabil war und immer stärker wurde, so konnte in der Kleinbauernschaft keine revolutionäre Bewegung entstehen. Im Gegenteil, die sozialdemokratischen Parteien selbst — die französischen Guesdeisten nach dem Kongreß von Nantes und die süddeutschen Sozialdemokraten nach dem Breslauer Parteitag — erkaufte ihre ersten Erfolge in der Kleinbauernschaft um den Preis einer opportunistischen Politik, um den Preis der prinzipiellen Verteidigung der Kleinwirtschaft, wobei die Guesdeisten dies im Gegensatz zu ihrem theoretischen orthodoxen Marxismus, die süddeutschen und österreichischen Sozialdemokraten im Zusammenhange mit der theoretischen Revision des Marxismus taten.

Der Weltkrieg führte zu einer einschneidenden Veränderung in der Lage der Bauernschaft. Die Bauern erlitten einerseits verhältnismäßig größere Verluste an Menschenleben als andere Bevölkerungsklassen, deren qualifizierte Arbeit im Lande selbst notwendig war. In Frankreich z. B., wo die aktive Männerbevölkerung 12 644 000 Mann zählt, beträgt die Zahl der Bauern 5 237 000, also etwas weniger als die Hälfte; von der Gesamtzahl der Mobilisierten — 7 935 000 — entfällt auf die Bauern fast die Hälfte — 3 586 000, von der Gesamtzahl der Kriegsoffer aber — 1 363 000 — entfällt auf die Bauern genau die Hälfte — 673 000. Auch die Verwüstungen des Krieges trafen mehr die Dörfer als die Städte. Andererseits schuf der Krieg eine sehr vorteilhafte wirtschaftliche Konjunktur für die Bauernschaft: Die fortwährende Entwertung des Papiergeldes führte zu fast vollständiger Annullierung der Verschuldung der Bauern, während die zunehmende Nachfrage nach Getreide, hervorgerufen durch den Bedarf der Armee und die Verringerung oder das Aufhören des Getreideexportes aus anderen Ländern, eine bedeutende Erhöhung der Getreidepreise zur Folge hatte. Diese Erhöhung der Preise kam den Bauern auch in der Periode des rationierten Getreidehandels zugute, da überall das Hamsterunwesen stark blühte. All diese Umstände vergrößerten das wirtschaftliche spezifische Gewicht der Bauernschaft in allen Ländern.

Beide Ursachen — die großen „patriotischen“ Opfer, die die Bauern gebracht hatten, und ihre zunehmende wirtschaftliche Rolle, ferner die Angst der bürgerlichen Regierungen vor der nahenden Revolution und stellenweise die Interessen des nationalen Kampfes —, all das gab der Bauernschaft die Möglichkeit, nach Kriegsschluß, nach einer Stillstandsperiode, die ein halbes Jahrhundert hindurch gedauert hatte, die Bodenfrage, die Frage der Erweiterung ihres Bodenbesitzes auf Kosten des gutsherrlichen, wieder auf die Tagesordnung zu stellen. In einigen Ländern, zum Beispiel in Frankreich, konnte dieser wiedererwachende Landhunger der Bauern bis zu einem gewissen Grade gestillt werden durch den Ankauf von Boden bei Großgrundbesitzern, die infolge der durch den Krieg verursachten Verringerung und Verteuerung der Arbeitskraft auf dem Lande in eine schwierige Lage geraten waren. In einer Reihe von Ländern (Estland, Finnland, Lettland, Polen,

Rumänien, Bulgarien, Tschechoslowakei, Italien) wurde die Agrarfrage auf gesetzgeberischem Wege gelöst, auf dem Wege einer teilweisen obligatorischen Enteignung des Großgrundbesitzes gegen Zahlung einer Entschädigung.

In keinem einzigen der europäischen Länder außerhalb der Grenzen der Sowjet-Republik wurde die Agrarfrage nach Beendigung des Krieges auf revolutionäre Weise gelöst — aus Gründen, auf die wir zum Teil schon hingewiesen haben. Wenn die europäische Bauernschaft schon lange vor dem Kriege von den herrschenden Klassen ideologisch beeinflußt war, so wird diese ideologische Befangenheit der westeuropäischen Bauernschaft noch gestärkt durch die Kriegspsychose und die Illusionen eines „Befreiungs“-krieges. Die Bauern unternahmen zwar nach dem Kriege einige Anschläge auf den Boden der Gutsbesitzer, aber die Anschläge wurden gemildert erstens dadurch, daß die Bauern nicht nur gegen die Gutsbesitzer eine Abneigung empfanden, sondern auch gegen die Stadt, die sich, wie sie meinten, „auf die faule Bank lege“ und auf Kosten der Bauernarbeit lebe, vor allem gegen das revolutionäre Proletariat und die Kommunisten, die — wie man den Bauern suggerierte — das Privateigentum der Bauern aufheben wollten. Zweitens wurde der Kampf der Bauern gegen die Gutsbesitzer dadurch paralysiert, daß die Bauernschaft an die Einheitlichkeit der Interessen aller Bauern, von den landlosen Bauern und kleinen Pächtern bis zur Dorfbourgeoisie, glaubte. Diese Standesvorurteile, die die bürgerlich-feudalen und klerikalen Parteien den Bauern eingehämmert hatten, werden sehr geschickt von den wohlhabenden Bauern ausgenützt, die infolge ihrer höheren politischen Entwicklung die führende Rolle auf dem Lande spielten. Die reaktionären Illusionen und Vorurteile der Bauern haben fast allenthalben dazu geführt, daß die Agrarreformen der Nachkriegszeit ein klägliches Ende nahmen und auf einen schlecht verhüllten Betrug der kleinbürgerlichen Massen hinausliefen. Um sich hiervon zu überzeugen, genügt ein flüchtiger Überblick über die in verschiedenen Ländern in den Jahren 1918 und 1919 durchgeführten Bodenreformen.

In Rumänien hatten die Bauern ihre eigene Partei, die sich während des Krieges gebildet hatte — „die Bauernpartei Rumäniens“. Diese rein parlamentarische Partei, die zu Beginn ihres Bestehens Regierungspartei war, forderte die Beschlagnahme der großen Güter von über 100 Hektar zugunsten der werklätigen Bauernschaft. Aber ihre Forderungen wurden dadurch paralysiert, daß die Partei für den Burgfrieden und für die Monarchie eintrat und die Ansicht vertrat, daß die Fabrikarbeiter im allgemeinen den Bauern, d. h. der zahlreicheren Klasse, folgen müßten, die das „Wucherkapital“ besser bekämpfen könne, weil sie Grund und Boden besitzt. Unter der Führung dieser Partei erreichten die Bauern nur, daß noch nach der Reform eine ungeheuer große Bodenfläche — unter der Flagge von „Kulturgütern“ — in Händen der Gutsbesitzer blieb, daß der größte Teil des expropriierten Bodens zur neuen Dorfbourgeoisie (Beamte, Geistliche, Kaufleute, Offiziere und Unteroffiziere) überging, und das dort, wo es nationale Minderheiten gibt (wie z. B. in der Neuen Dobrudscha), der dritte Teil des Bodens den eingessessenen Bauern genommen und den rumänischen Siedlern gegeben wurde, worauf die eingessessenen Bauern mit einem nicht endenwollenden Freischärlerkriege reagierten.

In der Tschechoslowakei gibt es keine reinen Bauernparteien. Hier sind die Mittel- und sogar Kleinbauern mit den Großgrundbesitzern in denselben agrarischen Parteien organisiert. Eine solche besteht seit 1896, es ist „Die Republikanische Partei des Ackerbau treibenden Volkes und der Bauern“, innerhalb der die kleinen und landlosen Bauern besondere Organisationen, genannt „Domowiny“, besitzen; ferner gibt es die kleriale „Tschechoslowakische Volkspartei“, den deutschen „Bund der Landwirte“, die slowenische klerikale „Volkspartei“. Die Bauernschaft stand somit nach dem Kriege in der ganzen Tschechoslowakei (mit Ausnahme Karpathorußlands) unter der direkten Führung der Gutsbesitzer. Es ist daher kein Wunder, daß die von der Regierung versprochenen Boderreformen dort auf einen Betrug der Bauern hinausliefen: Von den 432 500 Hektar, die für die Aufteilung bestimmt waren, waren bis 1924 nur 206 000 Hektar aufgeteilt. Von den 189 000 armen Bauern, die Anspruch auf Landzuschuß hatten und diesen ihren Anspruch geltend machten, wurden nur 71 000 befriedigt.

In Ungarn bildet die erzreaktionäre „Partei der kleinen Landwirte“ einen Bestandteil der „Partei der christlichen Vereinigung“. Obwohl das Programm der Partei u. a. die Forderung des staatlichen Ankaufs der Lati-fundien aufstellt, nahm diese Partei, als sie dem Regierungsblock beitrat und von der Entente eine Anleihe zu erlangen suchte, die Bedingung des Aufschubs der Agrarreform an.

In Polen stand die Bauernschaft nach dem Kriege unter der Führung zweier Parteien: 1. der im Sejm einflußreicheren „Piast“-Partei, mit Witos an der Spitze, die sich 1913 von der „Polnischen Volkspartei“ abgespalten hatte; das ist eine chauvinistische und antisemitische Partei, die die Kolonisierung der östlichen Randgebiete fordert und zu den Begründern der „Grünen Internationale“ gehört; 2. der etwas weniger reaktionären, aber im Sejm auch weniger einflußreichen Partei der Mittelbauern, „Wyzwolenie“, die sich im Jahre 1918 unter diesem Namen von der „Genossenschaft der landwirtschaftlichen Vereinigungen für die Verteidigung und den Absatz“ getrennt hatte. Diese von Pilsudskis Anhängern geführte Partei schwankt zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Beide Parteien traten im Sejm, mit Rücksicht auf die Stimmung der polnischen Bauernschaft, für Bodenreformen, für die Einschränkung des Gutsbesitzes durch obligatorischen Bodenverkauf ein. Aber die „Piast“-Anhänger, die die Interessen der sich als Erben der Gutsbesitzer betrachtenden Dorfbourgeoisie zum Ausdruck brachten, strebten nach einer Reform, die sie in Zukunft vor Anschlägen der Dorfarmut schützen konnte. Sie traten daher dafür ein, daß eine große Zahl von Gütern provisorisch in Händen der Grundbesitzer blieb, und daß sie später nach „gerechter“ Schätzung, d. h. zu einem genügend hohen Preise losgekauft werden. Von solchen Führern und Verteidigern ihrer Interessen konnte die Bauernschaft natürlich nur betrogen werden. Der Sejmbeschluß von 1919, ergänzt durch das Gesetz von 1920, schrieb eine nach und nach vorzunehmende Parzellierung der Güter in bestimmter Reihenfolge vor, und zwar sollten jedes Jahr mindestens 200 000 Hektar zur Aufteilung gelangen. In Wirklichkeit wurde nur etwas über ein Drittel dieser Bodenfläche parzelliert. In drei Jahren kamen insgesamt 260 000 Hektar zur Aufteilung, wobei der Boden ausschließlich in die Hände der reichen Bauern gelangte. Mit zynischer Offenheit stellte die Regierung sogar

die Parole auf, daß der Boden nur an Käufer abgegeben werden soll, die über bedeutende Mittel verfügen. So wurden die Träume der polnischen landarmen Bauern verwirklicht.

Mit dem gleichen Erfolge und denselben Folgen wurde die Bodenreform in Lettland durchgeführt, wo zwischen den wohlhabenden Bauern und den revolutionär gesinnten Landarbeitern ein starker Antagonismus bestand, und wo die Reformen vom reaktionären „Bauernbund“ in Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten durchgeführt wurden, wobei letztere offen erklärten, daß der Zweck der Reform in der numerischen Stärkung der Kleinbauern und der Ausrottung des Unkrauts des Kommunismus bestehe.

Einen ebenso betrügerischen Charakter trug die Agrarreform in Finnland, wo sie durchgeführt wurde, nachdem die Revolution mit Unterstützung der wohlhabenden Bauern unterdrückt war; diese Bauern, die sehr nationalistisch gesinnt waren, stellten sich ebenso feindseitig zu den revolutionären Arbeitern wie zu den revolutionären „Torpari“ (kleine Pächter).

In Bulgarien, wo es im allgemeinen sehr wenig Großgrundbesitzer gab, führte die Regierung Stambuljiskis, der an der Spitze des „Bulgarischen Landwirtschaftlichen Volksbundes“ stand, eine Agrarreform durch, durch die dem Großgrundbesitzer nur 40 Deßjatinen belassen wurden. Aber der „Bulgarische Landwirtschaftliche Volksbund“, der alle Bauern, sowohl die landlosen als auch die reichen, in sich vereinigte, der die allgemeinen „landwirtschaftlichen Interessen“ verteidigte und einer der Urheber der „Grünen Internationale“ war, stellte sich zum revolutionären Proletariat und zum kommunistischen „Verband der Landarbeiter“ ebenso feindselig wie zu den Großgrundbesitzern und der Großbourgeoisie. Das führte zu seiner Isolierung und gab Zankow die Möglichkeit, den faschistischen Umsturz durchzuführen, nach dem auch die Agrarreform in Bulgarien liquidiert wurde.

In Italien wurde die Landreform im Po-Tal im Jahre 1920 durchgeführt, in einer revolutionären Situation, zu einer Zeit, als die Arbeiter die Fabriken besetzt hatten. Die Faschisten aber benutzten diese Reform zu gegenrevolutionären Zwecken. Die demobilisierten Kleinbauern empfanden einen starken Landhunger. Den weisen Lehren der II. Internationale folgend, kümmerten sich die Sozialreformisten nicht um die Nöte der Bauern; sie waren lediglich bestrebt, die Bauern an die Organisationen der Landarbeiter zu fesseln, die nur rein proletarische Berufsinteressen vertraten und die Aufteilung des Bodens als eine reaktionäre Angelegenheit betrachteten. Diesen Umstand wußten nun die Faschisten für ihre Zwecke gut auszunützen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1920 entwickelt sich der agrarische Faschismus, der, auf die Kleinbauern gestützt, seine konterrevolutionäre Offensive eröffnet, zunächst Bologna und Ferrara und dann nach und nach die Provinzen des Po-Tales erobert. Die Unterstützung der Kleinbauernschaft erkauften sich die Faschisten dadurch, daß sie die Großgrundbesitzer zwangen, einen Teil ihres Landbesitzes zu parzellieren, wobei sie gleichzeitig die Landarbeiter terrorisierten und die Genossenschaften zerstörten, die die Landarbeiter in ihrem Kampfe gegen die Gutsherren unterstützten; andererseits zwangen die Faschisten die Regierung, die Landarbeiter durch öffentliche Arbeiten an den Boden zu fesseln; die Landarbeiter aber wurden von ihnen gezwungen, in die faschistischen Gewerkschaftsorganisationen einzutreten,

denn nur dann wurden sie von den Grundbesitzern zur Arbeit eingestellt. Schließlich wurde die Bodenreform in Italien mit Unterstützung der genarrten Bauern gegen die Interessen der landarmen Bauernmassen, gegen die Interessen der Landarbeiter, aber im Interesse der mittleren Gutsbesitzer und der Konterrevolution durchgeführt.

In Estland wurde die Enteignung des Großgrundbesitzes aus nationalen Gründen — um der Befreiung von der Gewaltherrschaft der deutschen Barone willen — radikaler durchgeführt. Aber da die Reform hier unter der Führung der reaktionären Bauernpartei, der „Land-Liga“, durchgeführt wurde, die von den reaktionären Bankiers, Fabrikbesitzern und der höchsten Bürokratie unterstützt wurde, so kamen die Ländereien der Grundbesitzer vor allem den wohlhabenden Bauern zugute, während das lebende und tote Inventar der Güter verschleppt und ausgeraubt wurde. Das Ergebnis war, daß etwa 75 Prozent der neuen Siedler (Kolonisten), die sich auf den Trümmern der ehemals mustergültigen Gutswirtschaften niedergelassen hatten, in eine kritische Lage gerieten: Sie hatten kein Kapital, keine Düngemittel, kein Inventar, keine landwirtschaftlichen Bauten.

Die Hoffnung der Bauernmassen, daß sie zur Belohnung für die ungeheuren „patriotischen“ Opfer, die sie während des Krieges gebracht hatten, Land erhalten würden, hat sich nirgends als berechtigt erwiesen. Sie wurden betrogen. Das mußte das Vertrauen der Bauern zu den Bauernparteien, von denen sie geführt wurden und die sie veranlaßten, der herrschenden Klasse Vorspann zu leisten, tief erschüttern. Aber die Bauern halten sich hartnäckig an ihre Vorurteile. Ihr traditionelles Mißtrauen zur Stadt, ihre Überzeugtheit vom Interessengegensatz zwischen Stadt und Land machte es ihnen unmöglich, den weit tieferen Antagonismus — zwischen allen Werktätigen und allen Ausbeutern — zu erkennen, der bei der Lösung der Agrarfrage deutlich genug in Erscheinung getreten ist. Als daher das neue Unglück, die Agrarkrise, über sie hereinbrach, schlugen sie zunächst den alten Weg ein und warfen sich den Agrariern wieder an den Hals.

Die Agrarkrise der Nachkriegszeit zeigte sich im Auseinandergehen der „Schere“ — im starken Ansteigen der Preise für Industrieerzeugnisse und im Preissturz des Getreides. Diese Schere war die Folge des Zerfalls des Kapitalismus in der Nachkriegszeit. Die Preise der Industrieerzeugnisse schwollen stark an, weil die Großindustrie durch den Krieg weit mehr gelitten hat als die Landwirtschaft, und ferner weil die Kapitalisten diesen Umstand mit der Vertristung der Industrie zu bekämpfen suchten. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte dagegen sanken unausgesetzt infolge der Verarmung der Städte und dem verringerten Fassungsvermögen des städtischen Marktes. Auf diese Erscheinung der „Schere“ konnten die Bauern auf zwei Arten reagieren: Sie mußten entweder in den revolutionären Kampf gegen den monopolistischen Kapitalismus, gegen die industriellen Kartelle und Trusts treten oder den Kampf um den agrarischen Protektionismus aufnehmen. Sie beschritten den zweiten, den leichteren Weg, den sie schon zur Zeit der alten Agrarkrise der 80er und 90er Jahre gegangen waren, und wieder gerieten sie in ein enges Bündnis mit den Agrariern.

Das war indessen nur ein Scheinausweg aus der schwierigen Lage, denn die Agrarkrise der Nachkriegszeit hatte nur eine äußere Ähnlichkeit mit der

Krise der 80er und 90er Jahre. Der absolute Preissturz im Getreidehandel wurde durch die Entwicklung der Landwirtschaft in den Ländern jenseits des Ozeans und durch die Verbilligung des Transportes hervorgerufen. Das relative Sinken der Getreidepreise (verglichen mit den Preisen der industriellen Erzeugnisse) nach dem Kriege trat ein trotz der allgemeinen Verringerung der Saatfläche, und, was noch wichtiger ist, trotz des Tiefstandes der Landwirtschaft in Europa und der Abnahme ihrer Intensität infolge des Krieges.

In seinem Buche „Die Weltkrise der Landwirtschaft“ weist Genosse Ossinsky nach, daß die „Saatfläche nach dem Kriege in ganz Europa (ohne das frühere Rußland) durchschnittlich geringer ist, als sie während des Krieges war“, daß die Ertragsfähigkeit der fünf wichtigsten Getreidekulturen in Europa (ohne Rußland und die abgetrennten Randstaaten) während des Krieges gesunken und nach dem Kriege, in den Jahren 1919-21, noch weiter im Abnehmen begriffen war. Im Vergleich zu den Jahren 1909-13 sank sie in der Periode 1914-18 auf 86%, in den Jahren 1919-21 — auf 85,8%. Auch der intensiven Landwirtschaft versetzte der Krieg einen Schlag, von dem sie sich im Verlauf vieler Jahre nicht erholen wird. „Vor dem Kriege arbeitete die intensive Viehzucht in einer Reihe von Ländern Europas (Deutschland, Dänemark, Holland, Belgien, Südschweden, England usw.) und in einzelnen Bezirken anderer Länder mit importierten, aus Argentinien, den Donauländern und Rußland kommenden Futtermitteln. Rußland ist nun zum Teil ausgeschaltet. Die Grundlagen der intensiven Viehzucht sind erschüttert, und das zeigt sich auch an der mit ihr verknüpften Landwirtschaft. . . . Auch die Produktion der Zuckerrübe in Europa hat durch den Krieg gelitten. . . ., sie war eines der stärksten Hilfsmittel für die intensive Viehzucht“ usw.

Diese Produktionskrise in der Landwirtschaft ist für den mittleren und besonders für den Kleinbauern weit gefährlicher als die „Schere“, denn sie läßt sich schwerer als diese überwinden; in letzter Zeit kämpfen die Getreidehändler gegen die „Schere“, indem sie Kartelle gründen. In politischer Hinsicht wirkt die Produktionskrise auf die Bauernschaft in einer der „Schere“ entgegengesetzten Richtung, denn sie versetzt den westeuropäischen, an die intensive Wirtschaft gewohnten Bauer in die Lage des russischen Bauern, der seine Wirtschaft in der primitiven extensiven Weise betreibt, und darum seit jeher unter Landnot gelitten und um den Boden gekämpft hat.

Im Zusammenhang mit der Produktionskrise wuchs die Geldnot des Bauern. Um seine durch den Krieg zerstörte Wirtschaft einigermaßen wieder herzustellen, brauchte der Bauer des Westens Geldmittel. Aber die Geldentwertung, die ihm während des Krieges einen Dienst erwiesen hatte, weil sie seine Schulden liquidierte, zeigte ihm nach dem Kriege die Kehrseite der Medaille. Gleich die ersten Ausgaben für die Wiederherstellung der Wirtschaft entrißen dem Bauern die Ersparnisse, die er in den „glücklichen“ Tagen des Krieges und der hohen Getreidepreise zurückgelegt hatte. Als dann die Valuta in Mitteleuropa stabil wurde, begann die Kreditnot den Bauer noch mehr zu drücken. Seine Verschuldung nahm wieder zu. In der Tschechoslowakei z. B. wuchs die Verschuldung des Bodens im Vergleich zum Jahre 1920 um 18% im Jahre 1924. Gleichzeitig nahm auch

die Belastung durch Steuern außerordentlich zu, die im Interesse der Wiederherstellung des Kapitalismus und der Vorbereitung neuer Kriege der Bevölkerung auferlegt wurden.

Unter all dem litt besonders der Kleinbauer. Als aber 1924 in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern — in Polen, Ungarn, Deutschland, Tschechoslowakei, England, Italien und Spanien — die Mißernte hinzukam, durch die die Getreidepreise stiegen und die „Schere“ sich schloß, stellte sich endlich in der europäischen Bauernschaft ein Umschwung der Stimmung ein. Die Logik der Tatsachen in der Epoche des kapitalistischen Verfalls fängt endlich an, die traditionelle Logik der westeuropäischen Bauernschaft zu verdrängen, die sich in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts, in der Epoche der größten Stabilität des Kapitalismus, gebildet hatte. Die sogenannte Interessengemeinschaft aller Bauern beginnt jetzt auseinanderzufallen. Die Kleinbauernschaft beginnt sich hier und da zu rühren, sie befreit sich vom Einfluß der Dorfbourgeoisie und beginnt auf die Stimmen der Kommunisten zu hören; an vielen Orten spalten sich die alten Bauernparteien, oder machen sich wenigstens neue linksradikale Strömungen in ihnen bemerkbar.

In Kroatien sucht die republikanische Bauernpartei (Raditschs), die sich früher geweigert hatte, eine Einheitsfront mit der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ gegen die reaktionäre serbische Bourgeoisie zu bilden, jetzt Anschluß an Sowjetrußland. In Serbien zeigte sich 1924 auf dem fünften Kongreß des Bundes der Landwirte eine ausgesprochen linke Richtung. Der Kongreß bestätigte, daß die Intellektuellen keine vollberechtigten Mitglieder der Organisation sein könnten, er sprach seine Unzufriedenheit mit dem Telegramm des Präsidiums an den König aus, forderte die Agrarreform und eine sofortige Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland. In Bulgarien bildete sich im „Landwirtschaftlichen Bund“ ein linker Flügel, der für die Einheitsfront mit den Kommunisten eintrat. In der Tschechoslowakei sind die Agrarparteien im Zerfall begriffen. Die tschechischen „Domowiny“, die der tschechischen Agrarpartei angehörten, haben sich von dieser Partei getrennt und die Organisation der „Unabhängigen Domowiny“ gebildet. Auch von der tschechoslowakischen klerikalen Partei lösten sich Teile ab und bildeten die „Selbständige Bauernpartei“. In der slowakischen „Volkpartei“ ist eine linke Opposition im Wachsen begriffen. Im agrarischen Karpathorußland erhielt die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei 40% der Wahlstimmen. Die Partei „Wyzwolenie“ in Polen machte eine Krise durch. In ihr haben sich ein rechter Flügel, ein Zentrum und ein linker Flügel gebildet. Einige Gruppen sind aus ihr ausgetreten, um die „Unabhängige Bauernpartei“ zu gründen, die die revolutionär gesinnten und mit der Kommunistischen Partei Polens sympathisierenden Bauern vertritt. In Deutschland, in Thüringen und in Ostpreußen entwickelt sich eine starke Bauernbewegung, die zum erstenmal direkt oder indirekt von der Kommunistischen Partei geführt wird, usw. usw.

Diese Prozesse auf dem Lande sind natürlich noch recht schwach. Aber es ist zu berücksichtigen, daß dies nur der Anfang des Umschwungs in der Bauernbewegung ist, der Anfang einer Wendung, die nicht die Folge der zufälligen Konjunktur des letzten Jahres ist, sondern durch das gesamte wirtschaftliche und politische Leben Westeuropas in den letzten

sechs, sieben Jahren auf dem Lande vorbereitet wurde. Die Bauernschaft beginnt, die Erfahrungen dieser Jahre zusammenzufassen. Wir können daher hoffen, daß, wenn unsere kommunistischen Parteien es verstehen werden, mit der jetzt erwachenden Bewegung der Kleinbauern in engere Beziehung zu treten und ihre Führung zu übernehmen, wenn es ihnen gelingt, gleichzeitig die Spaltung in den alten Bauernparteien zu vertiefen, die der Bauernschaft gegenüber dieselbe reaktionäre Rolle spielen, wie die Parteien der II. Internationale sie gegenüber dem Proletariat gespielt haben und noch spielen —, daß unsere Parteien, wenn eine revolutionäre Situation in Europa wieder eintritt, diese Bauernmassen nicht gegen sich, sondern für sich haben werden.

*

DIE EREIGNISSE AUF DEM BALKAN UND DIE AUSSICHTEN DER ARBEITER- UND BAUERNREVOLUTION

Der Vulkan des Balkans beginnt wieder zu rauchen. Die letzten Ereignisse in Albanien erinnern uns an die Rolle, die der Balkan Jahrhunderte hindurch in den Kriegen der europäischen Staaten gespielt hat, besonders an seine Rolle im letzten Weltkriege, der verursacht wurde durch Ereignisse, die sich auf dem Gebiete der Balkanhalbinsel abspielten: Zunächst der Balkankrieg in den Jahren 1912 und 1913, dann die Ereignisse in Serajewo, in Bosnien im Jahre 1914. Jetzt ist es dem Balkan wieder — wenn nicht in diesem Moment, so doch in allernächster Zeit — beschieden, der Schauplatz von Ereignissen historischen Charakters zu sein.

Die albanischen Ereignisse

Zunächst die albanischen Ereignisse.

Albanien ist das westlichste Land der Balkanhalbinsel. Es ist ein Land von großer geographischer und wirtschaftlicher Bedeutung, von geographischer, weil es einen großen Teil der östlichen adriatischen Küste einnimmt, von wirtschaftlicher — weil es außer seinem landwirtschaftlichen Reichtum im Süden Ölquellen besitzt. Ihrer Rassenabstammung nach gehören die Albaner (die Schkkipetaren) zu den ältesten Rassen der Halbinsel. Ihrem Religionsbekenntnis nach gliedern sie sich in drei ungleiche Gruppen: Katholiken, Griechischorthodoxe und Mohammedaner, wobei die letzte Gruppe die weitaus stärkste ist. Seinen ökonomischen Verhältnissen nach ist Albanien eines der zurückgebliebensten feudal-agrarischen Länder; sein agrarischer Feudalismus verband sich mit dem in Albanien noch sehr lebensfähigen Sippensystem, das die albanische Bevölkerung in eine große Anzahl von Stämmen (Clans) zersplittert. Jeder dieser Stämme wird durch den Blutschwur (die „Bessa“) zusammengehalten, der Albanien in ein zweites Korsika verwandelt. Daher auch die Kraft und Lebensfähigkeit des albanischen agrarischen Feudalismus, die ihm gestattet, die albanischen Bauern in Knechtschaft zu erhalten. Dieser Feudalismus wird in der wirtschaftlichen Ausbeutung gestärkt durch die Gefühle der Solidarität innerhalb des Stammes. Unter den türkischen Sultanen, die den albanischen Begs besonders wohlgesinnt waren, stellte Albanien eine der Grundfesten der sultanischen Selbstherrschaft dar. Aus Albanern wurde die beste Hofwache des Sultans rekrutiert. Albanische Begs bekleideten wichtige politische und besonders militärische Posten in der türkischen Verwaltung.

Aber der Kampf gegen den türkischen bürokratisch-militärischen Feudalismus, der Kampf der Bauernmassen und der mit der Entwicklung von Handel und Handwerk entstehenden Bourgeoisie um die nationale Emanzi-

pation, ein Kampf, der schon nach der großen französischen Revolution in Serbien, Griechenland und dann in Bulgarien eingesetzt und während des ganzen 19. Jahrhunderts gewährt hatte, weckte das nationale Bewußtsein auch des albanischen Volkes. Diesen Prozeß förderten die starken Nachbarn Albaniens — Italien und vor allem Österreich-Ungarn —, die ebenso wie Rußland bestrebt waren, den Kampf der Balkanvölker um die nationale Befreiung vom türkischen politischen und wirtschaftlichen Joch für ihre Zwecke auszunützen, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß auf Albanien auszudehnen und auf Kosten dieses Landes ihre Gebiete zu erweitern. Nach der jungtürkischen Revolution von 1908 machte sich die österreichisch-ungarische Regierung sehr eifrig an Albanien heran. Jetzt stützte sie sich nicht mehr auf die fortschrittlichen, sondern auf die reaktionären Elemente, die im Sieg der Jungtürken eine Gefahr für ihre eigenen politischen und Standesprivilegien erblickten. Eine weitere Entwicklung der türkischen Revolution hätte zur Aufhebung der feudalen Ordnung in Albanien führen können, zur Befreiung der albanischen Bauern von ihren Begg und zur Beseitigung der administrativen Willkür, mit der die vom Sultan tatsächlich unabhängigen Begg das Land regierten. Das Ergebnis des Wirkens der Agenten der österreichisch-ungarischen Regierung war der Aufstand der Albanier gegen die Jungtürken im Jahre 1910. Nach altbewährtem, schon von der Zarenregierung in den Balkanländern angewandten Rezept, stellte die österreich-ungarische Regierung die internationale Diplomatie vor die Frage der albanischen Autonomie und sogar der albanischen Unabhängigkeit. Baron Ehrenthal, der österreichische Außenminister, trat mit seinem Entwurf von „Reformen“ hervor. Da diesem Entwurf zufolge dem albanischen Staat Teile von West- und Süd-mazedonien zufallen sollten, so erblickten die Serben, Griechen und Bulgaren — die ihrerseits danach strebten, Mazedonien an sich zu reißen — im Ehrenthal-schen Projekt einen Anschlag auf ihre Rechte und kamen der österreich-ungarischen Diplomatie zuvor, indem sie untereinander den ersten Balkanbund bildeten und einen Krieg gegen die jungtürkische, durch den Krieg mit Italien geschwächte Regierung eröffneten.

Während des ersten Balkankrieges besetzte jeder der Bundesgenossen einen Teil Albaniens: Die Serben den nördlichen Teil mit der Stadt Schkodra, die Bulgaren den mittleren mit Elbassona und die Griechen den südlichen Teil mit der Stadt Valona. Die Balkanregierungen beabsichtigten damals eine Teilung Albaniens vorzunehmen. Aber einerseits der unvermeidliche Zusammenbruch des Balkanbundes, den die Aufteilung Mazedoniens verursachen mußte, und andererseits die Einmischung der Großmächte, insbesondere Österreich-Ungarns und Italiens, die sich die Möglichkeit des Eindringens in Albanien nicht nehmen lassen wollten, retteten dieses Land vor der Aufteilung. Albanien wurde zum unabhängigen Staate erklärt, an dessen Spitze der deutsche Fürst von Wied gestellt wurde, der sich während des Weltkrieges gezwungen sah, nach Deutschland zu flüchten, um später das allgemeine Schicksal des deutschen Kaisers, der deutschen Könige und Prinzen zu teilen.

Nach dem Weltkriege wurde Albanien zur Republik erklärt, aber die Serben blieben trotzdem in Schkodra, die Griechen besetzten immer noch bedeutende Gebiete Südalbaniens, und die Italiener festigten ihren Sitz in

Valona durch die Besetzung der gegenüberliegenden Insel Sesano. Die Besetzung der Insel Sesano wurde später durch einen der zahlreichen Friedensverträge sanktioniert, während die Serben und Griechen gezwungen wurden, die besetzten Gebiete Albaniens wieder freizugeben. Aber innerhalb der Grenzen des serbischen Königreichs war noch seit dem Balkankriege ein Stück Albanien geblieben, das sogenannte Kossower Feld und einige an Albanien grenzende Kreise Westmazedoniens, das hauptsächlich von Albanern bevölkert wird. Seine politischen, diplomatischen und finanziellen Möglichkeiten ausnützend, fuhr das durch die früheren Provinzen des Habsburgischen Reiches verstärkte Serbien fort, nach der Festigung seines Einflusses in Albanien zu streben und für die Okkupation dieses Landes den Boden vorzubereiten. Zu diesem Zwecke bedienten sich die Serben der in ihrem Solde stehenden albanischen Feudalen, z. B. des berüchtigten Issad-Pascha, der serbischer Agent war, oder später — Achmed Zoglu's, der schon an der Macht gestanden hatte und sie dann mit südslawischer Hilfe zurück-eroberte.

Im Jahre 1923 vollzogen sich in Albanien wichtige Ereignisse, die sowohl für das innere als für das äußere Leben dieses Landes von einschneidender Wirkung waren. Die albanische Bauernschaft vereinigte sich ohne Unterschied der Konfession um ihre aufständischen Führer, sie stürzte die feudale Regierung Achmed-Zoglu's und stellte eine neue Regierung ans Ruder. Eine große Hilfe leisteten bei diesem Aufstande die Freischärlertruppen von Kossowo, mit ihrem Führer Bajran-Sur an der Spitze.

Kossowo ist — wie bereits erwähnt — eine Provinz Südslaviens, die jedoch fast ausschließlich mit Albanern bevölkert ist, für die das Bestehen eines unabhängigen Albaniens einen Stützpunkt für ihre eigene nationale und wirtschaftliche Befreiung vom fremden Joch bedeutete. Zu den Aufgaben der neuen albanischen Regierung Noli gehörte vor allem die Agrarreform: aber in der kurzen Zeit ihres Bestehens wurde diese Reform aus Gründen, von denen die schwankende Haltung der Regierung einer der wichtigsten waren, nicht durchgeführt. Die Regierung Noli genoß die Unterstützung Italiens. Politisch orientierte sie sich nach der Sowjet-Union, nach den national-revolutionären Organisationen in Mazedonien, ferner nach den nationalen Freiheitsbewegungen in Kroatien, Slovenien, Bosnien und der Herzogewina. Obwohl die neue Regierung eine bürgerlich-nationalistische mit Überresten feudaler Ordnung war, bedeutete sie auf dem Balkan ein revolutionär fortschrittliches Element. Ihre italienische Orientierung war nicht nur dadurch verursacht, daß Italien keine Gefahr für das Land bedeutete, wie z. B. Jugoslawien, dieser unmittelbare Nachbar Albaniens, sondern durch den Umstand, daß Italien mit seiner entwickelten Industrie und seinem Handel die albanische Industrie und die Handels-Bourgeoisie stärken und festigen konnte. Die Orientierung nach der Sowjet-Union und den nationalen Bewegungen in Mazedonien und in Jugoslawien erklärte sich sowohl aus Klassen- wie auch aus nationalen Erwägungen heraus, denn nur der Sieg dieser Faktoren auf der Balkan-Halbinsel konnte die innere Umwälzung in Albanien selbst sicherstellen. Etwaige revolutionäre Ereignisse auf dem Balkan hätten dazu geführt, daß die zeitweilig an Serbien und Griechenland übergegangenen Provinzen Albaniens wieder dem Mutterland zugefallen wären. Andererseits wurde die

Festigung und Entwicklung des unabhängigen albanischen Staates zu einer Stütze für den national-revolutionären Kampf in Mazedonien und Kossovo. Aus diesem Grunde betrachtete die serbische Bourgeoisie ein unabhängiges Albanien als das größte Hindernis auf dem Wege der Festigung ihrer eigenen Macht und der Erweiterung ihres Gebietes auf Kosten Albanien. Daher fanden die aus Albanien vertriebenen Feudalen, mit Achmed Zoglu an der Spitze, in Jugoslawien nicht nur eine Zufluchtstätte, sondern auch die aktive Unterstützung der serbischen Regierung bei der Wiederherstellung ihrer Macht über die albanischen Bauernmassen. Die Bewaffnung der Truppen Achmed Zoglu's wurde in Serbien ganz offen vorgenommen. Es war allgemein bekannt, daß die serbische Regierung die Wiederherstellung der alten Ordnung in Albanien vorbereitete. Zu diesem Zwecke genügte es nicht, sich auf die wenig zahlreichen, zu Achmed Zoglu haltenden albanischen Elemente zu stützen; daher stellte die jugoslawische Regierung, um den Erfolg zu sichern, ihre eigenen Soldaten und die Reste der Wrangelarmee zur Verfügung, die bereits zum serbischen Grenzschutz an der albanischen Grenze reorganisiert waren.

Alle Berichte bestätigten, daß der letzte „Aufstand“ gegen die Regierung Noli nicht ein Aufstand, sondern ein richtiger Krieg Jugoslawiens gegen Albanien gewesen ist. Der Durchbruch der Front an der albanischen Grenze war von regulären serbischen Truppen vorgenommen worden. Das weitere Vordringen in das albanische Gebiet überließ man den Wrangeltruppen, unter denen sich auch in geringer Zahl albanische Freischärlertruppen befanden. Nach den Berichten der ausländischen Presse beteiligten sich an diesem Angriff gegen 50 000 Soldaten und Offiziere der ehemaligen Wrangelarmee.

Nur so kann es erklärt werden, daß die Truppen der albanischen Regierung von Achmed Zoglu innerhalb von etwa acht Tagen geschlagen werden konnten. Aber die Regierung Achmed Zoglu's wird sich nicht lange halten können, denn sie ist überhaupt keine albanische Regierung, sondern nur eine Kreatur Jugoslawiens. Es ist zu erwarten, daß Albanien bald wieder zum Schauplatze revolutionärer Ereignisse wird. Vieles wird natürlich vom Verhalten Italiens abhängen, — von seiner Einstellung zur neuen Regierung. Wir denken hier natürlich nicht an formelle Erklärungen, in denen in solchen Fällen immer betont wird, daß man sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einmischen wolle, sondern an die wirklichen Absichten der italienischen Regierung, über die wir uns vorläufig noch kein Urteil bilden können. Zweifellos besteht ein Antagonismus zwischen Italien und Jugoslawien in der albanischen Frage. Dieser Antagonismus drohte schon mehr als einmal zu einem offenen Konflikt zu werden, und schon oft wurden von serbischer und italienischer Seite Versuche unternommen, eine Verständigung in der albanischen Frage zu erzielen. Sind diese Versuche erfolgreich gewesen? Nach der letzten Reise des jugoslawischen Außenministers Nintschitsch nach Rom, wenige Wochen vor den letzten Ereignissen in Albanien, erklärten die italienische und die jugoslawische Regierungen der ganzen Welt, daß sie in der albanischen Frage zu einer Verständigung gelangt seien, und zwar zum vollständigen Verzicht auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Albanien. Aber eine solche leere Formel konnte niemanden hinters Licht führen. Die

bürgerliche Presse sprach die Vermutung aus, daß sich hinter dieser Formel eine andere, weit wesentlichere Vereinbarung zwischen Italien und Jugoslawien verberge, — ein Abkommen über die Aufteilung des albanischen Gebietes.

Als sich die letzten Ereignisse in Albanien abspielten, hielten viele es für möglich, daß gleichzeitig mit dem Vordringen der Truppen der jugoslawischen Regierung, die als albanische Freischärler auftraten, italienische Truppen in Südalbanien landen würden. Ob es nun der serbischen Diplomatie gelungen war, die italienische in der albanischen Frage irrezuführen, wie die italienische Presse behauptet, oder ob der Augenblick noch nicht gekommen ist, in dem das Geheimabkommen, wenn ein solches besteht, sich in der Praxis auswirken konnte, — auf diese Fragen läßt sich jetzt noch nicht antworten. Jedenfalls reift in Albanien wieder eine revolutionäre Situation heran. Wenn es der südslawischen Regierung gelungen ist, die italienische zu betrügen, so ist in allernächster Zeit der Ausbruch eines neuen Aufstandes mit Unterstützung Italiens in Albanien zu erwarten. Wenn aber die italienische und die serbische Regierungen beabsichtigen, Albanien in absehbarer Zeit unter einander aufzuteilen, so wird sich der Kampf des albanischen Volkes nach zwei Fronten hin abspielen.

Die agrar-politischen Verhältnisse auf dem Balkan

Die Arbeiter- und Bauernaufstände in Bulgarien, die Bauernaufstände im Süden Bessarabiens, die albanischen Ereignisse — all das zeigt uns, daß auf dem Balkan ein politischer und sozialer Konflikt heranreift, der zum Ausgangspunkt der größten Arbeiter- und Bauernbewegung werden kann, die nicht nur die eigentlichen Balkanländer erfassen wird, sondern auch auf diejenigen Provinzen geworfen werden kann, die, weil sie nördlich von der Donau liegen, von den Geographen nicht mehr zum Balkan gerechnet werden. Diese Freiheitsbewegung ist ebenso wie der Kampf der russischen Arbeiter und Bauern nicht nur gegen den Kapitalismus gerichtet, sondern in noch höherem Maße gegen die bestehenden Agrarverhältnisse, die kompliziert werden durch geradezu wilde administrative Maßnahmen, wie z. B. künstliche Kolonisation und Ansiedlung von Bauern der herrschenden Nationalitäten in den mit Bauern der unterworfenen Völker besiedelten Gebieten auf Kosten des Landbesitzes dieser letzteren. Viele hofften, darunter auch Lenin (er schrieb darüber im Berner „Sozialdemokraten“), daß der Balkankrieg von 1912 die Reste des feudal-bureaukratischen Regimes, das im alten türkischen Reich bestanden hat, beseitigen und der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung auf dem Balkan Platz machen würde. Aber die Bourgeoisie der Halbinsel erwies sich, nicht nur nach dem Balkankrieg, sondern sogar nach dem Weltkriege, als unfähig, diesen Prozeß zu Ende zu führen.

Selbst die Versuche, die die bürgerlichen Balkanregierungen unternahmen, um für die Entwicklung der Balkan-Bourgeoisie günstige Bedingungen zu schaffen, führten zu einer noch größeren Komplikation und Zuspitzung des Klassen-Verhältnisses zwischen der Bauernschaft und der bürgerlichen Regierung. Aber solche Versuche wurden nur in einem Teil der Balkan-

staaten unternommen, während in den übrigen Staaten nicht die geringsten Versuche gemacht worden sind. Im südslawischen Mazedonien und in Bosnien, das unter der österreichisch-ungarischen Herrschaft seine alte feudalaragrarisches Ordnung beibehalten hatte, wurde keine agrarische Reform von irgendwelcher Bedeutung durchgeführt. In Rumänien ist in dieser Richtung etwas mehr geschehen. Schon nach dem Bauernaufstande von 1907 sah sich die rumänische Bourgeoisie vor die Frage der Agrarreform gestellt, aber die rumänische Regierung hatte vor der russischen Revolution nur einige Palliativmaßnahmen ergriffen, die im wesentlichen darin bestanden, daß den Bauern nur ein ganz unbedeutender Teil der Weiden der Gütsbesitzer zur Verfügung gestellt wurde, denen mehr als die Hälfte des gesamten Ackerbaulandes Rumäniens gehörte. Erst nach der Februar-Revolution und noch mehr nach der Oktober-Revolution in Rußland, entschloß sich die rumänische Regierung aus Angst vor einem neuen Bauernaufstande, — der um so gefährlicher war, als die Aufmerksamkeit der rumänischen Regierung voll und ganz auf den Krieg gerichtet war, an die Durchführung einer Agrarreform heranzutreten. Aber je mehr sich die Gefahr einer Revolution in Rumänien verflüchtigte, um so mehr schrumpfte die Agrarreform zusammen. Unter dem Vorwande der Erhaltung des „kultivierten“ Grundbesitzes, auf den rationelle Methoden der Bodenbearbeitung angewandt wurden, ließ man ungeheure Ländereien in den Händen der rumänischen und bessarabischen Gütsbesitzer. Andererseits geriet jener Teil des Bodens, der auf Grund der Reform für die Bauernschaft bestimmt war, zum größten Teil nicht in die Hände der werktätigen Bauernbevölkerung, sondern in die der aus kleineren Beamten, Kaufleuten, Lehrern, Geistlichen, ehemaligen Offizieren und Unteroffizieren bestehenden neuen Dorfbourgeoisie. Wie sehr diese Agrarreform in ihrer praktischen Durchführung entstellt wurde, ersieht man schon daraus, daß sogar die rumänische Bauernpartei, die sogenannten Zaranisten, die gemäßigte aller gemäßigten Bauernparteien, sich gezwungen sah, in ihr Programm die Forderung einer neuen Agrarreform aufzunehmen.

Die bulgarische Regierung Stambulijskis ging in der Durchführung ihrer Agrarreform weiter. In Bulgarien war auch vor der Reform Stambulijskis — mit Ausnahme einiger Bezirke in Nord- und Ostbulgarien und am Schwarzen Meere — der Großgrundbesitz überhaupt nicht vorhanden. Die Bauernregierung Stambulijskis beseitigte auch diesen Großgrundbesitz und setzte das Maximum an Grundbesitz auf vierzig Dessjatinen fest. Aber nach dem Sturz dieser Regierung begann die neue Regierung Zankow die Agrarreform wieder rückgängig zu machen. Besonders wurden die Agrarverhältnisse in den Balkanländern durch die Politik verschärft, die die Balkanstaaten in den Gebieten der starken nationalen Minderheiten trieben. Diese Politik der Kolonisation hat einen geradezu grotesken Umfang angenommen. Nicht nach Hunderttausenden, sondern nach Millionen zählen die Bauern, die aus den Gebieten vertrieben wurden, wo sie von ihren Gütsbesitzern Land hätten erhalten können, wo sie jahrhundertlang gelebt hatten, wo sie nicht nur mit der Vergangenheit, sondern auch mit den Arbeitsmethoden verknüpft waren. Sie wurden in andere Gebiete der nationalen Minderheiten verschleppt. Es war besonders die rumänische Regierung, die diese Politik systematisch durchführte. Sie nahm die rumänischen Bauern aus Transsylvanien, der Wallachei und Moldavien und verpflanzte sie in die Gebiete

jenseits des Prut oder der Donau, nach Bessarabien oder der Dobrudscha. Somit fiel der Boden, der den Gutsbesitzern in diesen Provinzen genommen wurde, nicht den örtlichen landarmen Bauern zu, sondern den rumänischen Siedlern. Im sogenannten bulgarischen Viereck oder in der Neuen Dobrudscha, die die Rumänen im Jahre 1913 den Bulgaren abgenommen haben, erfand die rumänische Regierung, die mehr als andere Regierungen an reaktionären Erfindungen reich ist, eine Landkonfiskationsmethode, mit deren Hilfe sie allen Landbesitzern, und darunter auch den Bauern, einen Teil ihres Bodens fortnahm, um ihn als freien Landfond in die Hände der rumänischen Siedler zu spielen. Diese Konfiskation wurde mit der Begründung durchgeführt, daß das bulgarische Zivilrecht angeblich kein absolutes Eigentumsrecht an Land anerkenne, sondern nur ein absolutes Besitzrecht. Das rumänische Parlament erließ ein besonderes Gesetz, auf Grund dessen alle Grundbesitzer in der Neuen Dobrudscha ein Drittel ihres Landes an die Regierung abtreten mußten, um auf die übrigen zwei Drittel das absolute Eigentumsrecht zu erwerben. Gegen diesen unerhörten Raub, dem vor allem die Bauernschaft zum Opfer fiel, führen die Bauern der Dobrudscha schon seit sieben Jahren einen verzweifelten Kampf. Obwohl das sogenannte Viereck nur ein kleines Gebiet von 6000 bis 8000 Quadratwerst darstellt, und obwohl die bulgarischen Behörden und das bulgarische Militär die rumänische Regierung in jeder Weise unterstützten, ist es der rumänischen Verwaltung bis auf den heutigen Tag nicht gelungen, mit dem sogenannten „Bandenunwesen“ in diesem Gebiet fertig zu werden. Die rumänischen Zeitungen bringen dauernd Berichte über das Treiben der „Banditen“ in diesem Viereck. Eines Tages z. B. überfielen die Freischärler in der Nähe der Stadt Silistra das Automobil der Landkommission, verbrannten das mitgeführte Archiv, zogen die Mitglieder der Kommission nackt aus und schickten sie so in die Stadt zurück. Ein anderes Mal töteten die Freischärler verhaßte Beamte, Gendarmen und Offiziere. Ferner wird oft berichtet, wie die örtliche Bevölkerung selbst die rumänischen Kolonisten zwingt, auf den ihnen zugewiesenen Boden zu verzichten und nach Rumänien zurückzukehren. In einem Falle wurden die aus Transsylvanien nach der Dobrudscha gekommenen Schafhirten systematisch von der ganzen Bevölkerung boykottiert, wodurch sie sich gezwungen sahen, mitsamt ihren Schafherden in die Heimat zurückzukehren. Als sie in der Stadt Tschernowodi ankamen, wo es eine Brücke gibt, die die Dobrudscha mit dem früheren Rumänien verbindet, verweigerten ihnen die rumänischen Behörden den Durchgang und ließen sie zwei Wochen lang an der Brücke stehen, bis ihnen endlich die Erlaubnis für die Rückkehr in ihre Heimat erteilt wurde. Die rumänische Gerichtschronik ist reich an Prozessen, die auf die Agrarzustände zurückzuführen sind.

Eine ähnliche Politik, wie die rumänische Regierung in der Dobrudscha, verfolgt die jugoslawische Regierung in Mazedonien, das nach den Balkankriegen Serbien zugefallen ist. Diese Politik stößt ebenfalls auf den Widerstand der mazedonischen Bauern. Im letzten Jahre töteten die Freischärler in der Nähe der Stadt Schtip in Ostmazedonien 25 Siedler.

Im südlichen Teile Mazedoniens, der jetzt den Griechen gehört, wird die Ansiedlung und Ausweisung ebenfalls im großen Maßstabe betrieben. Nach dem Griechisch-Türkischen Krieg wurden gegen eine Million griechische

Bauern aus Kleinasien nach Süd-mazedonien und Thrazien verpflanzt und zu diesem Zwecke die bulgarischen und türkischen Bauern des Landes verwiesen. Es hat kaum in der entfernten historischen Epoche der Völkerwanderung, als die Nomadenstämme auf der Suche nach Weideland sich gegenseitig blutige Schlachten lieferten, eine solche Verhöhnung des Lebens und der Interessen des Menschen gegeben, wie sie jetzt auf der ganzen Balkanhalbinsel üblich ist.

Das Joch der Bureaukratie und des Fiskus

Ein zweiter Faktor der Unzufriedenheit der Bauern in den Balkanländern sind Bureaukratie und finanzielle Unterdrückung. Das spezifische Gewicht der Bureaukratie ist außerordentlich groß. In den kapitalistischen Ländern Westeuropas erstarkte die Bureaukratie gleichzeitig mit den Entwicklungsbedürfnissen der kapitalistischen Produktion, in den Balkanländern jedoch ging sie der letzteren voran. Staatliche Einnahmen bildeten eines der Mittel der kapitalistischen Anhäufung. Die Entstehung des örtlichen Kapitalismus vollzog sich hauptsächlich mit Hilfe staatlicher Subsidien oder des rücksichtslosesten Protektionismus, der die Preise der für die Bauern notwendigen Gegenstände ausländischer Fabrikation maßlos in die Höhe schraubte. In den Balkanländern war die Besteuerung der Bevölkerung im Vergleich zu ihren Einnahmen immer außergewöhnlich hoch, besonders aber stieg sie nach dem Kriege. Die Bourgeoisie war bestrebt, die Hauptausgaben für die Kriegführung auf die Bauern abzuwälzen. Neben den zahlreichen direkten und indirekten gesetzlichen Umlagen, die die Bauernschaft für den Unterhalt des den Einnahmen des Landes absolut nicht entsprechenden militärisch-bureaukratischen Apparats zahlen muß, wird auf dem Balkan mehr als irgendwo anders das System der im Gesetz nicht vorgesehenen Steuern angewandt. Jeder Beamte besitzt neben seinem etatsmäßigen Gehalt eine Nebeneinnahme, die er sich dadurch verschafft, daß er die Bauernbevölkerung ausraubt. Die in den unterworfenen Provinzen der Dobrudscha, Bessarabiens und Mazedoniens liegenden zahlreichen Truppenteile leben hauptsächlich auf Kosten der Bevölkerung, bei der sie alles, was sie brauchen, requirieren und beschlagnahmen. Die Zentralbehörden lassen das nicht nur ruhig geschehen, sondern unterstützen sogar dieses System, weil sie dadurch der Notwendigkeit enthoben werden, das Ausgabenbudget zu erweitern. Zu diesen Verwaltungsmethoden kommt noch das weit verbreitete System der Bestechungen, ferner der Züchtigungen und Folter, das besonders die bessarabische Bevölkerung empörte, die selbst von der zaristischen Regierung her an menschlichere Behandlung gewöhnt war.

Die national-politischen Verhältnisse

Die Tatsache, daß die nationale Frage vor allem eine Bauernfrage ist, wird auch auf dem Balkan bestätigt. Der Kampf um die nationale Freiheit ist ein Kampf der Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer und gegen die militärische und zivile Bureaukratie, ein Kampf gegen die Ausbeutung der Arbeit und gegen die Steuerlast. Die Lösung der nationalen Frage auf dem Balkan

war in allen Zeiten infolge der ethnographisch mosaikartigen Zusammensetzung der Balkanstaaten mit außerordentlich großen Schwierigkeiten verbunden. In diesem relativ kleinen Gebiet leben Dutzende von Völkern, die den verschiedensten Konfessionen angehören. Nach dem Kriege ist diese Zusammensetzung noch bunter geworden. Die Balkanstaaten, die auf seiten der Entente gekämpft haben, besetzten neue Gebiete, die ihr eigenes Territorium um das Zwei- bis Dreifache überstiegen. Rumänien, das vor dem Kriege 8 Millionen Menschen zählte, hat jetzt eine Bevölkerung von 18 Millionen, von denen mehr als ein Drittel nicht rumänisch ist. Die Rumänen selbst gehören zwei Religionen an: der griechischen und der unierten. Serbien hatte bereits 1912/13 das bulgarische Mazedonien an sich gerissen, nach dem Weltkriege aber besaß es eine Bevölkerung, deren Zahl um das Zweieinhalbfache größer war als die Bevölkerung des früheren Serbien. Kroatien, Slowenien, Bosnien, Dalmatien und Montenegro fielen diesem Staate zu. Übrigens wird die Heuchelei der internationalen Diplomatie in ein besonders grelles Licht gerückt durch die Tatsache, daß Montenegro auf Grund der internationalen Verträge auch jetzt noch als unabhängiger Staat gilt, da es keinen einzigen Vertrag gibt, der die Angliederung Montenegros an Serbien festlegt; außerdem war Montenegro ein Verbündeter der Entente im Kampfe gegen die mitteleuropäischen Mächte. Nach dem Kriege nahm sich Serbien ein weiteres Stück bulgarischen Gebiets mit der Stadt Zarebrod und einen Teil des an Bulgarien gefallenen Mazedonien, im Tal des Strumiza, Griechenland hat außer dem südlichen Mazedonien auch Thrazien an sich gerissen, wo das griechische Element die Minderheit bildet, und wo die Mehrheit der Bevölkerung türkisch und bulgarisch ist. In Bulgarien selbst gibt es Teile mit starken türkischen Minderheiten, ganz abgesehen davon, daß die sogenannten Pomaken in Bulgarien Mohammedaner sind.

In Jugoslawien, Rumänien und Griechenland setzte gleich nach dem Kriege der nationale Kampf in allen seinen legalen und illegalen Formen ein — angefangen vom Kampfe um die nationale Schule und nationale Kirche bis zum Kampfe um die vollständige Unabhängigkeit —, und dieser Kampf wird sich mit der Zeit natürlich immer mehr verschärfen. Die verschiedenen Kompromisse, die zwischen den Regierungen und den bürgerlichen nationalen Parteien geschlossen werden können, werden die Lage auf die Dauer nicht ändern. Die agrarischen bürgerlichen Parteien sowohl der herrschenden Nationen als auch der nationalen Minderheiten können natürlich miteinander Kompromißpakte abschließen, aber das wird nur dazu führen, daß der nationale Kampf sich immer mehr in den nationalen Bauernparteien konzentrieren wird, um schließlich von der Kommunistischen Partei aufgenommen zu werden, der einzigen Partei, die den nationalen Interessen der breiten Volksmassen treu bleibt.

Angefangen von den nördlichen Grenzen der Staatengruppe, von der hier die Rede ist, bis hinab zu den südlichen Grenzen —, überall hat es in der Nachkriegsperiode Aufstandsbewegungen gegeben: Im Norden Bessarabiens im Jahre 1919 (im Chotin-Bezirk), in der Dobrudscha, in Mazedonien, im Kossow-Feld, im Süden Bessarabiens, in Südazedonien. Außerdem entfalten die großen Parteien der nationalen Minderheiten eine rege Tätigkeit in Transsylvanien, Kroatien, Bosnien, Slowenien, Dalmatien. Das einzige Land, in dem bisher die Frage der nationalen Minderheiten nicht sehr akut

geworden ist, ist Bulgarien — und das nur, weil dieses Land selbst ein Teilungsobjekt war. Aber auch in Bulgarien gibt es eine starke nationale Minderheit, und zwar die Türken, die nur infolge ihrer allgemeinen kulturellen und politischen Rückständigkeit bisher keine nationalen Forderungen aufgestellt haben.

Die nationale Frage ist die zweite Mine, die die Existenz der bürgerlichen Balkanstaaten zu sprengen droht.

Die Balkanföderation

Schon in den sechziger und siebziger Jahren hatten die radikalen Elemente der bürgerlich-nationalistischen Parteien in allen Balkanländern, insbesondere in Serbien, Rumänien, Griechenland, ferner auch in Bulgarien, das damals noch eine türkische Provinz war, die Gründung einer Balkanföderation als Losung aufgestellt. Es schien, daß ein solcher Bund der Balkanstaaten nicht nur das beste Mittel zum Kampfe gegen die Eroberungspolitik Rußlands und Österreich-Ungarns gewesen wäre, sondern daß sie auch die Möglichkeit gegeben hätte — unter Beobachtung der tatsächlichen Gleichheit aller zu diesem Staatenbund gehörenden Völkerschaften — die nationale Frage innerhalb der Balkanstaaten zu lösen.

Außerdem schien ein solcher Bund aller Nationalitäten auf dem Balkan in jener Epoche die einzige Möglichkeit zu sein, mit eigenen Mitteln gegen die türkische Oberherrschaft zu kämpfen, denn keiner der Balkanstaaten hatte für sich allein die genügende Kraft hierzu. Die Balkanföderation entsprach den Nöten der kapitalistischen Entwicklung der Balkanstaaten, soweit man sie als ein territoriales Ganzes betrachten konnte, denn nur innerhalb einer verhältnismäßig so großen staatlichen Einheit könnten sich die Produktivkräfte auf dem Balkan mit Hilfe der mannigfaltigen Rohstoffquellen der Balkanländer entfalten. Aber die türkische Herrschaft wurde mit Hilfe Rußlands niedergeworfen, und den Balkanregierungen gelang es, ihre Selbständigkeit zu wahren dank einer Politik, die sich den Antagonismus zwischen Österreich-Ungarn und Rußland zunutze machte: Bald wurden mit dem einen, bald mit dem andern Staat Abkommen und sogar Verträge geschlossen. Dem in Entstehen begriffenen nationalen Kapitalismus der Balkanländer waren somit enge nationale Grenzen gezogen, die sich bald als zu eng erwiesen und die man auf Kosten seiner Nachbarn zu erweitern suchte.

Die ganze Geschichte des Kapitalismus auf dem Balkan in der Periode nach dem Russisch-Türkischen Kriege 1877/78 ist ein harter Kampf um den Besitz der Reste der türkischen Besitzungen in Europa: Mazedonien und Thrazien. In diesem Kampfe gibt es zwei Kriegsepisoden: Den Krieg zwischen Bulgarien und Serbien im Jahre 1885, und den Krieg zwischen Bulgarien einerseits und Serbien, Griechenland und Rumänien andererseits im Jahre 1913. Dieser letzte Krieg brach aus, kurz nachdem sich die Balkanstaaten zu einem, wie es sich erwies, wenig dauerhaften Bunde gegen die Türkei zusammengeschlossen hatten.

Die Geschichte der Diplomatie der Balkanstaaten in dieser Periode ist die Geschichte eines unausgesetzten inneren Kampfes. Wenn sich unter den

Balkanstaaten irgendeine politische Gruppe bildete, so trug diese immer einen rein negativen Charakter, d. h. ihr Ziel war stets die Beseitigung irgendeiner unmittelbaren äußeren Gefahr, keineswegs aber die Beseitigung der unversöhnlichen Gegensätze, die der national-kapitalistischen Entwicklung dieser Staaten hindernd im Wege standen. Nach einem Zusammenschluß im Jahre 1912/13, der nur von ganz kurzer Dauer war, traten die Balkanstaaten nach dem Weltkriege in eine neue diplomatische Konstellation ein. Der Vertrag zwischen Griechenland, Rumänien und Serbien, der vor dem Kriege bestand und die gegenseitige Unterstützung gegen Bulgarien betraf, erstand in neuer Form, und zwar in Gestalt der sogenannten Kleinen Entente, zu der Serbien, jetzt Jugoslawien genannt, Rumänien und die Tschechoslowakei gehörten. Einerseits richtete sich dieser Bund gegen Ungarn, soweit es sich um alle drei Verbündeten handelte, andererseits — nur gegen Bulgarien, soweit Rumänien und Serbien in Frage kamen. Zwischen Griechenland und Serbien blieb der im Jahre 1913 gegen Bulgarien abgeschlossene Vertrag bestehen. Aber gleichlaufend mit diesen Gruppenbildungen und ihrer gemeinsamen Politik verfolgte jeder der Balkanstaaten seine eigene Politik, die oft zu scharfen Konflikten führte.

Zwischen den sogenannten Bundesgenossen Rumänien und Jugoslawien und zwischen Jugoslawien und Griechenland besteht ein unüberwindlicher Antagonismus.

Jugoslawien strebt nach einem Ausgang zum Ägäischen Meer. Die Südgrenze Jugoslawiens liegt nur 60 Kilometer vom größten Hafen der Halbinsel — Saloniki — entfernt, und dieser Hafen gehört Griechenland. In den diplomatischen Beziehungen zwischen Griechenland und Jugoslawien nimmt die Frage dieses Hafens den ersten Platz ein. Schon im Jahre 1913 lehnte es Griechenland ab, Serbien in Saloniki gewisse Privilegien einzuräumen. Die serbische Regierung aber ging darauf aus, möglichst viele Privilegien in Saloniki zu erhalten, um im gegebenen Augenblick diesen Hafen und sein Hinterland, d. h. Süd-mazedonien, ganz an sich zu reißen.

In diesem Kampfe zwischen Griechenland und Jugoslawien spielt die vor kurzem erfolgte Annullierung des zwischen diesen beiden Staaten im Jahre 1913 abgeschlossenen Vertrages eine wichtige Rolle. Den eigentlichen Anlaß hierzu lieferte das zwischen Bulgarien und Griechenland abgeschlossene sogenannte Genfer Protokoll. Im Sommer vorigen Jahres, zur Zeit der Sitzungen des Völkerbundes in Genf, unterzeichneten die Vertreter von Bulgarien und Griechenland ein Abkommen, auf Grund dessen den nationalen Minderheiten im Gebiete des Kontrahenten gewisse Garantien eingeräumt wurden. Allein schon die Tatsache, daß den mazedonischen Slawen, die in Griechenland lebten, die bulgarische Nationalität zuerkannt wurde, bedeutete für Serbien — das stets behauptete, die mazedonischen Slawen seien Serben — einen gewissen Anschlag auf ihre Rechte auf den serbischen Teil Mazedoniens.

Zwischen Rumänien und Serbien besteht ein tiefer Interessengegensatz in bezug auf Bulgarien. Die Rumänen befürchten den möglichen Eintritt Bulgariens in den föderativen jugoslawischen Staat. In der Tat, wenn bei dem nationalen Kampfe, den jetzt das kroatische Volk gegen die serbische Oligarchie führt, das Prinzip des Föderalismus siegen wird, so werden die

Bedingungen geschaffen sein für den Einschluß Bulgariens in diese Föderation. Stambulijski hat bekanntlich die Politik der Annäherung an Serbien verfolgt, und zwar bis zum Eintritt Bulgariens in den südslawischen Staat. Wenn diese Politik siegt, und wenn andererseits Jugoslawien ein föderativer Staat würde, dann würde sich auf der Balkanhalbinsel ein mächtiger Staatenbund bilden, dessen Gebiet die ganze Balkanhalbinsel von der Donau bis zum Ägäischen Meer und bis zur Adria umfassen würde. Eine solche Föderation wäre ein großes Hindernis für die Ausbreitung der italienischen Herrschaft auf dem Balkan und auch Rumänien den Bulgarien abgenommenen Dobrudschasbesitz streitig machen. Die Offiziersverschwörung, deren Folge der Mord Stambulijskis und der Sieg der faschistischen Regierung Zankows in Bulgarien war, ist zweifellos mit der unmittelbaren Hilfe der rumänischen und italienischen Regierungen organisiert worden. Nirgends hat der Sturz Stambulijskis eine so große Freude hervorgerufen, wie gerade in Rumänien, und zwar nicht nur, weil dadurch die unmittelbare Nachbarschaft einer Bauernregierung, deren Beispiel die rumänischen Bauern zur Nachahmung trieb, beseitigt war, sondern auch, weil die Möglichkeit der Bildung eines starken und auf sicherer Grundlage stehenden slawischen Staates auf dem Balkan für lange Zeit vernichtet war. In diese Zeit fällt die außerordentlich scharfe Polemik zwischen der rumänischen und der serbischen Presse. Die Belgrader Presse griff ihre ehemaligen und gegenwärtigen Verbündeten, die Rumänen, wütend an und sparte in ihren Artikeln nicht mit Epithetons aus dem Balkanlexikon: Sie nannte die rumänischen Regenten „Parasiten“ des Balkans, „Zigeuner“ und „Marodeure“.

Diese Gegensätze zwischen der rumänischen, griechischen und südslawischen Bourgeoisie sind so tief und alt, daß sie früher oder später zu einem bewaffneten Konflikt führen müssen. Dieser Kampf wird nicht nur um das bulgarische Erbe, sondern auch um Süd-mazedonien geführt werden. Das wirtschaftlich erschöpfte, diplomatisch isolierte und seiner Armee beraubte Bulgarien ist nächst Albanien für den serbischen Imperialismus der leckerste Bissen auf dem Balkan. Die Augen der serbischen Bourgeoisie sind auf die Kohlengruben von Pernik gerichtet, die in einer Entfernung von nur 60 Kilometern von der serbischen Grenze liegen und als die reichsten Kohlengruben auf der ganzen Balkanhalbinsel gelten.

In der letzten Völkerbundsitzung in Rom gelang es der serbischen Regierung, dank der Unterstützung Frankreichs und zum Teil Italiens, einen bedeutenden diplomatischen Sieg zu erringen. Um sich seinem westlichen Nachbar, Frankreich, gegenüber zu entlasten, suchte und fand Italien eine Form der Vereinbarung mit den Serben in vielen Fragen. Serbien wurde die Pflicht auferlegt, die Entwaffnung Bulgariens zu kontrollieren. Auf diese Weise fiel Serbien die erste Hypothek auf Bulgarien zu.

Das sind die Grundlinien der außenpolitischen Entwicklung der Balkanstaaten. Die alte Losung der Balkanföderation ist längst ins Archiv getan worden, aber verschwunden ist sie nicht. Schon vor dem Kriege war sie die Parole der Sozialdemokratie des Balkans, die sie jedoch in etwas veränderter Form aufstellte, und zwar als republikanisch-demokratische Föderation. Die notwendige Voraussetzung für eine solche Föderation wäre der Sieg der Arbeiter- und Bauernmassen.

Nach der Oktoberrevolution, die die Arbeiterklasse aller Länder vor die Aufgabe der Gründung des sozialistischen Sowjetstaates stellte, änderte der Teil der bulgarischen Sozialdemokratie, der sich der III. Internationale anschloß, seine Losung und verlieh ihr die endgültige Gestalt, die sie jetzt besitzt: Errichtung der sozialistischen Föderativen Balkan-Sowjet-Republik.

Der Block gegen die Sowjetunion

Es ist bekannt, welchen Lärm die bürgerliche Presse in den letzten Wochen geschlagen hat aus Anlaß der Gründung eines antisowjetistischen Balkanblocks zwischen Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien, mit unmittelbarer Unterstützung Englands und Frankreichs. Diesem Block sollte sich später auch Griechenland anschließen. Dieser ganze Lärm ist nur ein Sturm im Wasserglase. An den antisowjetistischen und antiproletarischen Bestrebungen der Balkanregierung zweifelt natürlich niemand. Nirgends gibt es einen solchen Terror gegen die kommunistischen Parteien, wie in den Balkanstaaten. Nirgends sind die politischen Bedingungen für die unmittelbaren Aktionen der Kommunistischen Partei so ungünstig wie in den genannten drei Balkanstaaten. Aber nirgends besteht ein so starker organischer, zynischer Haß gegeneinander wie unter den Bourgeoisien dieser drei Balkanstaaten. Die Balkanregierungen haben diesen Haß ihren Volksmassen Jahrzehnte hindurch eingepflicht durch das systematische Aufhetzen einer Völkerschaft gegen die andere.

Deshalb können alle diplomatischen Kombinationen zwischen diesen Regierungen nur einen vorübergehenden Charakter tragen. Eine Vereinigung der Balkanvölker zu dauerhafter und harmonischer Zusammenarbeit kann nur die Folge des Sieges der werktätigen Massen unter der Leitung der Kommunistischen Partei sein.

Das, was sich in Belgrad und Bukarest bei dem letzten Besuch Zankows ereignete, ist mehr oder minder bekannt. Zankow suchte bei seinen Nachbarn Hilfe gegen die tiefe Unzufriedenheit mit der faschistischen Regierung, die sich nicht nur unter Bauern und Arbeitern, sondern auch in der bulgarischen Kleinbourgeoisie bemerkbar macht. Bei diesen Besuchen Zankows stellte es sich heraus, daß in Rumänien und Jugoslawien ein staatlicher Opportunismus triumphiert hat, das Prinzip — mein Name ist Haase. Alle waren sich einig über ihren grenzenlosen Haß gegen den Kommunismus. Als aber die Frage entschieden werden sollte, in welcher Weise der Kommunismus zu bekämpfen sei, da traten die antagonistischen Interessen in den Vordergrund. Die bulgarische Regierung suchte schon seit langem, besonders in der letzten Sitzung des Völkerbundes — unter dem Vorwande der Bekämpfung des Kommunismus — sich die Erlaubnis zu erwirken, eine stehende Armee zu organisieren und die Einschränkungen des Vertrages von Neuilly außer Kraft zu setzen, der das besiegte Bulgarien entwaffnet und ihm nur 30 000 Mann inkl. der Gendarmerie zugesprochen hatte. Diese neue bulgarische Armee, die auf dem Prinzip des Söldnerheeres aufgebaut und darum sehr kostspielig ist, sollte einen zunftmäßigen Charakter tragen; die Dienstzeit sollte 12 Jahre betragen, als Minimum für diese Söldner. Das hatte man ausgeheckt, um es der bulgarischen Regierung unmöglich zu

machen, einem großen Kontingent der bulgarischen Bevölkerung in Kasernen eine militärische Ausbildung geben zu lassen.

Wie aus Zeitungs- und anderen Berichten hervorgeht, bezweckte der bulgarische Premierminister mit seinen Besuchen in Belgrad und Bukarest, die Unterstützung seiner Nachbarn für die entsprechende Abänderung des Neuillyschen Vertrages zu gewinnen. Aber die rumänische und die serbische Regierung zogen es vor, Bulgarien seinen Kommunismus mit allen anderen Mitteln bekämpfen zu lassen, nur nicht mit Hilfe einer großen regulären Armee, deren Bajonette sich gar bald gegen Jugoslawien und Rumänien wenden konnten, die große Teile bulgarischen Gebiets in ihren Händen halten. Die rumänische Regierung schlug Jugoslawien ein militärisches Bündnis gegen Sowjetrußland vor, als Mittel, den Bolschewismus tatkräftig zu bekämpfen. Die kommunistische Gefahr tritt in Rumänien vor allem in Gestalt der bessarabischen Bauernbewegung zutage, denn die Sowjetunion hat auf ihr Recht der moralischen Unterstützung der bessarabischen Arbeiter und Bauern nicht verzichtet. Die jugoslawische Regierung hat ihrerseits mit der feindseligen Einstellung der serbischen Bauernschaft zu Rumänien und ihrer tiefen Sympathie für die russischen Volksmassen zu rechnen.

Endlich erblickt die jugoslawische Regierung eine reale Gefahr in der Freischärlerbewegung in Mazedonien und in dem hinter seinem Rücken wirkenden Mazedonischen Komitee, das in Sofia residiert und ein Bundesgenosse der bulgarischen faschistischen Regierung in ihrer inneren Politik ist. Obwohl die Regierung Zankow sehr viel dazu getan hat, um diesen ihren Bundesgenossen, der ihr zur Eroberung der Regierungsgewalt verhalf, zu vernichten, so fürchtet sie dennoch, sich offen von der Solidarität mit den mazedonischen Bulgaren loszusagen, denn das würde bedeuten, die in Bulgarien lebende, eine halbe Million zählende mazedonische Emigration gegen sich aufzubringen.

Das sind die Ursachen, die den Versuch, einen antisowjetistischen Block zu schaffen, scheitern ließen, — zur größten Enttäuschung der internationalen imperialistischen Diplomatie, insbesondere der englischen und französischen.

Schlußwort

Auf dem Boden der agrarisch-feudalen Verhältnisse und der nationalen Gegensätze reifte auf der Balkanhalbinsel schon vor dem Kriege eine für die Entwicklung der revolutionären Bewegung besonders günstige Situation heran. Dadurch erklärt sich, daß die kommunistischen Parteien dieser Länder, trotz der geringen Entwicklung des Kapitalismus und des zahlenmäßig schwachen industriellen Proletariats, im Leben dieser Staaten eine ungeheuer große Bedeutung gewannen. Die Balkankriege und später der Weltkrieg mit den ihm folgenden territorialen Verschiebungen und zunehmenden Einfluß der zivilen und militärischen Bürokratie, mit der Krisis auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, haben den Klassen- und nationalen Kampf auf dem Balkan aufs äußerste zugespitzt. Der Arbeiter- und Bauernaufstand in Bulgarien im Herbst 1923, die revolutionären Episoden im Kampfe der Kommunistischen Partei in Jugoslawien und in Rumänien und die Revision ihrer Taktik zeigten, daß der Kommunismus jetzt die einzige führende revolu-

tionäre Kraft auf dem Balkan ist. Andererseits haben alle diese Ereignisse den kommunistischen Parteien des Balkans die Augen über ihre eigenen Fehler und Mängel geöffnet, die darin bestanden, daß sie vergessen hatten, daß, wenn die Berücksichtigung aller revolutionären sozialen Elemente und deren zweckmäßige Verwertung auch in weit entwickelteren kapitalistischen Ländern die Voraussetzung für den Sieg ist — dies um so mehr für die Balkanländer zutrifft, deren Industrieproletariat nur eine dünne Schicht bildet, und wo die Kommunistische Partei bei ihren entscheidenden Schlachten vor allem auf die Reserven der Bauernschaft und auf die unterdrückten Nationen rechnen muß.

KARL RADEK :
DAS ERGEBNIS DER DEMOKRATISCH-
PAZIFISTISCHEN ÄRA *

Das verflossene Jahr, das der Welt den Sachverständigenbericht gegeben hat, das in England die Entstehung der Arbeiterregierung sah, die von der gesamten internationalen Sozialdemokratie als der Anfang einer neuen historischen Epoche begrüßt wurde, das in Frankreich die Regierung des nationalen Blocks gestürzt und in Italien begonnen hat, das faschistische Regime zu untergraben — dieses Jahr ist nun zu Ende gegangen. Die ganze internationale bürgerliche Presse begrüßt es, rückblickend, als das Jahr der Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft und der Festigung des Friedens.

Die Kommunistische Internationale, die internationale Arbeiterklasse, die gewohnt sind, ihre Politik auf der nüchternen Einschätzung der Tatsachen und nicht auf Illusionen aufzubauen, müssen die im Laufe dieses Jahres eingetretenen Änderungen einer Prüfung unterziehen und die Frage zu beantworten suchen, ob dieses Jahr tatsächlich eine Stabilisierung des internationalen Kapitalismus bedeutet, ob diese sogenannte Stabilisierung eine Milderung der Klassengegensätze und der Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern mit sich gebracht hat, ob sie eine Verschärfung des revolutionären Kampfes des Proletariats oder im Gegenteil eine Abschwächung der Konflikte zwischen den bürgerlichen Ländern verspricht.

I.

Auf wirtschaftlichem Gebiet hat dieses Jahr zweifellos bedeutende Änderungen mit sich gebracht. Diese Änderungen haben sich nach drei Richtungen hin mit besonderer Kraft bemerkbar gemacht.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich wieder Europa zugewandt. Diese Tatsache kommt in der Summe von 1 Milliarde 100 Millionen Dollar zum Ausdruck, die die ameri-

* Als Beitrag zur Diskussion veröffentlicht. D. Red.

kanische Bourgeoisie in den elf Monaten des Jahres 1924 nach Europa ausgeführt hat, während der Kapitalexport aus Amerika in den früheren Jahren bedeutend geringer war.

Die Ausfuhr aus England hat in diesem Jahre die Zahlen der verfloßenen Jahre nicht überschritten. Sie hält sich auf einer Höhe von 50 Millionen Pfund. Die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Kreditierung der Weltindustrie und des Welt-handels ist nicht nur darum von unmittelbarer großer Bedeutung, weil sie der kapitalistischen Wirtschaft Europas einen Zufluß von Grund- und Betriebskapital ermöglicht, sondern auch weil sie durch die Stärkung des Vertrauens der Bourgeoisie der anderen kapitalistischen Länder ihre Versuche der Wiederherstellung des Kredits beschleunigt. Sehr charakteristisch in dieser Hinsicht ist die intensive Tätigkeit der holländischen Banken im Ausland.

Der von der Londoner Konferenz mit Beteiligung der U.S.A. ratifizierte Sachverständigenbericht bildet den Ausgangspunkt für diese Wendung. Der Direktor der englischen „Oversee-Bank“, die sich ganz besonders mit der Finanzierung des Auslandes befaßt, hat die Bedeutung des Sachverständigenberichtes mit folgenden Worten festgelegt:

„Es ist sehr leicht, die im Sachverständigenbericht enthaltenen Beschlüsse zu kritisieren. Aber seine Bedeutung besteht nicht darin, daß er auf dem Wege ins Leben umgesetzt wird, den der Bericht vorschlägt, sondern er ist so wichtig, weil er nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa eine Atempause von einigen Jahren gewährt. Er gab der französischen Regierung die Möglichkeit, das Ruhrgebiet zu verlassen, und schuf Bedingungen für die Kapitaleinfuhr nach Deutschland ohne besonderes Risiko, ohne die die wirtschaftliche Wiedergeburt dieses Landes unmöglich ist.“

Die zweite auffallende Tatsache ist die Stabilisierung des Währungssystems in einer ganzen Reihe von Ländern. Diese Länder sind Deutschland, Polen, Ungarn, Österreich. Wenn man noch hinzufügt, daß die baltischen Länder schon früher eine stabile Valuta gehabt haben, so ergibt sich daraus die Möglichkeit der Wiederherstellung des Warenaustauschapparats in ganz Mitteleuropa, das bekanntlich nach dem Kriege für den internationalen Kapitalismus die gefährlichste Zone darstellte. In zwei großen europäischen Ländern, in Frankreich und Italien, hat dieses Jahr dagegen eine schwere Erschütterung des Währungssystems mit sich gebracht. Der katastrophale Frankensturz in

Frankreich konnte nur mit Hilfe der „Rettungsaktion“ Morgans aufgehalten werden, in Italien hat die Krise des Faschismus die Lira auf einen so tiefen Stand gebracht, wie er vor dem Siege des Faschismus nie erreicht worden war. Aber wenn die Tatsache, daß Amerika sich wieder Europa zuwendet, das Ergebnis wirtschaftlicher Zustände ist, die als konstant zu betrachten sind, wie z. B. eine so starke Anhäufung des Kapitals, daß dessen Ausfuhr für das amerikanische Finanzkapital zu einer absoluten Notwendigkeit wird, so kann die Stabilisierung der mitteleuropäischen Valuten nicht als endgültig betrachtet werden. Sie entspricht nicht der Handelsbilanz einer ganzen Reihe von Ländern, die jetzt mit einer stabilen Valuta beglückt worden sind. Die deutsche Handelsbilanz schließt 1924 mit einem Defizit von 2 Milliarden Goldmark ab, und auch die Handelsbilanz Österreichs, wo die Industrie die Bedürfnisse des österreichischen Marktes weit übersteigt, ist stark passiv. Die „Stabilisierung“ Mitteleuropas, die die Folge eines unerhörten Steuerdrucks und der finanziellen Hilfe des englischen und amerikanischen Geldmarkts ist, kann nicht als endgültig angesehen werden.

Die dritte augenfällige wirtschaftliche Tatsache ist das Fehlen eines industriellen Aufschwunges in Europa. Amerika hat den Depressionszustand des Sommers 1924 überwunden, aber die englische Wirtschaft befindet sich noch immer in der Periode des Niederganges. Das Jahr 1924 endet für England mit dem Überwiegen des Importes über den Export, wobei der unsichtbare englische Import, der vor dem Kriege diesen Mißstand deckte, bedeutend abgenommen hat. Frankreich, das sich wirtschaftlich mehr als andere Länder vom Kriege erholt hat (siehe den außerordentlich interessanten Bericht des englischen Handelsagenten in Frankreich „Report on the Economic condition in France revised to June 1924“, London 1924), steht in bezug auf seine Schwerindustrie vor sehr schlechten Perspektiven. Seine Schwerindustrie muß sich den internationalen Markt noch erobern. Die Frage des Marktes steht auch in Deutschland im Mittelpunkt aller Fragen. Von ihrer Lösung hängt der Erfolg des Dawesplanes ab. Aber nicht nur der europäische Kapitalismus steht vor dieser Frage. Auch der amerikanische Kapitalismus ist vor sie gestellt. Die Grundlage dieser Frage ist die Tatsache, daß die Bourgeoisie ihre industrielle Basis in England, Amerika, Japan, Italien und zum Teil in Frankreich während des Krieges, in Deutschland zur Zeit der Inflation sehr erweitert hat. Seit der Wiederherstellung der

internationalen Kredite und der Valuten beginnt die Bourgeoisie es besonders scharf zu empfinden, daß die wichtigste Frage für sie die der Erweiterung des Marktes ist. Es zeigt sich immer mehr, daß der Kampf um die Bedingungen der Erweiterung des Weltmarktes zu der wichtigsten Triebfeder der Weltpolitik des internationalen Kapitalismus geworden ist.

Die obenangeführten Tatsachen, die zwar für die Beurteilung der nächsten Perspektiven von größter Bedeutung sind, beantworten jedoch nicht die Frage, ob wir es in Europa mit einer „endgültigen“ Stabilisierung des Kapitalismus für die Zeitdauer vieler Jahre zu tun haben oder nicht. Die kapitalistische Presse, die sich die größte Mühe gibt, die Stabilisierung als geschehene Tatsache erscheinen zu lassen, verwechselt die Wirklichkeit mit ihren Wünschen. Der Ausgang des Kampfes um die Stabilisierung des europäischen Kapitalismus wird von zwei Faktoren abhängig sein: vom Verlauf des Kampfes um die Erweiterung des Weltmarktes und vom Verlauf des Klassenkampfes in Europa. Auf die erste Frage werden wir in unseren weiteren Erörterungen noch zurückkommen. Was die zweite anbetrifft, so wird sie aus sehr begreiflichen Gründen von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse mit Vorliebe totgeschwiegen. Da der Klassenkampf des Proletariats, der gegen die Versuche gerichtet ist, den Kapitalismus auf seine Kosten und auf seinem Rücken zu stabilisieren, diese Stabilisierung verhindert, so ist es nicht weiter verwunderlich, daß die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie, die die Stabilisierung des Kapitalismus zu ihrer wichtigsten politischen Aufgabe gemacht haben, erklären: Wenn der Klassenkampf des Proletariats der Stabilisierung des Kapitalismus im Wege ist, dann um so schlimmer für den Klassenkampf des Proletariats. Aber der Klassenkampf des Proletariats läßt sich durch das Anathema der Priester des Goldenen Kalbes nicht aus dem Leben schaffen. Der Kampf gegen die schwere Last der direkten und indirekten Steuern, die die Bourgeoisie in allen Ländern auf die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum abwälzt, der Kampf gegen die Teuerung und gegen die Verlängerung der Arbeitszeit wird sich um so mehr zuspitzen, je stärker die Offensive des Kapitalismus wird, zu der er durch seine Stabilisierungsbestrebungen getrieben wird. Im gegenwärtigen Augenblick hat die Ebbe der revolutionären Welle, die für das Jahr 1924 charakteristisch ist, noch keiner neuen Welle der Arbeiteroffensive Platz gemacht. Aber es wäre eine Kurzsichtigkeit, die von „liquidatorischen“ Stimmungen

zeugte, wollte man nicht mit der Möglichkeit eines neuen Aufschwungs im proletarischen Massenkampf in den nächsten Jahren rechnen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Kampf beginnen wird als ein Kampf um die unmittelbaren wirtschaftlichen Forderungen des Proletariats. Aber die Frage, ob sich der Kampf innerhalb dieses Rahmens halten wird, hängt von einer Reihe von Faktoren ab. Zunächst von der allgemeinen Lage des Kapitalismus, d. h. von der Schärfe seiner eigenen Widersprüche, ferner von seinen Konflikten mit den kolonialen und halbkolonialen Ländern und mit der Union der Sowjetrepubliken, schließlich von den Erfolgen unseres Kampfes gegen die Sozialdemokratie und von der organisatorischen und politischen Situation in den kommunistischen Parteien. Darum muß man sich klar Rechenschaft geben über den Grad der Zuspitzung der inneren Widersprüche im internationalen Kapitalismus und des Gegensatzes zwischen dem Kapitalismus einerseits und der in der Sowjetunion in Entstehung begriffenen sozialistischen Welt und dem jungen Kapitalismus in den Kolonien andererseits.

II.

Als die internationale Bourgeoisie und Sozialdemokratie im Sommer des vorigen Jahres soviel von der demokratisch-pazifistischen Ära sprachen, und wir nach der Ursache dieses Geredes forschten, sprachen wir die Auffassung aus, daß, wenn man von der Demagogie der Verteidiger des Kapitalismus absieht, die ihre pazifistischen und demokratischen Fabeln nur brauchen, um dem amerikanischen und englischen Finanzkapital zu helfen, Zentral-europa unter ihren Einfluß zu bringen — das Grundmoment des zweifellosen Umschwungs in der Weltpolitik in der Tatsache der Herstellung einer zeitweiligen Arbeitsgemeinschaft des englisch-amerikanischen Finanzkapitals zu suchen sei.*

Das englische und amerikanische Finanzkapital, wie überhaupt der englische und amerikanische Kapitalismus, sind gegenwärtig die schärfsten Konkurrenten der Welt. Die ganze Welt ist das Feld ihrer Konkurrenz. Im Interesse dieser Konkurrenz haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre Industrie mit der Mauer des Fortnight-Tarifs umgeben. Er soll den Erzeugnissen der europäischen und vor allem der englischen Industrie den Zu-

* Siehe meine Broschüre: Die demokratisch pazifistische Ära, 1924.

gang zum amerikanischen Markt erschweren und den amerikanischen Trusts die Herrschaft über diesen Markt und hohe Monopolpreise sichern und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit geben, auf den Außenmärkten die Preise herabzudrücken. Der englische Kapitalismus stellt als Antwort hierauf „den Schutz der Industrie“ in Aussicht, eine Maßnahme, die die konservative Regierung in ihr Programm aufgenommen hat. Ein Kampf in schärfster Form, selbst bis zur Entfaltung von Revolutionen im feindlichen Lande (s. die Ereignisse in Brasilien), spielt sich zwischen dem englischen und amerikanischen Kapital auf dem südamerikanischen Markte ab. In Argentinien z. B., dieser alten Kolonie des englischen Finanzkapitals, ist es dem amerikanischen Kapital (das dort vor dem Kriege den dritten Platz einnahm, den zweiten hatte Deutschland) gelungen, eine Position zu erobern, die der englischen gleich ist. Im fernen Osten, wo Amerika vor dem Kriege nur eine unbedeutende Rolle gespielt hat, verdrängt es nicht nur Japan, sondern auch England immer mehr vom Markt. Im nahen Osten versucht England durch die Besetzung des Sudans, durch das Anlegen von Baumwollplantagen (wie im ganzen äquatorialen Afrika), durch intensive Unterstützung der Baumwollindustrie in Indien möglichst unabhängig von der amerikanischen Baumwolle zu werden. Nachdem die englische Regierung die Naphtaindustrie Südpersiens so gefördert hat, daß sie bereits 30 Prozent des englischen Naphtabedarfs deckt, hat sie ihre Marionetten in Irak gezwungen, ihr die Ölquellen in Mossul zur Ausbeute zu überlassen, und nur die Furcht vor dem Parlament hält Feissal noch zurück, dieses Abkommen endgültig zu unterzeichnen. In Mitteleuropa spielt sich ein unausgesetzter Kampf ab zwischen dem amerikanischen und dem englischen Kapital um die „Kommandostellen“ in der deutschen Wirtschaft. Der Kampf um die interalliierten Schulden, der Kampf um die Frage, welche Summen und unter welchen Bedingungen sie Frankreich an Amerika und England abzuführen habe, ist nichts anderes als der Kampf um die Unterwerfung Frankreichs unter das englische oder amerikanische Kapital. England ist das Land, in dem die höchsten Steuern gezahlt werden. Wenn Amerika Frankreich günstigere Bedingungen für die Rückzahlung der Schulden gewähren wollte, als es England zugebilligt hat — England hat sich verpflichtet, im Laufe von 60 Jahren 30 Millionen Pfund jährlich zu bezahlen —, so würde das nicht nur Englands wirtschaftliche Lage erschweren, sondern auch dem amerikanischen Kapital die Möglichkeit geben, sich von den Fran-

zosen andere Zugeständnisse zu erhandeln, die die Position des amerikanischen Finanzkapitals auf dem französischen Markt stärken würden. Der Kampf um die Regelung des internationalen Eisen- und Stahlmarktes, der sich jetzt im Zusammenhange mit den deutsch-französischen Verhandlungen über den Handelsvertrag abspielt, stellt ebenfalls einen Teil dieses Problems dar. Die Schaffung eines deutsch-französischen Stahltrusts, hinter dem die amerikanische Finanzwelt stünde, würde für die englische Stahlindustrie, die sich jetzt in einer sehr schwierigen Lage befindet, einen schweren Schlag bedeuten.

Die englisch-amerikanische Konkurrenz ist gegenwärtig der ausschlaggebende Faktor, auf den viele in der kapitalistischen Welt sich vollziehende Prozesse zurückzuführen sind. Aber wer aus dieser Tatsache folgert, daß zwischen England und Amerika keine Arbeitsgemeinschaft bestehe, vereinfacht die Weltpolitik in kindlich-naiver Weise.* Die wichtigste Frage ist gegenwärtig für die Bourgeoisie die Stabilisierung des Kapitalismus, die nicht möglich ist ohne die Regelung der Währungsfrage, ohne die Festigung des internationalen Kredits und die Erschließung von neuen Märkten. Solange diese Fragen nicht gelöst sind, können das englische und amerikanische Kapital die Frage, wer in dieser stabilisierten kapitalistischen Welt dominieren wird, nicht zum Mittelpunkt ihrer Politik machen. Die englisch-deutsche Konkurrenz war bereits gegen Ende des XIX. Jahrhunderts die zentrale wirtschaftliche Tatsache. „The Saturday Review“ hat schon im Jahre 1896 im Namen der englischen Imperialisten erklärt: Deutschland muß vernichtet werden. Aber solange es England nicht gelingen konnte, mit Hilfe der japanischen Waffen die russische Gefahr in Asien zu beseitigen, versuchte der Führer des englischen Imperialismus, Chamberlain, in Gemeinschaft mit dem Außenminister Landsdown nicht nur ein Abkommen mit Deutschland, sondern auch ein englisch-deutsch-japanisches Bündnis abzuschließen. England und die Vereinigten Staaten verfolgten seit Washington 1921/22 eine Politik der Arbeitsgemeinschaft, um eine geschlossene Front gegen Japan zu bilden, es aus seinen Positionen in China zu verdrängen und sich nachher durch gemeinsame Anstrengungen die Bedingungen für die Erweiterung des chinesischen Marktes zu sichern. Trotz ihrer Konkurrenz im Fernen Osten besteht zwischen Eng-

* Siehe den Artikel „Die Renegaten des Kommunismus“ von Newbold in Labour Monthly, Februar-Nummer, und den Aufsatz von Bucharzew im Januar-Heft des „Bolschewik“.

land und Amerika dort eine Arbeitsgemeinschaft. Diese Arbeitsgemeinschaft ist dann auch auf europäische Angelegenheiten übertragen worden. Wie es im Fernen Osten notwendig war, Japan zu verdrängen, das mit politischen Mitteln um eine Vorherrschaft kämpfte, die seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht entsprach, so ging man in Europa darauf aus, Frankreich, das mit Hilfe seiner militärischen Macht Deutschland in eine Kolonie zu verwandeln suchte, in seine Schranken zu verweisen und zu zwingen, eine Politik aufzugeben, die die europäische wirtschaftliche Anarchie nur steigern mußte. Bevor sich aber der Kampf zwischen England und Amerika um die Vorherrschaft in Mitteleuropa abspielen konnte, mußte Mitteleuropa den Klauen der Revolution entrissen werden, in die es durch das wirtschaftliche Chaos getrieben wurde. Das ist das Ziel, das die englisch-amerikanische Arbeitsgemeinschaft durch die Verwirklichung des Sachverständigenberichts zu erreichen hofft. Im Zeichen dieser Arbeitsgemeinschaft stand das Jahr 1924. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben in der Arbeitsgemeinschaft zweifellos das Übergewicht, aber es ist ihnen noch nicht möglich, auf sie zu verzichten und den Kampf gegen England zum Mittelpunkt ihrer Politik zu machen. Sie können das nicht nur aus dem Grunde nicht machen, weil die Regelung der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland noch nicht sichergestellt ist, sondern auch weil das sofort zu einer solchen Stärkung der Kriegsrüstungen führen würde, daß ein Krieg gegen England früher zum Ausbruch kommen müßte, als es Amerika erwünscht ist. Amerika besitzt eine sehr starke Flotte, aber noch zu wenig Stützpunkte für sie; es ist in einer ganzen Reihe von Ländern wirtschaftlich engagiert, aber es besitzt noch kein System von Bündnissen und Halbbündnissen, das ihm im Kriegsfall Deckung geben könnte. Wie wenig Amerika für den Krieg psychologisch vorbereitet ist, ersieht man am besten aus dem heute noch von der Republikanischen Partei geführten Kampfe gegen jede Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Amerika und irgend einer europäischen Macht. Im selben Moment, in dem England den Direktor der Englischen Bank, Norman, nach Washington schickt, um dort Verhandlungen mit amerikanischen Banken über eine Stützungsaktion des englischen Pfunds einzuleiten, protestiert es gegen die Vergrößerung der Reichweite der amerikanischen Marinegeschütze. Gleichzeitig mit diesem Protest gegen die Entwicklung der amerikanischen militärischen Macht unternimmt die englische Regierung den Bau

eines Flottenstützpunktes in Singapore, der die Arbeitsgemeinschaft mit dem amerikanischen Imperialismus im Fernen Osten gegen Japan unterstützen soll.

Das Jahr 1924 war gleichzeitig Zeuge einer vorübergehenden Abschwächung des englisch-französischen Kampfes. Frankreich war nicht nur nicht imstande, seinen Kampf um die Oberherrschaft in Europa fortzuführen, sondern es sah sich sogar gezwungen, eine ganze Reihe von Positionen aufzugeben. Es mußte sich verpflichten, das Ruhrgebiet zu räumen, aber es behielt sich das theoretische Recht selbständiger Sanktionen in Deutschland vor. Ob Frankreich das Ruhrgebiet tatsächlich räumen wird, das hängt von den Ereignissen in Europa und besonders in Deutschland ab. Die französischen Imperialisten rechnen darauf, daß die Stärkung der nationalistischen Elemente in Deutschland, die in der Bildung der Regierung Luthers zum Ausdruck gekommen ist, die unter dem Deckmantel eines Geschäftskabinetts eine Regierung des Blocks der Schwerindustrie und der Agrarier verbirgt, d. h. des alten imperialistischen Blocks, der auch schon vor dem Kriege in Deutschland eine führende Rolle spielte, ihnen erlauben wird, neue militärische Aktionen gegen Deutschland zu unternehmen. Der englische Imperialismus hat nicht nur keinen Protest dagegen erhoben, daß die Franzosen bis zum Herbst im Ruhrgebiet bleiben, sondern er ist selbst in Köln geblieben, um Frankreich die Ruhr-Okkupation zu erleichtern, die nach dem Abzug der Engländer sehr erschwert worden wäre, weil die Verbindungslinien der französischen Ruhrtruppen durch Köln gehen. England tat dies, erstens weil es in Gemeinschaft mit Amerika danach strebt, sich die französische Hilfe gegen Japan zu sichern und Frankreich zu veranlassen, seine selbständige Politik im Fernen Osten, wie z. B. während des chinesischen Bürgerkrieges, aufzugeben; zweitens um der selbständigen Politik Frankreichs im Nahen Osten ein Ende zu machen. Die Zusammenkunft Chamberlains mit Herriot hat vermutlich noch keine endgültigen Resultate erzielt. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß der Gegenstand ihrer Verhandlungen die Schaffung einer englisch-französischen Arbeitsgemeinschaft im Nahen Osten und im Osten Europas war. Der Kampf zwischen England und Frankreich in Angora, der im Türkisch-Griechischen Kriege so deutlich in Erscheinung getreten ist und bis in die letzte Zeit in Syrien fortgesetzt wurde, mußte einem von beiden Mächten gemeinsam ausgeübten Druck auf die Türkei Platz machen, deren Regierung dem ausländischen Kapital gegen-

über eine sehr vorsichtige Politik verfolgt. Beide Länder müssen die nationalistischen Bestrebungen in Nordafrika gemeinsam bekämpfen. Die Stellungnahme der französischen Regierung zum englischen Angriff gegen die ägyptische Regierung zeigt, daß England auf diesem Gebiete schon gewisse Erfolge zu verzeichnen hat. Wie lange wird nun diese Kooperation anhalten? Der kritische Moment muß unvermeidlich kommen, und zwar in beiden Fällen, sowohl wenn der wirtschaftliche Aufschwung sich einstellen als auch wenn er ausbleiben sollte. Die französische Regierung und die französische bürgerliche Presse richten an die englische Regierung die Frage, was sie zu tun gedenkt, wenn Deutschland seine in London übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllen wird. Wie kann sich Frankreich verpflichten, seine Schulden an England pünktlich zu zahlen, wenn es nicht weiß, ob es nicht von dieser Verpflichtung befreit wird, wenn es selbst von Deutschland kein Geld erhalten sollte? Diese Frage beantwortet der bekannte konservative Publizist Garvin im „Observer“: Es ist überflüssig, solche Fragen zu stellen, denn wenn das Londoner Abkommen zusammenbricht, dann würde dieser Zusammenbruch überhaupt die ganze Weltsituation ändern und die Beziehungen aller Mächte zueinander in Frage stellen. Aber dieser kritische Moment, den Garvin für den Fall eines Zusammenbruchs des Londoner Kompromisses als eine selbstverständliche Sache voraussetzt, wird sich auch im Falle eines wirtschaftlichen Aufstiegs einstellen. Ein wirtschaftlicher Aufstieg würde durch die Erweiterung der Märkte zu einer Stärkung Deutschlands, Frankreichs, Japans und überhaupt aller Länder führen, die jetzt gutwillig das Joch des englisch-amerikanischen Kapitalismus auf sich genommen haben, um die erforderlichen Kredite zu erlangen. Diese Abhängigkeit wird im Falle des ökonomischen Aufstiegs, im Falle der Entscheidung der Frage der interalliierten Schulden abnehmen. Die dominierende Stellung Englands und Amerikas auf dem Weltmarkt wird dadurch natürlich nicht verschwinden, aber erstens wird die Abhängigkeit der übrigen Länder von England und Amerika zweifellos schwächer werden, und zweitens wird die englisch-amerikanische Konkurrenz verschärft werden, so daß für die übrigen Länder die Möglichkeit bestehen wird, ihren Kopf wieder zu erheben.

Die englisch-amerikanische Arbeitsgemeinschaft, die England durch einen Block mit Frankreich im Nahen Osten zu ergänzen versucht, ist einstweilen das wichtigste Element in der Stabili-

sierung des Kapitalismus in Europa und der Verminderung wenigstens der äußeren Symptome des Kampfes im Lager des europäischen Kapitalismus. Aber diese Arbeitsgemeinschaft führte gleichzeitig zu einer Zuspitzung der Beziehungen dieses englisch-amerikanischen Blocks zur Sowjet-Union und zu den kolonialen Völkern.

Die grundlegende Ursache für diese Zuspitzung der Beziehungen der führenden kapitalistischen Mächte zur Sowjet-Union und zu den kolonialen und halbkolonialen Völkern ist der Kampf um den Markt. Nach der Niederlage der Entente-Intervention gegen die Sowjet-Union, deren Ziel die unmittelbare militärische Vernichtung des ersten Arbeiter- und Bauernstaats war, gab es keine übereinstimmende kapitalistische Politik gegenüber der Sowjet-Union. England trat an diese Frage eben vom Standpunkt der Konkurrenz mit Amerika heran, vom Standpunkte des Kampfes um die vom amerikanischen Kapitalismus unabhängigen Rohstoffquellen und um den Markt für die englische Industrie. England hoffte, daß es ihm gelingen würde, die Sowjetregierung zu einer maskierten Kapitulation, zum Verzicht auf den sozialistischen Aufbau, zur Abschaffung des Außenhandelsmonopols zu veranlassen. Lloyd Georges Hoffnungen basierten auf der Überzeugung, daß die neue ökonomische Politik in Rußland in Wirklichkeit nur ein versteckter Übergang zur ganz alten ökonomischen Politik des Kapitalismus sei, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjet-Union das englische Kapital instandsetzen würden, die Rückkehr zu jenem Zustand zu erzwingen, bei dem Rußland die Kornkammer Englands und England — die Werkstatt für Rußland war. Dieser englischen Politik schlossen sich jene Mächte an, die ebenso wie England an der Erweiterung ihrer industriellen Ausfuhr stark interessiert waren und sich gleichzeitig von der Abhängigkeit von amerikanischen Rohstoffen und amerikanischem Getreide freimachen wollten, da Amerika ihnen die Einfuhr von Industrieprodukten erschwerte. Diese Politik, die mit der Anerkennung *de facto* und mit den verschiedensten Zwischenformen der diplomatischen Beziehungen begonnen hat, führte endlich dazu, daß die Sowjet-Union von allen führenden europäischen Mächten *de jure* anerkannt wurde. Diese Politik hat die kapitalistischen Mächte aber sehr enttäuscht. Die neue ökonomische Politik Rußlands erwies sich nicht als ein gebremster Abstieg zum Kapitalismus, sondern als ein Prozeß allgemeinen wirtschaftlichen Aufstiegs der Sowjetwirtschaft, der der Sowjetregie-

rung erlaubt, die sozialistischen Elemente ihrer Wirtschaft langsam aber sicher zu stärken. Amerika hielt sich dieser Politik fern. Da es selbst eine ungeheure Krisis in seiner Landwirtschaft durchmachte, hatte es kein Interesse an einer beschleunigten Wiederherstellung der Landwirtschaft in Rußland, d. h. an der Beschleunigung der Ausfuhr des Sowjetgetreides auf den Weltmarkt. Wenn diese zunehmende Ausfuhr auch gleichzeitig Rußland die Möglichkeit gibt, seine industrielle Einfuhr aus dem Auslande zu erhöhen, so kommt diese Einfuhr vor allem der Industrie jener Staaten zugute, die der Sowjet-Union geographisch näherstehen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika versuchten daher, die englische Politik der Annäherung an Sowjetrußland mit allen Mitteln zu sabotieren. Der Sieg der konservativen Regierung in England, die vor allem die Industriekreise unmittelbar vertritt, führte zu einer Änderung der englischen Politik gegenüber der Sowjet-Union. Während Lloyd George seine Hoffnungen auf den Verlauf der historischen Entwicklung setzte, die die Sowjet-Union zu Zugeständnissen zwingen würde, beabsichtigt die konservative Regierung diese Zugeständnisse durch einen unmittelbaren Druck auf Rußland zu erreichen. Dieser Druck soll in einem systematischen finanziellen Boykott zum Ausdruck kommen, ferner in Schwierigkeiten, die man dem russischen Export in den Weg legen will, und in einem politischen Druck, der mit Hilfe ihrer westlichen Nachbarn auf die Sowjetrepubliken ausgeübt werden soll. Die Zuspitzung der Beziehungen zu diesen Staaten, die insgesamt über 40 Millionen Einwohner umfassen, ferner die Kriegsgefahr an einer Front vom Schwarzen Meere bis zum Finnischen Meerbusen sollten die Sowjet-Union zu einer mehr oder minder offenen Aufgabe des Außenhandelsmonopols zwingen oder zur Übernahme von Schuldenlasten, an deren Folgen die Sowjetindustrie zugrunde gehen würde, und zur Eröffnung des Sowjetmarktes für die Waren der kapitalistischen Länder. Bei dieser Änderung der englischen Politik, die das Bestreben der Industriekreise — den russischen Absatzmarkt möglichst schnell zu erschließen und zu erweitern — zum Ausdruck bringt, hat Amerika zweifellos eine Rolle gespielt. Es forderte von England als Gegenleistung für gemeinsame Aktionen in Mitteleuropa eine Änderung der politischen Linie in bezug auf die Sowjet-Union. Die Änderungen, die in der amerikanischen Politik der Sowjet-Union gegenüber jetzt vorbereitet werden, und die in der Demission Hughes' zum Ausdruck kamen, bestehen darin, daß die Vereinigten Staaten im Begriff sind, die Sowjet-Union an-

zuerkennen, um die Politik der gesamten kapitalistischen Welt der Sowjet-Union gegenüber bestimmend beeinflussen zu können. Amerika wird durch Kreditversprechungen, durch Drohungen finanzieller und politischer Art wichtige Zugeständnisse von seiten der Sowjet-Union zu erpressen versuchen; im Falle eines Mißerfolges aber wird Amerika bemüht sein, alle Separatabkommen zwischen der Sowjetregierung und den einzelnen kapitalistischen Ländern zu hintertreiben. Die ganze Art, wie die internationale kapitalistische Presse die Ereignisse in Georgien und in Helsingfors auszunützen versuchte, beweist, daß Amerika und England nicht gewillt sind, sich mit einem finanziellen Boykott der Sowjet-Union zu begnügen, daß sie vielmehr versuchen, Rußland mit einer Atmosphäre zu umgeben, die es ermöglicht, zu unmittelbaren Druckmethoden überzugehen.

Das Verhältnis Englands und Amerikas zu den kolonialen und halbkolonialen Völkern des Nahen und Fernen Ostens ist ebenfalls von der Tendenz der Einbeziehung dieser Länder in den kapitalistischen Warenaustausch bedingt. Diese Politik stößt jetzt auf größere Schwierigkeiten als vor dem Kriege. Erstens sind alle kapitalistischen Mächte, ohne Ausnahme, jetzt politisch schwächer als vor 1914. Die Volksmassen dieser kapitalistischen Länder kümmerten sich früher nicht um das, was außerhalb Europas geschah. Die Arbeitermassen waren in Fragen der internationalen Politik zu wenig aktiv. Lenin wies in einer seiner letzten politischen Schriften (in den Instruktionen für die nach dem Haag zur Friedenskonferenz entsandte Delegation der russischen Gewerkschaften) darauf hin, welch unverzeihlichen Leichtsinns der Versuch bedeuten würde, sich mit dem Gedanken an die Unmöglichkeit eines neuen Weltkrieges zu trösten. Aber die Massen reagieren jetzt lebhafter auf die Ereignisse in den Kolonien, sie fühlen instinktiv, daß aus diesen Konflikten ein neuer internationaler Zusammenstoß entstehen könne. Die Mobilmachung bedeutender Kräfte für einen Krieg gegen China würde auf große politische Schwierigkeiten stoßen. Aber dieser Krieg würde auch an und für sich weit größere Schwierigkeiten darstellen als in der Zeit vor 1914. Die Volksmassen der kolonialen und halbkolonialen Länder befinden sich im Zustande wachsender Erregung. Wir sprechen dabei nicht einmal von solchen Ländern wie das ungeheuer ausgedehnte China oder wie das dicht bei Europa liegende Ägypten. Nichts charakterisiert die in den Ländern des Ostens herrschende Spannung so sehr wie die Ereignisse in Irak, wo es bekanntlich

keine Industriebevölkerung gibt, wo nur Stämme leben, die auf einem sehr niedrigen kulturellen Niveau stehen, und die sehr zersplittert sind. Die Engländer führen in diesem Lande unter der Kontrolle ihrer militärischen Kräfte die Parlamentswahlen durch, die darin bestehen, daß die Abgeordneten von den Sheiks und den englischen Offizieren ernannt werden. Diese Abgeordneten leben von den Geldern, die sie von den englischen Besatzungstruppen erhalten, in deren Händen der König Feissal nur eine Marionette ist. Trotzdem sind die Engländer gezwungen, zu den größten Methoden der Einwirkung auf die parlamentarische Regierung zu greifen, um sich die Erfüllung ihrer Forderungen zu sichern. Von den bestochenen Notabeln Iraks läßt sich dasselbe sagen, was ein alter Scherz vom ungarischen Adel sagt: Er verkauft sein Vaterland, aber er vergißt, dem Käufer die verkaufte Ware zuzustellen. Die Ursache dieser seltsamen patriotischen Kundgebung liegt darin, daß die bestochenen Notabeln mehr als alles in der Welt die öffentliche Meinung des Landes fürchten, die der englischen Besatzung sehr feindselig gegenübersteht. Das unorganisierte nationale Bewußtsein der östlichen Völker, die noch keine gefestigten politischen Parteien besitzen, reagiert sehr rasch und lebhaft auf die imperialistische Unterjochungspolitik. Man kann sagen, daß eine offene Aufteilung der östlichen Länder jetzt kaum noch möglich ist. Der Imperialismus sieht sich gezwungen, zu einer mit Hilfe des feudalen Adels durchgeführten Kulissenpolitik seine Zuflucht zu nehmen, zu einer Politik, die Kapital schlägt aus der Zwietracht unter den östlichen Völkern, die zum Teil das Erbe der feudalen Epoche ist, zum Teil in der jungen kapitalistischen Entwicklung ihren Ursprung hat. Diese Politik verfolgt England in Arabien und Persien, und diese Politik verfolgen England und Amerika in China. Wenn aber eine solche Politik den Prozeß der nationalen Einigung der östlichen Völker aufhalten kann, so ist sie doch nicht imstande, die Erweiterung der kolonialen Märkte zu beschleunigen. Entweder wird diese Politik der Unentschlossenheit, der Intriguen, des krampfhaften Suchens nach einem neuen Gaul, der die Karre aus dem Dreck zieht, mit einem Bankrott enden und den Prozeß der kapitalistischen Entwicklung der östlichen Länder aufhalten, oder sie wird entschlosseneren militärischen Aktionen Platz machen müssen, die trotz der Furcht vor damit verbundenen schweren Verwicklungen unternommen werden müssen. Wir neigen zu der Ansicht, daß die englische und amerikanische Bourgeoisie nach einer gewissen Periode des Schwankens dieses Risiko

auf sich nehmen wird, und daß wir im Osten vor dem Beginn tiefer Erschütterungen und ernster imperialistischer Konflikte stehen.

Wie kompliziert die imperialistische Politik im Osten geworden ist, das zeigt der Mißerfolg der Politik der Isolierung der kolonialen Bewegung von der proletarischen Bewegung, die in der Sowjet-Union verkörpert ist. Diese Versuche wurden seinerzeit sowohl von Lloyd George als auch von Lord Curzon unternommen, nur mit dem Unterschiede, daß Lloyd George einen Pakt mit der Sowjet-Union anstrebte, um gleichzeitig die schwächere Türkei zu erdrosseln, während sich Curzon im Gegenteil das mohammedanische Hinterland für den Angriff auf die Sowjet-Union sichern wollte. Jetzt beobachten wir die Vorbereitung zu einer gleichzeitigen Offensive sowohl gegen den Arbeiter- und Bauernstaat als auch gegen die kolonialen Völker. Diese Änderung in der imperialistischen Strategie ist das Ergebnis erstens des Zusammenbruchs der Isolierungspolitik und zweitens des engeren Zusammenschlusses zwischen den kolonialen Bewegungen und der Sowjet-Union. Es ist nicht gelungen, die Türkei gegen die Sowjetrepubliken aufzuhetzen, daher wird jetzt die Türkei zum Feinde erklärt, gegen den eine Koalition der Balkanstaaten mobilgemacht wird, die gleichzeitig auch gegen den Sowjetstaat gerichtet ist. Die wachsende Annäherung zwischen der Sowjet-Union und den chinesischen Volksmassen, die alle um die Macht kämpfenden Elemente Chinas gezwungen hat, den Anschluß an die Arbeiter- und Bauernregierung anzustreben, bedeutet eine der größten Niederlagen des englisch-amerikanischen Imperialismus im Osten. Der mißglückte Versuch, China unter die Leitung Wu-Pei-Fu's zu vereinigen, der schon durch seinen Aufenthaltsort unter dem stärksten Druck des englisch-amerikanischen Kapitals gestanden hat, ferner der mißglückte Versuch, Japan aus seinen Stellungen in der Mandchurei zu vertreiben, zeigten dem englisch-amerikanischen Kapitalismus die ernste Gefahr ihrer Lage im Fernen Osten. Der Abschluß des russisch-japanischen Vertrages beweist die tiefe Notwendigkeit der Annäherung zwischen der Sowjet-Union und den östlichen Völkern. Japan, das nach dem Erdbeben mehr denn je vom englischen und amerikanischen Geldmarkt abhängig ist, Japan, das infolge der sozialen Krise, in der es sich befindet, mehr als irgendeine andere kapitalistische Macht die Annäherung an die Sowjet-Union fürchtet, sah sich gezwungen, die diplomatischen Beziehungen zur Sowjet-Union aufzunehmen, denn das ist das einzige und letzte Mittel für Japan, aus der vollständigen Isolierung herauszu-

kommen, in die es im Fernen Osten geraten ist. Die jetzt in Japan herrschende agrarisch - militärisch - plutokratische Clique wird kaum imstande sein, von der Politik der imperialistischen Ausbeutung zur Politik einer freundschaftlichen Arbeitsgemeinschaft mit China überzugehen, ohne die auch die Arbeitsgemeinschaft mit der Sowjet-Union unmöglich ist. Aber die Notwendigkeit einer solchen Arbeitsgemeinschaft dieser drei Großmächte des Fernen Ostens ergibt sich so zwingend aus der ganzen Situation, daß sie die Entwicklung der inneren Krise in Japan unbedingt beschleunigen wird. Die Übernahme der Regierungsgewalt durch die Handelsbourgeoisie ist die Voraussetzung für die Entstehung eines gegen die englisch - amerikanische Arbeitsgemeinschaft gerichteten Blockes im Osten.

IV.

Wenn wir die außenpolitische Entwicklung im verflossenen Jahr, die unter der Flagge der demokratisch-pazifistischen Ära segelte, resumieren, so müssen wir sagen: Diese Ära hatte ihren Ursprung in gewissen Erfolgen des englisch-amerikanischen Kapitalismus auf dem Wege der Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft in Europa. Aber diese Erfolge sind keine endgültigen, — sie stoßen auf den Widerstand der Frage der Absatzmärkte, die vom englisch-amerikanischen Kapitalismus nur gestellt, nicht aber gelöst worden ist. Die Versuche, diese Frage zu lösen, werden zu einem tiefen Konflikt zwischen der kapitalistischen Welt einerseits und der Sowjet-Union und den Ländern des Ostens andererseits führen — zu einem Konflikt, der die ganze Politik der Stabilisierung des Kapitalismus sprengen kann. Je mehr Mißerfolge der englisch-amerikanische Block in diesem Konflikt — selbst im Hauptstadium der diplomatischen und ökonomischen Beziehungen — zu verzeichnen haben wird, um so größer wird für ihn die Gefahr eines Zerfalls sein, denn diese Mißerfolge werden besser als alles andere die Gegensätze der Interessen des englischen und des amerikanischen Kapitalismus und den Widerspruch zwischen den Interessen des englisch-amerikanischen Blocks und der ihm unterworfenen kapitalistischen Länder aufdecken. Die Sowjet-Union hat nicht nur im westeuropäischen Proletariat und in den unterdrückten Völkern des Ostens Verbündete, sondern ihr ist auch die Möglichkeit gegeben, eine Reihe von kapitalistischen Mächten mit Hilfe verschiedener Maßnahmen zu neutralisieren und in die geschlos-

sene Front, die das englisch-amerikanische Kapital gegen den Sowjetstaat zu bilden versucht, eine Bresche zu schlagen. Die Hoffnung des englisch-amerikanischen Kapitalismus auf die Macht des wirtschaftlichen Druckes, auf die Unmöglichkeit einer langen Politik des Abwartens, wird sich als illusorisch erweisen. Ein Land, das 130 Millionen Menschen umfaßt, besitzt ungeheure innere Quellen, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage, in der es sich jetzt befindet. Der kapitalistische Markt ist so sehr differenziert, daß der Versuch, ihn für die russische Ausfuhr zu sperren, mit einem unfehlbaren Mißerfolg enden muß. Das aber wird der Sowjet-Union Mittel in die Hand geben, die ihr gestatten werden, das Ende der finanziellen Blockade abzuwarten.

Die „demokratisch-pazifistische“ Ära steht vor den Augen der Volksmassen nackt und ohne jede Hülle der Demokratie oder des Pazifismus da, als die zynisch-offene Politik des in einigen Ländern gefestigten Kapitalismus, der es versucht, die brennenden Probleme durch die Unterjochung des Ostens und der sozialistischen Republik der Arbeiter und Bauern zu lösen. Während diese Ära den Volksmassen den Frieden versprach, rief sie neue Konflikte hervor, die mit einem bewaffneten Kampf enden können. Die Aufgabe der kommunistischen Parteien besteht jetzt nicht nur darin, daß sie, mit Tatsachenmaterial ausgerüstet, den Volksmassen den ganzen Betrug des sogenannten Pazifismus der Morgan und der II. Internationale vor Augen führt, sondern auch in der Mobilmachung ihrer Kräfte gegen die neue Offensive, die der internationale Kapitalismus im Osten Europas und in Asien vorbereitet.

JAN STEN : MARXISMUS UND LENINISMUS

„Die Rolle eines fortschrittlichen Kämpfers kann nur eine Partei durchführen, die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet ist“. **Lenin.**

Warum sind jetzt theoretische Fragen von Wichtigkeit?

Die Epoche der historischen Entwicklung, in der sich die Kommunistische Internationale gegenwärtig befindet, betont die außerordentliche Bedeutung der revolutionären marxistischen Theorie. Diese Rolle der Theorie ergibt sich auch aus dem ganzen Charakter unserer historischen Ära, deren Produkt die III. Internationale ist.

Der Fünfte Kongreß der KI eröffnet ein neues Kapitel in der Geschichte der Kommunistischen Internationale. Um den Charakter und die Aufgaben dieser neuen Periode zu verstehen, muß man einen Blick auf die zweite Entwicklungsperiode der Komintern werfen, deren grundlegende Aufgabe die Durchführung der Taktik der Einheitsfront war. Die vom Dritten Kongreß ausgegebene Parole „Heran an die Massen!“ diente und dient als Wegweiser auf dem Wege des Entstehens und des Wachstums der kommunistischen Massenparteien bei verlangsamtem Entwicklungstempo der sozialistischen Weltrevolution.

In der Nachkriegsperiode war es der Arbeiterklasse nicht gelungen, den Kapitalismus zu stürzen, da es ihr an gut organisierten und ideell und politisch fest zusammengeschweißten kommunistischen Parteien mangelte. Die elementaren Massenbewegungen hatten in den kommunistischen Parteien keine entschlossenen und aktiven Führer gefunden. Die grundlegende, aus dieser Periode der historischen Entwicklung gewonnene Lehre besteht in der richtigen Erkennung und Einschätzung der Rolle der Partei als eines Organisators und bewußten Führers der elementaren Massenbewegungen im Prozeß der Vorbereitung und Organisation der Revolution. Wenn in der Periode, die dem Kriege unmittelbar folgte, und in der ersten Zeit des Bestehens der Komintern die elementaren Bewegungen als grundlegender Faktor zu betrachten sind, so zeichnet sich die zweite Entwicklungsperiode der KI durch das Wachstum und die Festigung der kommunistischen Parteien

aus, die durch im voraus geplante strategische Manöver und mit Hilfe der Taktik der Einheitsfront an die Massen herangehen und sie erobern. Das sich klärende Bewußtsein sucht sich mit dem Elementaren zu verbinden. Aber in diesem Prozeß zeigt die Praxis der kommunistischen Parteien antibolschewistische Züge. Die zweite Periode endete mit einer Reihe von großen historischen Ereignissen, die in einer ganzen Reihe von Ländern eine revolutionäre Situation geschaffen haben. Einige kommunistische Parteien, wie z. B. die bulgarische, deutsche und polnische, waren gezwungen, die unmittelbare Führung der wiederum stark angeschwollenen elementaren Massenbewegungen zu übernehmen. Diese Parteien wiesen eine ganze Reihe sozialdemokratischer Überreste auf. Die deutsche Kom. Partei gewann aus dem Verlauf der Ereignisse Ende 1923 die Lehre, daß ihre Parteiführer sich eine durchaus unrichtige, entstellte Auffassung von der Taktik der Einheitsfront zu eigen gemacht hatten. Nachdem eine neue Leitung die Führung der Partei übernommen hatte, entstanden in den Reihen der deutschen Kom. Partei Schwankungen in der Frage der Gewerkschaften und in der Frage der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung.

Die bulgarischen Ereignisse bewiesen, daß die bulgarische kommunistische Partei die Rolle der Bauernschaft im Prozeß der Vorbereitung der proletarischen Revolution nicht verstanden hatte. In Polen, zur Zeit des Krakauer Aufstandes, hinkte die polnische Kom. Partei den sich entwickelnden historischen Ereignissen nach, anstatt ein bewußter Führer der kämpfenden Massen zu sein.

Eine solche objektive historische Analyse — die höchste Art von Kritik, der diese Parteien unterzogen wurden — hat gezeigt, daß die kommunistischen Parteien, wenn sie auch häufig die Sprache des Bolschewismus führen, doch nicht immer bolschewistisch handeln. Von dieser Erkenntnis ausgehend, gab der Fünfte Kongreß die Parole der „Bolschewisierung“ aus. Die grundlegende Aufgabe, vor die sich die kom. Parteien in der neuen — der dritten — Entwicklungsperiode der Komintern gestellt sehen, besteht darin, daß man lernt, nicht nur bolschewistisch zu sprechen, sondern auch bolschewistisch zu handeln.

Der Zweite Kongreß hat ausgezeichnete Thesen zur Bauernfrage, zur Kolonial- und nationalen Frage, zur Frage der Rolle der Partei usw. angenommen. Aber all diese vortrefflichen Thesen bieten uns noch keine Garantie für eine konsequente bolschewistische Aktion. Jedes Land kommt auf seine Weise zur Revo-

lution, obwohl es im wesentlichen dieselbe Entwicklung durchmacht wie die russische Revolution. Aber jedes Land muß sich seine Erfahrung selber sammeln. Und nur die eigene Erfahrung im Zusammenhange mit der Erfahrung des internationalen Proletariats gibt jeder kom. Partei die Möglichkeit, den wahren Sinn der obengenannten Thesen zu erfassen und sie zur Grundlage einer bolschewistischen Aktion zu machen.

Die aus der zweiten Entwicklungsperiode der Komintern gewonnene Erfahrung und die Erkenntnis der sich aus dieser Erfahrung ergebenden Lehren bilden eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Bolschewisierung der Komintern. Nur auf Grund der Lehren der vergangenen Periode und mit Hilfe einer richtigen Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Klassenstruktur des Landes und seiner internationalen Beziehungen können die einzelnen kom. Parteien einen wirklich strategischen Plan ausarbeiten und ein taktisch zweckmäßiges Handeln innerhalb dieses strategischen Planes durchführen.

Die Lösung all dieser Aufgaben aber verlangt, daß die kommunistischen Parteien den Fragen der revolutionären marxistischen Theorie die größte Aufmerksamkeit widmen, und daß sie sich eine theoretische Erfahrung aneignen. Im Hinblick auf die außerordentlich große Bedeutung der Theorie für die russische Sozialdemokratie in ihrer Entstehungsperiode schrieb Lenin: „Die in einem jungen Lande beginnende Bewegung kann nur dann erfolgreich sein, wenn in ihr die Erfahrung anderer Länder verwertet wird. Hierfür genügt es jedoch nicht, diese Erfahrung einfach zur Kenntnis zu nehmen oder die letzten Resolutionen abzuschreiben, sondern man muß die Fähigkeit besitzen, diese Erfahrung kritisch zu beurteilen und selbständig nachzuprüfen. Wer sich eine Vorstellung davon macht, wie ungeheuer die moderne Arbeiterbewegung gewachsen ist, und wie sie sich verbreitet und verzweigt hat, der wird verstehen, welcher Vorrat an theoretischen Kräften und an politischer (und revolutionärer) Erfahrung für die Verwirklichung dieser Aufgabe notwendig ist.“ (Lenin, Bd. V, „Was tun?“)

Diese Worte können in vollem Maße und noch stärker unterstrichen auf die gegenwärtige kommunistische Bewegung angewandt werden. Der internationale Kommunismus hat eine ungeheuer reiche praktische Erfahrung gesammelt, die von den einzelnen Parteien theoretisch und politisch erfaßt werden muß. Die innere Festigkeit und Geschlossenheit der Partei hängt im wesent-

lichen von der erfolgreichen Durchführung dieser Aufgabe ab. Die kommunistischen Parteien müssen daher in ihrer Organisationsarbeit und beim Umbau der Organisationen auf der Grundlage von Betriebszellen die theoretischen und politischen Aufgaben der Bolschewisierung stets im Auge behalten. Die vom Fünften Kongreß als Parole in den Vordergrund gerückte Bolschewisierung ist die Summe einer ganzen Reihe von theoretischen, ideologischen und organisatorischen Fragen. Die konsequente und erfolgreiche Durchführung der Bolschewisierung erfordert ein richtiges Verständnis für die dialektische Wechselbeziehung zwischen diesen Aufgabengruppen. Man spricht bei uns sehr häufig von Bolschewisierung und hat dabei nur politische und organisatorische Fragen im Auge und läßt die theoretischen und ideologischen Aufgaben ganz außer acht. Wir brauchen die Hilfe der revolutionären Theorie für die Lösung der politisch-organisatorischen Fragen. Lenin wirft die Frage auf, warum die Bolschewisten die für das revolutionäre Proletariat notwendige Disziplin schaffen konnten, und verbindet diese Frage mit einer anderen: „Wodurch hält sich die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats? Wie wird sie nachgeprüft? — Was stützt sie? Erstens das Klassenbewußtsein der proletarischen Avantgarde und ihre Hingabe an die Revolution, ihre Standhaftigkeit, ihr Opfermut, ihr Heroismus. Zweitens ihre Fähigkeit, zu der breitesten Masse der Werktätigen, vor allem zu den Proletariern, in Beziehung zu treten, sich mit ihr bis zu einem gewissen Grade zu verschmelzen. Drittens eine richtige politische Führung durch diese Avantgarde, eine richtig angewandte politische Strategie und Taktik, von deren Zweckmäßigkeit jedoch — und das ist Voraussetzung — die breitesten Massen sich durch eigene Erfahrung überzeugen müssen. Ohne diese Bedingungen kann die Disziplin in einer revolutionären Partei — die wirklich fähig wäre, die Partei der revolutionären Arbeiterklasse zu sein, die die Aufgabe hat, die Bourgeoisie zu stürzen und die ganze Gesellschaft umzugestalten — nicht verwirklicht werden. Ohne diese Voraussetzungen müssen sich alle Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unvermeidlich in leere, unwirksame Phrasen verwandeln. Aber diese Bedingungen können andererseits nicht plötzlich entstehen. Sie werden nur durch schwere Arbeit, durch schwere Erfahrung gewonnen; und dieser Prozeß wird durch eine richtige revolutionäre Theorie erleichtert, die ihrerseits kein Dogma ist, sondern ihre endgültige Form im engsten Kontakt mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung, einer wahrhaft revo-

lutionären Bewegung gewinnt! (Lenin. B. XVII, „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“.) Lenin deckt hier den dialektischen Zusammenhang zwischen Praxis und Theorie auf. Die praktische Erfahrung beleuchtend, in alle verzweigten, zickzackartigen Pfade ihrer Entwicklung eindringend, erleichtert die Theorie die Schaffung der grundlegenden Bedingungen für das Vorhandensein der revolutionären Disziplin des Proletariats, die grundlegende Vorbedingung für eine bolschewistische Aktion. Die Theorie ihrerseits findet in der Entfaltung der revolutionären Praxis neues Nahrungsmaterial, nimmt dieses in sich auf und erhält so den Anstoß für die weitere Entwicklung.

Ohne hier jene besonderen theoretischen Fragen zu erörtern, die sich aus den politischen und organisatorischen Aufgaben der Bolschewisierung der Komintern ergeben, wollen wir uns jetzt mit der grundlegenden Frage über das Verhältnis zwischen Marxismus und Leninismus beschäftigen. Diese Frage ist für die ideologische Bolschewisierung der Komintern von grundlegender und ausschlaggebender Bedeutung.

Was ist Marxismus, und in welchem Sinne kann man von seiner weiteren Entwicklung sprechen?

Will man von Leninismus sprechen, so muß man stets vom Marxismus ausgehen. Um den Inhalt des Leninismus zu verstehen, müssen wir uns auf die marxistische Theorie stützen. In der Frage nach dem Verhältnis zwischen Marxismus und Leninismus haben sich bereits zwei entgegengesetzte Richtungen bemerkbar gemacht. Manche behaupten, daß man von einem Leninismus überhaupt nicht sprechen könne, und daß jeder, der von Leninismus spricht, den orthodoxen Marxismus einer Revision unterzieht und damit aufhört, ein Marxist zu sein. Eine solche Tendenz zeigte sich in der Rede des Gen. Rjasanow in einer Versammlung, in der die Frage der Umbenennung der Sozialistischen Akademie in Kommunistische erörtert wurde. Gen. Rjasanow erklärte, daß er kein Bolschewist, kein Menschewist und auch kein Leninist sei, er sei einfach Kommunist und daher Marxist.

Andererseits gibt es Genossen, die den orthodoxen Marxismus im wahren Sinne dieses Wortes revidieren und „verbessern“ und sich doch für Leninisten ausgeben. Lukács und Korsch z. B. nennen sich Leninisten, obgleich sie einen Feldzug gegen die Grundlagen

des dialektischen Materialismus eröffnet haben und so in den alten Hegelschen Idealismus verfallen sind.

Worin besteht nun der eigentliche dialektische Zusammenhang zwischen Marxismus und Leninismus?

Bevor wir darauf eingehen, müssen wir die Frage beantworten, was Marxismus ist. Der Marxismus, der wissenschaftliche Kommunismus, entwickelte sich unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Gegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft. Aber wie jede neue Theorie knüpft er an das Ideenmaterial an, das er im Augenblick seiner Entstehung vorfindet. Die grundlegenden ideellen Quellen, in denen der Marxismus seinen Ursprung hat, sind in der deutschen klassischen Philosophie, in der klassischen politischen Ökonomie und im französischen Sozialismus zu suchen. Aus diesen drei wichtigen ideellen Strömungen des XIX. Jahrhunderts entstand der Marxismus. Marx hat die einzelnen ideellen Quellen in neue Formen gebracht und aus ihnen eine einheitliche, aus einem Stück gegossene Weltanschauung geschaffen. Der Marxismus trat nicht von Anfang an als ein fertiges, geschlossenes System hervor. Die einzelnen Bestandteile seiner Lehre bildeten und formten sich in den verschiedenen Perioden der historischen Arbeit von Marx. Bis 1848 vollzog sich hauptsächlich der Prozeß der Entstehung der Philosophie, der allgemeinen Methodologie des Marxismus. In dieser Periode bilden sich im wesentlichen die Grundlagen des dialektischen Materialismus. In derselben Periode legt Marx das Fundament für den historischen Materialismus. Im „Kommunistischen Manifest“ resümiert Marx vom Standpunkte der Methode des historischen Materialismus die Weltgeschichte, und beschäftigt sich mit den Perspektiven ihrer weiteren Entwicklung.

In den stürmischen Jahren der Revolution von 1848 treten politische Fragen in den Vordergrund. Durch den Prozeß der Verschiebungen im Verhältnis der Klassen zueinander treten unvermeidlich Probleme der Taktik und der Politik auf. In den Werken dieser Periode finden wir bei Marx sehr viele Hinweise und Erwägungen über Fragen der Taktik des Klassenkampfes des Proletariats.

Nach dem Abebben der Revolution in den Jahren, in denen allgemeine Ruhe herrscht, wird es möglich und notwendig, an die Analyse der Gesetze der inneren kapitalistischen Entwicklung heranzutreten. In den 50er und 60er Jahren werden auch die grundlegenden Teile der ökonomischen Lehre von Marx geschaffen. Von den subjektiven Wünschen Marx' ausgehend, voll-

zog sich also in dieser Weise der Prozeß der Entstehung einer marxistischen Lehre. Die sozial-historische Entwicklung selber stellte die Arbeiterklasse, mit der Marx und Engels eng verbunden waren, vor bestimmte Aufgaben und gab damit auch ihrer theoretischen und praktischen Arbeit Inhalt und Richtung. Um den Charakter der Entwicklung und den Prozeß der Entstehung des Marxismus zu zeigen, wollen wir bei einem Beispiel verweilen, bei der Frage der steten Entwicklung von Marx' Lehre über den Staat.

Indem Marx im „Kommunistischen Manifest“ die Weltgeschichte resümiert, stellt er im Staat das Organ der Klassenherrschaft fest. Schon hier gelangt er zu dem Schluß, daß das Proletariat die Bourgeoisie nicht zu stürzen vermag, ohne zunächst die politische Macht an sich gerissen und den Staat in das „als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ verwandelt zu haben. Hier spricht Marx auch vom Absterben des Staats nach dem Siege des Proletariats. „Aber,“ wie Lenin bemerkt, „wird im ‚Kommunistischen Manifest‘ die Frage noch nicht gestellt, wie — vom Standpunkte der historischen Entwicklung gesehen — die Verwandlung des bürgerlichen Staats in einen proletarischen erfolgen soll.“

Diese Frage gerade stellt und löst Marx im Jahre 1852. Getreu seiner Philosophie des dialektischen Materialismus legt Marx die historische Erfahrung der großen Revolutionsjahre (1848/1851) zugrunde. Die Lehre von Marx ist — wie stets, so auch hier — ein von tiefgründiger philosophischer Weltbetrachtung und reichem Wissen der Geschichte beleuchtetes Resümee der Erfahrung.“ (Lenin, „Staat und Revolution“, 1919.) Ausgehend von der historischen Erfahrung spricht Marx im „Achtzehnten Brumaire“ nicht nur von der Notwendigkeit, die Staatsgewalt zu erobern, sondern auch von der Notwendigkeit, die alte Staatsmaschinerie zu zertrümmern. Zu dieser Schlußfolgerung gelangte Marx nicht auf Grund abstrakter logischer Erwägungen, nicht auf dem Wege theoretischer Spitzfindigkeiten, sondern mit Hilfe einer Analyse der historischen Ereignisse, der lebendigen Erfahrung der Revolutionen 1848/1851. Aber da Marx von der historischen Erfahrung ausging, konnte er sich in dieser Periode noch nicht mit der Frage beschäftigen, wodurch man die zerstörte alte Staatsmaschinerie ersetzen solle. „Im Jahre 1852“, schreibt Lenin, „konnte man mit Hilfe der naturhistorischen Beobachtung lediglich feststellen, daß die proletarische Revolution an die Aufgabe herangetreten war, alle

Kräfte der Zerstörung gegen die Staatsgewalt zu konzentrieren, an die Aufgabe, die Staatsmaschinerie zu zerbrechen.“ (Lenin, „Staat und Revolution.) Die Frage, wodurch die zertrümmerte alte Staatsmaschinerie zu ersetzen sei, stellte Marx, als er die Geschichte der Pariser Kommune von 1871 resümierte. Diese kurzen Hinweise auf die Entwicklung der Ansichten von Marx über den Staat zeigen uns, wie sich der Marxismus entwickelte. Wir sehen, daß diese Entwicklung und Gestaltung der Auffassung von Marx über den Staat darin bestehen, daß er, von der Methode des dialektischen Materialismus ausgehend, das Wesen der historischen Erfahrung erkannt und aus der historischen Entwicklung die wichtigsten Lehren für das Proletariat gezogen hatte.

Der Marxismus ist als Theorie und Praxis der revolutionären Aktion eine geschlossene Weltanschauung. Er besteht aus bestimmten Teilen, die voneinander nicht getrennt werden können. In der Epoche der II. Internationale haben die meisten Theoretiker das Verständnis für diese lebendige organische Einheit des Marxismus verloren. Die dialektische Einheit der Marxschen Lehre wird in folgenden Worten von Plechanow glänzend charakterisiert: „Der Marxismus ist nicht nur eine bestimmte ökonomische Lehre (die Lehre über den Charakter und die Entwicklung der der kapitalistischen Gesellschaft eigentümlichen Produktionsverhältnisse); er ist nicht nur eine bestimmte historische Theorie (historischer Materialismus); er ist auch nicht nur eine bestimmte ökonomische Lehre plus eine bestimmte historische Theorie. Bei Marx wird die ökonomische Lehre nicht neben die historische Theorie gestellt: sie ist von ihr vollkommen durchdrungen. Das, was er über den Charakter und die Entwicklung der Produktionsverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft sagt, ist eine Frucht des Studiums der Ökonomik der gegebenen Epoche, gesehen vom Standpunkte des historischen Materialismus. Deshalb sind jene zweifellos im Recht, die behaupten, daß das ‚Kapital‘ nicht nur ein ö k o n o m i s c h e s, sondern auch ein h i s t o r i s c h e s Werk sei.

Aber das ist noch nicht alles. Der historische Materialismus, von dessen Standpunkt aus Marx die wirtschaftlichen Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft erforschte, ist an sich noch keine Weltanschauung. Er ist nur ein Teil der materialistischen Weltanschauung: der Materialismus in seiner Anwendung auf das Gebiet der Geschichte. Aus diesem Grunde setzt der historische Materialismus — oder die materialistische Erklärung der Geschichte — die materialistische Erklärung der Natur voraus. Des-

halb konnte Engels, der das Wesen des historischen Materialismus so gut erfaßt hatte, mit Recht sagen, daß er und Marx die einzigen Menschen waren, die der deutschen Philosophie die Dialektik entnahmen und mit ihrer Hilfe Natur und Geschichte materialistisch erklärten. Der Marxismus ist somit eine geschlossene und harmonische materialistische Weltanschauung, und wer diese seine Geschlossenheit als materialistische Lehre, die sich nicht nur mit der Geschichte, sondern auch mit der Natur befaßt, außer acht läßt, der läuft Gefahr, auch jene einzelnen Seiten dieser Lehre sehr schlecht zu verstehen, die seine Aufmerksamkeit aus irgendeinem Grunde auf sich ziehen und von ihm als richtig anerkannt werden.“ (Plechanow, „Von der Verteidigung zum Angriff“.)

Wir haben dieses lange Zitat angeführt, weil es die lebendige Beziehung zwischen den einzelnen Bestandteilen der marxistischen Theorie außerordentlich gut charakterisiert. Aber diese lebendige Beziehung haben die Theoretiker der II. Internationale verloren, wie wir bereits bemerkt haben. Die Epoche der II. Internationale war die Epoche, in der die Arbeiterklasse die Institutionen der bürgerlichen Demokratie ausnutzte, die Epoche des Aufbaues der proletarischen Massenorganisationen. Im Rahmen der steten und organischen Entwicklung, in der es keine scharfen Wendungen und einschneidenden Ereignisse gab, wurden keine ständig neuen, in die Praxis noch nicht umgesetzten Aufgaben gestellt. Nachdem die Führer sich zur Zeit der friedlichen Entwicklung eine gewisse Anzahl von empirischen Regeln und taktischen Normen zu eigen gemacht hatten, konnten sie die Aufgaben, die sich täglich stellten, mehr oder minder gut bewältigen. Alle bedeutenden Theoretiker der II. Internationale haben sich dadurch ausgezeichnet, daß sie den dialektischen Materialismus, die Methode der materialistischen Dialektik, außer acht ließen. Diese Tatsache erklärt sich aus dem Charakter der ruhigen organischen Entwicklung des Kapitalismus, der eine selbständige, geschickte Anwendung der revolutionären Dialektik nicht erforderte. Daher ist es auch bei den hervorragendsten Theoretikern der II. Internationale eine alltägliche Erscheinung, daß sie den dialektischen Materialismus ablehnen. Nicht nur Max Adler hielt es für möglich, den Marxismus mit dem Neokantianismus zu verquicken, nicht nur Friedrich Adler hegte die wärmsten Sympathien für Mach, sondern schon Kautsky äußerte 1898 in einem seiner Briefe an Plechanow folgenden Gedanken: „Ich muß allerdings offen gestehen, daß der Neokantianismus mich am wenigsten geniert. Philosophie war nie meine

starke Seite, und wenn ich auch ganz auf dem Standpunkt des dialektischen Materialismus stehe, so glaube ich doch, daß der ökonomische und historische Standpunkt von Marx und Engels zur Not auch mit dem Neokantianismus vereinbar ist, wie ja auch der Darwinismus den Materialismus Büchners ebensogut verträgt wie den Monismus Haeckels und den Kantianismus Langes.“ (Der Kampf, 18. Jahrgang, Heft 1, „Briefe Kautskys an Plechanow“.)

Was soll man nun von einem Theoretiker des Marxismus sagen, der es „äußersten Falles“ für möglich hält, den historischen Materialismus mit dem Neokantianismus zu verquicken, und der versichert, daß ja auch in gleicher Weise der Darwinismus mit dem Monismus von Haeckel und mit dem Kantianismus von Lange unter einen Hut zu bringen sei. Die historische Entwicklung hat jetzt nicht nur die Ansichten so offenkundiger Revisionisten, wie z. B. Bernstein, einer Prüfung unterzogen, sondern auch, Kautsky in die Umarmung Bernsteins treibend, gezeigt, daß Kautsky sich zwar in marxistische Gewänder hüllt, daß sein eigentliches Wesen aber keineswegs marxistisch ist. Als ein neuer tiefgehender Umschwung in der Weltgeschichte einsetzte, da waren die Theoretiker der II. Internationale, die die „lebendige Seele“ des Marxismus, die Methode des dialektischen Materialismus, aufgegeben hatten, nicht instande, diesen Umschwung zu verstehen. Es war notwendig, die neuen Erscheinungen der imperialistischen Epoche mit Hilfe der Methode des dialektischen Materialismus zu erklären. Die soziale Entwicklung ging weiter, und auch das marxistische theoretische Bewußtsein mußte sich weiterentwickeln und sich den Bedingungen der neuen sozialen Erscheinungen anpassen. In diesem und nur in diesem Sinne kann man vom streng marxistischen Gesichtspunkte aus von einer Weiterentwicklung des Marxismus sprechen. Auf die Wege dieser Weiterentwicklung des Marxismus hat Engels selbst in seinem „Ludwig Feuerbach“ hingewiesen. Engels spricht hier den Gedanken aus, daß der Materialismus mit jeder neuen Entdeckung, die eine Epoche in der Naturerkenntnis darstellt, seine Form ändern müsse. Aber, sagt Engels weiter, seitdem auch die menschliche Geschichte vom materialistischen Standpunkte aus betrachtet wird, eröffnen sich auch hier neue Wege für die Entwicklung des Materialismus. Am Beispiel des Staates haben wir gezeigt, wie Marx selber — unter Zuhilfenahme der Methode des dialektischen Materialismus — sich die neue historische Erfahrung zu eigen gemacht hatte. Die gleiche Aufgabe stellt dem marxistischen theoretischen Denken die neue historische Epoche, die

Epoche des Imperialismus, des Zusammenbruchs des Kapitalismus und der Entwicklung der sozialistischen Revolution.

Was ist nun Leninismus?

Die Lösung dieser wichtigen theoretischen und praktischen Aufgaben, vor die die Entwicklung der Weltgeschichte das internationale Proletariat gestellt hat, ist Lenin zugefallen. Für diese Rolle war Lenin durch die historische Entwicklung des russischen Marxismus vorbereitet. Mit Hilfe der Methode des dialektischen Materialismus gab er eine selbständige Analyse der Entwicklung des russischen Kapitalismus. Lenins Buch — „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ — ist in diesem Sinne, sowohl in methodologischer als auch ökonomischer Hinsicht, von größtem Interesse. Lenin mußte die Erfahrung des internationalen Proletariats auf die russischen Verhältnisse kritisch anwenden. Die Erfahrungen der westeuropäischen Länder konnten nicht einfach mechanisch auf russischen Boden übertragen werden. Wenn man von dem Charakter der allgemeinpolitischen Methodologie der russischen Bolschewisten einerseits und der russischen Menschewisten andererseits spricht, so besteht der wichtigste Unterschied darin, daß die Menschewisten die Erfahrungen der europäischen sozialdemokratischen Parteien, die diese in Verhältnissen friedlicher Entwicklung und parlamentarischen Kampfes gewonnen hatten, mechanisch auf die russische Arbeiterbewegung übertrugen. Lenin hingegen berücksichtigte, die dialektische Methode zuhelfe nehmend, die Eigenarten der historischen Entwicklung Rußlands; er erkannte, daß Rußland vor der Aufgabe einer bürgerlich-demokratischen Revolution stand, und, die Eigenart dieser russischen bürgerlich-demokratischen Revolution als einer agrarisch-bäuerlichen berücksichtigend, arbeitete er die richtige Strategie und Taktik des Proletariats aus. Als der Krieg von 1914 offenkundig zeigte, daß in der Weltgeschichte eine scharfe Wendung eingetreten war, und als die Zweite Internationale unter der Last der historischen Aufgaben zusammenbrach, da war es Lenin, der mit Hilfe der Methode des dialektischen Materialismus eine theoretische Arbeit von tiefgehender Bedeutung leistete, indem er die grundlegenden Widersprüche und Gesetzmäßigkeiten der imperialistischen Epoche aufdeckte. Bei der Lösung dieser Aufgabe stand Lenin vollkommen auf dem Boden des orthodoxen Marxismus. Wenn die historische Aufgabe von Marx in der Schaffung einer neuen Methode bestand,

der Methode der materialistischen Dialektik, in der Ausarbeitung einer alles umfassenden dialektisch-materialistischen Weltauffassung, die sowohl die menschliche Geschichte als auch die Natur in sich schließt, so hatte Lenin solche Aufgaben nicht zu lösen. Lenin steht konsequent auf dem Boden des dialektischen Materialismus von Marx und Engels. Wie keiner von den Theoretikern der Zweiten Internationale war Lenin an das Studium der grundlegenden Errungenschaften der modernen Naturerkenntnis vom Standpunkte des dialektischen Materialismus herangetreten. Er zeigte, daß alle diejenigen, die den dialektischen Materialismus als veraltet erklären mit der Begründung, daß die moderne Physik uns eine neue Auffassung vom Bau der Materie gegeben habe, daß sie unsere Vorstellung von der Natur vertiefe und präzisiere —, von der Grundlage des dialektischen Materialismus nichts begriffen haben. Lenin führt einen unablässigen Kampf gegen alle, die den dialektischen Materialismus einer Revision unterziehen wollen, er weiß, daß die Philosophie des Marxismus in engster Beziehung zu der marxistischen sozialpolitischen Bewegung steht.

Die Methode des dialektischen Materialismus anwendend, löst Lenin alle grundlegenden theoretischen und praktischen Fragen, vor die die Arbeiterbewegung in dieser neuen Epoche gestellt wird. Wenn dem Marxismus ein nur betrachtendes Verhältnis zur Welt fremd ist, wenn Marx gesagt hat, daß die Philosophen die Welt nur so oder anders zu erklären suchten, während es sich aber darum handle, diese Welt zu ändern, — so gilt das mehr als für jede andere für die Epoche des Imperialismus und der Entwicklung der sozialistischen Revolution. Darum hat Lenin gleichzeitig mit seiner Analyse des wirtschaftlichen Wesens des Imperialismus auch Theorie, Strategie, Taktik und Prinzipien der Organisation der proletarischen Revolution ausgearbeitet. Die hervorragendsten Theoretiker der Zweiten Internationale versagten gerade, weil sie den Imperialismus als besondere Phase der kapitalistischen Entwicklung nicht erkannt hatten. So hat z. B. Kautsky in seinem Büchlein „Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund“ geschrieben: „Und nur eine Frage der Macht, nicht aber der ökonomischen Notwendigkeit ist der Imperialismus. Er ist nicht nur nicht notwendig für das kapitalistische Wirtschaftsleben, seine Bedeutung dafür wird vielfach maßlos überschätzt.“ Kautsky, der das ökonomische Wesen des Imperialismus nicht verstanden hatte, dachte, daß das Proletariat die Bourgeoisie zwingen könne, zu den Zeiten der freien Konkurrenz zurückzukehren. Kautsky hat nicht

begriffen, daß die nächsten Perspektiven der Weltgeschichte nicht darin bestehen, daß man von der Phase des monopolistischen Kapitalismus zum klassischen industriellen Kapitalismus zurückkehrt, sondern im Vorwärtsschreiten — vom Imperialismus zum Sozialismus. Lenin, der eine richtige Theorie für das ökonomische Wesen des Imperialismus gegeben hat, hat dem Imperialismus auch seinen Platz in der Geschichte zugewiesen. Er hat gezeigt, daß der Imperialismus den in Zersetzung begriffenen Kapitalismus darstellt, daß er „den Vorabend der sozialistischen Revolution“ bedeutet. Lenin deckte die Tatsache auf, daß die imperialistische Phase des Kapitalismus die sozialen und produktionstechnischen Voraussetzungen für die Einführung des Sozialismus voll und ganz geschaffen hat. Durch seine Analyse aller Widersprüche der imperialistischen Entwicklungsepoche auf Grund seiner ökonomischen Theorie des Imperialismus hat Lenin die Haupttriebkkräfte des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus aufgedeckt. Nach Lenin ist eine chemisch reine soziale Revolution unmöglich. Das Proletariat muß in den bäuerlichen, nationalen und kolonialen Freiheitsbewegungen als Führer auftreten.

Mit gleicher Schärfe wird die Frage des proletarischen Staates in den Vordergrund gerückt. Auch hier hat Lenin eine große theoretische Arbeit geleistet.*

Die Bauernfrage kann, als taktisches Problem, auf Grund der gründlichen theoretischen Arbeit Lenins auf dem Gebiet der Agrarfrage gestellt und gelöst werden. In der Agrarfrage sind Lenins methodologische Errungenschaften von größter Bedeutung (s. seine „Neue Tatsachen über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft“). Ebenso konnten die nationale und die koloniale Frage, als Fragen der Politik und Taktik, nur auf Grund neuer theoretischer Forschungen gelöst werden (s. „Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung der Völker“).

Wenn Lenin in einer ganzen Reihe von obenerwähnten Fragen bei Marx einen Stützpunkt fand, so verhält es sich ganz anders, wenn die Frage des sozialistischen Aufbaues nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zu lösen ist. Diese historische Erfahrung fehlte Marx vollkommen, und daher konnte

* Hier in diesem Aufsatz wollen wir im allgemeinen nicht auf die Betrachtung der einzelnen Teile des Leninismus eingehen, sondern nur bei der Aufklärung der methodologischen Wechselbeziehung zwischen Marxismus und Leninismus verweilen. Siehe Lenin „Staat und Revolution“ und die Thesen des 1. Kongresses der Komintern über die bürgerliche und proletarische Demokratie.

er nach dieser Richtung hin keinerlei Schlüsse ziehen. Darum ist das Problem des Hineinwachsens in die sozialistische Gesellschaft nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat einer der wichtigsten theoretischen Bestandteile des Leninismus. Lenin trat an die Erkenntnis dieser historischen Erfahrung in prinzipieller Hinsicht ebenso wie Marx heran. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß sich der Marxismus bei Marx Schritt um Schritt auf Grund des Studiums der neuen Tatsachen und geschichtlichen Prozesse mit Hilfe der Methode des dialektischen Materialismus gebildet hat. Daß Lenin in der gleichen Weise an die Erkenntnis und die theoretische Ausarbeitung der neuen welt-historischen Erfahrung heranging, sieht man schon aus seiner folgenden Äußerung:

„Das Verhältnis zwischen Reform und Revolution ist nur vom Marxismus genau und richtig definiert worden, wobei Marx diese Beziehung nur von der einen Seite aus sehen konnte, und zwar in Verhältnissen, die dem ersten einigermaßen sicheren und andauernden Siege des Proletariats wenigstens in einem Lande vorausgingen. In einer solchen Situation war die Grundlage des richtigen Verhältnisses folgende: Reformen sind Nebenprodukte des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats. In der ganzen kapitalistischen Welt ist dieses Verhältnis das Fundament für die revolutionäre Taktik des Proletariats — das ABC, das die bestechlichen Führer der Zweiten Internationale und die hin- und herschwankenden Ritter der Zweieinhalben zu entstellen und zu verdunkeln suchen. Nach dem Siege des Proletariats, wenn auch nur in einem Lande, entsteht im Verhältnis zwischen Reform und Revolution etwas Neues. Prinzipiell bleibt es beim alten, aber in der Form tritt eine Veränderung ein, die Marx persönlich nicht voraussehen konnte, und die man nur auf dem Boden der marxistischen Philosophie und Politik erkennen kann.“ Wir sehen, daß Lenin hier vom Standpunkte des dialektischen Materialismus die neue historische Erfahrung ebenso verarbeitet, wie es Marx getan hat. Der Leninismus, die revolutionäre Theorie und Praxis der Epoche des Imperialismus und der Entwicklung der sozialistischen Revolution, ist also Marxismus. Methodologisch kann der Leninismus in keiner Hinsicht dem Marxismus entgegengestellt werden. Obgleich Lenin eine ganze Reihe von Kategorien der dialektischen Methode konkretisiert und ihnen ihre besondere Anwendung gegeben hat, so ist doch das Wesen der Methode von Marx und Lenin das gleiche. Wenn wir von Leninismus sprechen,

so betonen wir jenen neuen Inhalt, den Lenin auf Grund der Analyse der neuen welthistorischen Praxis in die marxistische Theorie hineingebracht hat. Zuweilen pflegt man den Leninismus als einen Marxismus in der Praxis, als den Marxismus in der Aktion, zu definieren. Aber eine solche Definition schränkt den theoretischen Inhalt des Leninismus ein. Diese Tendenz macht sich besonders bei Trotzki bemerkbar, der bestrebt ist, die theoretischen Momente im Leninismus zu beseitigen und sie durch seine eigene Theorie der Revolution zu ersetzen. Unrecht haben auch jene, die im Leninismus nur die Lehre von den Triebkräften und der Praxis der proletarischen Revolution sehen wollen. In theoretischer Hinsicht ist der Leninismus eine weit umfassendere Erscheinung.

Der Leninismus ist keine „subjektive Ergänzung“ zum Marxismus — er bringt nur die Tatsache der weiteren Entwicklung der menschlichen Geschichte zum Ausdruck. Die Leninsche Entwicklung des Marxismus ist daher in keiner Weise dem revisionistischen „Entwickeln“ des Marxismus ähnlich, der nicht von der objektiv historischen Entwicklung ausgeht und diese nicht mit Hilfe marxistischer Methoden beleuchtet, sondern der es versucht, sowohl die Methode als auch die ganze Lehre von Marx zu untergraben. Lenin, der sich auf die Methode und die Lehre von Marx stützt, studiert die neuen Erfahrungen der Weltgeschichte, löst neue praktische Aufgaben der Arbeiterbewegung und bereichert damit theoretisch sowohl die Lehre selbst als auch die Methode von Marx.

JOSEF STRASSER: DIE MUSTERPARTEI DER ZWEITEN INTERNATIONALE

So nennen sich heute mit Stolz die österreichischen Sozialdemokraten, und sie nennen sich nicht nur so, sie benehmen sich auch danach: Haben sie sich früher oft und gern als Schüler der „vorbildlichen“ deutschen Sozialdemokratie bekannt, so treten sie nun ihr gegenüber als gar gestrenge Schulmeister auf, ja, sie zeigen nicht übel Lust, auch die übrigen Parteien der II. Internationale in die Lehre zu nehmen, sich als Vorbild für die ganze reformistische Welt zu etablieren. Das ist keineswegs ein Symptom von Größenwahn, nur der Ausdruck eines durchaus berechtigten Selbstbewußtseins. Wer die Ansichten und Methoden des Reformismus für richtig hält, der wird der österreichischen Sozialdemokratie zugestehen müssen, daß die Ansprüche, mit denen sie nun in ihrer Internationale auftritt, wohlbegründet sind. Ist denn diese Partei nicht in der Tat eine ganz einzig dastehende Erscheinung? Man vergleiche sie mit irgendeiner von ihren Bruderparteien, gleichviel ob es die Sozialdemokratie des besiegten Deutschlands oder die Sozialistische Partei eines Siegerstaates oder eines neutralen Landes ist — der Vergleich wird stets zu ihren Gunsten ausfallen. Nicht nur sind die Nöte der Kriegs- und Vorkriegszeit an ihr anscheinend spurlos vorübergegangen, sie ist in diesen Nöten sogar stark gewachsen. Im Dezemberheft der Hilferdingschen „Gesellschaft“ hat Robert Danneberg zu Nutz und Frommen der reformistischen Parteien, denen es nicht gelungen ist, den Kriegs- und Nachkriegsfählichkeiten auch nur mit heller Haut zu entrinnen, eine Darstellung dieser erstaunlichen Entwicklung gegeben. Danneberg ist kein Leichtfuß, kein Phantast, sondern der solideste und bedächtigste Mann der österreichischen Sozialdemokratie. Er gibt keine pathetische Schilderung, er will nur durch trockene Zahlen und Tatsachen eine entsprechende Wirkung erzielen. Diese sind in der Tat respektabel:

Die österreichische Sozialdemokratie hatte am 30. Juni 1913 89 628, am 30. Juni 1919 332 891, am 30. Juni 1924 506 124 Mitglieder. Sie hat die Zahl ihrer Mitglieder in wenigen Jahren sechsfacht. Von der Gesamtbevölkerung Österreichs (6,3 Millionen) steht heute jeder elfte, von der männlichen Bevölkerung jeder siebente Mensch in der sozialdemokratischen Organisation. Vergleicht man die Zahl der organisierten Sozialdemokraten mit der Mitgliederzahl der freien Ge-

werkschaften, so ergibt sich, daß die sozialdemokratische Organisation 59,46 Prozent aller Männer und 75,61 Prozent aller Frauen, insgesamt 63,13 Prozent des Mitgliederbestandes der Gewerkschaften erreicht. Bei den letzten Nationalratswahlen (21. Oktober 1923) bekamen die Sozialdemokraten bei einer Wahlbeteiligung von 86,95 Prozent 1 311 870 Stimmen, d. i. 89,6 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Auf die Kommunisten entfielen nur 22 164 Stimmen, d. i. 0,67 Prozent der abgegebenen Stimmen. In Wien (1,8 Millionen Einwohner) hat die Sozialdemokratische Partei 266 415 Mitglieder. Von der männlichen Bevölkerung Wiens entfällt ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ungefähr auf je fünf, von der weiblichen auf je zwölf Personen. Bei den Nationalratswahlen bekamen die Wiener Sozialdemokraten bei einer Wahlbeteiligung von 91,16 Prozent 571 484 Stimmen, d. i. 54,88 Prozent, 57,48 Prozent der männlichen, 52,82 Prozent der weiblichen Stimmen. Nach einer Statistik des Wiener Magistrats (eine Statistik für das ganze Reich liegt nicht vor) machen die Arbeiterwähler nur ungefähr ein Drittel der Wiener Wählerschaft aus. Die Wiener Sozialdemokratie ist also „bei den Wahlen über der Kreis der Privatarbeiter weit hinausgedrungen“. Sie hat viele Angestelltenstimmen bekommen, auch wie Danneberg verschämt sagt, „eine Anzahl“ bürgerlicher Stimmen. Jedenfalls darf sie behaupten, daß die Masse der österreichischen Arbeiter in ihrem Lager steht. In Österreich hat es keine USP und keinen Spartakusbund gegeben, und der KPÖ ist es nicht gelungen, auf größere Massen Einfluß zu gewinnen oder gar solche Kämpfe zu entfesseln, wie sie Deutschland gesehen hat. Deshalb ist es der österreichischen Sozialdemokratie nicht schwergefallen, ohne die Herren Noske mit den Arbeitern fertig zu werden, sie hat die bürgerliche Ruhe und Ordnung mit ziemlich pazifistischen Mitteln aufrechtzuerhalten verstanden. Und sie ist dabei, wie die angegebenen Zahlen zeigen, gewaltig in die Breite gegangen, dick und fett geworden.

Wie erklärt sich das?

Legt man diese Frage einem gläubigen österreichischen Sozialdemokraten vor, so bekommt man die Antwort: „Ja, wenn eine Partei solche Führer hat, wie wir, dann —!“ Danneberg sagt, wenn auch nicht in so naiven Worten, das-

selbe. Trotzdem ist es der Mühe wert, auf seine Darlegungen einzugehen, denn es fehlt auch nicht an Kommunisten, die der Meinung sind, daß sich die österreichischen Sozialdemokraten durch eine diabolische Schlaueit auszeichnen. Man frage einen österreichischen Genossen, warum sich die KPÖ so langsam entwickelt. Die Antwort wird in neun von zehn Fällen mit den Worten beginnen: „Erstens steht keine andere kommunistische Partei einer so abgefeimten sozialdemokratischen Führerschaft gegenüber wie wir.“ Auch nichtösterreichische Kommunisten sind geneigt, die österreichischen Sozialdemokraten für eine wegen ihrer Gerissenheit ganz besonders gefährliche Gesellschaft zu halten. Sehen wir uns also die Danneberg'sche Erklärung der Erfolge des österreichischen Reformismus an.

„Diese gewaltige Leistung“, so beginnt er seine Ausführungen, „ist nicht von ungefähr zustande gebracht worden, sondern das Ergebnis einer mühevollen Arbeit.“ Und nun schildert er — die sozialdemokratische Parteiorganisation: wie sie dem amtlichen Wahlsprengel angepaßt ist, wie sie dementsprechend ihre Kräfte verteilen, wie die Parteibeiträge eingehoben werden, was für Zeitungen und Schriften die Parteimitglieder bekommen, auf welchem Wege die Parteipresse an die Massen herangebracht wird, wie neben der Parteiorganisation noch verschiedene Kulturorganisationen arbeiten usw. Dann erklärt er, diesen Teil seiner Ausführungen abschließend: „So umfaßt heute die Organisation die ganze Familie, sieht das ganze Leben der Arbeiterklasse in ihren Bann. Die Massen der Arbeiter und Angestellten und die Partei sind aufs engste miteinander verbunden. So ist die Partei auf festem Grund gebaut.“ Wie denn „so“? Alle die Künste, von denen Danneberg redet, verstehen und praktizieren auch die Sozialdemokraten anderer Länder. Warum mit einem viel schwächeren Erfolg?

Danneberg sieht, daß er sein Problem nicht löst, nur hinausgeschoben hat. Und er geht ihm behutsam nach. „Das ist natürlich vor allem deshalb gelungen, weil in Österreich glücklicherweise die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung erhalten blieb.“ Warum blieb sie erhalten? „Die Gegensätze während der Kriegszeit konnten in Österreich nicht so tiefgreifend wirken wie in Deutschland, weil der Absolutismus fast drei Jahre lang die politische Tätigkeit lahmlegte.“ Diese Erklärung findet Danneberg so einleuchtend, daß es ihm überflüssig erscheint, sich die Frage vorzulegen, warum Zentristen und Reformisten in Österreich schon vor dem Krieg einträchtig zusammengearbeiteten,* in Deutschland

* Der Austromarxismus hat seine Aufgabe stets darin erblickt, zu der reformistischen Praxis der österreichischen Sozialdemokratie die theoretische Begründung zu liefern und die Arbeiter mit „marxistischen“ Argumenten für eine opportunistische Politik zu gewinnen. Der österreichische

aber in derselben Zeit Kautskyaner und Bernsteinianer wie Hund und Katz miteinander lebten. „Die kommunistische Bewegung nach dem Krieg ist unbedeutend geblieben.“ Warum? Nun, die Sozialdemokratische Partei „schuf den Arbeiterrat als Boden, auf dem sozialdemokratische und kommunistische Vertreter der Betriebe miteinander den Kampf der Meinungen ausfochten und so trotz aller Erbitterung einander nie ganz entfremdet worden sind!“ Warum sind die Sozialdemokraten in Österreich überhaupt über „alle Schwierigkeiten der Politik der Nachkriegszeit“ glücklich hinweggekommen? „Nicht zum wenigsten“ dank der „politischen Erziehungsarbeit“, die die sozialdemokratischen Vertrauensmänner unverdrossen geleistet haben. Doch auch in andern Ländern, besonders in Deutschland, haben die Sozialdemokraten unverdrossen „politische Erziehungsarbeit“ geleistet, warum ist ihnen das Glück nicht so hold gewesen wie ihren österreichischen Genossen? „Die Treue zur Partei und der Wille, sie groß und stark zu machen, waren in den Vertrauensmännern immer so lebendig, daß die Partei trotz der heftigsten Auseinandersetzungen niemals Schaden gelitten hat.“ Also, die österreichischen Sozialdemokraten sind beisammengeblieben, weil sie nicht auseinandergelassen sind. Danneberg erklärt die Dinge wie der Mollärsche Kandidat: „Warum ist das Opium ein Schlafmittel? Weil es eine einschläfernde Kraft besitzt.“ Außerdem bringt er noch folgenden Erklärungsgrund vor: Viktor Adlers Schule wirkt in der Partei weiter. Nämlich: Viktor Adler hat immer nach dem Grundsatz gehandelt, daß der Vertrauensmann den Mut haben muß, der Masse, wenn er es notwendig findet, auch das Gegenteil von dem zu sagen, was sie gerne hören möchte. Und „so halten es“, sagt Danneberg, „tausend Vertrauensmänner, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Masse den größten Anprall auszuhalten haben, wenn die Politik der Partei nicht ohne weiteres auf Verständnis stößt.“ Das ist sehr schön, aber die Einheit der österreichischen Sozialdemokratie erklärt es nicht. Denn auch außerhalb Österreichs haben tausende Vertrauens-

Zentrist Bauer behandelte z. B. die nationalen Dinge viel weniger marxistisch als der in Deutschland lebende Zentrist Kautsky, und noch größere Konzessionen machte dem Reformismus Renner. Der Austromarxismus ist nämlich, abgesehen von seiner Begeisterung für seine reformistische Praxis, durchaus nichts Einheitsliches: die Verworrenheit und Zerfahrenheit der österreichischen Verhältnisse spiegelte sich ab in der, sagen wir, Mannigfaltigkeit und Buntheit der austromarxistischen Lehre. Jeder Austromarxist unterscheidet sich in seinen Grundanschauungen wesentlich von den anderen (man denke nur an die Eigenbrötelei des kantianisch-marxistischen Gottsuchers Max Adler), aber das hindert sie nicht, miteinander und mit den Reformisten die beste Freundschaft zu halten. In der österreichischen Sozialdemokratie nennt man das, um ein Wort Dannebergs zu gebrauchen, Treue zur Partei.

männer es so gehalten, wie es nach Viktor Adler ein Vertrauensmann halten soll, aber es führte dort nicht zur Befestigung der Einheit, sondern zum Unfrieden, zur Verschärfung der Gegensätze, zur Parteisplaltung. Warum verliefen die Dinge gerade in Österreich anders? Warum hat sich die Sozialdemokratische Partei dort nicht nur behauptet, sondern auch noch, wenigstens soweit die Mitgliederzahl in Betracht kommt, kräftig entwickelt? Danneberg meint zu guter Letzt: „Das stolze Bewußtsein der großen Leistungen der Partei in den Gemeindeverwaltungen Wiens und der Industriestädte, die fast ausnahmslos von sozialdemokratischen Mehrheiten verwaltet werden, beflügelt die agitatorische Kraft jedes einzelnen und weckt Energien, denen die größten organisatorischen Aufgaben zugetraut werden können. So ist das beispiellose Wachsen der Partei in Österreich zu erklären.“ Nein, so ist es nicht zu erklären. Denn die „großen Leistungen“ können, von allem anderen abgesehen, schon deswegen die Erfolge der Sozialdemokraten nicht erklären, weil sie jünger sind als diese Erfolge. Kurz, Danneberg erklärt überhaupt gar nichts; kann nichts erklären, denn er erklärt alles aus den guten Eigenschaften der österreichischen Sozialdemokraten, wie man früher alles aus den Herrschertugenden der Kaiser und Könige erklärt hat. Aber die Sache wird dadurch nicht besser. Man weiß, nachdem man den Aufsatz Dannebergs gelesen hat, von den Ursachen, aus denen die österreichische Sozialdemokratie das Prunkstück der reformistischen Internationale geworden ist, nicht mehr, als man vorher gewußt hat. Daran sind nicht etwa individuelle Unzulänglichkeiten Dannebergs schuld. Andere Austromarxisten, z. B. Otto Bauer in seinem Buch über die österreichische Revolution, gelüftet es ebensowenig, den Gründen der Herrlichkeit des österreichischen Reformismus nachzuspüren. Sie fühlen, daß ihnen bei einer solchen Untersuchung angst und bange werden könnte.

Die Musterpartei verdankt nämlich ihre Musterhaftigkeit nicht, wie sie sich einreden möchte, den Zauberkünsten ihrer Führerschaft, sondern den Illusionen der Masse. Fester als im Bewußtsein eines jeden anderen Proletariats haften in den Köpfen der österreichischen Arbeiter die demokratischen Illusionen nicht dank einer besonderen demokratischen Veranlagung dieser Arbeiter, sondern dank der Eigenart des Staates, in dem sie lebten und leben. Jedes andere Proletariat führte seinen Kampf in einem Staate, dessen Lebensfähigkeit und Zukunft niemand anzweifelte. Das österreichische Proletariat aber mußte in einem langsam zugrunde gehenden, verfaulenden Staate kämpfen. Hier haben wir den Schlüssel zu allen Rätselfen der österreichischen Arbeiterbewegung, den Grund, aus dem Österreich das Musterland des Reformismus geworden ist.

Vierzig Jahre haben die österreichischen Arbeiter um die Wahlreform gekämpft, vierzig Jahre hat der Wahlrechtsgedanke das Bewußtsein des österreichischen Proletariats ausgefüllt, die Geschichte dieses Proletariats ist im wesentlichen die Geschichte seines Wahlrechtskampfes. Diese Tatsache allein könnte schon erklären, daß die österreichischen Arbeiter die Demokratie stärker überschätzen als ihre Klassengenossen in anderen Ländern. Doch noch bedeutender ist eine andere Erscheinung. Noch im Wahlrechtskampf begann die Anpassung der österreichischen Arbeiterbewegung an den österreichischen Staat, ihre freiwillige Unterwerfung unter diesen Staat. Die nationalistischen Parteien rüttelten immer stärker an seinen Grundlagen, die Sozialdemokratie wurde immer mehr Staatspartei. Damals schon entwickelte sich in Österreich jene reformistische Staatsauffassung, zu der sich die Sozialdemokraten heute überall bekennen. Man betrachtete alle Dinge vom Standpunkte des Staates und gab das für die allein richtige proletarische Methode aus. Die Wahlreform wurde nun im Interesse des Staates als das Hauptmittel seiner Kräftigung verlangt. Lassalle war in den 80er und 90er Jahren in Österreich sehr populär, mehr noch vielleicht als in Deutschland. Seine Schriften wurden eifrig gelesen, aber einer seiner Gedanken ging sehr bald vollständig verloren: der Gedanke, daß das allgemeine Wahlrecht keine Wünschelrute ist, mit der man alle Schätze der Erde heben kann. Man hielt das allgemeine Wahlrecht für einen Zauberstab, man glaubte, nicht nur das Proletariat, auch alle anderen Klassen, alle Nationen und ganz besonders der Staat würden durch die Wahlreform gewinnen. Kurz, die Sozialdemokratie ließ sich vollständig verstaatlichen.

Jeder Reformismus bedeutet die Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter den „über den Klassen stehenden“ Staat. Aber der österreichische Reformismus bedeutete die Unterwerfung unter einen zerfallenden Staat. In anderen Ländern leitete sich das Selbstbewußtsein der reformistischen Arbeiteraristokratie vom Selbstbewußtsein des Imperialismus her, wenn die Arbeiter auch glaubten, es stamme aus dem Klassenkampf. In Österreich war eine solche Entwicklung nicht möglich. Dort konnte der Gang der staatlichen Dinge in den Arbeitern nicht Hoffnungen, nur Hoffnungslosigkeit erzeugen. Ein Gegengewicht gegen diese fanden die nichtdeutschen Arbeiter in den nationalistischen Hoffnungen ihres Bürgertums, die deutschen hatten auf ein solches Gegengewicht verzichtet, denn der großdeutsche Gedanke gewann, da er in der deutsch-österreichischen Bourgeoisie nicht lebte, auf die deutsch-österreichischen Arbeiter keinen Einfluß, erst jetzt im neuen Österreich bemühen sich die Reformisten, ihn der Arbeiterschaft einzupflanzen. Es entwickelte sich also folgender Zustand: Die nicht-

deutschen Arbeiter nahmen teil an den nationalen Bewegungen ihrer Bourgeoisie, von den deutschen hielt ein kleiner Teil, der sich vom Reformismus nicht unterkriegen ließ, am Internationalismus, überhaupt an der Marx'schen Lehre fest (das war ein Teil der deutsch-böhmischen Arbeiter, vor allem die Reichenberger, die dann auch folgerichtig zum Kommunismus übergingen). Die übrigen aber, also vor allem die Arbeiter des Gebiets, das das neue Österreich umfaßt, sahen um so weniger einen Ausweg aus der österreichischen Misere, je österreichischer sie wurden. Sie, die einst selbstbewußt und kampflustig gewesen waren, verloren den Glauben an sich. Die Hoffnungslosigkeit wurde Tradition.

Die liebevolle Pflege dieser aus dem Jammer des alten Österreich entstandenen Tradition ist eine Hauptbeschäftigung der Reformisten im neuen Österreich. Der Zustand dieses neuen Staates scheint diese seltsamste Politik, die eine Arbeiterpartei je getrieben hat, zu rechtfertigen. Nach dem Willen der Entente sollte Österreich ein Staat werden ohne jede Möglichkeit einer Eigenbewegung, den Siegern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Das war gerade das, was der österreichische Reformismus brauchte, um sein System noch zu festigen. Man lese die Reden, die Renner gehalten hat, als er an der Spitze der Regierung stand: er konnte sich in der Lobpreisung der Weisheit und der Tugenden Clemenceaus gar nicht genugtun. Und Bauer bewies Tag für Tag, daß in Österreich keine andere Politik möglich sei als die reformistische; welchen Beweis er sich durch die Fälschung des Begriffs der revolutionären Politik erleichterte, indem er zu beweisen suchte, daß sie nur im Augenblick der Machteroberung möglich sei, woran ja in Österreich nicht zu denken wäre. Durch Begriffsfälschung wurde die Hoffnungslosigkeit der Massen künstlich genährt. Natürlich konnte davon allein der Reformismus wie im alten, so auch im neuen Österreich nicht leben. Er mußte auch auf Erfolge verweisen können. Und an solchen fehlte es nicht. Im alten Österreich waren alle Parteien, so intransigent sie sich gebärdeten, und so wütig sie zeitweilig aufeinander losschlügen, sehr kompromißlustig. Das erklärte sich aus der Unsicherheit und Verworrenheit aller österreichischen Verhältnisse. Man wußte nie, ob der Feind von heute nicht morgen ein Bundesgenosse sein werde. Es war also allgemeiner Grundsatz, nie die Brücken abzubrechen, die ins andere Lager führten. Man konnte jeden gelegentlich brauchen, also durfte man es mit keinem ganz verderben. So konnte der Reformismus nicht selten Klein- und Scheinreformen durchsetzen und diese machten auf die von ihrer Partei systematisch zur Auspruchslosigkeit erzogenen öster-

reichischen Arbeiter den stärksten Eindruck.* Diese traditionelle Ausgleichsmeierei hat sich im neuen Österreich, dessen Verhältnisse ja auch sehr prekär sind, erhalten. Hier sehen wir den Grund, aus dem die österreichische Sozialdemokraten so zähe an ihren Führern hängen. Die besondere Art, in der die österreichischen Sozialdemokratie seit langem um ihre Erfolge ringt, erfordert eine besondere Gewandtheit und Erfahrung im parlamentarischen Ränkespiel, Eigenschaften, die der Masse abgehen und sie von den politischen Routiniers abhängig machen. Diesen folgt sie noch, selbst wenn sie schon bezweifelt, daß sie auf dem rechten Weg sind. Wie oft haben unsere österreichischen Genossen folgendes Geschichtchen erlebt: Im Arbeiterrat oder in der Gewerkschaft bekämpft ein Kommunist einen sozialdemokratischen Antrag, aber er bekommt für seinen Gegenantrag auch nicht eine sozialdemokratische Stimme. Nachher kommen ein paar Sozialdemokraten zu ihm und sagen: „Du hast ja ganz recht gehabt. Aber du wirst einsehen: Wir können nicht gegen den (folgt der Name des sozialdemokratischen Antragstellers) stimmen. Das dürfen wir dem Mann, der sein Leben lang für uns gearbeitet hat, nicht antun.“

Man sieht: Der österreichische Reformismus weist dieselben charakteristischen Züge auf wie seine nichtösterreichischen Brüder, aber dank den besonderen österreichischen Verhältnissen sind sie viel stärker ausgeprägt. Das Gefühl der Unsicherheit, der Abhängigkeit vom Führer, der Mangel an Selbstvertrauen konnten in keinem Proletariat so großgezogen werden wie in der einst so selbstbewußten, kampflustigen österreichischen Arbeiterschaft.

Darauf setzt die österreichische Sozialdemokratie ihre Hoffnungen, doch sie wird durch die wirtschaftliche Lage der letzten Zeit und den ganzen Gang der Arbeiterbewegung zweifellos enttäuscht sein. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse läßt immer deutlicher erkennen, daß der Genfer Vertrag die erhoffte Sanierung nicht gebracht hat und nicht bringen kann. Es fällt der Sozialdemokratie immer schwerer, die Massen, so intensiv sie sie auch mit ihrem vielbewunderten Apparat bearbeitet, im Zaume zu halten. Die sozialdemokratischen Traditionen fangen an, ihre die proletarische Energie lähmende Kraft zu verlieren, und wir dürfen hoffen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo breite Schichten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft von diesem eingewurzelten Übel sich ganz befreien werden.

* Nach dem Umsturz konnten die österreichischen Sozialdemokraten monatelang als eine der Haupterrungenschaften der Revolution die Abschaffung des Arbeitsbuches preisen, eine Reform, die in Deutschland Rebel im Jahre 1869 ohne Umsturz, auf ganz friedlichem Wege, durchgesetzt hatte.

HERTHA STURM:

GEDANKEN ZUR ORGANISATION DER ARBEIT UNTER DEN FRAUENMASSEN

Ein Beitrag zur Sitzung der Erweiterten Exekutive

Vier Monate Arbeit und Erfahrungen des Internationalen Frauensekretariats seit seiner Übersiedlung an den Sitz der Exekutive lassen bereits bestimmte Linien der Entwicklung erkennen, welche die Arbeit unter den Frauen in den wichtigsten Ländern genommen hat. Die Hauptmerkmale dieser Linien aufzeigen heißt zugleich, die nächsten Aufgaben der Komintern auf diesem Gebiete aufstellen.

Die 3. Internationale Konferenz der Kommunistinnen in Moskau im Juli 1924 unterstrich in ihren Verhandlungen zwei neue Momente: 1. Die Arbeit unter den Frauenmassen ist eine Aufgabe der Gesamtpartei, welche die politische Verantwortung dafür trägt. 2. Die Kerntuppen der werktätigen Frauenmassen, auf welche sich die kommunistischen Parteien vor allem stützen müssen, sind die Arbeiterinnen in den Betrieben. Auf die Erfassung dieser Frauenschicht ist daher der Schwerpunkt der Arbeit zu verlegen.

Diese Grundsätze waren natürlich nicht neu in dem Sinne, als hätte erst die 3. Konferenz der Kommunistinnen sie entdeckt. Neu jedoch war die schroffe Abkehr von den bisherigen Traditionen in der Führung der Arbeit, neu war die Entschiedenheit und Einheitlichkeit dieser Weisungen, die von nun ab für alle Sektionen die Richtschnur bilden sollten.

So einstimmig, wie die Beschlüsse gefaßt wurden, so planmäßig und entschieden hätte ihre praktische Durchführung sein sollen. Die Erfahrungen eines halben Jahres haben jedoch gezeigt, daß selbst große, wichtige Parteien diese Lehren, die mit Mißerfolgen und Niederlagen in der Vergangenheit teuer bezahlt waren, noch gar nicht begriffen haben.

Lassen wir Tatsachen sprechen:

In Deutschland, wo die Arbeit unter den Frauen seit Jahren planmäßig betrieben wird und verhältnismäßig am besten entwickelt ist (von der KPR abgesehen), ergibt sich als eine der Lehren der Reichstagswahlkampagne unter den Frauenmassen wiederum: Die Partei in ihrer Gesamtheit hat es nicht verstanden, genügend und mit den geeigneten Mitteln an die Frauen heranzukommen. Die Parteizentrale in einheitlicher Zusammenarbeit mit der Abteilung Frauen hat zwar die richtigen Anweisungen her-

ausgegeben. Die Zentrale hat auch Kräfte für die Provinz zur Verfügung gestellt, die Erfahrung und Vorverständnis für die Arbeit unter den Frauen besaßen. Alle Genossinnen haben — wie einstimmig rühmend anerkannt wird — außerordentlich aktiv und eifrig teilgenommen an allen Partearbeiten. Und dennoch, es wurde nicht alles aus der Kampagne herausgeholt, was zu holen war: Die Kräfte der Genossinnen reichten dafür nicht aus, und die allgemeine Unterstützung der Partei fehlte. Die Provinzpresse versagte, die Bezirksorganisationen waren nicht aktiv genug. Das spricht die Frauenabteilung der Zentrale selbst klar aus. Was sie weniger deutlich sieht oder doch sagt, was uns aber noch wichtiger scheint: Die Betriebszellen und die Gewerkschaftsfraktionen haben versagt. Sie sind freilich, wie der Zentralausschuß der KPD nach den Wahlen feststellt, im allgemeinen ihren Aufgaben nicht gerecht geworden. Was wunder, daß sie dann die ihnen verhältnismäßig neue, besondere Aufgabe nicht verstanden und die Arbeiterinnenmassen nicht an sich gerissen haben.

Gibt es denn solche besonderen Aufgaben? Wir sagen „ja“. Aber diese besondere Arbeit unter den Frauen wird keinesfalls überall in der KPD richtig verstanden. Wir haben dort einerseits die Reste alter sozialdemokratischer Tradition, welche die Frauen in der Partei als Staat im Staate behandelt, allerlei Sonderorganisationen und Sonderveranstaltungen für die weiblichen Mitglieder neben den allgemeinen Veranstaltungen pflegt. In Berlin z. B. hat en wir noch vor kurzer Zeit — wenn nicht gar noch jetzt — sogenannte „Frauenmitgliederabende“, welche zum Teil genau dieselben Themen parallel mit den allgemeinen Mitgliederversammlungen behandelten, freilich meist auf einem weniger politischen Niveau. Solche Praxis widerspricht dem Zweck der internationalen Beschlüsse, die Frauen zu politisieren, sie für alle Fragen der Partei zu interessieren, sie zu allen Aufgaben heranzuziehen, die Probleme der werktätigen Frauenmassen in die Gesamtpartei einzugliedern.

Als Reaktion auf solche Fehler sind neuerdings gewisse Strömungen in der KPD aufgetreten, die ins entgegengesetzte Extrem verfallen. Der Beschluß der Frauenreichskonferenz

vom Mai 1924, wonach die Arbeit unter den Frauenmassen aufs engste in die allgemeine Parteiarbeit einzugliedern sei, wurde in breiten Kreisen so ausgelegt, als ob besondere Propagandamittel, besondere Organisationsmethoden, ja vor allem auch besondere Organe der Partei für die Arbeit unter den Frauenmassen überflüssig, ja schädlich seien. Diese Genossen und Genossinnen machten eine „radikale“ Theorie aus der Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern, wobei sie leider die eigensinnigen Tatsachen übersahen, daß die Frau der Arbeiterklasse im Kapitalismus unter objektiv ein wenig anderen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen lebt und daher auch eine andere Ideologie hat, welche besonders angepaßte Mittel und Wege zu ihrer Gewinnung notwendig machen. Diese neue Theorie hat im Sommer 1924 viel Unheil angerichtet, indem in einer Reihe von Bezirken die bestehenden Ausschüsse für die Arbeit unter den Frauen aufgelöst und damit mühevoll lange Arbeit zeitweilig vernichtet wurde. Sogar bis in die Tschechoslowakei, wohin die verworrene Kunde von dem neuen Kurs der KPD drang, haben diese Schwankungen Verwirrung angerichtet. Zwar wurden in Deutschland die begangenen offensichtlichen Fehler rasch korrigiert durch das Eingreifen der Abteilung Frauen; die Ideologie aber ist in dieser Richtung keineswegs klar. Man muß das aussprechen. Denn solange die falsche Furcht vor Feminismus nicht aufhört, solange sich hinter dieser doktrinen Abstinenztheorie Gleichgültigkeit und Passivität verbergen können, wird die Gesamtpartei niemals mit dem nötigen Ernst und Nachdruck die Arbeit unter den Frauen führen.

In der Tschechoslowakei mit einer sehr starken weiblichen Mitgliedschaft haben wir deutlich nur die Tendenzen der falschen Sonderbündelerei. Weil hier offenbar die Parteizentrale lange versäumt hat, die Arbeit unter den Frauen wichtig zu nehmen, weil zugleich mit der Arbeit offenbar zuweilen auch die Genossinnen persönlich zurückgesetzt wurden, zeigen sich hier besonders häufig Bestrebungen, politische Mängel mit untauglichen organisatorischen Mitteln zu beseitigen. Die sachlich berechtigten Kämpfe um die Anerkennung der Arbeit unter den Frauen erhalten dadurch eine absolut feministische Note. Schr auffallend sind z. B. in den Berichten und Materialien zum Oktober-Parteitag der KP(Tsch die „Frausektionen“ — also Organisationen der Frauen in der Partei — in zahlreichen Kreisen, verschiedene Anträge, welche eine paritätische Vertretung der Genossinnen in Parteikommissionen fordern, Artikel in der „Proletarka“, die von einer „Vertreterin der Frauen im Parteivorstand“ sprechen usw. Diese Überreste sozialdemokratischer Organisationsformen werden in dem Maße überwunden werden, wie die Partei überall den Aufgaben der Partei unter den Frauen gerecht wird, die Führung ergreift

und alle fähigen Kräfte an die ihnen zukommenden Stellen setzt.

In Großbritannien hat besonders die Wahlkampagne erwiesen, wie wenig die Arbeit unter den Frauen einen organischen Bestandteil der Arbeit der Gesamtpartei bildet. Für die Mobilisierung der Frauenmassen fehlte jeder zentrale Plan. Weder wurden hierfür bestimmte politische Losungen im Rahmen des Programms der Gesamtpartei herausgegeben noch die Kräfte planmäßig verteilt. Die Partei verstand weder die antibolschewistische Agitation der Konservativen gerade unter den breiten Frauenmassen kräftig zu parieren noch ihre ersten Betriebszellen und die bedeutsamere gewerkschaftliche Minoritätsbewegung für die Erfassung der ArbeiterInnen auszunutzen. So war der Erfolg der Wahlen unter den Frauen für die KPE trotz allen Eifers der wenigen vorhandenen Genossinnen viel zu schwach.

Der erste Schritt der KPE muß der sein, daß das Exekutivkomitee der Partei die politische Verantwortung für die Arbeit unter den Frauen übernimmt und eines seiner Mitglieder mit der Führung der Arbeit betraut. Weiter muß ein Plan für diese Arbeit aufgestellt werden, der mit vollem Bewußtsein die Schwerpunkte der Arbeit unter den Frauen zusammenlegt mit den Schwerpunkten der Arbeit für die Gesamtpartei: Aufbau der Betriebszellen und Verstärkung der Arbeit in der gewerkschaftlichen Minoritätsbewegung.

In der Erfassung der Arbeiterinnenmassen sind wir seit dem Weltkongreß sehr wenig vorangekommen. Freilich sind hier die objektiven Schwierigkeiten groß. Die typische Struktur der weiblichen Mitgliedschaft unserer Parteien war und ist nach wie vor die, daß die Hausfrauen bei weitem die Betriebsarbeiterinnen überwiegen. Eine genaue Statistik darüber haben wir nur von der KP(Tsch, die unter ihren 22 123 weiblichen Mitgliedern (in 21 Kreisen) 62,4 Prozent Hausfrauen zählt. Abgesehen von Polen und den Ostseerandstaaten dürfte das Verhältnis überall ähnlich sein. Bei der absolut wie prozentual geringen Zahl der weiblichen Parteimitglieder überhaupt müßten daher allein schon aus diesem Grunde vor allem die Anfänge der Arbeit unter den ArbeiterInnen sich stark auf allgemeine Parteiorgane stützen. Die Perspektiven für die Erfassung der Arbeiterinnen waren daher unbedingt gebunden an die Entwicklung der Betriebszellen und der Gewerkschaftsarbeit der Parteien. Nun ist die Betriebszellenarbeit für alle westlichen Parteien eine ganz neue Aufgabe. Der Aufbau geht zögernd vor sich. Die Zellen haben feste Arbeitsmethoden noch keineswegs herausgearbeitet, sie stehen am Anfang aller Erfahrung. Eine planmäßige Erfassung speziell der Arbeiterinnen ist völliges Neuland.

Diese objektiven Schwierigkeiten würden allein jedoch die geringen Fortschritte

bei der Erfassung der Arbeiterinnen nicht erklären. Dazu kommt aber erschwerend das Moment der ideologischen Einstellung der großen Masse unserer Parteimitgliedschaften, welche die Aufgaben der Partei unter den Frauenmassen überhaupt noch nicht begriffen haben. Auch von dieser Seite her muß also eine starke Bresche in die bestehende Parteideologie geschlagen werden. Denn ohne den subjektiven Faktor, das Verständnis und den Willen der Partei zur Arbeit unter den Frauenmassen werden selbst entwickelte Betriebszellen, die im allgemeinen gut arbeiten, versagen bei der Gruppierung der Arbeiterinnenmassen. Aktive Bemühungen der Betriebszellen auf diesem Gebiete müssen das Material liefern, aus dem die Erfahrungen für die Verbreiterung der Arbeit national und international zu verdichten sind.

Was existiert aber von solchen Erfahrungen bisher? Die einzige Sektion, die einen Anlauf zu dieser Arbeit genommen hat, ist die KPD. Polen scheint seine Arbeit unter den Frauen sogar vorzugsweise unter den Arbeiterinnen in Betrieben und Gewerkschaften zu führen. Doch sind die Berichte von dort so farblos, daß sich nichts Bestimmtes über die Art der Arbeit entnehmen läßt. Aus Deutschland dagegen liegen ausführliche Berichte vor über die ersten Versuche in zwei sächsischen Bezirken und in Thüringen — früher schon in Berlin. Bestimmte Genossinnen nahmen in diesen Bezirken, wo die Zellenarbeit bereits in gewissem Grade organisiert ist, enge Verbindung auf mit den leitenden Parteikörperschaften, sowie vor allem mit den Betriebszellenobleuten und den Gewerkschaftsfunktionären der Partei, denen sie die Bedeutung der Erfassung der Arbeiterinnen politisch klarmachten. Sie bekamen darauf Adressen von Genossen und Genossinnen, die in Betrieben mit zahlreicher weiblicher Belegschaft, vor allem in der Textilindustrie, arbeiteten. Mit ihnen wurde Fühlung genommen; sie wurden für die Aufgaben instruiert. Diese Vorposten trugen unsere Agitation unter die Arbeiterinnenmassen im Betrieb. Durch ihre Initiative kamen direkt oder durch Vermittlung der Betriebszellen, wo solche schon bestanden, Arbeiterinnenversammlungen in zahlreichen Großbetrieben zustande, in denen die Kommunisten ihr Programm entwickelten. Das Gothaer Programm, angepaßt an die besonderen Forderungen der Arbeiterinnen, wurde vorgelegt, diskutiert und angenommen. Ja, in Gera gelang es sogar, nach vorbereitenden Betriebsversammlungen in zahlreichen Großbetrieben eine Arbeiterinnen-Vollversammlung abzuhalten, bei der 38 Betriebe vertreten waren. Diese Versammlung beschloß ein von den Kommunisten vorgelegtes Kampfprogramm, wählte einen Arbeiterinnenausschuß und wandte sich mit einem Aufruf an alle Arbeiterinnen Thüringens. Und ein weiteres Symptom läßt aufmerken: In einer Stadt Thüringens, wo bei den Reichstagswahlen,

ebenso wie in Köln und Spandau, Männer und Frauen getrennt abgestimmt, erhielten die Kommunisten ganz ungewöhnlich viel Frauenstimmen, nämlich 96 Frauenstimmen auf 100 Männerstimmen, dagegen in Spandau (vor den Toren Berlins) nur 68, in Köln sogar nur 46 Frauenstimmen auf 100 Männerstimmen. Es kann wohl mit ziemlicher Bestimmtheit behauptet werden, daß dieser Erfolg der Kommunisten in Thüringen ihrer Arbeiterinnenpropaganda in den Betrieben zu verdanken ist.

Die KPD unternimmt jetzt weitere Versuche in dieser Richtung in Württemberg mit starken industrieller Frauenarbeit, vor allem in der Schuhindustrie. Alle diese Erfahrungen müssen sorgfältig studiert und ausgewertet werden.

Freilich liegen die Verhältnisse in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Es können anderwärts ganz andere Formen der Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft angemessen und zweckmäßig sein. Doch fehlt es bis jetzt an allen Unterlagen dafür. Die Berichte der Frauensekretärin in Frankreich sprechen von Anfängen der Arbeit, ohne konkrete Tatsachen zu geben. Die Berichte, Materialien, Zeitschriften der Tschechoslowakei schweigen sich über diese Aufgabe völlig aus.

Auch in Großbritannien bestehen noch keine positiven Ansätze für die Erfassung der Arbeiterinnen. Charakteristisch ist hier, daß die ersten ca. 150 Betriebszellen der Partei sich vor allem auf den Bergbau und die Maschinenindustrie konzentrieren, während die Textilindustrie mit ihrer halben Million Arbeiterinnen bis jetzt unberührt blieb vom Zellaufbau. So viel jedoch scheint deutlich zu sein, daß in England in noch weit höherem Maße als in anderen Ländern der Aufbau der Betriebszellen unterstützt werden muß durch sehr enge Verbindung mit der oppositionellen Gewerkschaftsarbeit, d. h. hier der Minoritätsbewegung. Und hier in Großbritannien deutet sich bereits in den ersten schwachen Formen ein Organisationsprinzip an, das in konsequenter Durchführung und in internationaler Verbreiterung je nach den besonderen Bedingungen jedes Landes von außerordentlicher Bedeutung für die Verstärkung der Klassenkampf front werden kann: die organische Angliederung der Massen der Arbeiterhausfrauen an die Arbeiterschaft der Betriebe.

Die Minoritätsbewegung beginnt nämlich, wenn auch nur tastend, mit der Schaffung von „Frauensektionen“ innerhalb ihrer Organisationen. Diese „Sektionen“ sind keineswegs etwa Abspaltungen, Sondergruppierungen der weiblichen Mitglieder bestimmter Gewerkschaftsverbände — was zu verurteilen wäre —, sondern im Gegenteil Angliederungen außenstehender, selbständiger Frauenorganisationen an die Minoritätsbewegung. Es han-

delt sich dabei sowohl um Arbeiterinnengewerkschaften — in England wie in Amerika sind gewerkschaftliche Organisationen mit ausschließlich weiblichen Mitgliedern verbreiteter als anderwärts —, vor allem aber um die genossenschaftlichen Frauengilden und die Arbeiterfrauengilden. Diese letzteren sind lose Organisationen parteiloser Arbeiterhausfrauen, die auf Initiative der Kommunisten entstanden sind und unter ihrer Führung stehen. Gelingt es, solche Verbindungen in größerem Maße herzustellen, so vorbereitet sich damit der Wirkungskreis der Minoritätsbewegung ganz wesentlich sowohl für die allgemeine Klassenkampfpropaganda als auch besonders für die Mobilisierung breiter Frauenmassen zur Unterstützung der Kämpfe der Arbeiter. Die Bedeutung einer solchen aktiven organisierten Kampftruppe von Frauenmassen unter Führung der revolutionären Gewerkschafter erscheint außerordentlich angesichts des heraufziehenden Bergarbeiterstreiks in England, wenn man sich erinnert, welche aktive, revolutionäre Rolle bei den Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet die Arbeiterhausfrauen gespielt haben, obwohl sie dort in keiner Weise organisiert waren und unter keiner einheitlichen Führung standen.

Übrigens steht das Problem der Angliederung der Arbeiterhausfrauen an die Organisationen der Arbeiter nicht nur in England, sondern ganz allgemein.

Wenn nämlich die Betriebszelle das Fundament der Parteiorganisation und der gesamten Parteiarbeit bilden soll, so heißt das nicht mehr und nicht minder, als daß die Betriebszellen auch mit jenen Massen, die nicht im Betriebe arbeiten, organische Verbindungen herstellen müssen. In allen Ländern übersteigt die Zahl der Hausfrauen, wenn man die Bäuerinnen zuzählt, die ebenfalls nicht im Betrieb zu erfassen sind, die Zahl der Arbeiterinnen bei weitem. Wenn die kommunistischen Betriebszellen also ihre Aufgabe, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, politisch lösen wollen, so dürfen sie nicht in den vier Wänden ihres Betriebes steckenbleiben, sondern sie müssen Mittel und Wege suchen, ihre Arbeit dynamisch auszubreiten auf alle jene Schichten, die für die Aktion der Arbeiterklasse als Faktoren in Betracht kommen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wird der sogenannte „Arbeiterinnenrat“, in Italien die Hausfrauengruppen, beides Organisationen unter Führung der Kommunistischen Partei, in ähn-

licher Form und unter dem gleichen Gesichtspunkt mit den Betrieben zu verbinden sein.

Nur andeutungsweise kann hier noch eine Möglichkeit erwähnt werden, die Arbeit der Kommunisten im Betrieb mit breiten Frauenmassen organisch zu verbinden. Es ist die Kontrollausschußbewegung, die in Deutschland im Jahre 1923 schon sehr breite und aktive Formen unter den Frauenmassen angenommen hatte. Sie strandete letzten Endes daran, daß die Betriebsrätebewegung, die für ein politisches Vortreiben der Aktion unbedingt notwendig war, sich als zu schwach erwies. Jetzt sind wiederum die Bedingungen für ein Aufleben der Kontrollausschußbewegung gegeben durch die Teuerungswelle in der Tschechoslowakei, England, Frankreich. Hier müßte von vornherein die Aktion so angelegt werden, daß parallel und verbunden mit der Bewegung draußen unter den Frauenmassen die Bewegung in den Betrieben und die Entwicklung der Betriebsräte geführt würde. Hier könnte wiederum wie in der Inflationszeit in Deutschland von den Frauenmassen sogar die Initiative zur Bewegung der Arbeitermassen in den Betrieben für den Kampf um höhere Löhne und Öffnung der Betriebe für die Arbeitslosen ergriffen werden.

Alle diese großen Möglichkeiten aber, die Massen der Männer und Frauen des Proletariats gemeinsam und organisch miteinander verbunden in Fluß zu bringen, werden nur unter der Voraussetzung von der Komintern voll ausgenutzt werden können, daß die Parteien in ihrer Gesamtheit diese Aufgaben sehen und die entsprechenden politischen und organisatorischen Schlüsse daraus ziehen. Den Schluß vor allem, den auch die Wahlergebnisse in Deutschland und England uns aufzwingen: Die Frauenmassen werden solange eine Waffe gegen das Proletariat in der Hand seiner Gegner bleiben, solange die kommunistischen Parteien nicht alle Kräfte aufbieten, um diese Frauenmassen an sich zu ketten.

Die Situation erfordert eine festgefügte Organisation unserer Kräfte. Unter diesem Gesichtspunkt muß die Komintern auch die Organisation der breiten Massen der Arbeiterinnen wie der werktätigen Frauen überhaupt aufs strengste in ihren gesamten Arbeitsplan eingliedern. Je mehr diese Arbeit bisher vernachlässigt war, um so intensiver und gründlicher muß sie jetzt geprüft und vorangetrieben werden.

PORTRÄTS AUS DER ZWEITEN INTERNATIONALE

A. MALETZKY: 145 JAHRE

Wir bedauern es aufrichtig, daß wir unserem Artikel nicht die Zahl 150 voranstellen können. Das würde doch so stolz klingen, anderthalb Jahrhundert! Wie schade, daß Kautsky nicht ebenso wie Bernstein, sein intimster Freund und Mitkämpfer, einer der beiden „Waffenschmiede“, wie die Leipziger Volkszeitung Bernstein und Kautsky nennt, um 5 Jahre älter ist, nicht ebenfalls auf 75 Lebensjahre zurückblicken kann. Die innige Geistesverwandtschaft, ja völlige Übereinstimmung der endlich wiederversöhnten, durch ein widriges Geschick einst in Fehde lebenden Brüder wäre auf rührende Weise sogar in diesem kleinen Detail zum Ausdruck gekommen. Man mißverstehe dieses Bedauern ja nicht. Wir gönnen Kautsky ebenso wie Bernstein aus vollem Herzen ein denkbar langes Leben, und möge die Vorsehung speziell dafür sorgen, daß Kautsky ja noch den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus erleben, daß er, umgeben von den treuen Sozialdemokraten Bernstein, Hilferding (auch Ebert, Noske, Wels dürften nicht fehlen) an der Sitzung des Reichstages teilnehmen kann, in der Stinnes, Krupp, Otto Wolf u. a. Kapitalisten serknirscht, mit Tränen in den Augen, ihre Riesenbetriebe der sozialistischen Demokratie zur Verfügung stellen, worauf sie vom Obersten Wirtschaftsrat, unter dem Vorsitz Kautskys, zu Leitern der sozialisierten Betriebe ernannt werden. Nun, obwohl uns diese 5 Jahre, die Kautsky fehlen, sehr willkommen wären, um das Felerliche in diesem Jubiläum noch eindrucksvoller zu gestalten, so haben wir doch gerade von Kautsky und Bernstein immer gelernt, daß Tatsachen zu respektieren seien. Es bleibt also leider bei nur 145 Jahren.

Ist es aber wiederum nicht bolschewistische Bosheit, eine so innige Verbindung zwischen Kautsky mit Bernstein herzustellen? Hieß es doch seinerzeit, es gäbe einen sogenannten Revisionismus, dessen geistiges Haupt Bernstein war, und einen sogenannten orthodoxen Marxismus mit Kautsky an der Spitze; dieser orthodoxe Marxismus war gerade nicht sehr gut auf den Revisionismus zu sprechen, und die zwei „Brüder“ lagen sich so ziemlich in den Haaren. Selbstverständlich ist das allegorisch zu verstehen. Aber das entspricht so ungefähr den Tatsachen. Dies alles

ist jedoch ein Märchen aus uralten Zeiten, das uns jetzt ganz und gar aus dem Sinn kommen muß. Denn wie Kautsky und Bernstein und die zahlreichen Freunde der Jubilare aus allen Ländern einstimmig behaupten, gibt es jetzt keinen orthodoxen Marxismus und keinen Revisionismus mehr, die Gegensätze sind längst ausgeglichen. Es gibt eine einige Sozialdemokratie von Kautsky bis Noske, von Bernstein bis Ebert und Scheidemann und Wels, und Vandervelde, um nicht gegen die Internationalität zu verstößen. Und mit Tränen in den Augen, tiefergriffen von der Felerlichkeit des Momentes, sagt Kautsky in seiner Autobiographie (Vorwärts, 16. Oktober 1924, zitiert von Hilferding): „Die Achtung, die Sympathie, das Vertrauen meiner Parteifreunde, hatte ich auch in Zeiten unserer schwersten Differenzen nie verloren. Aber nun hatte ich endlich wieder einmal auch ihre allgemeine Zustimmung gewonnen, vielleicht in höherem Ausmaße, als ich sie vor dem Kriege besessen. So versprich nach allen Irrungen und Wirrungen seit dem August 1914 mein Lebensabend in einem klaren und heiteren Sonnenuntergang einen versöhnenden Abschluß finden zu wollen.“

Wie wir sehen, ist also Kautsky mit seinem Schicksal sehr zufrieden. Die Sozialdemokratie sollt ihm ungetrübten Beifall. „Allgemeine Zustimmung“, das hat jetzt Kautsky in Hülle und Fülle. Und der „heitere Sonnenuntergang“, wie er sich poetisch ausdrücken geruht, beleuchtet wahrlich ein tiefergreifendes Bild. Kautsky Arm in Arm mit Bernstein, umringt von all den Treuen, Noske und Scheidemann, Ebert und Vandervelde, und auch der estnische sozialdemokratische Held Martna fehlt an diesem imposanten Feste nicht. Hat er ja doch soeben im Sinne Kautskys die „Demokratie“ gegen die bolschewistische Tyrannei siegreich verteidigt, wobei den weicherzigen Sozialdemokraten Estlands das Malheur passierte, einige hundert steifnackige Kommunisten durch unglücklichen Zufall umbringen zu müssen. Wie schaut der alte Ede mit seinem gesunden marxistischen Verstand auf seine 75 Jahre „heldenhaften Kampfes“ — im Interesse Scheidemanns und Eberts — zurück? Bernstein sagt aus Anlaß

der Feierlichkeiten, die ihm zu Ehren veranstaltet worden sind: „Es ist mir in meinem Leben viel besser gegangen, als ich es verdient habe.“ Tief-sinnige Worte. Bernstein war ja immer viel be-scheidener als Kautsky. Also, jetzt herrscht heilige Eintracht. Kautsky höchst zufrieden mit der Sozialdemokratie, die wiederum höchst zu-frieden ist mit ihrem Kautsky und mit ihrem Bernstein. Kautsky ist voller Freude über das Wohlbefinden Bernsteins und er sucht nach den stärksten Tönen, um den sozialdemokrati-schen Recken zu preisen. Und Bernstein seiner-seits lächelt gutmütig schmunzelnd in den Bart und drückt das reulge Haupt Kautskys an die Brust, dem Tränen der Rührung in den Augen sehn. Was für ein erhebendes Schauspiel. Wie war es aber anno Domini 1898, als der Opportu-nismus eine bedrohliche Haltung annahm, und Bernstein mit seinem Feldzug begann? Warum war die Sozialdemokratie jahrzehntlang von einem Bruderkwitz zerrissen — auf der einen Seite Revisionisten, auf der andern Marxisten —, so daß der Lärm des Kampfes in den Reihen der II. Internationale nie verstummen konnte? Dem rechtgläubigen Siegfried Kautsky stand der grimme Hagen Bernstein gegenüber. Wenn man aufmerksam zuhört, was die beiden Jubilare von dieser langen erbitterten Fehde jetzt sagen, so ist man geneigt, zu glauben, es sei eigentlich nur viel Lärm um nichts gewesen. Um welche „Kleinig-keiten“ es sich damals gehandelt hat, das werden wir sofort sehen.

Die II. Internationale hat das Erbe der I. angetreten. Sie hat den Marxismus, der sieg-reich aus dem Kampf gegen den Opportunismus der Trade-Unionisten und Proudhonisten von rechts, der Bakunisten und Anarchisten von links hervorgegangen war, zu ihrem Banner erwählt. Aber im Prozeß des ungeheuren Aufschwungs und der Blüthezeit des Kapitalismus, in dem Maße, wie sich breite Massen, dank der wirtschaft-lichen und politischen Hochkonjunktur, vom Kapital und vom Staate Zugeständnisse zu erzwingen wußten, festigte sich immer mehr in den Reihen der II. Internationale eine ganz entstellte, unrichtige, antimarxistische, antirevolutionäre Auffassung des Marxismus. Immer mehr drang in den Vordergrund die gegen den Anarchismus gerichtete Seite des Marxismus, und völlig in den Hintergrund trat alles Revolutio-näre. Anpassungsfähigkeit, Legalität, Parla-mentarismus, Reformen, tägliche Kleinarbeit — das war die Lösung. Der revolutionäre Kampf und der revolutionäre Übergang zum Sozialismus, die Machtergreifung, die Diktatur des Proletariats, alles, was den Wesenskern des Marxismus bildete, wurde ausgestrichen. Zum offiziellen Glaubens-bekennnis der II. Internationale wurde die vom Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in grober Weise entstellte und ganz falsch als Ver-zicht auf den revolutionären Marxismus inter-pretierte Vorrede von Engels zum „Bürgerkrieg in

Frankreich“ gemacht. Es war der II. Internatio-nale beschieden, aus einer proletarischen, von marxistischem, revolutionärem Gelste beseelten Organisation des Kampfes für den Sozialismus auf bürgerlichen Demokratie zu werden. Der Schildführer dieser Richtung in der II. Inter-nationale war Bernstein. Warum gerade Bern-stein? Weil er sich am Marxismus die Zähne ausgeblissen hat, wie einst Proudhon Hegel zum Opfer fiel.

Bernstein hatte das Glück oder das Unglück, jahrelang in engem persönlichen Verkehr mit Engels zu stehen; scheinbar war er ganz und gar Marxist, und er leitete das Zentralorgan der So-zialdemokratie, den „Sozialdemokrat“ in Zürich. Je komplizierter aber die Verhältnisse sich ge-stalteten, je schwieriger es wurde, das Endziel nicht aus den Augen zu verlieren und die „Be-wegung“ diesem Ziele entgegenzuführen, um so konfuser gestaltete sich Bernsteins Weltan-schauung. Der englische Liberalismus und der Aufschwung der deutschen Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes machten den armen Alten ganz irre. Kaum war Engels ge-storben, da trat Bernstein in die Schranken, mit Jubel von den Opportunisten aller Schat-tierungen empfangen. Der Jubel galt nicht der geistigen Stärke des neuen Kämpfers gegen den Marxismus, er galt seinem moralischen Prestige, das er seiner Vergangenheit verdankte, seiner engen Freundschaft mit Engels und dem innigen Verkehr mit dem Altmeister des Sozialismus. Parvus hatte schon seinerzeit in seinen Artikeln gegen den Revisionismus darauf hingewiesen. Die Revisionisten hatten in ihren Reihen Conrad Schmidt, Vollmar, David, Schippel, Jaurès und viele andere, die sicherlich an Klarheit ihrer Auf-fassungen dem Bernsteinschen verschwommenen Dilettantismus überlegen waren. Aber sie waren eben keine intimen Freunde und Testamentvoll-stecker des alten Engels. Wenn man Bernsteins Ansichten analysiert, so muß man wahrlich staunen über die verblüffende, geradezu organische Un-fähigkeit Bernsteins, den Marxismus zu verstehen und ihn zu würdigen. Man gewinnt den Eindruck, als ob das Gehirn Bernsteins, das jahrelang durch eine ihm fremde, feindliche Idee, den Marxismus, geplagt war, sich jetzt plötzlich frei fühlt und sich rächen will am verhassten Feind. Endlich kann Bernstein aufatmen und frei aussprechen, wie fremd und widrig ihm im Grunde genommen der Marxismus immer gewesen ist. Der jetzt reu-mütig zum Bernsteinianertum bekehrte Kautsky hat vor 30 Jahren den herostratischen Zug der Bernsteinschen Marx-Kritik bis zu einem ge-wissen Grade herausgeführt. So heißt es im Anti-Bernstein: „Aber auch dabei bleibt er nicht, er schreibt weiter, wird immer wärmer und kampflustiger, und so schreibt er sich in das dritte Stadium hinein, vom braven Marx bleibt nichts mehr übrig, nein, auch in seiner vollendet-ten Gestalt wird er verworfen. Die Richtung der

tatsächlichen Entwicklung — fährt Bernstein fort — ist der von Marx behaupteten gerade entgegengesetzt.“ So schrieb Kautsky im Jahre 1898, das waren also die „Kleinigkeiten“, um die der Kampf geführt wurde, das die „Gegensätze“, die jetzt ausgeglichen worden sind. Keine materialistische Geschichtsauffassung, sagte damals der Konfusionsrat Bernstein, sie ist falsch. Nieder mit der marxistischen Wert-Theorie, sie ist falsch! Denn zwar schafft der Arbeiter Werte, aber der Gegenstand muß doch auch nützlich sein, wenn er Wert haben soll. Diesen Unsinn, den selbst ein bürgerliches Professorenhirn kaum auszubrüten imstande war, wagte Bernstein als Kritik der Marx'schen Wert-Theorie aufzutischen und somit vorzuschlagen, die Marx-Theorie mit der Theorie Böhm-Bawerks in Einklang zu bringen. Kein revolutionärer Kampf des Proletariats — nieder mit der Verelendungstheorie von Marx, den Arbeitern geht es immer besser, keine Krisen, der Kapitalismus steht fest, und folglich — friedliches „Hineinwachsen“ in den Sozialismus, kein Kampf um die Macht, und schließlich — Endziel ist mir nichts, Bewegung ist mir alles. Reinsten bürgerlicher Liberalismus, absoluter Verzicht auf das letzte Atom von Marxismus.

So urteilte damals auch Kautsky: „Diese oberflächliche, vulgäre Harmonieduselei ist die wissenschaftliche Quelle, aus der Bernstein seine besten Waffen gegen die marxistische Lehre zieht. Nächstens wird er dem Kapital ein anonymes Feuilleton aus der „Woche“ des Herrn Scherl entgegenstellen.“ Aber Kautsky, der schzend und krächzend, gestoßen von seinen politischen Freunden, ins Feld zog, wollte seinen alten Freund Bernstein nicht zu hart anpacken. Und hier ein klares, vernichtendes Urteil Rosa Luxemburgs (Sozialreform oder Revolution): „Bernstein hat damit angefangen, das Endziel um der Bewegung willen aufzugeben. Da es aber tatsächlich keine sozialdemokratische Bewegung ohne das sozialistische Endziel geben kann, so endet er notwendig damit, daß er auch die Bewegung aufgibt. Die ganze sozialistische Auffassung Bernsteins ist somit zusammengebrochen. Aus dem stolzen symmetrischen wunderbaren Bau des Marx'schen Systems ist bei ihm nunmehr ein großer Schutthaufen geworden, in dem Scherben aller Systeme, Gedankensplitter aller großen und kleinen Geister eine gemeinsame Gruft gefunden haben. Marx und Proudhon, Leo von Büch und Franz Oppenheimer, Friedrich Albert Lange und Kant, Herr Prokopowitsch und Dr. Ritter von Neupauer, Herkner und Schulze-Gävernitz, Lassalle und Professor Julius Wolf — alle haben ihr Scherflein zu dem Bernstein'schen System beigetragen, bei allen ist er in die Lehre gegangen.“ Damals leistete auch Kautsky Widerstand. Jetzt aber sagt er seufzend: „Ich hörte nicht auf, Bernstein zu achten, zu schätzen, aber dabei erwuchs doch in mir ein

Gefühl unendlicher Bitterkeit gegen ihn, daß mir der Verkehr mit ihm, mehr als der mit einem anderen Genossen, mochte er auch noch so „revisionistisch“ sein, zur schärfsten Qual wurde.“ Wir möchten allen Herren Sozialdemokraten, die sich so entrüsten, daß man den armen Kautsky „beschimpft“, diese Tatsache ins Gedächtnis bringen. Wenn Bernstein damals in Kautsky das „Gefühl unendlicher Bitterkeit“ hervorgerufen konnte, weil er, der ehemalige Marxist, seine Waffen gegen die eigene Partei wandte, was soll man jetzt für Gefühle gegen Kautsky hegen, wenn er Hand in Hand mit den erbittertesten Feinden des Proletariats Feldzüge gegen das proletarische Sowjetrußland eröffnet? Und wie beurteilten andere jetzige Gesinnungsgenossen Bernsteins den Revisionismus damals in der guten alten Zeit? Hilferding sagt (in seinem Artikel „Der Revisionismus und die Internationale“): „Und so wurde der Revisionismus zu einem Gemengel bloßer Ideologien, deren Vertreter nur eins gemeinsam haben, daß sie nichts vom Marxismus wissen wollen, aus dem durchschlagenden Grunde, weil sie nichts von ihm wissen.“

Das war die „Theorie“ Bernsteins. Welchen praktischen Wert hatte die Diskussion nach Ansicht Kautskys? Da heißt es bei Kautsky: „Ich habe Disputationen nie große Erwartungen entgegengebracht. Kaum je hat sich eine solche als ein Mittel erwiesen, zu zeigen, auf welcher Seite die Wahrheit liegt. Aber in der Regel sind sie vortrefflich geeignet, vorhandene Gegensätze zu enthüllen und schärfer zum Ausdruck zu bringen und dadurch aufklärend zu wirken. Dies erwartete ich auch von der Diskussion über das Bernsteinsche Buch. Sie hat mich sehr enttäuscht, mehr noch als das Buch selbst. Die Artikelserie über die Probleme des Sozialismus hatte etwas anderes erwarten lassen. Wir können es uns heute nicht verhehlen, daß die ganze Diskussion über das Bernsteinsche Buch recht unfruchtbar geblieben ist.“ Jetzt dagegen behauptet Kautsky, die Diskussion hätte sehr viel Nutzen gebracht, und er habe vieles aus ihr gelernt. Wie urteilte die deutsche und internationale sozialistische Arbeiterbewegung über den Revisionismus? Der Dresdener Parteitag 1903 und der Amsterdamer Kongreß 1904 geben darauf unzweideutige Antwort. Sie verurteilten aufs schärfste den Revisionismus, der als Verzicht auf jede proletarische revolutionäre Taktik betrachtet und gebrandmarkt wurde. Der Russe Plechanow, der Führer der Menschewisten, der Bolschewik Lenin, Kautsky und Rosa Luxemburg, sie alle finden wir in einem Lager, in geschlossenen Reihen gegen Bernstein und seine Freunde. Und was sehen wir 1925? Da sagt Kautsky klipp und klar: „In allen Fragen der praktischen Politik, der inneren und äußeren, stimmen wir vollkommen überein.“

Sollte das vielleicht bedeuten, Bernstein habe sich bekehren lassen? Nein, er hält an seinem antimarxistischen Glauben fest, und es ist Kautsky, der sein marxistisches Antlitz verloren hat. Bernstein hat das auch unumwunden in seiner Festrede ausgesprochen („Vorwärts“, 7. Januar 1924). „Übergehend zu den Meinungskämpfen der vergangenen Jahre in der Partei, konnte Bernstein unter dem Beifall der Anwesenden feststellen, daß vieles, was damals verpöndt und verschrien wurde, heute Allgemeingut der Partei geworden ist.“ Kautsky sagt jetzt über die theoretischen Meinungsverschiedenheiten: „In Fragen der marxistischen Theorie bleibt jeder von uns bei der Auffassung, zu der er sich durchgerungen. Aber es besteht kein Anlaß mehr, uns darob die Köpfe einzuschlagen.“ Sicherlich nicht. Es galt früher im marxistischen Lager als Axiom, daß es ohne marxistische Theorie keine marxistische Praxis, ohne revolutionäre Theorie keinen revolutionären Kampf geben könne. Es wurde als die genialste Leistung von Marx betrachtet, daß er die Kluft zwischen Theorie und Praxis zu überbrücken verstand. Aber das war einmal. Jetzt behauptet Kautsky, die praktische Politik, d. h. der Klassenkampf, sei eine Sache für sich — und die Theorie, d. h. die marxistische Begründung der Taktik des Proletariats und seiner führenden Partei, habe damit nichts zu tun. Darin bestand eben das Wesen des Revisionismus, der stets behauptet hatte: „Wir pfeifen auf den Marxismus, das ist scholastische Haarspalterei“, „grau ist alle Theorie und grün der Erfahrung goldener Baum“. Der Triumph Bernsteins ist vollständig und kennt seinesgleichen nicht. Kautsky kam gesenkten Hauptes zu Bernstein und sagte: „Galliae vicisti.“ Darum gibt es eigentlich auch kein Kautsky- und Bernstein-Jubiläum. Es gibt nur eine Bernstein-Feier. Alle Ehrungen, alle lobenden Artikel, die Kautsky gespendet wurden, gelten dem Bernsteinianer. Die Revisionisten haben Bernstein mit Jubel empfangen, nicht seiner geistigen Bedeutung wegen; ebenso wird jetzt der alte Kautsky nicht für seine unermüdlige Bekämpfung des revolutionären Marxismus gelobt, sondern für seine unermüdlige Hetze gegen Sowjetrußland; was ihn der II. Internationale so wertvoll macht, ist nicht das, was er sagt, sondern daß er es ist, der es sagt. Kautsky galt jahrzehntlang als der geistige Führer des Marxismus, folglich kann man jetzt den Rest seiner moralischen Autorität dazu ausnützen, die Praxis Noskes und Eberts, den schönsten Verrat an der Sache der Arbeiterklasse, zu unterstützen.

Nichts ist kennzeichnender für die geistige Rolle Kautskys und der II. Internationale als die Stellung der russischen Menschewisten zu Kautsky und Bernstein. Zu Kautskys Geburtstag sagte Abramowitsch im „Kampf“: „Der Angriff der Bolschewisten (gegen Kautsky) ist erfolgreich abgeschlagen worden. Nach den Erfahrungen

der letzten Jahre, nach dem moralischen politischen Zusammenbruch des Bolschewismus (sic!) ist es für jeden wirklich denkenden Marxisten sowohl im Ausland als in Rußland keine Frage mehr, welche Interpretation des Marxismus die richtige war, die von Kautsky oder die von Lenin.“ Wie wir sehen, fehlt es Abramowitsch nicht an unfreiwilligem Humor. Vergessen wir ja die „großen Verdienste“ Kautskys um den Kampf gegen den Bolschewismus nicht. Wenn Abramowitsch den neuen antibolschewistischen Messias Kautsky aus Dankbarkeit für seinen Antibolschewismus umarmt, so ist es auch nur konsequent, daß, da Kautsky sich Bernstein angeschlossen hat, die offiziellen Vertreter dieser Partei, an deren Spitze einst Plechanow stand, der erbitterte Feind Bernsteins, der den Ausschluß Bernsteins aus der Sozialdemokratie beantragte, jetzt auch Bernstein hochehrent in die Arme schließen. Im Zentralorgan der Menschewisten, im „Sozialistischen Boten“ vom 17. Januar 1925, lesen wir:

„Der Streit zwischen dem Bernsteinismus und dem orthodoxen Marxismus in dieser Gestalt, welche er früher, also vor einem Vierteljahrhundert, annahm, bietet gegenwärtig für den Sozialismus ein historisches Interesse. Das große Verdienst Bernsteins besteht nicht in der Problemlösung, sondern in der Problemstellung. Vor einem Vierteljahrhundert war für den orthodoxen Marxismus der Sozialismus in seinen Hauptsügen die Frage der Machteroberung, alle anderen Fragen traten vor dieser in den Hintergrund. Für unsere Epoche wird gleichzeitig mit der Frage der Machtergreifung der Sozialismus immer mehr zur Frage der Einmischung ökonomischer, kultureller und politischer Elemente des Sozialismus.“

Also vollständige Kapitulation vor Bernstein, und zum Schluß noch folgender Knalleffekt:

„Man kann sich verschieden zu Bernstein als Theoretiker und Politiker stellen, aber jeder Sozialist muß ihn lieben und muß auf ihn als Menschen stolz sein. Und wir russischen Sozialdemokraten fühlen uns heute eins mit der gesamten internationalen Arbeiterbewegung in dem Gefühl heißer Liebe und Achtung für den alten Bernstein. Und stolz rufen wir aus: Er ist unser!“

Das ist also der „Marxismus“ Kautskys und Abramowitschs, der Lenin und den Leninismus besiegt hat! Man kann, so heißt es, sich verschieden stellen zu Bernstein als Theoretiker und Politiker, aber man muß doch mit Stolz behaupten, er ist unser. Ja, aber um Gottes willen, wenn man Bernstein, den Theoretiker und Politiker, bekämpft, was bleibt dann vom Parteiführer übrig? Sollen wir den grauen ehrwürdigen Bart Bernsteins, seine persönliche Güte und Ehrlichkeit ehren und feiern? Es ist eben nur eine verschämte Art, sich zu Bernsteins Programm zu

bekennen. Das macht ja auch Kautsky, wenn er von den Meinungsverschiedenheiten in der Theorie spricht, denn wem wollen die Menschewisten und Kautsky weismachen, die theoretischen Differenzen seien von irgendwelcher Bedeutung, wenn sie gleichzeitig ohne Vorbehalt die Politik akzeptieren? Wozu brauchen wir die Theorie, wenn nicht zum Ausbau einer richtigen Politik? Wenn wir die Menschewisten zu Bernsteins Jubiläum und die Freunde Kautskys zu Kautskys Geburtstag sprechen hören, so finden wir ohne weiteres die Lösung des Kautsky-Rätsels. Was ist jetzt Kautsky für die Sozialdemokraten? Bernstein hat keine Metamorphose durchgemacht. Er kann mit Stolz sagen: „Hier stehe ich und stand ich immer.“ Anders Kautsky. Er mußte sich Bernstein langsam aber sicher nähern — in dem Maße, wie die soziale Revolution sich dem Wohnsitz Kautskys näherte. Denn Kautsky war der typische Vertreter der II. Internationale mit ihrer marxistischen Phrase und opportunistischen Tat. Als Kautsky nach langem Zögern gegen Bernstein auftrat, da hatte er noch die Mehrheit der Partei hinter sich, darunter Bebel und den ganzen Parteivorstand. Als aber der Revisionismus die Sozialdemokratie immer mehr aushöhlte, als das marxistische Banner eine immer stärkere opportunistische, bürgerlich-demokratische Färbung annahm, während gleichzeitig die sich immer mehr zuspitzenden Gegensätze und der Imperialismus eine Kriegsgefahr heraufbeschworen, da fing man an, allen Ernstes daran zu denken, die Partei auf die „richtige“ opportunistische Taktik einzustellen. Der 4. August der SP Deutschlands und der ganzen II. Internationale mußte vorbereitet werden. Und so sehen wir, wie sich ein Zentrum herausbildet, mit Kautsky als geistigem Haupt, ein Zentrum, das viel gefährlicher war als der offene Revisionismus. Im Jahre 1905 war Kautsky, den Hauch der russischen Revolution verspürend, einen Augenblick begeistert; das geschah unter dem persönlichen Einfluß Rosa Luxemburgs, dieses „zweiten Freundes“, den er, wie er selbst berichtet, verlieren mußte, als er zum Zentrum überging. Aber der Zusammenbruch der ersten russischen Revolution und die Verschärfung des Kampfes in Deutschland genügten, um Kautsky wieder nach der andern Seite abzuschwenken zu lassen, und zwar diesmal gründlich und für immer. Mit einer Offenherzigkeit, die sich nur ein ganz reines Gewissen leisten kann, sagt Kautsky: „Für uns vom marxistischen Zentrum schien nun die Gefahr, die wir beim Aufkommen des Revisionismus befürchtet hatten, als könnten die arbeitenden Massen über kleinen Augenblickeerfolgen ihre große historische Aufgabe vergessen, immer geringer. Die Gefahr, die wir befürchteten, drohte uns vielmehr von links, von der revolutionären Ungeduld. Nicht gegen rechts, sondern gegen links richtete sich jetzt das Schwergewicht der

Abwehr des marxistischen Zentrums. Auch das kostete mich wieder eine Freundschaft, die von Rosa Luxemburg. Aber der Kampf mit Bernstein nahm damals ein Ende. Ein erträgliches Verhältnis zwischen uns begann sich anzubahnen. Schon 1912 finden wir Bernstein wieder als Mitarbeiter der „Neuen Zeit.“ Ist das nicht klar genug? Rosa Luxemburg hat er verloren, aber Bernstein, der treue „Marxist“, war an seiner Seite.

Noch einmal sollte Kautsky Rosa Luxemburg „verlieren“, und zwar diesmal für immer. Das war an dem Tage, an dem sie den Märtyrertod starb, gefallen von der Hand der Schergen Noskes und Eberts, derselben Noske und Ebert, die jetzt mit Kautsky in einer Partei Arm in Arm für das Wohl der „Demokratie“ gegen die Bolschewistentyrannei tapfer fechten. Aber dieser Verlust stört durch kein Wölkchen den Sonnenuntergang Kautskys, ist es doch, wie er selber sagt, eine wahre Lust, zu leben, wenn man sieht, wie nett sich alles auf Erden gestaltet.

Der „revolutionäre Marxist“ Kautsky war ja immer eine humane, friedliche Natur; Gewalttat, brutaler Kampf, rohes Schlachtgetümmel war ihm zuwider. Ja, wie es sich jetzt herausstellt, sind Gewaltmittel, physische Mittel überhaupt nur Sache der Bourgeoisie, und keine Proletarierhand wird sich dazu verleiten lassen, derartige Mittel anzuwenden. Kautsky stand zu diesen Fragen so ungefähr wie der Bauer bei Goethe:

Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen,

Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,

Wenn hinten weit in der Türkei

Die Völker aufeinander schlagen.

Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus

Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten;

Dann kehrt man abends froh nach Haus

Und segnet Fried' und Friedensseiten.

Wenn man sich in Rußland den Schädel einschlägt, nun, das kann man noch ertragen, man kann dieses Draufschlagen sogar mit Sympathie begrüßen, wenn man aber auf europäischem Boden, auf „zivilisiertem“ deutschen Boden daran denkt, aufeinander loszugehen, so sagt Kautsky: „O nein, das wird ein bißchen gefährlich.“ Bei Shakespeare sagt der brave Dogbery, als er die Nachtwache von ihren Pflichten unterrichtet: „Ihr könnt jedem Mann Halt gebieten im Namen des Prinzen“, und als der vorsichtige Sergeant fragt: „Und was nun, wenn man nicht stehenbleiben will?“, da antwortet der pazifistisch veranlagte Dogbery nach kurzer Überlegung: „So nehmt einfach von dem Kerl keine Notiz, laßt ihn ruhig laufen.“ Das ist Kautskys Rezept für die Revolution, für den Krieg. Will die Bourgeoisie nicht haltmachen,

nun, dann lassen wir sie ruhig ihren Weg gehen und legen uns schlafen. Aus Marx und Engels sind bei Kautsky plötzlich Lämmerchwänzchen geworden, die vor jedem Gewaltakt zurückscheuen, die die größte Umwälzung, die die Geschichte der Menschheit kennt, die soziale Revolution, zu einer Idylle gestalten wollten. Dieser Wahnsinn, in dem aber sicher eine Methode steckt, das ist es, was alle Sozialdemokraten und die ganze Bourgeoisie bei Kautsky so freudig begrüßen. Es ist ja ganz überflüssig, auf die langweiligen pedantischen Ausführungen Kautskys über die proletarische Revolution hier näher einzugehen, wir schreiben ja keine gelehrte Abhandlung. Der langen Rede kurzer Sinn ist leicht zu fassen: Jetzt, wo der Imperialismus die Gegensätze bis aufs Äußerste zugespitzt hat, wo Millionen unter Waffen stehen, und das Gespenst eines neuen Weltkrieges uns zugrinst, wo der Faschismus überall die „bürgerliche Demokratie“ ersetzt, wo das Proletariat aufs blutigste ausgesaugt und gemordet wird, ausgerechnet jetzt faselt der Führer der „Marxistischen Internationale“ von einem friedlichen Übergang zum Sozialismus. So war es auch schon 1911 und 1912, je näher die Kriegsgefahr, desto friedlicher war der „humane“ Kautsky gesinnt, je bedrohlicher die Bourgeoisie, um so opportunistischer waren Kautsky und seine Sozialdemokratie. Fabius Cunctator, der „römische Feldherr, wurde sein Ideal — und die „Ermattungsstrategie“, ein hübsches Wort für einen lächerlich banalen Gedanken, der darin bestand: Wenn man uns haut, dann gehen wir ruhig nach Hause, denn das Raufen ist uns zuwider —, wurde von Römer-Kautsky geprägt. Und als der große Weltkrieg kam, da sagte unser Römer ruhig: „inter arma silent musae“, die Internationale hat da nicht hereinsureden, sie ist eine Friedensorganisation, eine friedliche Organisation, so eine Art Quäkergesellschaft, wir wollen mal abwarten, bis die Bourgeoisie vom Totschlagen genug hat, dann werden wir recht hübsch zusammenkommen und in der Internationale gemütlich plaudern. Der Krieg war ja für Kautsky nur ein kleines Mißverständnis, eine unangenehme Störung, die glücklicherweise vorüber ist, und jetzt sagt er: „Wir haben alle Aussicht, daß sich die kommende proletarische Revolution, das heißt die Gewinnung der politischen Macht, auf Grund der Demokratie, vollzieht, also friedlich.“ Kurz und bündig. Und den „revolutionärsten unter den Revolutionären“, wie er sagt, die dagegen protestieren werden, antwortete er folgendes: „Eine Revolution ohne Gemetzel und Terror ist für sie doch keine richtige Revolution, sondern bloß elender waschlappiger Reformismus. Sie beweisen mit ihren Anschauungen von der Revolution bloß, wie konservativ trotz allen revolutionären Redensarten ihr Denken ist. Sie können sich eine Revolution gar nicht anders vorstellen

als nach dem Muster der bürgerlichen Revolution der Vergangenheit.“ Da ist der Hund begraben! Kautsky, der Humane, Edle, dem es vor dem Blutvergießen graut, hat sich da für seinen Privatgebrauch „eine Revolution zusammengezimmert“, die so seinem Temperament und Gemüt entspricht und gleichzeitig vortrefflich den Interessen der Bourgeoisie dient. Selbstverständlich ist das alles „tief marxistisch“. Kautsky hat doch nicht umsonst 50 Jahre Marxistudium hinter sich. Was ist eine bürgerliche Revolution nach Kautsky? Das ist eine Revolution, wo geschossen und überhaupt ganz brutal verfahren wird. Was ist eine proletarische Revolution? Wo nicht geschossen wird, und wo sich alles in delikatester Weise vollzieht. Wann hat die Stunde für diese proletarische Revolution geschlagen? Sehr einfach, wenn die Bourgeoisie keinen Widerstand leistet, wenn man sie expropriert. Und falls sie doch Widerstand leisten will und leistet? Nun, so geht man einfach nach Hause, denn erstens ist schießen keine proletarische Sache, zweitens sind die Dinge „marxistisch gesprochen“, noch nicht reif genug, sonst würde eben die Bourgeoisie nicht mehr schießen können und wollen. Man erzählt, daß seinerzeit Kautsky jüdische Anekdoten sehr gern hatte. Wir wollen nun ihm zu Ehren eine Anekdote zum besten geben: Ein jüdischer Commis voyageur soll durch eine unsichere Gegend reisen, man empfiehlt ihm, Waffen mit sich zu führen. Ein Revolver wird gebracht, unser Held verabschiedet sich von der versammelten Familie, läßt aber den Revolver auf dem Tisch liegen. „Moritz, hier ist dein Revolver“, sagt die besorgte Gemahlin. „Ja, den seh ich,“ lautete die Antwort, aber wer wird aus ihm schießen?“ Das ist Kautskys Stellung zur sozialen Revolution. Und da die Bourgeoisie und die Sozialdemokraten nicht auf dem Standpunkt des Moritz stehen, da sie schießen wollen, können, und bereits geschossen haben, und weiter schießen werden, so ist dem Stinnes wie dem Noske, dem Poincaré wie dem Chamberlain Kautskys Auffassung sehr willkommen, er entwaffnet ja moralisch und physisch das Proletariat und seine Vorhut, die Partei, und liefert sie wehrlos der Bourgeoisie aus, wie sie am 4. August 1914 ausgeliefert wurde. Daher die vielen Danksagungen der sozialdemokratischen Faschisten Finnlands, Bulgariens, Georgiens für die großen Dienste, die ihnen Kautsky mit seiner Kritik des Bolschewismus, mit seiner Revolution ohne Schießerei geleistet hat. Ein Finne schreibt in der „Gesellschaft“: „Daß wir, finnländische Sozialdemokraten, in dem Kampfe mit der kommunistischen Bewegung, trotz der günstigen Begingungen für die kommunistische Propaganda, die Oberhand behalten konnten, verdanken wir größtenteils, außer der marxistischen Schulung der Massen in den früheren Jahren, den ausgezeichneten, geistigen Kampfmitteln, die

Kautsky uns mit seinen Streitschriften gegen den Kommunismus gab.“ Dieses wertvolle Geständnis erfordert eine gewisse Ergänzung. Nicht nur Kautskys „beredsame“ Schriften haben dazu beigetragen, den Sozialdemokraten den Sieg zu verschaffen. Die finnische Bourgeoisie, die ja als Bourgeoisie von Kautsky die Erlaubnis bekommen hat, sich rücksichtslos zu benehmen, zu schlagen und zu schreien, hat von diesem Rechte auch ausgiebigsten Gebrauch gemacht. Da wiederum die Sozialdemokraten an der Schießerei erkennen konnten, daß es sich um eine „bürgerliche Revolution“ handelte, denn sonst hätte man ja nicht geschossen, da gingen sie, da hier für sie nichts zu tun war, nach Hause, oder vielleicht haben sie mit der Bourgeoisie mitgeschossen, damit die „Putschisten“ endlich einsehen, was Marxismus bedeutet. Und nach dieser Kur, nach der Niedermetzelung von tausenden finnischer proletarischer Kämpfer, kam als Nachkur die Lektüre der Kautskyschen Schriften. Und überall geht es nach demselben Muster. Zuerst eine „bürgerliche Revolution“ mit viel Schießerei, und wenn die sehr geräuschvolle Revolution glücklicherweise mit einem Siege der

Bourgeoisie zu Ende gegangen ist, dann kommen Kautskys erbauliche Schriften — alles ist ruhig, und so ist der Weg zur sozialen Revolution geebnet. Ein Verehrer Kautskys sagt im „Kampf“: „Da die proletarische Revolution einen großen komplizierten Organismus an die Bedürfnisse des Proletariats anpassen muß, ist Sicherheit, Friede, Ruhe für die proletarische Revolution besonders günstig. Der raube Eingriff, der Bürgerkrieg, wirkt auf ihren Verlauf nur störend.“ Der hat seinen Kautsky gut einstudiert. Sollte aber wider Erwarten das westeuropäische Proletariat eine soziale Revolution mit Schießerei und andern unproletarischen Begleiterscheinungen doch versuchen, so wird das nur als die Folge einer mangelhaften Lektüre von Kautskys Schriften zu betrachten sein. Zum Schluß wollen wir noch folgendes über Kautsky sagen: „So geht ein tiefer Riß durch die heutige Basis seines Schaffens. Sein großes Verständnis für den Marxismus, der die Vergangenheit zu erforschen sucht, sticht grell ab von seiner groben Verständnislosigkeit für den Marxismus dort, wo dieser uns in Gegenwart und Zukunft leiten soll.“ Diese Worte stammen von Kautsky.

PETER GERBER: FRITZ EBERT UND SEIN PROZESS

Rechtsanwalt Dr. B i n d e w a l d: „Hielten Sie den Eintritt in die Streikleitung für den richtigen Weg, den Streik abzukürzen? Wäre eine Warnung nicht angebrachter gewesen?“

H e r m a n n M ü l l e r (Vorsitzender der SPD, als Zeuge): „Für eine Warnung war es zu spät; es kam darauf an, im Interesse des Landes die Hände im Spiel und den Einfluß auf die Arbeiter zu behalten!“

„Vorwärts“ vom 12. Dezember 1924, Abendausgabe.

PRÄLUDIUM IM PALAST DES REICHSPRÄSIDENTEN

DIALOG ZWISCHEN EBERT UND HEINE,
SEINEM FREUNDE UND JURISTISCHEN BERATER. SPÄTER LANDSBERG

EBERT: Gab es je, lieber Heine, zuverlässigere nationale Sozialisten als uns? Was, alter Freund? Wissen Sie noch, am 4. August 1914?

HEINE: Standen uns nicht die Interessen des Landes immer höher als die der Arbeiterschaft? Haben wir nicht allen Forderungen Wilhelms, Hindenburgs und Ludendorffs stets das innigste Verständnis entgegengebracht? Und haben wir sie nicht alle bis zur Aus-

lieferung des letzten Mannes der uns vertrauenden Arbeiterschaft an die deutsche Militärmacht erfüllt?

Und jetzt will so ein ahnungsloser Idiot von den Nationalsozialisten, unsern impotenten Nachfolgern, Ihnen gar den Patriotismus absprechen! Sie, Ebert, — und kein Patriot! Vom neugeöfneten Schmelz bis zur pedikürten Zehe, — ein treuer deutscher Mann!

EBERT: Die Sache steht kritisch. Meine Wiederwahl gefährdet, lieber Freund. Also was tun? Was raten Sie?

HEINE: Auf keinen Fall klagen! Wirbelt Schmutz auf und wird ein Gaudium für Kommunisten. Werden schon vor Reichspräsidentenwahl neuen Burgfrieden schließen. Mit Hergt und Westarp stehe aus früheren Zeiten besonders gut. Läßt sich alles arrangieren. Die feudalen Herren wissen — trotz alledem —, was sie an Ihrem Ebert haben! Und so dumm sind sie nicht, daß sie sich einen solchen Arbeitervertreter und Staatsmann entgehen ließen.

EBERT: Also, Sie meinen, man soll zu all diesen Kränkungen schweigen? Solche Verleum-

dungen einfach einstecken? Ich, als höchster Beamter dieser Republik, bin ohnmächtig gegen derartige Injurien? Ich — ein Landesverräter? Wo selbst Wilhelm und andere allerhöchste Herrschaften meine Qualitäten anerkannt haben? Erinnern Sie sich noch der Worte unseres Kaisers — übrigens großartig, das ist ja ein Wort von Ihnen, mein lieber Heine, das war die erlösende Prägung, die Sie, alter Sozialdemokrat, August 1914 fanden: „Unser Kaiser“ — also erinnern Sie sich noch, was S. M. von mir äußerte: „Mit Herrn Ebert läßt sich ganz gut zusammen arbeiten!“

HEINE: Gewiß doch, sehen Sie, das ist ja gerade mein Argument gegen Landsberg, der durchaus den Prozeß eröffnen will. Was scheren uns die kleinen völkischen Kläffer, diese börsartigen winzigen Reptile, wenn wir die Anerkennung der Höchsten, der Mächtigsten von gestern und heute in der Tasche haben. Wir sind doch sozusagen eingeschreint in den Herzen der Kaiser und Könige. Denn wir haben mit ihnen — wie sagt es doch so schön unser Philipp Scheldemann — für Volk und Vaterland Schulter an Schulter gekämpft. (Das heißt unter uns: wir haben die anderen, die Millionen Proleten, für uns kämpfen lassen.) Also: das muß, das kann uns genug sein! Böse Lästereien und gift-spritzende Kommunismäuler, die uns anklagen, wird es immer geben. Ich bin also um jeden Preis gegen einen Prozeß.

LANDSBERG (haastig eintretend): Was höre ich, Fritz, du willst kneifen? Unmöglich! Heine, Sie sind verrückt. Waren schon immer etwas pathologisch. Wir müssen diesen Prozeß führen. Warum schaut ihr mich so verdutzt an? Ich will es euch sagen, warum wir ihn führen müssen. Aus persönlichen, politischen und historischen Gründen:

1. Auf deiner nationalen weißen Weste, Fritz, darf kein Fleckchen sitzen. Das bist du uns und dir schuldig. Du mußt für Freund und Feind das Vorbild des patriotischen Arbeiters bleiben.

2. Wir müssen endlich aufräumen mit den alten internationalen und völkerbefreienden Phrasen, die für uns alte Führer der SPD ja schon längst nur noch altes Gerümpel, verbrauchte Kanonen waren, die an hohen Feiertagen herauszuholen und aufzumontieren wir uns nicht sträuben konnten. Aber jetzt geht die Entwicklung ihren ehernen Gang.

Den Weg, den Millbrand und Briand zur Höhe gegangen sind, auch wir müssen ihn zu Ende gehen. Mehr. Wozu hätten wir sonst in der ganzen Welt den Ruf als die tüchtigsten Organisatoren? Wir müssen das französische Beispiel mit dem englischen verbinden! Das ist unsere Aufgabe, unser Schicksal. Amor fati. Ach, Fritz, du ver-

steht noch kein Latein? Das heißt soviel wie: sein Ich lieben, ihm alles unterordnen, ihm alles opfern, verstehst du? Also: wir müssen zur deutschen Labour Party werden. Zu einer nationalen, zuverlässigen, demokratischen, sozialen Partei. Das ist unser Weg, verstehst du? Die Geschichte — drittens — fordert von uns, daß wir diese Entwicklung vollziehen. Und dazu schickte sie uns diesen Prozeß. Hier wird sich erweisen, was für Patrioten wir immer gewesen sind. Wie eng verbunden mit Gott, König und Vaterland die deutsche Sozialdemokratie unter unserer Führung gekämpft und gelitten hat. Wie sie selbst sich erniedrigt, wie sie andersdenkende Genossen, die verrückt genug waren, unsere Parolen vom Klassenkampf und unser revolutionäres Erfurter Programm ernst zu nehmen, ausgeliefert hat dem deutschen Militarismus, der diese Revolutionäre mit Recht dafür ins Zuchthaus sperrte. Hier wird sich erweisen, wie wir zehn Jahre hindurch die solidesten, treuesten, wertvollsten Stützen des alten Regimes waren, wie keiner von uns die Revolution und ihre Folgen gewollt hat, wie wir im Gegenteil alles getan haben, um sie zu verhindern und wie wir sie, als wir sie nicht mehr verhindern konnten, abgewürgt haben.

Und alles das sollen wir uns jetzt — in dieser Zeit, in dieser Ära des Pazifismus, des für uns segensreichsten Friedens zwischen Kapital und Arbeit — entgehen lassen? Stinnes ist tot, aber es lebe Stinnes! Wenigstens sein Geist. Er sei unter uns! Und in seinem Geiste werden wir siegen!

EBERT (noch etwas unsicher, kleinlaut): Meinst du wirklich, Landsberg? Du warst immer ein schlaues Aas! Aber manchmal — habe ich mir sagen lassen — ist es auch nicht klug, schlaue zu sein.

HEINE: Sie — und wir alle mit Ihnen — spielen ein gefährliches Spiel, Genosse Landsberg. Wir dürfen, scheint mir, unser Sündenkonto nicht mehr viel belasten. Der gute Glauben und die Geduld der deutschen Arbeiter ist zwar grenzenlos. Aber — ich fürchte immer — das Ungewitter könnte plötzlich über uns losbrechen. Und dann gäbe es keine Rettung mehr für uns. Unter der Führung der verbrecherischen Kommunistenbande, liebe Genossen, würden wir bis auf den letzten Mann aufgerieben und gar von unseren eigenen Leuten hochgehoben werden.

Aber ich muß zugeben, Ihre Argumente haben etwas Bestechendes, Landsberg. Ich bin schon von Ihnen gefangen.

LANDSBERG: A propos, Bestechendes. Natürlich muß die Sache technisch gut vorbereitet werden. Vorher darf der Prozeß nicht steigen. Keineswegs vor den Wahlen. Und er darf nicht länger als zwei bis drei Tage dauern.

Ein Richter, der jüngst — wie ich höre — nach Magdeburg versetzt wurde, ist Mitglied des „Republikanischen Richterbundes“. Also gewiß ein zuverlässiger Mann, zu dem wir Vertrauen haben können. Mit dem schmelßen wir den Laden.

HEINE: Das ist nicht schlecht eronnen. Landsberg ist doch ein Tausendsassa. Seine Gründe haben mich überzeugt. Wir müssen den Kampf gegen die Lüge aufnehmen.

EBERT (immer noch unsicher und mißtrauisch): Wenn euer guter Richter aber nicht standhält und umfällt?

LANDSBERG: Fritz, sei doch nicht so ängstlich auf einmal. Wir haben doch schon andere Dinge zusammen geschoben. Und sie sind uns geglückt. Oder ist uns etwas passiert?

Weiß du, was? Ich mache dir einen Vorschlag. Du ernennst Heine und mich zu deinen Verteidigern. Du bleibst in Berlin! Und wir kämpfen in Magdeburg für dich und die deutsche Sozialdemokratie diesen guten und ehrlichen Kampf. Durch ihn schaffen wir die Plattform für eine erneute, verjüngte, nationale und soziale Partei à la Labour Party. Macdonald ist unser Vorbild. Dieser Prozeß muß, dieser Prozeß wird ein Markstein in der deutschen Geschichte und in der Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden. Und du persönlich, Fritz, kannst dich auf uns beide verlassen.

EBERT: Also gut, ich bin einverstanden. Wenn nur alles gut geht...

PROZESS UND SELBSTHEINRICHTUNG

Wie langsam vollzieht sich der Auflösungsprozeß der deutschen Sozialdemokratie, dieses stinkenden Leichnams, der noch zu leben scheint, während er schon in der Verwesung begriffen ist. Dieser gewaltige Körper einer einst stolzen Partei liegt schon in der Agonie. Geschwächt, entstellt, verzerrt und befleckt durch niedrigste Schweinereien aller Art. Welche Ausschweifungen, welche Laster, welche Verbrechen hätte diese Partei nicht begangen! Sie hat sich unzählige Male seit dem 4. August 1914 selbst befleckt, selbst geschändet. Sie hat sich freiwillig als Prostituierte der Monarchie und dem Kapital angeboten. Sie hat für Kaiser und Vaterland Millionen von Proletariern, die ihr vertrauten, in die Schützengräben als Schlachtvieh befördert. Sie hat sich in dem Augenblick, wo es galt, den revolutionären Geist ihres Programms in die Tat umzusetzen, mit dem von ihr seit Jahrzehnten bekämpften deutschen Militarismus verbrüdet. Und sie blieb nicht nur vereinhalf Jahre lang — während aller Verbrechen dieses Militarismus — sein treuester Kumpan, sondern sie hat sich auch nach dem Zusammenbruch im November 1918 keine Sekunde von ihm getrennt.

Sie hat vielmehr die alten kaiserlichen Offiziere, offene Konterrevolutionäre und erklärte Feinde der Arbeiterschaft zu ihren aktivsten Bundesgenossen gemacht. Sie hat die kaiserlichen Generale Reinhardt, v. Watter, v. Oven, v. Lettow-Vorbeck, Maercker auf die rebellierenden Massen des deutschen Proletariats losgelassen. Der Faschistenführer Ehrhardt war ein von dem Oberkommandierenden Noske höchstgeschätzter Offizier. Diese Partei ließ von ihren weißen Gardien die Führer der deutschen Revolution — Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Kurt Eisner, Gustav Landauer, Eugen Leviné — der Reihe nach einen nach dem anderen abschachten. Mehr als 20 000 namenloser Kämpfer und Helden der Revolution wurden in diesem deutschen Bürgerkrieg, den die SPD im Bunde mit der Konterrevolution führte, getötet. Von Verrat zu Verrat, von Verbrechen zu Verbrechen schreitend, hat die Führung dieser Partei sich immer wieder der herrschenden Klasse zur Unterdrückung oder zur Schwächung der revolutionären Arbeiter angeboten. Sie wurde dafür von der Bourgeoisie ihren Diensten entsprechend entlohnt. Sie vermischte sich so innig mit dem Kapital und der Demokratie, daß sie auf Tod und Leben mit ihnen sich versippte. Und dieser nicht mehr lösbaren Assoziation erwachsen alle jene Skandale, jene Korruptionsaffären, die sich an die Namen Parvus, Sklarz, Barmat, Kutisker knüpfen. Pestilenz, wohin man blickt. Eine kaum mehr überblickbare Kette häßlichster und schmutziger Geschäfte zwischen Partei und Bürgertum, dunkler Verbindungen zwischen Parteiführern und Spekulanten, politischer Mitarbeit an allen Organen der Konterrevolution. Dafür belohnte sie das Kapital und seine Presse mit Anerkennung ihrer Verdienste um die Erhaltung der bürgerlichen Republik, würdigte sie als Staatsmänner und dankte ihnen oft für ihr Draufgängertum im Kampfe gegen den Bolschewismus.

Alles schien in bester Ordnung. Sie waren in den Augen der Bourgeoisie Patrioten, treu wie Gold, „vernünftige Demokraten“, keine „Utopisten“ und Schwärmer, sondern national zuverlässige Realpolitiker, — kurz Männer, mit denen sich reden und handeln ließ.

Aber — wie sagt mit Recht schon Friedrich Schiller? — „es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“.

Der böse Nachbar der SPD sind die Nationalsozialisten, denen die Herren Ebert, Noske, Scheidemann e tutti quanti noch nicht staatsfromm, national und kaisertreu genug waren, die deshalb einen eigenen Laden eröffnet haben und, um bessere Geschäfte machen zu können, die SPD-Konkurrenz immerfort anklagen, ihre Kaiserstreue und ihr Nationalismus seien nicht echt, sondern Ramschware gewesen.

Im Verlaufe dieses lieblichen Konkurrenzkampfes nennt ein kleiner völkischer Reporter,

namens Rothardt, der in Magdeburg ein Käseblättchen der Hakenkreuzer verantwortlich zeichnet, — dieser kleine Schmock nennt im Jahre 1924 den Herrn Reichspräsidenten einen Landesverräter, weil er im Januar 1918 für Fortsetzung des Munitionsarbeiterstreiks gewosen sei. Nie wurde ein braver Patriot grundloser und schändlicher verleumdet. Nie hat Herr Ebert — das bestätigen wir böse Kommunisten ihm — „sein Land“ verraten. Beim Wort „Landesverräter“, von ein paar verrückten Völkischen ausgestoßen, sucht er schwer getroffen zusammen. Der Ruf: Arbeiterverräter!, der ihm aus Millionen anklagender Arbeiterstimmen in die Ohren tönt, läßt ihn kalt.

Da bedarf es keines Prozesses. Erstens fällt der Arbeiterverrat unter keinen Paragraphen des Strafgesetzbuches. . . Dafür kommt man auch nicht ins Zuchthaus (wie tausende in dieser demokratischen Republik angeklagte Arbeiter für angenommenen „Landesverrat“), dafür bleibt man vielmehr: Reichspräsident. Zweitens gehören die Ankläger zur unterdrückten und nicht zur herrschenden Klasse. Haben also keine Macht, haben keine Ämter zu vergeben. Folglich können sie brüllen, soviel sie wollen. Das lassen wir — denkt Ebert u. Co. — von unseren Redakteuren im „Vorwärts“ als „hysterisches Geschrei“ abtun.

Aber hier — bei dem schweren Vorwurf der Nationalisten — geht es um die bürgerliche Reputation. Kann ich mit den Herren Stresemann, Marx, Luther, Hergt und Tirpitz noch verkehren, werden sie bei mir noch verkehren, wenn ich eine solche Beleidigung, „Landesverräter“, auf mich sitzen lasse? Das ist entscheidend. So schwer die Aufgabe auch ist, dieser Prozeß mußte geführt werden.

Das Problem dieses Prozesses allerdings zu lösen — im Sinne der SPD-Führer — hieße die Quadratur des Zirkels erfinden. Genialere Naturen als diese SPD-Strategen sind daran gescheitert. Dieser Prozeß konnte also nicht gut ausgehen. Denn was versuchten Ebert und seine Advokaten zu erweisen? Den Monarchisten und der gesamten Bourgeoisie gegenüber, mit denen sie politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich seit mehr als zehn Jahren aufs engste koalitiert sind: daß sie stets gute Patrioten, treue Helfer der kaiserlichen Monarchie waren, und daß sie im Kriege als Jusqu'au-boutisten „durchgehalten“ bis zum Zusammenbruch Ludendorffs. Zugleich aber mußten sie versuchen, dem Teil der Arbeiterschaft, der ihnen trotz allem noch immer vertraut, als Vertreter ihrer Interessen oder gar als Klassenkämpfer zu erscheinen. War schon die Aufgabe paradox, wie erst ihre Lösung!

Man sparte nicht an Regie und Darstellerkosten. Man bot die ersten Helden der SPD auf, um einen durchschlagenden Erfolg zu erzwingen. Man ließ die schwersten Kanonen auffahren. Scheidemann, Noske, Hermann Müller, Dittmann,

flankiert von Heine und Landsberg, standen auf der Szene.

Aber, o jeminch, alles ging daneben. Es wurde ein Durchfall erster Klasse.

Als schon nach den ersten Tagen des Prozesses die Lage kritisch, ja bedrohlich zu werden anfing, bestieg der oratorisch gerissenste Komödiant die Tribüne und donnerte als Heldenvater den gar nicht mehr respektvollen bürgerlichen Richtern die Worte entgegen: „Der Streik brach aus, ohne daß wir etwas davon wußten, und man suchte uns durch Deputationen zu betelligen. Wir lehnten das ab und schickten dann die Leute fort. Als dann unsere Leute selbst uns baten, traten wir in die Streikleitung ein mit der ausgesprochenen Absicht — ich verrate wohl kein Geheimnis —, dem Streik durch Verhandlungen mit der Regierung baldmöglichst ein Ende zu machen. . . Wären wir damals nicht in das Streikkomitee gegangen, würde das Gericht heute nicht hier sitzen, genau so, wie wir 1918 russische Verhältnisse verhindert haben. Es würde dann auch heute keine Zeitung geben, die uns beschimpfen könnte. Was wir getan, geschah aus Liebe zu unserem Vaterlande!“

Und dann kam Noske. Mit dem ihm eigenen brutalen Zynismus bekannte er unter Eid: „Auf Eberts Antrag wurde ich im September 1918 Verbindungsmann zwischen der Partei und der Regierung. Ich kenne Eberts Stellungnahme zum Streik genau, denn ich bin mit ihm intim befreundet gewesen. . . Ich muß sagen, daß ich erstaunt bin, daß ein Mann von so untadelhaftem Charakter, von so großer Vaterlandsliebe wie Ebert seit Jahren durch die Presse und Versammlungen geschleift wird. . . Wenn ich gewollt hätte, so wäre im Januar in Chemnitz gestreikt worden. Ich schreibe es mir sehr wesentlich zu, diesen radikalen Tendenzen entgegenzutreten zu sein. In Chemnitz saßen damals der jetzige flüchtige, zuletzt sächsische Regierungsdirektor Brandler und der radikale Abgeordnete Heckert, die sich bemühten, den Streik zu entfesseln. Ich habe es fertiggebracht, zunächst die Abstimmung über den Streik aussetzen zu lassen, weil ich wußte, daß inzwischen der Berliner Streik verkrachen würde. Die Radikalen haben mir das später zum Vorwurf gemacht, ich hätte sie hingehalten und so den Streik kaputt gekriegt.“

Nach Noske sein Ebenbild Wels, der Vorsitzende der SPD: „Wir haben uns mit dem Streik nur befaßt, um die Landesverteidigung zu sichern.“ Klipp und klar. Gedrängt durch die Prozeßführung und die Tatsachen, die die Verhandlungen bisher ergaben, werden die SPD-Führer schamloser von Tag zu Tag, konzentrieren sich immer mehr nur auf den einen Teil ihrer Aufgabe, auf die Wiederherstellung ihrer nationalen Ehre beim Bürgertum, und vergessen darüber den zweiten Teil, die Rücksicht auf die Arbeiterschaft, deren Interessen sie bisher vor-

gaben zu vertreten. Die Dialektik des Prozesses zwingt sie dazu.

So wie diese „Arbeiterführer“, die früher behaupteten, kein Vaterland zu kennen, im Kriege als kaiserliche Sozialisten von Stufe zu Stufe sanken, wie sie gezwungen wurden, einen Verrat nach dem anderen zu begehen, wie sie neunmal hintereinander die Mittel zur Kriegsführung bewilligten, wie sie grundsätzlich die Monarchie anerkannten, wie sie bis zum trostlosen Ende das deutsche Proletariat anketteten an den schon in den Abgrund rollenden Staatswagen des kaiserlichen Imperialismus, wie sie jede Rebellion der Arbeiter, wie sie die Revolution von 1918 abwürgten, indem sie sich an die Spitze der Bewegung stellten, um bewußt die Massen von neuem zu täuschen, wie sie aus dem System des fortgesetzten Arbeiterverrats ein Programm machten, so zwang sie dieser Prozeß, sich selbst zu entlarven und sich als offene Verbündete des Kapitals (sie sagen des „Vaterlandes“) selbst ansuprangern. Der deutsche Monarchistenblock, der in dieser Republik offiziell bereits die Macht ausübt, hätte den Sozialpatrioten keine Abweichungen nach links — und seien sie nur schein-

bar — erlaubt. Sie mußten sich selbst als Streikbrecher, als Patrioten und treue Monarchisten bekennen. Das war das Ziel der Bourgeoisie.

Aber es hat ihnen alles nichts genutzt. Trotz tiefster Erniedrigung und Selbstbespeigung hat ihnen die herrschende Klasse durch ihre Justiz den verdienten Fußtritt versetzt. Das Schöffengericht zu Magdeburg hat über den Herrn Reichspräsidenten das Urteil gefällt: Er habe „im Sinne des § 89 des StGB vorsätzlich gehandelt, und es ist somit erwiesen, daß er im strafrechtlichen Sinne Landesverrat begangen hat“.

Die SPD, am ganzen Körper faulend, kommt aus dieser Zwickmühle zwischen scheinbarer Arbeitervertretung und offenem Bündnis mit dem Bürgertum und der Konterrevolution nicht mehr heraus. Sie windet sich nach allen Seiten. Und während sie sich selbst umbringt, und es nur noch bei einer kritischen Situation des kräftigen Stoßes der revolutionären Arbeiterschaft bedurfte, um sie wegzufegen, kann man für diesen lebenden Leichnam keine treffendere Charakteristik finden als die, die einst Franz Mehring bei dem Tode eines demokratischen Führers geprägt hat: „Ein Lump noch im Sterben!“

C. JAKOBSON:
A. DEBORIN, LENIN ALS DENKER

Moskau, Verlag „Krasnaja Now“ 1924

Unter den modernen Entwicklungsbedingungen der kommunistischen Weltbewegung erlangen theoretische Fragen eine hervorragende Bedeutung. Ebenso wie das Proletariat ohne eine echt bolschewistische, streng disziplinierte und zentralisierte Partei nicht imstande ist, den in Verwesung begriffenen Kapitalismus zu zerstören und die Macht zu ergreifen, ebenso kann es auch nicht siegen ohne eine klare, einheitliche, konsequente, revolutionäre Theorie, die seinen Weg beleuchtet und seinen täglichen Kampf durchtränkt. Dies ist eine gar nicht neue, eine unbestreitbare und allgemein bekannte Wahrheit, doch ist sie leider noch bis zum heutigen Tage vielen ausgezeichneten, revolutionären Kämpfern nicht im genügendem Maße zum Bewußtsein gekommen, weshalb man sie auch öfters wiederholen muß. Die Bolschewisten haben sich stets dadurch von den offenen und maskierten Opportunisten aller Art unterschieden, daß sie in theoretischen Fragen nicht die geringste Sorglosigkeit duldeten, stets einen erbitterten Kampf um die konsequente orthodox-marxistische Theorie führten und dabei die größte Unversöhnlichkeit und Unduldsamkeit gegenüber allen theoretischen Abweichungen und Revisionsgelüsten an den Tag legten; hierin ist eine der Hauptbedingungen jener kolossalen geschichtlichen Rolle begründet, die die KPR gespielt hat und bis zum heutigen Tage spielt. Sind auch in der Praxis manchmal die einen oder andern Kompromisse möglich und zulässig (in dem Maße selbstverständlich, wie sie nicht in Widerspruch zu dem revolutionären Kampfe stehen, sondern im Gegenteil zweckmäßige Glieder der revolutionären Kette sind), so ist in der Theorie, schon ihrem Wesen nach, niemals selbst das geringste Kompromiß zulässig.

Auch die Philosophie bildet selbstverständlich in dieser Hinsicht keine Ausnahme: Sämtliche Abweichungen von einer wirklich revolutionären, wirklich wissenschaftlichen Einstellung sind hier nicht minder, ja vielleicht noch mehr gefährlich. Die Geschichte der großen und kleinen Renegaten bietet uns viele Beispiele, wie der Verrat an der Sache des Proletariats gerade mit diesen „unschuldigen“ Revisionen, Ergänzungen, Berichtigungen der marxistischen Philosophie begonnen hat. Diese philosophischen Revisionen haben sehr rasch und auf dem kürzesten Wege zur politischen Revision geführt, besser gesagt, sie waren sichere Vorboten einer solchen. Für einen Marxisten gibt es darin natürlich nichts Sonderbares und Rätselhaftes.

Die Gegenwart, die Zeit verhältnismäßiger Ruhe, die Periode organischen Wachstums und organischer Entwicklung der kommunistischen Bewegung, verlangt eine gigantische, wengleich auch manchmal mühevoll Bienenarbeit der Festigung und Bolschewisierung der kommunistischen Partei, der Vorbereitung der Arbeitermassen zu den nicht mehr fernen Entscheidungsschlachten. Wenn auch, wie gesagt, in dieser Periode theoretische Fragen eine besonders große Rolle spielen, so tragen andererseits die immer komplizierteren weltpolitischen Verhältnisse und das ungenügend rasche Tempo der Vorwärtsentwicklung der proletarischen Weltrevolution dazu bei, daß innerhalb der ungenügend widerstandsfähigen und gereiften Schichten unserer Parteien, jener Schichten, die infolge einer Reihe von Ursachen unwillkürlich klassenfremde, kleinbürgerliche Einflüsse widerspiegeln, ein gewisses theoretisches Wanken sich immer deutlicher bemerkbar macht. Der jüngste Ver-

auch einer Revision der Leninschen Theorie des Arbeiter- und Bauernblocks, der Versuch, die Leninsche dialektische Konzeption der Revolution durch eine durch und durch metaphysische Theorie der sogenannten „permanenten Revolution“ zu ersetzen, dieser Versuch steht im zweifellosen Zusammenhang mit diesen hier angeführten Umständen. Die theoretische Belebung innerhalb der kommunistischen Parteien, die an und für sich eine äußerst positive Erscheinung ist, wird auch von einer Reihe ungünstiger Anzeichen begleitet, besonders auf dem Gebiete der Philosophie. Es werden verschiedene Versuche gemacht, die marxistische Philosophie zu „interpretieren“, die marxistische Theorie mit den „letzten Errungenschaften“ der bürgerlichen wissenschaftlichen Dekadenz in Einklang zu bringen. Er erscheinen Rückfälle in den Neokantianismus auf der Bildfläche. Die idealistischen Momente der Hegelschen Philosophie, ihre von den Begründern des Marxismus längst überwundenen und abgelehnten schwachen fehlerhaften Seiten leben wieder auf. Es werden Versuche gemacht, den Marxismus durch den in unsern Tagen zur Mode gewordenen Freudismus zu „vertiefen“ und zu „ergänzen“, wo doch der Freudismus in seinen Grundlagen — Psychologismus und völliger Mangel historischer Auffassung — ein direkter Antipode des Marxismus ist. Vorläufig macht dieser philosophische Revisionismus seine ersten schüchternen Schritte: er hüllt sich in die Toga strengster philosophischer Orthodoxie, er nennt sich den echten dialektischen Marxismus und wird nicht müde, auf Marx und Lenin zu schwören. Doch diese guten Vorsätze können selbstverständlich diesen Revisionismus nicht ungefährlicher und unschädlicher machen.

Das beste Gegengift gegen alle diese Moden ist zweifellos ein ernstes und vertieftes Studium des Leninismus usw., in erster Reihe das Studium seiner philosophischen, methodologischen Grundlagen, die nichts anderes sind als die Prinzipien des orthodoxen, revolutionären Marxismus, die im Zeitalter des Bankrotts des Imperialismus, im Zeitalter der proletarischen Revolution, im Zeitalter des Aufbaues des ersten geschichtlichen proletarischen Staates entwickelt, angewandt und geprüft worden sind. Wohl ist es ziemlich schwer, aus den Werken Lenins diejenigen hervorzusuchen, die philosophischen und methodologischen Fragen gewidmet sind. Die materialistische Dialektik ist die Achse seiner ganzen theoretischen und praktischen Tätigkeit. In zahlreichen Artikeln Lenins, die einzelne politische Fragen behandeln, sind klare Formulierungen der dialektischen Methode, ihrer einzelnen Momente und Sätze eingestreut; diese kleinen Bemerkungen enthalten hundertmal mehr echte Philosophie als sämtliche moderne dicke philosophische Traktate. Gleichzeitig werden die Probleme des dialektischen Materialismus, der dialektischen Methode in einer ganzen Reihe von Werken Lenins einer systematischen Durcharbeitung und gründlichen Erörterung unterzogen. Hier sind vor allem zu nennen: „Materialismus und Empirio-kritizismus“, „Karl Marx“, „Drei Quellen des Marxismus“, weiter der erste Teil des Buches „Was sind Volksfreunde?“, „Staat und Revolution“, „Was tun?“, „Der Radikalismus — die Kinderkrankheit des Kommunismus“, ferner Artikel über die gewerkschaftliche Diskussion u. a. m. Das grundlegende Werk Lenins auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Erkenntnistheorie „Materialismus und Empirio-kritizismus“, das eine glänzende populäre Darlegung mit tiefer Durcharbeitung der philosophischen Grundprobleme vereinigt, ist das beste Mittel zur Ernüchterung derer, die zwar von idealistischen Vorurteilen angesteckt, trotzdem aber noch nicht für den gesunden Sinn des Marxismus und der proletarischen Revolution verloren sind. Jeder, der im wahren Sinne des Wortes ein Leninist sein will, muß die philosophischen Anschauungen Lenins studieren.

Bei diesem Studium kann die jüngst in deutscher Übersetzung erschienene Schrift des Genossen Deborin „Lenin als Denker“ gute Hilfe leisten. Sie besteht aus zwei Artikeln: „Lenin als kämpfender Materialist“, erschienen in Nr. 1 und 2 der Moskauer philosophi-

schen Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ (Jahrgang 1924) und „Marxismus, Lenin und die moderne Kultur“, erschienen daselbst in Nr. 6 und 7. Lenin als Denker charakterisieren wollen, heißt — wenn auch in kurzen Zügen — seine gesamte theoretische Arbeit, seine philosophischen Voraussetzungen, seine Analyse des Klassenkampfes und der treibenden Kräfte der Revolution, seine Lehre von Staat und Partei, seine glänzenden wirtschaftlichen Untersuchungen und gleichzeitig auch die allgemeinen Prinzipien Leninscher Politik, Leninscher Taktik und Strategie darlegen; denn Lenin ist, wie Genosse Deborin ganz richtig unterstreicht, ein genialer Vertreter des neuen Typus revolutionärer Denker, die von der Befreiungsbewegung des Proletariats getragen werden, und deren Ziel nicht nur die Erkenntnis, sondern auch die Umwälzung der Welt ist. Jedoch stellt sich Genosse Deborin keine so große Aufgabe: Indem er auf „Lenins konkrete Anwendung der Methode des dialektischen Materialismus auf verschiedene Probleme der Ökonomik, Politik, Taktik usw.“ nicht näher eingeht, konzentriert er seine Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die allgemeinen philosophischen und methodologischen Grundlagen des Leninismus. Er gibt eine richtige Charakteristik dieser Grundlagen, hebt ihre Hauptmomente richtig hervor, und tut dies in verhältnismäßig populärer Form, insofern es die wissenschaftliche Behandlung des Gegenstandes überhaupt zuläßt. Daher kann man dieses Buch denjenigen voll und ganz empfehlen, die an der Methodologie und Philosophie des Leninismus ein Interesse haben, und das muß ein jeder, der nach Kräften die Sache Lenins fortführt und unter seiner Fahne kämpft.

Genosse Deborin weist richtig darauf hin, daß die dialektische Einheit von Theorie und Praxis der Ausgangspunkt, das A und O des wahren Marxismus ist — und der Leninismus ist ja in Wirklichkeit nichts anderes. Wie Marx, so hat auch Lenin stets das Primat der Praxis verkündet: Jede Theorie muß vor allem von der Praxis geprüft und erprobt werden; Dabei hat er stets unermüdlich die hervorragende Bedeutung der Theorie hervorgehoben. „Jede Etappe der Arbeiterbewegung wurde von ihm vom Standpunkt der allgemeinen marxistischen Theorie begriffen.“ Ein beschränkter Praktiker sieht nicht „das Wesen“ der Erscheinungen und tappt im Finstern, Lenin aber, wie auch Marx es getan hat, macht zur Grundlage seiner Erkenntnisarbeit „die inneren Gesetze der in steter Veränderung begriffenen Welt“, um diese in Übereinstimmung mit ihren Entwicklungsgesetzen zielbewußt zu verändern. Für Lenin, der ein durch und durch konsequenter dialektischer Materialist war, war die Praxis das grundlegende Kriterium für die Richtigkeit des Denkens — jedoch eine Praxis, die von ihm als Gesamtheit der sozialhistorischen, materiellen Produktionspraxis der Menschheit begriffen wurde. Diese Auffassung hat selbstverständlich nichts zu tun mit dem vulgären, mitunter mystischen Praktizismus der Machisten, Pragmatisten u. a. Vertreter des ideologischen Verfalls der Bourgeoisie. Des weiteren verweilt Genosse Deborin dabei, wie Lenin, bei der Kritik der russischen Auch-Marxisten, eine klare, dialektische und materialistische Erklärung der objektiven Wahrheit gibt, bis zu welcher es keine einzige der entgegengesetzten Richtungen des bürgerlichen Denkens bringen kann — weder die metaphysischen Absolutisten (denen die Wahrheit etwas Ewiges, etwas Unwandelbares, Feststehendes ist), noch die metaphysischen Relativisten (die überhaupt die Möglichkeit einer objektiven Wahrheit leugnen). Lenin beweist glänzend die volle Unvereinbarkeit beider Richtungen, überhaupt des Idealismus, mit der wahren Wissenschaft. Indem er die modernen naturwissenschaftlichen Theorien analysiert, zeigt er die volle Unzulänglichkeit jener idealistischen Konsequenzen auf, die von einigen Physikern, sei es infolge Mißverstehens oder aus andern Gründen, aus solchen Tatsachen gezogen werden, die voll und ganz die Richtigkeit der marxistischen Weltanschauung bestätigen. Indem Lenin den Idealismus, diese verfeinerte Art von Pfaffengeist, in allen seinen, selbst den verschleiertsten, Formen unnachsichtlich kritisiert und

entlarvt, gibt er klar und deutlich positive Antworten, eine positive Durcharbeitung der grundlegenden Fragen der materialistischen, wissenschaftlichen Erkenntnistheorie. Genosse Deborin gibt die Anschauung Lenins wieder über die Definition der Materie, die die einzige richtige Lösung dieser philosophischen Frage sichert; er verweilt bei seiner äußerst befruchtenden Behandlung des komplizierten Raum- und Zeitproblems, bei seinem Kampf gegen die Negierung der Objektivität des gesetzmäßigen Zusammenhangs von natürlichen und gesellschaftlichen Erscheinungen. Lenin deckt das Irrtümliche der sogenannten Theorien und Symbole und der Identitätstheorie auf und gibt — nach Engels — die einzige wissenschaftliche marxistische Auffassung der dialektischen Einheit der Erscheinungen und der Dinge an sich.

Die fortschrittliche Philosophie, die Philosophie einer revolutionären Klasse, ist vor allen Dingen eine revolutionäre Kritik der ganzen Gesamtheit der sozialen Verhältnisse der untergehenden Ordnung. Und in diesem Sinne war niemand, außer Marx, ein so wahrer Philosoph, wie Lenin es gewesen ist. Indem Genosse Deborin den Historismus, als das Hauptmoment, den Grundnerv des leninistischen Denkens hervorhebt (was doch selbstverständlich ist, da Lenin ein konsequenter Marxist war), verweilt er weiter bei dem Kampfe Lenins gegen den Fatalismus, gegen den „Automatismus“ der Menschewiki, die durch die Ignorierung der aktiven leitenden Rolle der Partei den Marxismus vulgär verzerrt haben; ferner bei seiner dialektischen Analyse der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft, die vom Augenblick der Machteroberung bis zur voll entwickelten kommunistischen Ordnung eine ganze Stufenleiter zu durchlaufen hat. Zum Schluß vermittelt er dem Leser die Kenntnis der materialistischen, durch und durch dialektischen und leninistischen Behandlung der Moral- und Sittlichkeitsfrage. Da dieses Buch eine richtige Vorstellung über die philosophischen Anschauungen Lenins vermittelt, wird es, wie es scheint, zu einem ausführlichen, tiefen Studium und einem adäquaten Verständnis der philosophischen Grundlagen des Leninismus beitragen.

Z. LEDER: NEUE BÜCHER ÜBER DIE DEUTSCHE REVOLUTION

Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik; Band 1: Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges; Band 2: Die Novemberrevolution, Berlin 1925, Malik-Verlag. — Paul Frölich: Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg; Band 1: Der Krieg, Berlin 1924, Viva.

Der Name Paul Frölich ist den Lesern der KI gut bekannt als der Name eines der bedeutendsten Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands. Während des Krieges gehörte Paul Frölich zu den Führern der Bewegung der sogenannten „Linksradikalen“, und darum sind bei ihm alle Voraussetzungen vorhanden für eine gute Darstellung der Geschichte des Krieges und der Revolution in Deutschland. Eine solche Geschichte ist um so notwendiger, als die deutsche Literatur — abgesehen von einzelnen Aufsätzen über aktuelle Fragen der deutschen Revolution (z. B. Karl Radeks) — bisher nur Arbeiten von „mehr oder minder“ rechtsstehenden Sozialdemokraten über dieses Thema aufzuweisen hat. Genosse Frölich hebt in seinem Vorwort hervor, daß seine Arbeit den ersten Versuch darstellt, das Thema vom proletarischen, also vom kommunistischen Standpunkte aus zu behandeln. Ohne eine „Geschichte“ vom Professorenstandpunkte aus zu sein, enthält das Werk des Genossen Frölich — vom Gesichtswinkel Deutschlands und vom Standpunkte des Kommunismus aus betrachtet — Grundlegendes über die Geschichte des imperialistischen Krieges. Den Arbeitern von diesem Gesichtspunkte aus den Krieg verständlich zu machen — diese Aufgabe hat Paul Frölich — das wollen wir gleich im voraus sagen — sehr glücklich gelöst.

Richard Müller, ein Führer der Bewegung der sogenannten revolutionären Obleute in Berlin, war während des Krieges Mitglied der USPD und schloß sich dann im Jahre 1920 der Kommunistischen Partei an. Während der Levi-Krise stellte er sich auf die Seite Levis, um dann — im vorigen Jahr — ganz aus der Partei auszuschneiden. Trotzdem beleuchtet Richard Müller die Entwicklung der Arbeiterbewegung während des Krieges und während der Revolution vom kommunistischen Standpunkt.

Wie schon aus dem Untertitel hervorgeht, ist der Inhalt des ersten Bandes des Müllerschen Werkes viel enger begrenzt als der des Buches von Frölich. Der Autor steckt sich ein engeres Ziel, er behandelt den Krieg nur soweit er ihn als Hintergrund braucht, der diese oder jene Linie der Entwicklung der Arbeiterbewegung bestimmt. Die sowohl ihrer Form als ihrem Inhalt nach glänzende Arbeit Frölichs kann charakterisiert werden als ein Versuch, die Gegensätze zwischen den wichtigsten am Weltkrieg beteiligten imperialistischen Staaten zu klären und das ökonomische Wesen des Burgfriedens in jedem der kämpfenden Länder aufzudecken, ferner die Dynamik jener Klassen und Klassenkräfte zu geben, die innerhalb des Landes im Kampfe stehen. — Müllers Arbeit ist ziemlich farblos in der Darstellung und viel ärmer dem Inhalte nach, obgleich sie, wie ich oben bereits sagte, insofern wertvoll ist, als sie die Rolle zeigt, die die Organisation der revolutionären Obleute in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung gespielt hat, und die bisher nur einseitig bekannt war aus dem völlig wertlosen Buch Emil Barths (Aus der Werkstatt der deutschen Revolution), und die ein anders Büchlein R. Müllers nur oberflächlich schildert.

Gehen wir zu den Einzelheiten über.

Das erste Kapitel, in dem Müller spitzfindig nachzuweisen sucht, daß die französische Revolution als Mutter der proletarischen Revolution betrachtet werden müsse, halten wir für völlig überflüssig. War es denn notwendig, die Krapotkinsche Geschichte nachzu-erzählen, um die Entwicklung der deutschen Bewegung klarzumachen?

Weiter ist es notwendig, eine bestimmte Tendenz bei Müller festzustellen. Diese Tendenz zeigt sich zunächst darin, daß Müller sich als einen der Führer der deutschen Revolution betrachtet, mit dem sich vielleicht nur Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht messen können. (Seite 142 finden wir den Satz: „Seit Kriegsausbruch stand ich an der Spitze der revolutionären Bewegung.“) Wenn Müller die phrasenhafte Schwatzhaftigkeit eines Emil Barth mit Recht geißelt, so darf er nicht vergessen, daß nicht jeder, den die Woge der Klassenbewegung auf den Kamm hebt, das Recht hat, sich als Führer dieser Bewegung zu betrachten. In seiner eigenen Schilderung der ersten Periode der Bewegung noch während des Krieges hat Müller es nicht verstanden, den Nachweis zu liefern, daß bei ihm die Voraussetzungen für den Titel eines revolutionären Führers vorhanden waren, so z. B. als er bei der Wahl des Bevollmächtigten der Metallarbeiter dem Verräter Cohen den Vortritt ließ (S. 59/60), als er die ihm als Feinde des Streiks gut bekannten Führer der Sozialdemokratie — Ebert, Scheidemann und Braun — in das Streikkomitee hineinbrachte, oder als er gemeinsam mit den andern Obleuten den Plan der revolutionären Aktion am 4. November 1918 ablehnte, während seine Schilderung den Anschein erweckt, als wäre Berlin nur deshalb nicht in Aktion getreten, weil die revolutionären Obleute diese für unzumutbar hielten (S. 137, I. Bd.). Denn wenn es Scheidemann und Ebert, die das Proletariat im Laufe von 50 Monaten täglich und stündlich verrieten, die noch bis zum 9. November Feinde der Revolution waren, gelungen war, die Gewalt an sich zu reißen und sich als „revolutionäre“ Regierung zu proklamieren, so konnte dies nur geschehen, weil es in Deutschland vor dem 9. November keine revolutionäre Partei gegeben hat, weil es den bestehenden revolutionären Organisationen an revolutionärer Initiative und Stoßkraft mangelte. In der zweiten Periode aber — vom 9. November bis Dezember 1919 — erscheint die Rolle Müllers, dieses revolutionären „Führers“, in einem geradezu tragikomischen Lichte.

Müllers Tendenz zeigt sich ferner in seinem Verhältnis zur Spartakusgruppe und in seiner Beurteilung derselben. Müller steht ideologisch stark unter dem Einfluß Rosa Luxemburgs. Als „Praktiker“ beurteilt er die Spartakusgruppe ziemlich absprechend. Diese Gruppe habe angeblich keinen unmittelbaren Einfluß in den Betrieben gehabt (S. 59), er klagt sie putschistischer Neigungen an, sie „dränge gewaltsam von einer Aktion zur andern“ (S. 65/66), die Spartakusleute predigten, wie Müller behauptet, „revolutionäre Gymnastik“ (S. 129 u. f.). Stecken hinter dem Verhalten Müllers zur Spartakusgruppe nicht dieselben Vorurteile und dieselbe Voreingenommenheit, die auch die Vertreter der Arbeiteraristokratie auszeichnen, jener Arbeiteraristokratie, die nach Müllers Meinung ungerechterweise beschimpft werde, da sie in der Entwicklung der revolutionären Bewegung eine grundlegende Rolle gespielt habe?

Ähnliche Tendenzen, wenn nicht gerade seine eigene Person, so doch jedenfalls die Organisation in den Vordergrund zu stellen, deren Leiter Müller war (in der ersten Periode — der revolutionären Obleute, in der zweiten — des Arbeiter- und Soldatenrats), zeigen sich auch im zweiten Band von Müllers Arbeit. Sehr interessant ist hier das Kapitel, das die Machenschaften der „ehrlosen“ Clique Ebert-Scheidemann-Landsberg gegen die Spartakusgruppe schildert. Beiden Bänden sind zahlreiche Dokumente aus jener Zeit beigefügt, von denen viele, da man sie anderswo nicht auffinden kann, von großem Werte sind. Durch das reiche Material, das das Buch enthält, ist die Arbeit von Müller zweifellos

ein interessanter und sogar unentbehrlicher Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution.

Zu Frölich zurückkehrend, sehen wir uns gezwungen, gewisse Mängel seiner Darstellung festzustellen.

Paul Frölich war, wie wir schon erwähnten, zur Zeit des Krieges ein „Linksradikaler“. Infolgedessen trennten ihn gewisse Meinungsverschiedenheiten von den Spartakusleuten, wie Frölich in seinem Buch selbst erwähnt. An verschiedenen Stellen setzt uns sein unkritisches Verhalten zur Stellungnahme und zur Politik Rosa Luxemburgs in Staunen. Er erwähnt z. B. Lenins Kritik der Juniusbroschüre, ohne über den Inhalt dieser Kritik etwas zu sagen, er charakterisiert nur die Schärfe Lenins als eine Kritik, „durch die gerade der starke Geist den Starken ehrt, der mit ihm auf gleichem Boden steht“; und dieser inhaltlosen Phrase läßt er die ebenso inhaltlose, von Klara Zetkin stammende Beurteilung der Broschüre folgen.

Wir wollen noch einige Stellen hervorheben, die unsrer Ansicht nach wenig glücklich sind.

So z. B. befriedigt uns die Erklärung nicht, die Frölich für den Unterschied zwischen den „Linksradikalen“ und den Spartakusleuten gibt.

Die Stelle: „Die Bolschewisten wußten, daß das Proletariat in Rußland den Sozialismus nicht verwirklichen konnte, ohne die Revolution auch in den großen Industrieländern Europas“ (S. 191) scheint uns von zweifelhaftem Wert und überflüssig.

Auf Seite 171 und 204 finden wir bei Frölich den an die Führer des deutschen Imperialismus gerichteten Rat, sich „vernünftig“ zu benehmen, einen Rat, den Frölich ihnen als Historiker gibt (oder den andern Geschichtsforschern nachspricht). Wir sind der Ansicht, daß solche Ratschläge das Ergebnis eines allzu fleißigen Studiums der militärisch-politischen Seite des Zusammenbruchs Deutschlands sind, und daß sie in der von einem Kommunisten geschriebenen Geschichte besser wegbleiben könnten.

Auf Seite 209 gegen die „Dolchstoßlegende“ polemisierend, scheint uns Frölich die Bedeutung der revolutionären Propaganda an der Front, die eine direkte Folge der Einwirkung der bolschewistischen Revolution auf die deutschen Soldaten (vielleicht aus der direkten Propaganda unter den Soldaten) war, zu unterschätzen.

Und wenn Frölich auf Seite 214 anlässlich des 9. November schreibt: „Spartakus marschiert an der Spitze!“, so will es uns scheinen, daß er sich allzusehr . . . fortreißen läßt.

Wir weisen auf diese mehr oder minder bedeutenden Mängel hin, betonen aber noch einmal, daß Frölichs Arbeit der glänzenden Form der Darstellung und der Reichhaltigkeit des Inhalts nach ein außerordentlich wertvoller Beitrag zur kommunistischen Literatur ist. Es ist eine Arbeit, die wir den weitesten Kreisen aufs beste empfehlen.

Unter den diesem Buche beigelegten Dokumenten heben wir den Aufruf der Vereinigungskonferenz der Linksradikalen und der Spartakusbundesgruppe vom 1. Oktober 1918 hervor. Es scheint uns, daß dieses wichtige Dokument die Richtigkeit jenes Urteils bestätigt, nachdem weder die eine noch die andere zu jener Zeit sich ausreichend dessen bewußt war, welche Wege die deutsche Revolution in der nächsten Zeit gehen und welche Ziele sie sich setzen mußte.

Binnen kurzem erscheint:

A. MASLOW

Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917

Beiträge zum Studium des Leninismus

1. Band

Die allgemeinen Voraussetzungen der russischen Revolution

Ein Werk über die russische Revolution aus den Erfahrungen und für die Praxis der deutschen Revolution geschrieben. Grundlegend für die Auseinandersetzung mit dem Trotzismus, ein wichtiges Lehrbuch für die Bolschewisierung der Partei.

Mit zahlreichen, bisher in deutscher Sprache unveröffentlichten Artikeln Lenins
280 Seiten Preis zirka 3,— Mk.
Ausgabe in Lieferungen zu 40 Pfg. — Die erste Lieferung ist erschienen

Vereinigung internationaler Verlagsanstalten
Berlin SW61 G. m. b. H. Planufer 17

HEINZ NEUMANN
WAS IST
BOLSCHEWISIERUNG?

I N H A L T

Einleitung

Die historische Rolle der Bolschewisierung

1. Die Fragestellung
2. In welcher Epoche leben wir?
3. Von der II. zur III. Internationale
4. Warum lernen wir von den Bolschewiki?
5. Der Zeitpunkt der Bolschewisierung

Die Hauptlehre der deutschen Revolution

Was lehrt uns Noske?
Die Schwanztheorie
„Gebt uns eine Partei“

Die Rolle der Kommunistischen Partei

Die Partei als Vorhut der Klasse
Die Partei als Führerin der ganzen Klasse
Die Partei organisiert die Revolution
Im Kampf mit welchen inneren Feinden organisieren wir die Partei?

Die Bolschewisierung unserer Parteiorganisation

A. Die Bedeutung unserer Organisation

B. Wir müssen eine Partei von Berufsrevolutionären werden

1. Die Mitglieder der Partei
2. Die bolschewistischen Funktionäre
3. Kräfteverteilung und Heranbildung neuer Kräfte

C. Was bedeutet Zentralismus?

1. Die Organe der Partei
 2. Mittlere Parteiorganisationen
 3. Die höchsten Parteiorgane
 4. Die Parteitage und Parteiausschüsse der Organisationen
 5. Der Parteiapparat
 6. Bolschewisierung der Parteipresse
 7. Parteitage
 8. Unsere Fraktionen
 9. Konspirative Organe
 10. Internationale Verbindungen
- Der Zentralismus
Bolschewistische Parteidemokratie
Menschewistische Losungen der „Parteidemokratie“

D. Fabrikmäßige Massenarbeit für die Revolution

- Planmäßige Arbeit
Kampferfahrungen
Berichterstattung
Arbeitsteilung
Massenarbeit
Von der Kleinarbeit zur Organisation der Revolution
Die Durchführung

Umfang 160 Seiten

Preis: kartoniert 1,20 Mk.

VERLAG CARL HOYM NACHF.

N e u e r s c h e i n u n g

**MATERIALIEN ÜBER DEN STAND
DER BAUERNBEWEGUNG IN DEN
VERSCHIEDENEN LÄNDERN**

Herausgegeben und eingeleitet von E. VARGA

I N H A L T

Finnland	Belgien
Estland	Frankreich
Lettland	Italien
Memelgebiet	Spanien
Polen	Portugal
Bulgarien	Kanada
Rumänien	Vereinigte Staaten
Jugoslawien	Mexiko
Ungarn	Peru
Tschechoslowakei	Argentinien
Deutschland	Ägypten
Österreich	Palästina
Schweiz	Indien
Dänemark	China
Schweden	Japan
Norwegen	Korea
England	Australien

Umfang 176 Seiten

Preis: kartoniert 1,20 Mk.

V E R L A G C A R L H O Y M N A C H F.

**BUCHDRUCKEREI
GUSTAV ASCHER G. M. B. H.
BERLIN SW 61.**